AUTARKIE

Von

DR. FRANZ EGERT

Amtsdirektorstellvertreter

der Kammer für Handel, Gewerbe und Industrie

Dozent an der Universität in Innsbruck

*

1934

UNIVERSITÄTS-VERLAG WAGNER, INNSBRUCK

Druck der Kinderfreund-Anstalt, Innsbruck

Inhaltsverzeichnis.

C. Weltwirtschaftliche Ursachen von Autarkie.

IV. Ideologie moderner Autarkie.

V. Mittel von Autarkie.

VI. Kritik der Autarkie.

VII. Sinn von Autarkie.

I. Begriff der Autarkie.

1. Deutung von Autarkie.

Für das Fremdwort „Autarkie" hat sich kein deutsches Wort eingebürgert; man spricht zwar des öfteren von Selbstgenügsamkeit und Selbstversorgung; so *Bonn* in seinem Aufsatze „Die Idee der Selbstgenügsamkeit[1]). Weitaus überwiegend wird aber das Wort „Autarkie" gebraucht, das sich schon bei *Plato* und *Aristoteles* findet.

Im Jahre 1932 hat *Werner Sombart*[2]) darauf verwiesen, daß die Bezeichnung „Autarchie" zweckmäßig wäre, um auf diese Weise den Gedanken der Selbstgenügsamkeit durch jenen der Selbstbehauptung zu ersetzen. Ähnliche Erwägungen finden sich auch bei *v. Dietze*[3]).

Die Deutung der Autarkie als Selbstherrschaft schließt bei Staaten und Völkern, die in expansiven weltwirtschaftlichen Verbindungen standen, einen gewissen Pessimismus in sich. Sie zeigt an, daß die wirtschaftliche Selbstbestimmung durch die weltwirtschaftliche Verflechtung für bedroht gehalten wird.

Diese Gedankengänge liegen in der Ideenrichtung des Nationalsozialismus; für seine Vertreter ist, wie aus den in der Zeitschrift „Die Tat" veröffentlichten Publikationen von Fried, Eschmann, Wirsing[4]) hervorgeht, Autarkie ebenso Mittel wie Ausdruck nationaler Selbstbehauptung. Von dieser Gruppe wird Autarkie als Symbol nationaler Selbstherrschaft in betonter Weise der vorangegangenen Idee und Praxis des nationalen Imperialismus im britischen Weltreiche und im wilhelminischen Deutschland gegenübergestellt. *Fried* selbst bezeichnet allerdings die Selbstbesinnung als das zutreffendste Wort für Autarkie, das „die neue Haltung am weitesten umspannt, weil es zugleich ausdrückt, daß es sich nicht um eine rein wirtschaftliche- oder politische Frage handelt, sondern um eine Weltanschauung, um einen Umbruch im Denken"[5]).

Wie immer man den Rahmen für die Definition des Begriffes Autarkie ziehen mag, eine seine gegenwärtige Problematik erfassende Begriffsabgrenzung wird von der „Volkswirtschaft" ausgehen müssen. Anderer Auffassung ist allerdings *Kranold*[6]), der Autarkie „als den Zustand einer von den übrigen Menschen abgeschlossen wirtschaftenden Personengruppe bezeichnet, in dem diese Gruppe alles, was sie verbraucht, selber produziert". Diese Definition, die in ihrer allgemeinen Fassung auf gewisse, insbesonders historische Erscheinungsformen von Autarkie anwendbar ist, übersieht die Problemstellung von heute.

Der Begriff Autarkie in seiner modernen Prägung baut auf dem Gegensatze von Volks- und Weltwirtschaft oder besser gesagt auf der Verschiedenheit von Volks- und Weltwirtschaft auf. Eine Zeit, die diese Gegensätze nicht mehr kennt, würde auch mit dem Begriffe Autarkie keine lebendige Vorstellung verbinden. Eine einheitliche, nicht in einzelne Volkswirtschaften zergliederte Weltwirtschaft würde für autarke Bestrebungen keinen Raum, aber auch keine Möglichkeiten bieten, nicht nur weil die einzelnen Volkswirtschaften als Träger autarker Kräfte nicht mehr bestünden, sondern weil dieses einheitliche weltwirtschaftliche Gebilde im höchsten Sinne selbstgenügsam, d. h. autark wäre.

2. Autarkie, Volkswirtschaft und Staat.

Eine solche Entwicklung liegt allerdings auf unabsehbare Zeit außerhalb des Bereiches der Möglichkeit. Der Weltstaat und die von ihm getragene einheitliche Weltwirtschaft ist ein Gebilde, für dessen Verwirklichung keine Anhaltspunkte vorliegen. Der ehemalige Staatskanzler *Dr. Renner* hat allerdings Ende November 1928 in einem Vortrage über „Volkswirtschaft, Weltwirtschaft und Sozialismus" den Satz geprägt: „Die Weltwirtschaft erzwingt den Weltstaat und das Weltrecht, wie die Nationalwirtschaft den Nationalstaat geschaffen hat." Dr. Renner vermochte jedoch nicht den schlüssigen Beweis für diese Behauptung zu erbringen, die übrigens als Ausprägung echt materialistischer Geschichtsauffassung den Kausalzusammenhang zwischen Wirtschaft und Staat verschiebt; denn es hat nicht die Nationalwirtschaft den modernen Staat, sondern umgekehrt der moderne Staat die Volkswirtschaft geschaffen. Und so würde auch in Zukunft eine einheitliche, von dem Gegensatze nationalwirtschaftlicher Interessen befreite Weltwirtschaft nur im Rahmen eines zuvor geschaffenen Weltstaates sich bilden können.

Wenn auch das Problem **moderner** Autarkie **staatlich** bedingt und beeinflußt ist, so finden sich autarke Bestrebungen auch unabhängig von staatlichen Einflüssen und staatlicher Förderung in jeder, selbst der modernen Wirtschaft[7]). Auch autarke Zustände können außerhalb staatlicher Einflüsse und Bindungen, vor allem in Zeiten und Gebieten unentwickelten Verkehres und primitiver, nicht oder nur in geringem Maße arbeitsteiliger Wirtschaftsgestaltung vorkommen. Es sei z. B. auf den mittelalterlichen Fronhof verwiesen. Gegenüber der vollen modernen Verkehrsentwicklung können sich jedoch autarke Zustände nur durch einen Eingriff in den natürlichen Ablauf wirtschaftlichen Geschehens bilden oder behaupten; sie sind mit anderen Worten ohne staatliche Intervention nicht denkbar. **Für die jetzige Wirtschaftsphase und für verkehrserschlossene Gebiete ist Autarkie als wirtschaftspolitisch bedeutsamer Tatbestand durch die staatliche Sicherung bedingt.**

Aus diesen Gründen könnte bezweifelt werden, ob Autarkie ein **wirtschaftlicher** Begriff sei. Es bestünde die Möglichkeit, darauf zu verweisen, daß Autarkie auf **politischen** Voraussetzungen aufbaut, zur Verwirklichung ihrer Ziele politischer Mittel, d. h. der staatlichen Intervention bedürfe und auch in ihrer Zielsetzung überwiegend politisch orientiert sei; denn die Sicherung des volkswirtschaftlichen Kreislaufes gegenüber der Verteilung der Produktionsfaktoren nach den Grundsätzen weltwirtschaftlicher Arbeitsteilung sei kein wirtschaftliches, sondern ein politisches, durch den Bestand des Staates und durch seine jeweiligen Grenzen bedingtes Ziel.

Es ist zuzugeben, daß der Begriff Autarkie, wie er dieser Darstellung zugrunde liegt, auf politischen Voraussetzungen aufbaut. Dadurch ist auch seine Zielsetzung insoferne staatlich, d. i. politisch beeinflußt, als sich diese auf die räumliche Begrenzung wirtschaftlicher Vorgänge im Rahmen dieses Staatsgebietes bezieht. Der Zweck autarker Bestrebungen und autarker Maßnahmen ist aber — trotz alledem — ein rein wirtschaftlicher, nämlich die Sicherung des Bestandes weltwirtschaftlich bedrohter Wirtschaftszweige und die Erhaltung einer gewissen Verhältnismäßigkeit in der wirtschaftlichen Ausrüstung eines Gebietes. Es wird daher m. E. trotz dieser vielfach politischen Beziehungen und Verbindungen Autarkie auch als wirtschaftlicher Begriff betrachtet werden können, ja betrachtet werden müssen. Auch Bonn grenzt den Begriff der Selbstgenügsamkeit nach politischen, allerdings nicht nach staatlichen Gesichtspunkten ab, was wohl darauf zurückzuführen ist, daß Bonn die Idee der Selbst-

genügsamkeit in ihrer historischen Entwicklung, also nicht für eine bestimmte Wirtschaftsphase darstellt. Er definiert die Selbstgenügsamkeit[1]) als „die Vorstellung, daß die Mitglieder einer politischen Gemeinschaft die zur Befriedigung ihrer wirtschaftlichen Bedürfnisse notwendigen Sachgüter innerhalb der Grenzen ihres politischen Gebietes finden müßten."

Dr. Berger[8]) analysiert das Problem der Autarkie vom politischen Standpunkte aus. Er kennzeichnet die politische Selbstgenügsamkeit dahin, daß „eine politische Systembildung über die Staatsgrenzen hinaus vom Staate nicht angestrebt wird." Auch diese politische Selbstgenügsamkeit weist vielfach Beziehungen zur wirtschaftlichen Selbstgenügsamkeit auf. Die Erfahrungen in der Geschichte lehren, daß wirtschaftlich unausgeglichene Staaten meistens auch politisch disharmonisch sind und nicht die Voraussetzungen für politische Selbstgenügsamkeit aufweisen. Die Ereignisse im fernen Osten, das Vordringen Japans in der Mandschurei und in China sind ein deutlicher Beweis hiefür. Wirtschaftliche und politische Autarkie stehen in enger Wechselbeziehung; sie bedingen und ergänzen sich gegenseitig. Aus diesen Erwägungen formuliert auch *Fichte*[9]) die Forderung nach wirtschaftlicher Autarkie als Ergänzung zur politischen Autarkie, wie er gleichfalls die Ausdehnung des Staatsgebietes innerhalb seiner natürlichen Grenzen, also seine wirtschaftliche Ausgeglichenheit, als Voraussetzung für politische Autarkie bezeichnet.

Das Verhältnis des S t a a t e s zu den autarken Kräften und Bestrebungen innerhalb seines Gebietes ist durchaus n i c h t e i n d e u t i g ; es wechselt mit den Zielen der autarken Kräfte. Diese sind aber nicht einheitlich auf Sicherung des volkswirtschaftlichen Kreislaufes gerichtet, sondern können auch dessen Einschränkung und Hemmung bezwecken. Es sei z. B. auf die vielen Spannungen verwiesen, die sich in jedem Staate aus der besonderen örtlichen Gliederung, der Verschiedenheit in Aufbau und Ausrüstung seiner Produktivkräfte ergeben. Diese Spannungen treten oft sehr fühlbar in Erscheinung. Es sei z. B. an die vielfachen Gegensätze zwischen Wiener Industrie und Wiener Handel und den analogen Berufszweigen in den österreichischen Bundesländern erinnert. Diese Gegensätze können sich jedoch mangels eines entsprechenden Trägers nicht zu autarker Gestaltung herausbilden. Da sie sich gegen den binnenstaatlichen Ausgleich wenden, werden sie im Einheitsstaate nicht gefördert, sondern unterdrückt. Der Bestand solcher autarken Kräfte im alten Österreich zeigte sich deutlich nach der Auflösung der alten

Monarchie, als diese autarken Bestrebungen in den einzelnen Nationalstaaten Förderung fanden und sich zu aktiven autarken Kräften entwickeln konnten. Der alte österreichische Staat war also nicht Träger, sondern Gegner dieser autarken Kräfte.

Wenn solche autarke Strömungen aber eine stärkere Betonung des nationalwirtschaftlichen Kreislaufes gegenüber der weltwirtschaftlichen Verflechtung anstreben, können sie staatliche Förderung finden; dies ist dann der Fall, wenn die leitenden Staatsmänner den nationalwirtschaftlichen Kreislauf durch Einwirkung weltwirtschaftlicher Kräfte für gefährdet und seine ungestörte Erhaltung von entscheidender Bedeutung für die staatlichen Interessen erachten. Staatliche und wirtschaftliche Interessen brauchen sich hiebei nicht zu decken. Die Stellungnahme des Staates zugunsten autarker Bestrebungen kann — wenn auch diese selbst wirtschaftlichen Erwägungen entspringen — durchaus politisch bestimmt sein. Dies gilt z. B. von der Sicherung der Rüstungsindustrien in den österreichischen Nachfolgestaaten, von der Sicherung der Ernährung für den Kriegsfall in Industriestaaten. Autarkie kann auf diese Weise zu einem Mittel *staatlicher Machtpolitik* werden, was aber die in wirtschaftlichen Motiven und Zielen wurzelnde Autarkie nicht ihres wirtschaftlichen Charakters entkleidet.

3. Umschreibung des Begriffes „Autarkie".

Aus den bisherigen Ausführungen ergibt sich für wirtschaftliche Autarkie — und nur diese, nicht aber kulturelle, politische oder nationale Autarkie kann hier behandelt werden — folgende Definition: **Autarkie ist die staatlich beeinflußte, verschieden abgestufte Beschränkung des wirtschaftlichen Kreislaufes auf das Gebiet einer Volkswirtschaft;** oder in einer den Gegensatz zur Weltwirtschaft stärker betonenden Fassung: **Autarkie ist die staatlich beeinflußte, verschieden abgestufte Loslösung einer Volkswirtschaft aus ihrem weltwirtschaftlichen Zusammenhange.** Beide Definitionen beziehen sich auf Autarkie als *Zustand* und *Ziel*[10]).

Die vorstehende Definition vermeidet es mit aller Deutlichkeit, Autarkie der vollen Loslösung einer Volkswirtschaft aus der weltwirtschaftlichen Verflechtung gleichzustellen. Dies kann nie das Ziel autarker Bestrebungen sein, sollen diese nicht im vorhinein zur romantischen Utopie gestempelt werden. Es hat auch meines Wissens kein Vertreter autarker Einstellung je eine solche Forderung erhoben, wenn man von den aus der Philosophie kommenden Autarkiefreunden

absieht. Auch Fried bezeichnet in seinem letzten Werke über Autarkie die Vollautarkie nur als einen durch die taktische Verteidigungslage allenfalls auferzwungenen Zustand, der aber nie planmäßig erstrebt werden soll. *Gerloff* hat in einem Vortrage die Ansicht vertreten, daß unter Autarkie im strengen Wortsinne natürlich nur eine „vollständige Selbstversorgung unter Verzicht auf Bezug irgend welcher ausländischer Erzeugnisse verstanden werden könne." Wenn man aber von Teilautarkie spreche, so käme das auf dasselbe hinaus, „als wenn man von einer teilweisen Nüchternheit sprechen wollte; man sei entweder nüchtern oder nicht nüchtern." Eine solche Teilautarkie sei jedoch „vielfach nichts anderes, als entweder eine bequeme Rückzugslinie oder aber eine Position für Forderungen, die niemand bestreiten werde, weil sie das Ziel unserer Wirtschaftspolitik seit Jahrzehnten seien"[11]).

Gerloff stellt damit das Problem der Autarkie überwiegend auf die Quantität ab; nach dieser Auffassung ist nur eine 100%ige Absperrung vom Weltmarkte Autarkie, was aber weder der überwiegenden Auffassung der Anhänger von Autarkie, noch dem Wesen von Autarkie und den bisher getroffenen Autarkiemaßnahmen entspricht. M. E. handelt es sich beim Gedanken der Autarkie um eine prinzipielle Frage, die vor allem qualitativ bestimmt ist. Autarkie ist weit mehr als eine bloße Korrektur weltwirtschaftlicher Beziehungen durch Zölle. **Autarkie ist ihrem Wesen nach die volle Betonung des Primates der Nationalwirtschaft gegenüber der Weltwirtschaft; dadurch unterscheidet sich Autarkie als grundsätzliche Einstellung von der Schutzzollpolitik als handelspolitischer Methode.** Aus dieser Grundeinstellung heraus umfaßt Autarkie aber auch mehr, als ein Schutzzollsystem je in sich schließt. Autarkie beschränkt sich nicht auf den Warenverkehr, sondern ergreift auch den Kapital- und Geldverkehr, die Dienstleistungen, den Wanderungsverkehr, kurzum alle Elemente des zwischenstaatlichen Verkehrs, die sie vom Standpunkte des Primates der Volkswirtschaft regelt — allerdings mit der ausdrücklichen Absicht, das Ausmaß dieses zwischenstaatlichen Verkehres, soweit dies die Verhältnisse und Interessen der Nationalwirtschaft irgendwie gestatten, einzuschränken. Insoferne ist allerdings auch Autarkie quantitativ orientiert, aber diese Quantitätsbestimmung ist nicht das Entscheidende. Maßgebend ist die grundsätzliche Anerkennung des Primates der Volks- gegenüber der Weltwirtschaft.

Autarkie betrachtet die weltwirtschaftlichen Zusammenhänge nur als Zwang, nicht aber als einen erstrebenswerten und durch die Steigerung ökonomischer Leistungsfähigkeit erwünschten Zustand. Autarkie findet sich daher mit dem weltwirtschaftlichen Austausch

insoferne ab, als dieser zur Ergänzung bzw. vollen Auswirkung der nationalwirtschaftlichen Arbeit nach der jeweiligen Lage unerläßlich ist. Hierin liegt der große Unterschied zwischen Autarkie und dem weltwirtschaftlichen, auf die Zweckmäßigkeit internationaler Arbeitsteilung eingestellten Denken.

II. Entwicklung autarker Verhältnisse und autarker Ideologie.

1. Der Begriff „Autarkie" bei den griechischen Philosophen.

Wenn die vorliegende Schrift sich auch auf die Schilderung des m o d e r n e n Autarkieproblemes beschränkt, ist es doch von wesentlicher Bedeutung, in gedrängtester Kürze eine h i s t o r i s c h e Darstellung der Entwicklung autarker Verhältnisse und autarker Ideologie zu geben.

Der Begriff der Autarkie wurde von *Plato* geprägt. Es ist kennzeichnend, daß die P h i l o s o p h i e sich zuerst mit dieser Idee befaßte. Diesen Ursprung aus dem Bereich des Spekulativen-Außerwirtschaftlichen hat der Gedanke der Autarkie auch nie verleugnen können. Trotz wirtschaftlicher Verankerung haftet ihm auf seinem Wege durch die Geschichte immer eine starke Beimischung von irrationalen, gefühls- und weltanschauungsmäßig betonten Elementen an.

Plato hat seine Gedanken über Autarkie zuerst in der „Republik" und später in eingeschränkter Form in den „Gesetzen" dargestellt. Die Gesetze bedeuten eine teilweise Anpassung der platonischen Gedankengänge an die Verhältnisse der Zeit, da Plato erkannte, daß die in seiner Republik „geforderte Gütergemeinschaft nur unter Göttern und Göttersöhnen" segensreich wirken könne.

Die Forderung von Autarkie ergab sich für Plato zwangsläufig aus seiner Konstruktion des Staates und der vom Staate beherrschten Binnenwirtschaft. Die bekannte Einstellung Platos führte ihn zu einem staatskommunistischen Systeme strenger Planwirtschaft, das mit innerer Notwendigkeit weitgehende wirtschaftliche Abschließung gegenüber dem Auslande — also Autarkie — bedingte. Platos Autarkie war aber nicht, wie vielfach die moderne Autarkie, durch Abwehr überlegener weltwirtschaftlicher Kräfte, die Struktur und Kreislauf der Volkswirtschaft störten, verursacht; sie stellte sich vielmehr als grundsätzliche Ablehnung von Verkehrsbeziehungen dar, die sich nicht in das gewählte Wirtschaftssystem eingliedern lassen. „Der platonisch-aristotelische Idealstaat will in mehr oder minder strenger Abge-

schlossenheit der eigenen Vollendung leben. Mag jenseits seiner Grenzen „der Krieg Aller gegen Alle" die Signatur des menschlichen Daseins bilden, wenn nur er selbst in seinem Innern vom Kampf zum Frieden gekommen ist und dadurch zugleich die Kraft gewonnen hat, in dem auch ihm nicht erspart bleibenden Kampfe mit der feindlichen Außenwelt seine Existenz zu behaupten"[12]).

Plato verwirft jedoch nicht grundsätzlich den Außenhandel; nur will er ihn auf den Import der allernotwendigsten Waren beschränken und unter staatliche Kontrolle stellen, die er auch sonst im binnenwirtschaftlichen Verkehr vorsieht; für ihn ist der Kaufmann ein öffentlicher Beamter, der nicht von seinem Gewinne lebt, sondern für seine Tätigkeit aus öffentlichen Mitteln entlohnt wird.

Auch die Idee einer stoffwertlosen Binnenwährung findet sich schon bei ihm; in konsequentem Ausbau seiner volkswirtschaftlichen Überlegung gelangt er zur Ablehnung jeglicher Kreditgeschäfte und zum Zinsverbote.

Die wesentlichen Ansichten und Forderungen der radikalen, planwirtschaftlich eingestellten Autarkisten sind also in ihren entscheidenden Umrissen schon von Plato ausgesprochen.

Der tatsächliche Zustand Athens zu Platos Zeit entfernte sich allerdings weit von Autarkie. Athen war weder in seinem Handel noch in seinem Bevölkerungsaufbau autark.

Auch *Aristoteles* bekannte sich trotz vielfacher Meinungsverschiedenheit gegenüber Plato zum Prinzip der Autarkie. „Eine Familie ist eher sich selbst genügend als ein Einzelner, ein Staat eher als eine Familie; und erst dann will es ja ein Staat heißen, wenn die Gemeinschaft der Volksmenge sich selbst genügend geworden ist. Wenn nun ein Zustand umso wünschenswerter ist, je mehr er sich selbst genügt, so ist auch das minder Einfache wünschenswerter als die größere Vereinfachung"[3]).

2. Autarkie im Römerreiche.

Die R ö m e r haben sich weniger mit spekulativer Autarkie befaßt; hiezu fehlte ihnen auch der sozialphilosophische Antrieb. Dagegen standen die Anfänge der Geschichte des römischen Bauernvolkes weit mehr im Zeichen autarker Zustände, als dies bei den Griechen der Fall war, die — von den Spartanern abgesehen — sehr stark auf Schiffahrt und Seehandel eingestellt waren. Im Laufe der Zeit führte die feste Verteilung von Grund und Boden auf verhältnismäßig wenig Besitzer im Verein mit der römischen, in der Hauptsache

auf Sklavenarbeit eingestellten Wirtschaftsverfassung zu beträchtlichen Schwierigkeiten; dieses System bedingte eine großzügige Auswanderungspolitik durch dauernde Aussendung von Kolonisten; dadurch sprengte Rom den Rahmen autarker Wirtschaft und erhielt einen der stärksten Antriebe für die Entwicklung seiner Weltmacht. Das Interesse der Römer am Verkehr mit fremden Ländern und an der Ausgestaltung ökonomischer Beziehungen über den Bereich des eigenen Staates hinaus wurde auf diese Weise geweckt.

Diese Entwicklung spiegelt sich deutlich in der Praxis des prätorischen Ediktes wider, das in steter Fühlung mit den Bedürfnissen des Lebens allmählich das jus gentium entwickelte. So hatten die Römer eine wesentliche Voraussetzung für weltwirtschaftliche Beziehungen geschaffen: ein eigenes. bewegliches, anpassungsfähiges, auf Billigkeit aufgebautes, den internationalen Bedürfnissen entsprechendes Recht. Durch ihre kriegerischen Eroberungen trugen sie dieses Recht in die Welt. Zur römischen Kaiserzeit ist fast die ganze damals bekannte zivilisierte Welt im römischen Imperium vereint; es hatte sich jene Civitas maxima gebildet, die den politischen Rahmen für eine einheitliche Weltwirtschaft hätte darstellen können. So hob das römische Weltreich auf der Höhe seiner Raum- und Machtentfaltung durch die Vereinigung fast aller Nationalwirtschaften innerhalb seines Staatsbereiches den Gegensatz zwischen Volks- und Weltwirtschaft fast auf.

Zur Zusammenfassung und wechselseitigen Durchdringung der im römischen Reiche aneinandergereihten Volkswirtschaften fehlten jedoch die technischen Verkehrsmöglichkeiten. Die einzelnen Volkswirtschaften führten zwar kein autarkes, gegeneinander abgeschlossenes Dasein; die tatsächlichen Berührungspunkte der einzelnen Wirtschaftsräume, die in ein für die damaligen Verhältnisse wirtschaftlich unübersehbares Gebiet eingegliedert waren, erwiesen sich jedoch als außerordentlich dürftig. **So stellte das römische Reich nur eine Summierung, nicht aber eine Integrierung der Volkswirtschaften seines Gebietes dar.** Es war mehr auf macht- als auf wirtschaftspolitischen Zusammenhängen aufgebaut. Mit deren Auflockerung brach auch sein Wirtschaftsgebiet im 3. Jahrhundert nach Christi Geburt zusammen. „Nach dem völligen Zerfall des weströmischen Kaiserreiches blieb die Wirtschaft jedes seiner Teile auf sich gestellt und nahm wieder primitivere Form an"[14]). Die Zusammenfassung staatlicher Kräfte fehlte, daher kamen die zentrifugalen, auf wirtschaftliche Absonderung (Autarkie) eingestellten Kräfte stärker zur Geltung; so ergab sich Autarkie als Folge staatlichen Zusammenbruches.

Diese autarken Absonderungen haben jedoch das wirtschaftliche Gefüge der einzelnen nunmehr selbständig gewordenen Teile des römischen Reiches nicht wesentlich beeinflußt, da der wirtschaftliche Zusammenhang zwischen diesen Gebieten infolge des unentwickelten Verkehres ein sehr lockerer war. Daher besteht zwischen diesem großen historischen Autarkieprozesse und der autarken Entwicklung der Gegenwart keine wesentliche Parallele in der Problemstellung.

3. Autarkie im Mittelalter.

Die Auflösung des römischen Wirtschaftsraumes wurde während des Mittelalters auf dem Gebiete des weströmischen Reiches nicht durch die Bildung eines großen Staatsgebietes ausgeglichen. Die Verkehrs- und Machtentwicklung des Karolingerreiches kam jener des römischen Reiches nicht gleich. Überdies zerfiel es nach kurzer Zeit. Auch die von den Deutschen getragene Kaiseridee vermochte nicht durchzudringen. Sie blieb ein unerreichbares Ziel, das die besten Kräfte verbrauchte, die Staatsgewalt in Deutschland lähmte, in der Politik föderalistische und in der Wirtschaft autarke Kräfte stärkte. Diese Entwicklung zu Autarkie wurde durch die Verkehrsnöte und durch die in der Anschauung des Mittelalters begründete Bindung und lokale Begrenzung wirtschaftlicher Arbeit gefördert; so zerfiel das deutsche Reich im frühen Mittelalter in ein Mosaik mehr oder minder autarker Gebiete, deren wechselseitiger Verkehr sehr unentwickelt blieb.

Als Typus frühmittelalterlicher Autarkie kann der Fronhof gelten. Allmählich wurde aber der autarke Kreislauf des Fronhofsystems gelockert. Es bildeten sich Ertragsüberschüsse, die zur Anhäufung von Sachgütern und zur Ansammlung von Geldbeständen führten; eine Steigerung der Bedürfnisse ging hiemit Hand in Hand. Auch die Bauernwirtschaften waren allmählich imstande, Überschüsse zu erwirtschaften, welche sie nicht an den Gutsherrn abzugeben hatten. Dadurch wuchs Verlangen und Möglichkeit nach Bezug von auswärts. Die Arbeitsteilung machte Fortschritte, das Handwerk entfaltete sich. Die Entwicklung des gemünzten Geldes als Zahlungsmittel wurde durch das Aufblühen des Bergbaues gefördert; Marktsiedlungen entstanden und mit ihrer Entwicklung zur Stadtwirtschaft wuchs auch der Außenhandel. Der deutsche Kaufmann trat in verschiedenen Teilen Europas auf, sein Weg führte ihn bis tief nach Rußland (Kiew) und in den Orient. So wuchs allmählich Umfang und Bedeutung der Verkehrswirtschaft in den verschiedenen Staaten Europas, besonders intensiv in den italienischen Stadtstaaten,

die, durch verschiedene Verhältnisse begünstigt, vielfach und insbesonders auch auf dem Gebiete der Technik des Zahlungs- und Kreditverkehres führend waren.

Der Träger dieser Verkehrsentwicklung war die mittelalterliche Stadt, die in ihrer Blütezeit — insbesonders in Deutschland — ein hohes Maß politischer Unabhängigkeit besaß. Die Städte betrieben eigene Wirtschaftspolitik — vielfach in Absonderung von dem sie umgebenden flachen Lande —. In den Städten hatten sich Verkehrszentren herausgebildet, die die Zellen einer über die einzelnen Landschaften und auch über die Reichsgrenzen hinausreichenden Wirtschaftsgestaltung waren, die allerdings nicht die Bezeichnung Weltwirtschaft im Sinne unserer Zeit verdient; denn infolge der im Vergleiche mit unserer Zeit noch wenig entwickelten Technik der Gütererzeugung und des Güterverkehres waren die wirtschaftlichen Beziehungen bei aller landschaftlichen Differenzierung (es sei auf den Weinbau, den Bergbau sowie die Textil- und Metallindustrie verwiesen) doch nicht intensiv; sie konnten auf die Wirtschaft der einzelnen Gebiete nicht die Wirkungen von heute ausüben, die die Probleme und die Problematik der modernen Handelspolitik ausgelöst haben.

Es gab zwar schon damals einen weitverzweigten europäischen Handelsverkehr, der sich außerhalb des östlichen Tafellandes über weite Landstrecken und auch über die See so allgemein verzweigte, daß er ein Netz von durchlaufenden Verkehrsverbindungen darstellte[15]).

Dessen ungeachtet wäre es meines Erachtens falsch — wie Fichte es in seinem „geschlossenen Handelsstaat" tat — dieses europäische Verkehrsgebiet als einen Bereich völlig wechselseitiger Wirtschaftsdurchdringung und Wirtschaftseinheit anzusehen[16]). Hiezu fehlte es nicht nur an der Intensität und Dichte des Verkehres, sondern auch an der Freiheit der Verkehrsentfaltung, die zwar nicht durch eine protektionistische Handelspolitik moderner Prägung, wohl aber durch mannigfache Beschränkungen, wie Stapelrechte, Binnenzölle, sowie durch den ganzen Komplex mittelalterlicher Zunftverfassung behindert wurde.

Von besonderer Bedeutung war aber, daß in den Städten ein neues kapitalistisches Denken sich durchsetzte, dessen Träger das aufstrebende Bürgertum wurde. Dieses konnte dem wirtschaftlichen und auch dem politischen Leben der damaligen Zeit in stärkerem Maße sein Gepräge verleihen, da Adel und Bauerntum vielfach verarmt und um ihre politische Geltung gekommen waren

und auch das festere staatliche Gefüge unter dem Einflusse des Feudalismus aufgelockert war. So vollzog sich neben der Veränderung der äußeren Lebensverhältnisse ein tiefgreifender Wandel in der geistigen Einstellung. Das Festhalten an Herkommen und Überlieferung wurde gelockert, die Führer lösten sich aus den Fesseln der Tradition, das rationale kaufmännische Denken gewann an Boden, ein neuer energiebetonter, von starkem Erwerbssinn getragener Wirtschaftswille brach sich Bahn. Die das Mittelalter beherrschende Idee der Nahrung, der B e d a r f s d e c k u n g wurde abgelöst von der auf E r w e r b abgestellten kapitalistischen Gesinnung. So hatten sich im Laufe der Zeit sowohl die objektiven als auch die subjektiven Voraussetzungen der mittelalterlichen Wirtschaft und des mittelalterlichen Verkehres sehr wesentlich geändert.

W i r t s c h a f t s p h i l o s o p h i e und W i r t s c h a f t s t h e o r i e konnten sich diesen Wandlungen nicht so elastisch anpassen, da sie von den S c h o l a s t i k e r n getragen im wesentlichen durch außerwirtschaftliche[17]), in der christlichen Ethik ruhende Ziele bestimmt und überdies sehr stark von aristotelischen Ideen beherrscht waren. *Thomas von Aquino* bildet auch in wirtschaftstheoretischer Hinsicht den Höhepunkt der Scholastik. Seine Einstellung zur Autarkie kommt in seinem Buche über die Herrschaft der Fürsten „De regimine prinzipum" deutlich zum Ausdruck[18]).

Im dritten Kapitel des zweiten Buches spricht sich Thomas von Aquino ganz eindeutig für die Selbstgenügsamkeit aus, und zwar bei Untersuchung der Voraussetzungen, die ein Platz haben müsse, um für die Gründung einer Stadt in Betracht zu kommen. Er schreibt in diesem Zusammenhange: „Ein Ding ist umso mehr wert, je mehr es als sich selbst genügend befunden wird. Was eines Anderen bedarf, beweist eben darin einen eigenen Mangel". Und weiter: „Und die Stadt, die aus ihrem eigenen Gebiete Überfluß an allen Dingen hat, ist wertvoller als eine Stadt, die nur durch die Tätigkeit der Kaufleute in dieser Lage ist". Hiebei spielt nicht nur die wenig freundliche Einstellung Thomas' zur Kaufmannschaft mit: „Der Handel kann kaum ohne Sünde sein", sondern auch die Erwägung, daß die Selbstgenügsamkeit größere Sicherheit für dauernde Versorgung bietet. Thomas ist aber doch zu klug, um für Vollautarkie einzutreten. „Dennoch dürfen die Kaufleute nicht gänzlich aus dem Staate ausgeschlossen werden. Es wird sich nicht leicht ein Ort finden lassen, der an allen Lebensnotwendigkeiten derart Überfluß hat, daß er nicht noch irgend etwas, das erst von anderswoher beschafft werden muß, benötigt. Ebenso würde sich allen Leuten an dem, was am selben

Orte im größten Überfluß vorhanden ist, ein schädlicher Vorrat aufhäufen, wenn es nicht durch die Tätigkeit des Kaufmannes an andere Plätze gebracht werden könnte. Eine vollkommene Stadt muß daher auch die Kaufleute verwenden — aber im richtigen Maß"[19]).

Wenn auch die Wirtschaftstheorie der Scholastiker im späteren Mittelalter dem neuen Geiste nicht entsprach, der in die Wirtschaft eindrang, so bahnte sie doch durch ihre Einstellung zum Staate jenen Ideen sowie jenen politischen und wirtschaftlichen Gestaltungen den Weg, die das wirtschaftspolitische Gepräge der kommenden Zeit nachhaltig beeinflussen sollten.

4. Die Entwicklung von Autarkie im absoluten Staate.

Wie *Suranyi-Unger*[20]) betont, kann „als grundlegendstes Charakteristikon derselben (das ist der nationalökonomischen Gesetzgebung des Mittelalters) die allgemeine Anschauung bezeichnet werden, daß die Führung und Lenkung des volkswirtschaftlichen Lebens im absoluten Machtbereiche des Staates liege und daß man die verschiedenen nationalökonomischen Erscheinungen und Entwicklungsprozesse durch obrigkeitliche Verfügungen willkürlich umgestalten und ihnen die gewünschte Richtung als unbeschränkter Souverän, ohne weiteres mit sicherem Erfolge geben könne". Auf dieser Grundlage baute *Nicolo Machiavelli* auf, der durch sein Buch „Il principe" die theoretische Grundlage für den absoluten Staat und damit auch für jene wirtschaftspolitischen Maßnahmen schuf, die *Adam Smith* unter dem Namen „Merkantilismus" zusammenfaßte.

Der Merkantilismus wird vielfach, aber zu Unrecht, als ein für Autarkie besonders typisches System hingestellt. Der Grundgedanke des Merkantilismus ist nicht Selbstgenügsamkeit; der Merkantilismus steht vielmehr auf dem Standpunkte, daß die Bedürfnisse der Volkswirtschaft am besten durch den auswärtigen Handel befriedigt werden. Nur in den Kolonialreichen fließen die merkantilistischen Ideen mit jener der Selbstgenügsamkeit zusammen[21]). Eine Einschränkung ist allerdings insoferne zu machen, als der Merkantilismus für eine möglichste Minderung der Einfuhr eintritt.

Vom formalen Standpunkte aus waren jedoch der Merkantilismus und der absolute Staat, der ihn trug und stützte, Wegbereiter autarker Ideologie und autarker Methode. Denn er schuf jene enge Durchdringung von Staat und Wirtschaft, die dem absoluten Staate mit seinen Machtmitteln einen außerordentlich weitgehenden Einfluß auf den Ablauf wirtschaftlicher Ereignisse einräumte. Durch den Merkan-

tilismus wurde die Grundlage für den staatlichen Interventionismus gelegt, der für Autarkie so charakteristisch ist; der Merkantilismus hat aber auch in seinen Methoden (Ein- und Ausfuhrverbote, Ausfuhrprämien, Zollschutz) für die autarke Wirtschaftspolitik viel Vorarbeit geleistet. Der absolute Staat — die vorherrschende Staatsform in der Zeit des Merkantilismus — hat auch erst jene Zusammenfassung der wirtschaftlichen Kräfte eines Landes ermöglicht, die die Grundlage für eine einheitliche Handelspolitik schuf. **Handelspolitik im modernen Sinne des Wortes ist erst von diesem Zeitpunkte ab möglich und zu verzeichnen.**

Während der Merkantilismus in seinen handelspolitischen Zielen mehr weltwirtschaftlich und in seiner handelspolitischen Methode mehr autark eingestellt war, gilt von dem an den Merkantilismus anschließenden volkswirtschaftlichen System der Physiokraten das gerade Gegenteil. Die Physiokraten sind in ihren handelspolitischen Zielen Autarkiefreunde. Sie bejahen den Primat der Volks- gegenüber der Weltwirtschaft. Für sie ist der Außenhandel nach den Worten *Quesnays* nur ein Notbehelf[22]), dadurch bedingt, daß eine Nation nicht in der Lage ist, ihren Eigenbedarf zu decken. Viel wichtiger als der Einfuhrhandel erscheint den Physiokraten, die sich bei ihren theoretischen Folgerungen stets von den Interessen der Landwirtschaft leiten lassen, der Ausfuhrhandel, der die Grundlage für die Stetigkeit der Preisbildung durch Export von Agrarerzeugnissen in Überschußjahren schaffen soll. Der Ausfuhrhandel gilt somit als ein Sicherheitsventil der Wirtschaft.

Die Autarkie soll aber nach Ansicht der Physiokraten nicht durch Zwang und staatlichen Eingriff gesichert werden; denn die Physiokraten sind entschiedene Verfechter des sich frei auswirkenden ökonomischen Egoismus, dessen Befolgung „eine natürliche Ordnung im wirtschaftlichen Zusammenleben ergebe". Sie lehnen daher als überzeugte Freihändler die Methode merkantilistischer Handelspolitik ab.

5. Die klassische Schule der Nationalökonomie.

Die klassische Schule der Nationalökonomie übernimmt die Freihandelspolitik von den Physiokraten, aber nicht nur als Methode, sondern auch als Ziel. Smith sagt wörtlich[23]): „Dem Erzeugnis inländischen Gewerbefleißes in irgend einer besonderen Kunst oder Manufaktur das Monopol des heimischen Marktes zugestehen, heißt nichts anderes, als Privatleuten die Art vorzeichnen, wie sie ihre Kapitalien anwenden sollten, und es ist deshalb fast in allen

Fällen entweder eine nutzlose oder eine schädliche Maßnahme. Kann das Produkt des einheimischen Gewerbefleißes ebenso wohlfeil geliefert werden wie das des fremden, so ist die Maßnahme offenbar nutzlos; kann es das aber nicht, so muß sie in der Regel schädlich sein. Bei jedem klugen Hausvater ist es eine Regel, niemals etwas im Hause machen zu lassen, was ihm weniger kosten würde, wenn er es kaufte ...... Was aber in der Handlungsweise einer Familie Klugheit ist, das kann in der eines großen Reiches wohl schwerlich Torheit sein. **Wenn uns ein fremdes Land mit einer Ware wohlfeiler versehen kann als wir sie selbst zu machen imstande sind, so ist es besser, daß wir sie ihm mit einem Teile vom Erzeugnis unseres eigenen Gewerbefleißes, in welchem wir vor dem Auslande etwas voraushaben, abkaufen.**"

Wenn auch diese Periode die grundsätzliche Ablehnung von Autarkie bedeutet, wäre es doch verfehlt anzunehmen, daß die klassische Schule für den uneingeschränkten Freihandel eintritt. Der Kampf der klassischen Schule für den Freihandel ist seinem Wesen nach mehr ein Kampf gegen das System von Handelsprivilegien.

Schon Smith anerkennt gewisse Modifikationen des Freihandels durch Finanzzölle (in der Höhe der innern Steuern) sowie durch Retorsionszölle und solche Zölle, die zur Erhaltung von Gewerben eingeräumt werden, die zur Sicherheit des Landes notwendig sind. Insbesondere verweist aber *Malthus* auf die Notwendigkeit gewisser Beschränkungen des Freihandelsprinzips. Er betont, daß die Einfuhr von Agrarerzeugnissen aus mannigfachen Gründen (Ausfuhrverbote fremder Staaten) unterbunden werden könne und daß auch nicht mit Sicherheit auf eine ungestörte Ausfuhr der Fabrikserzeugnisse zu rechnen sei, zumal wenn die Agrarstaaten, die bisher Abnehmer von Industrieerzeugnissen waren, sich industrialisieren. Hier klingen schon jene Gedankengänge durch, die zu Ende des 19. Jahrhunderts die große Debatte „über Agrar- und Industriestaat" beherrschten. Malthus zieht aus diesen Voraussetzungen den Schluß, daß ein Land mit hinlänglicher Getreidebasis und entsprechender Bevölkerungsdichte auf die Erzielung einer gewissen Proportion zwischen Ackerbau und Industrie hinarbeiten müsse. In dieser Forderung binnenwirtschaftlicher Proportionalität im Aufbau der Produktionsfaktoren liegt m. E. bereits ein Hinweis auf autarke Einstellung. Von dem der modernen Autarkie gestellten Problem der Selbstversorgung ist allerdings nur ein kleiner Ausschnitt, nämlich jener der Getreideversorgung behandelt, was eine wesentlich vereinfachte und unter den damaligen Verhältnissen vielleicht auch zulässige Problemstellung bedeutet.

Mittlerweile hatte sich jene große politische und wirtschaftliche Umwälzung vollzogen, die das Heraufziehen einer neuen Wirtschaftsepoche mit neuen Aufgaben und Zielen ankündigte. Erst jetzt erhielt das Problem der Autarkie seine besondere wirtschaftpolitische Bedeutung, denn erst jetzt konnte sich Weltwirtschaft im wahren Sinne des Wortes entwickeln. Dadurch wurde die Frage internationaler Arbeitsteilung zeitgemäß; die Voraussetzungen für eine kraftvolle Entwicklung nach dieser Richtung waren besonders günstig, da außerordentlich starke Kräfte zur weltwirtschaftlichen Expansion drängten. Die neuen Erfindungen boten aber auch der Binnenwirtschaft so viele Anregungen und Möglichkeiten, daß ein großer Teil der wirtschaftlichen Expansion sich in der eigenen Volkswirtschaft ausleben konnte. Schwierigkeiten ergaben sich vorerst mehr aus der verschiedenen Entwicklung der einzelnen Volkswirtschaften, worauf das von *List* propagierte System des Erziehungszolles beruhte. Die wirtschaftliche Entwicklung wies also vorerst Wege, die in Ablehnung aller bisherigen Bindungen und Beschränkungen zum vollen Freihandel mit dem klar erkannten und verlangten Ziele weltwirtschaftlicher Arbeitsteilung führten.

6. Fichtes „geschlossener Handelsstaat".

In diese Zeit fällt eine der glänzendsten und geschlossensten Darstellungen wirtschaftlicher und politischer Autarkie — Fichtes „geschlossener Handelsstaat[24]). Dieses Werk ist stark durch die nationale Bewegung zu Beginn des Jahrhunderts beeinflußt. Aber darüber hinaus ist es zeitlos, entsprechend der damaligen philosophischen Einstellung, die losgelöst von geschichtlichen Zusammenhängen aus logischer Zergliederung zu positiven Ergebnissen gelangen will. Fichte kommt nicht, wie die modernen Autarkisten, zur Forderung des geschlossenen Handelsstaates aus der Ablehnung zwischenstaatlicher oder — wie man jetzt zu sagen pflegt — weltwirtschaftlicher Beziehungen. Fichte sind zwar solche Gedankengänge nicht fremd. Im wesentlichen ergibt sich jedoch seine Forderung des geschlossenen Handelsstaates — ähnlich wie bei Plato — aus seiner Auffassung vom „Vernunftstaate" und der Stellung der Bürger zum Staate. Der grundlegende Gedanke Fichtes, auf dem sich sein ganzes System aufbaut, ist durch den Satz umschrieben: „Es sei die Bestimmung des Staates jedem erst das Seinige zu geben, ihn in sein Eigentum erst einzusetzen und sodann erst, ihn dabei zu stützen". Fichte gelangt hiebei zum Ergebnis, daß nur der Staat den Verträgen, durch die ein einvernehmliches Nebeneinander der Menschen ermöglicht werde, die

Ausschließlichkeit und Sicherung auch gegenüber jenen verleihe, die nicht Vertragspartner sind; dadurch wird der Staat zum Begründer des Eigentumsrechtes, das Fichte als das „ausschließende Recht auf Handlungen, keineswegs auf Sachen" ansieht. Der Staat ist aber bei Fichte nicht nur Träger und Hüter der Rechts-, sondern auch der Wirtschaftsordnung. Die Forderung einer eingehenden Regelung des Wirtschaftslebens durch den Staat — etwa im Sinne moderner planwirtschaftlicher Ideen — ist die weitere Folge. Fichte sagt wörtlich: „Der Staat ist verbunden, den aus diesem Gleichgewichtszustand des Verkehrs erfolgenden Zustand allen seinen Bürgern durch Gesetz und Zwang zuzusichern. Aber er kann es nicht, wenn irgend eine Person auf dieses Gleichgewicht Einfluß hat, die unter seinem Gesetz und seiner Botmäßigkeit nicht steht. Er muß daher die Möglichkeit eines solchen Einflusses durchaus abschneiden. — **Aller Verkehr mit dem Ausländer muß den Untertanen verboten sein und unmöglich gemacht werden"**. Der geschlossene Handelsstaat ergibt sich für Fichte aus der Idee nationaler Planwirtschaft. Der Staat kann nach Fichtes Auffassung die ihm nach den Grundsätzen der Vernunft zugewiesene Aufgabe nur dann erfüllen, wenn „die Anarchie des Handels ebenso aufgehoben werde, wie man die politische allmählich aufhebt, und der Staat ebenso als Handelsstaat sich schließe, wie er in seiner Gesetzgebung und in seinem Richteramte geschlossen ist".

Der endgültige Zustand nach vollendeter Schließung des Handelsstaates soll darin bestehen, daß **„alles, was im Lande gebraucht und verkauft wird, im Lande erbaut oder gearbeitet, und daß umgekehrt alles, was im Lande erbaut, oder gearbeitet wird, in demselben auch gebraucht und verkauft wird"**. Mit diesen Worten gibt Fichte eine Definition für Vollautarkie, von der er nur bei klimatisch bedingter Erzeugung sowie im Falle der Auswanderung und des Reisens Ausnahmen zuläßt.

Von besonderem Interesse sind die Ausführungen Fichtes über die Mittel, die zur völligen Schließung des Handelsstaates führen sollen. Die von den radikalen Verfechtern der Autarkie gemachten Vorschläge klingen sehr stark an diese Gedankengänge an, nur mit dem einen Unterschied, daß Fichte bewußt und mit klarer, unerbittlicher Logik auf sein Ziel des vollständig abgeschlossenen Handelsstaates hinarbeitet, während die Autarkisten unserer Tage trotz Anwendung dieser Mittel die Möglichkeit eines Auslandsverkehres offen lassen — ja aus allgemein wirtschaftlichen Erwägungen für notwendig erachten. So findet sich bei Fichte schon das Außen-

handelsmonopol, das System der Warenkontingente, das Valutenclearing (Verrechnung des Staates mit dem auswärtigen Lieferanten im Weltgelde, mit dem beziehenden Staatsangehörigen im Landesgelde), die Einführung einer Binnenwährung. Für Fichte ist die Binnenwährung nicht ein rein währungstechnisches Problem, im Gegenteile, Fichte verlangt die Binnenwährung oder, wie er sagt, die Einführung eines neuen und zwar nach seiner Ansicht wertlosen Landesgeldes aus dem Grunde, um den unmittelbaren Verkehr des Bürgers mit dem Auslande unmöglich zu machen. Folgerichtig verlangt er auch, daß „alles in den Händen der Bürger befindliche Weltgeld, d. h. alles Gold und Silber außer Umlauf zu bringen und gegen dieses neue Landesgeld umzutauschen wäre. Die Regierung kommt in den Besitz des Weltgeldes und kann sich dieses Weltgeldes im Zahlungsverkehr mit dem Auslande bis zur Herstellung der Vollautarkie bedienen". Der gegen alle binnenwährungspolitische Experimente gemachte Haupteinwand einer Isolierung vom Weltmarkte findet bei Fichte die volle Bestätigung, da Fichte gerade um dieser Wirkung willen die Einführung einer Binnenwährung fordert.

Die bereits skizzierte wirtschaftliche Entwicklung ging über Fichte's Vorschläge ebenso hinweg, wie über die Theorien von *Adam Müller*. Die Wirtschaftsräume wuchsen weit über die Grenzen der Staaten hinaus; man ließ dieses Wachstum nicht nur gewähren, sondern es wurden der Reihe nach die Schranken niedergelegt, die dem freien zwischenstaatlichen — weltwirtschaftlichen — Verkehr im Wege standen. Von England nahm diese Entwicklung und mit ihr auch dieses Programm seinen Ausgang; in den 60 und 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts schien sein Sieg entschieden. Doch schon Ende der 70er Jahre (1878) wurde der Umschwung durch den bekannten Dezemberbrief *Bismarck's* an den Bundesrat eingeleitet. Es ist m. E. verfehlt, dieses Dokument, wie dies *Dr. Kautzki* in einem Radiovortrag tat, als Kundgebung für Autarkie und die dadurch eingeleitete Politik als autark zu bezeichnen. Allerdings hat diese offizielle Absage an den Freihandel nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa den Anstoß zu einer wachsenden Schutzzollbewegung gegeben.

7. Das „nationale System der politischen Ökonomie" von List.

Bismarck knüpfte in seinem Briefe offenbar an die Gedankengänge des von *List* im Jahre 1841 herausgegebenen „Nationalen Systems der politischen Ökonomie" an[25]). Dieses Werk ist in diesem

Zusammenhange nicht wegen seiner grundsätzlich autarken Einstellung zu erwähnen, denn schon sein Motto — et la patrie et l'humanité — zielt nicht nach dieser Richtung.

List muß vielmehr als Pionier des Gedankens nationalwirtschaftlicher Zusammenhänge genannt werden; er tritt dem Kosmopolitismus der Smith'schen Schule entgegen. In der Einleitung zu seinem Hauptwerke sagt er wörtlich: „**Es gibt demnach eine kosmopolitische und eine politische Ökonomie, eine Theorie der Tauschwerte und eine Theorie der produktiven Kräfte,** Doktrinen, die von einander wesentlich verschieden selbständig entwickelt werden müssen". Und weiter unten führt er aus: „Ohne Nationaleinheit und ohne nationale Teilung der Arbeit und nationale Konföderation der Produktivkräfte wird die Nation nie einen hohen Grad von Wohlstand und Macht erlangen". Aus dieser Prämisse zieht er den inhaltvollen Schluß: „Teilung der Arbeit und Konföderation der Produktivkräfte im nationalen Maßstabe besteht, wenn in der Nation die geistige Produktion mit der materiellen im richtigen Verhältnisse steht, wenn Ackerbau, Gewerbe und Handel in der Nation gleichmäßig und harmonisch ausgebildet sind".

Mit dieser Theorie der harmonischen Verteilung der produktiven Kräfte der Nation baut List die Brücke zur Ideologie der Autarkie, deren Bestrebungen gerade von der Erwägung oder vielmehr von der Tatsache ausgehen, daß durch die internationale Arbeitsteilung und den freien weltwirtschaftlichen Verkehr diese Harmonie und mit ihr der binnenwirtschaftliche Kreislauf gefährdet wird. Aus dieser Befürchtung ergeben sich die autarken Forderungen auf verschieden abgestufte Loslösung aus der weltwirtschaftlichen Verflechtung.

Wie die Dinge bei Erscheinen „des nationalen Systems der politischen Ökonomie" lagen, mußte List noch nicht so weitgehende Folgerungen aus seiner Theorie ziehen. Die damalige Zeit war auf wirtschaftlichen Aufbau, auf Hochkonjunktur eingestellt; infolgedessen ergab sich noch kein so weitreichender Gegensatz zwischen dem System List's und dem Freihandel.

Das sollte erst im Abstieg der Weltkonjunktur anders werden und insbesondere in der Zeit der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrise, die nicht nur von konjunkturellen, sondern auch von strukturellen Veränderungen erfüllt und durch diese bedingt ist. Heute können sich auch Autarkisten auf Friedrich List berufen, allerdings nicht jene radikaler Färbung. Letztere werden in Fichte ihren geistigen Ahn- und Schirmherrn erblicken müssen.

8. Adolf Wagner und das Problem des „Agrar- und Industriestaates".

Die gegen Ende des 19. Jahrhunderts zunehmende Schutzzollbewegung kann noch nicht als eine Wendung zu autarker Politik betrachtet werden. Dagegen zeigen die in dieser Zeit durchgeführten lebhaften theoretischen Kämpfe um Schutzzoll und Freihandel, Agrar- und Industriestaat schon vielfach autarke Ideologie. Der Pessimismus, der die Autarkie unserer Tage gegenüber den Fortschritten und Vorteilen des weltwirtschaftlichen Verkehres erfüllt, findet sich in den Schriften der Kritiker hemmungsloser weltwirtschaftlicher Entwicklung. Insbesonders ist auf die Werke von *Adolf Wagner* und von *Oldenberg* zu verweisen.

Inwieweit gehendem Maße damals autarke Probleme behandelt wurden, geht deutlich aus einer Rede hervor, die Adolf Wagner im Februar 1901 in der Berliner Generalversammlung der Vereinigung der Steuer- und Wirtschaftsreformer gehalten hat. Am Schlusse dieser Rede sagte Wagner unter anderem: „Ein genügender agrarischer Schutz, auch ein höherer als der gegenwärtige, liegt im nationalen Gesamtinteresse, auch wenn dadurch die Industriestaatsentwicklung — nicht völlig gehemmt — wohl aber zu allseitigem Vorteile der Arbeiter und der deutschen Volkswirtschaft und vielleicht auch die Volksvermehrung verlangsamt wird".

Hier sind — wenn auch mit Zurückhaltung — Gedanken ausgesprochen, die der Ideenrichtung der Autarkie angehören. Die Abschwächung weltwirtschaftlicher Verbindung, die Erhöhung des Agrarschutzes, die Verlangsamung industrieller Entwicklung und allenfalls auch der Bevölkerungsvermehrung — all dies sind Begriffe, die allerdings in gesteigerter Form wesentlich für den Aufbau autarker Ideologie sind. Das Werk, das Wagner unter dem Titel „Agrar- und Industriestaat — die Kehrseite des Industriestaates" im Jahre 1902 der Öffentlichkeit übergab, bringt diese Gedankengänge in erweiterter und vertiefter Form. Hiebei handelt es sich um weit mehr als um eine zollpolitische Kontroverse, die Diskussion befasste sich mit der ganzen wirtschaftlichen Problematik des Industriestaates und wies die sich hieraus ergebenden schicksalsschweren Fragen für die gesamte Volkswirtschaft und das gesamte staatliche Leben des Volkes nach.

Besonders sei auf den Artikel Wagner's in der Nummer 25 der „Zukunft" vom 25. Dezember 1897 verwiesen, in dessen Schlußworten Wagner ausdrücklich sagte: „Die größere Unabhängigkeit unserer heimischen Volkswirtschaft vom Auslande muß die Parole werden"[26]).

Wagner verkennt nicht, daß die „Industrieentwicklung in Deutschland ihre tiefen inneren Ursachen, man kann selbst sagen, in einer Hinsicht etwas „Naturgemäßes" habe, aber sie sei doch andererseits dem menschlichen Willen und der Beeinflussung durch zielbewußtes menschliches Handeln ..... keineswegs so ganz entrückt". Auch diese Bemerkung leitet zum Ideenkreis der Autarkisten über, die, durchaus interventionistisch eingestellt, glauben und verlangen, daß der Staat durch seine Machtmittel die wirtschaftliche Entwicklung in den Kreis immer stärker betonter binnenwirtschaftlicher Geschlossenheit und dadurch von Selbstgenügsamkeit leite.

Auf Rechnung von Autarkie ist auch jene Stelle zu buchen, in welcher Wagner davon spricht, daß „diejenigen, namentlich gewöhnlichen Agrar-, jedoch auch Forst- und Montanprodukte, welche wir nach Klima, Boden, alt bestehender Produktion bei uns einmal gewinnen oder auch durch neuere technisch-ökonomische Entwicklung einmal bei uns eingebürgert haben (Rübenzucker, Tabak!) oder leicht einbürgern können, und zwar zu Kosten, welche sich tragen lassen, auch fernerhin möglichst im Inlande gewonnen werden, um des berechtigten großen Zweckes willen, um uns so vom ausländischen Bezuge dieser Produkte unabhängiger zu machen und unsere Landwirtschaft, als die Grundlage auch der modernen nationalen Volkswirtschaft, ordentlich im Gang und fähig zur lohnenden Beschäftigung einer größeren Volkszahl auf dem Lande selbst zu erhalten". Auf demselben Geleise bewegen sich jene Überlegungen, die an die Nachteile einer nach dem Prinzipe internationaler Arbeitsteilung orientierten Gliederung wirtschaftlicher Arbeit anknüpfen und als Folge dieses Zustandes anführen, daß „die Nation, mit ihren großen spezifischen Überlegenheiten der Produktion ihre nationalwirtschaftliche Tätigkeit auf die wenigen betreffenden Gebiete beschränkte, darin vielleicht eben deshalb Virtuosität erlangte, aber auch um den Preis der einseitigsten Beschäftigung ihrer Bevölkerung, der Verengerung ihrer Anschauungen, der einseitigsten körperlich—geistigen Ausbildung, des Fehlens aller Vorteile der Universalität und Verschiedenartigkeit der nationalen Produktion und der aus letzteren sonst hervorgehenden vorteilhaften Rückwirkungen auf das gesamte nationale Leben".

So findet sich bereits bei Wagner eine Reihe wichtiger Grundgedanken der späteren Autarkie-Literatur.

9. Autarke Entwicklung und autarke Probleme im Weltkriege.

Praktische Autarkie brachte der **Weltkrieg** mit der über die Mittelmächte verhängten Blockade und der wesentlichen

Einschränkung des weltwirtschaftlichen Verkehres. Beide Tatsachen haben jene Umwandlungen im Gefüge der Weltwirtschaft eingeleitet, die die Grundlage für spätere autarke Strömungen und Maßnahmen bildeten.

Der weltwirtschaftliche Verkehr wurde während des großen Krieges zum erstenmale in seiner Gesamtheit einer weitgehenden staatlichen Beeinflußung und Abschnürung unterworfen. Die regelnde und überwachende Tätigkeit des Staates erstreckte sich ebenso auf den Güter- wie auf den Kapital-, Zahlungs- und nicht zuletzt auf den Personen- (Wanderungs-) Verkehr. Der Seeverkehr stand unter ähnlichen Beschränkungen wie der Landverkehr. Das international vereinbarte Wirtschaftsrecht wurde zwischen den feindlichen Staaten außer Kraft gesetzt, im Verkehr zwischen den verbündeten Kriegsparteien sowie zwischen diesen und den neutralen Staaten mannigfach beschränkt.

Der Weltkrieg brachte aber noch einen weiteren gewichtigen Unterschied gegenüber früher. Während bis zu diesem Zeitpunkte der weltwirtschaftliche Verkehr im Zeichen ökonomischer Rentabilität gestanden war, wurde nunmehr unter dem Zwange der kriegerischen Verhältnisse das Prinzip größter Ergiebigkeit und höchster Erträge geflissentlich verlassen. Es wurden jene Unternehmungen bevorzugt, die, auch unter Vernachlässigung des wirtschaftlichen Prinzipes, für den einen großen Zweck der Niederwerfung des Feindes tätig waren. Die Wirtschaft war nicht mehr auf Ertrag, sondern auf Bedarfsdeckung eingestellt und diese Bedarfsdeckung mußte auch dann erfolgen, wenn die ökonomische Rechnung die aufgewendeten Kosten nicht rechtfertigte. Es war dies auch durchaus begreiflich, da die ganze Wirtschaft im Zeichen höchsten staatlichen Notstandes für einen in letzter Linie außerwirtschaftlichen Bedarf tätig war. Unter diesen Verhältnissen mußte der Gedanke der Rentabilität in den Hintergrund treten; er hätte auch aus grundsätzlichen Erwägungen schwer zur Geltung kommen können, da aufgewendete Mittel und Verwendungszweck inkommensurabel waren.

So hat der Krieg im weitgehenden Maße eine Lockerung des für das kapitalistische Denken unerläßlichen ökonomischen Zusammenhanges zwischen Mitteln und Zwecken eingeleitet. Diese ökonomische Verbindung wurde durch eine von Rentabilitätserwägungen freigestellte rein kausale, ursächliche verdrängt. Das durch die jeweiligen kriegerischen Maßnahmen bedingte Wirtschaftsziel wurde unter dem Zwange unabweislicher Notwendigkeit aus den sonstigen wirtschaftlichen Zusammenhängen herausgeschält.

Unter diesen Verhältnissen litten nicht nur die weltwirtschaftlichen Beziehungen, sondern auch der kapitalistische Geist, dem die ganze Weltwirtschaft ihr Entstehen verdankt hat. Dazu kam das Moment der Unsicherheit, welches das bisher in den normalen weltwirtschaftlichen Ablauf gesetzte Vertrauen wesentlich erschütterte. Hiedurch wurde auch das weltwirtschaftliche Solidaritätsgefühl gelockert. Durch diese Entwicklung war der Boden für die Autarkiebestrebungen der Nachkriegsjahre geebnet.

Für das Gebiet der Mittelmächte hatte aber der Krieg durch Verhängung einer unerbittlichen Blockade, die auch der Verkehr mit den Neutralen nur in geringem Umfange mildern konnte, das Problem der Autarkie in voller Schärfe aufgeworfen.

Dieses Problem betraf unter den besonderen Verhältnissen des Krieges allerdings überwiegend nicht die Ausfuhr, sondern die Einfuhr, deren fast völlige Drosselung drückend verspürt wurde. Manche Härten waren zwar nur durch den Primat des Kriegsbedarfes gegeben; ein Teil der Schwierigkeiten hätte durch bessere Organisation vermieden werden können. Sehr viele Unzukömmlichkeiten hatten ihre Ursache darin, daß in vielen Wirtschaftszweigen fast unvermittelt der Übergang von der Privatwirtschaft zur Verwaltungswirtschaft erfolgte, der überwiegend ungeschulte und ungeeignete Kräfte zur Verfügung standen. Es fehlte aber auch an der wirtschaftlichen Einstellung. Die durch den Krieg bedingte außerwirtschaftliche Zielsetzung drang bis in die feinsten Verzweigungen des Wirtschaftslebens ein und verhinderte vielfach auch dort, wo es möglich gewesen wäre, die Auswirkung des wirtschaftlichen (Rentabilitäts-) Prinzipes, an dessen Stelle eine unter diktatorischer Normung stehende, jedoch im wesentlichen unsystematische Planwirtschaft trat.

Infolge dieser Besonderheiten können die in der Kriegszeit gemachten Erfahrungen nicht ohne weiters auf das Problem autarker Versorgung übertragen werden; dazu sind die Verhältnisse von heute und damals in ihren Voraussetzungen, Mitteln und Zielen zu sehr verschieden; Einiges kann aber m. E. hieraus dennoch für die Methodik und für die Beurteilung der Planwirtschaft gefolgert werden.

Wie stark der durch den Krieg bedingte wirtschaftliche Umbau schon während des Krieges in maßgebenden Kreisen empfunden wurde, zeigt eine von *Diehl* am 27. Jänner 1916 an der Freiburger Universität gehaltene Rede[27]).

Diehl prüft die wirtschaftliche Kriegsorganisation Deutschlands sowohl in ihrer damaligen Gestaltung, als auch in ihrer zukünftigen

Auswirkung auf die deutsche Wirtschaft, insbesondere vom Standpunkte staatlich-nationaler Abschließung. Seine Darlegungen, die sich auf die Möglichkeit nationalstaatlicher Abschließung beziehen, sind für die damaligen Gedankengänge außerordentlich aufschlußreich. Es ist daraus zu ersehen, daß schon in jener Zeit ein großer Teil der Erwägungen angestellt wurde, die gegenwärtig als Grund für Autarkie angegeben werden, so u. a. der Gedanke, daß das Geld besser im Lande bliebe, ferner die Erwägung, daß es zweckmäßiger wäre, sich von der durch den Weltwirtschaftsverkehr bedingten Abhängigkeit zu befreien; auch die Frage der Agrarautarkie wird erörtert; ebenso ist von Großraumwirtschaft und von der kontinentalen Ausdehnung des deutschen Zollgebietes im Wege von Zollunionen die Rede.

Damit ist bereits eine Reihe von Problemen aufgezeigt, die die Autarkiefrage von heute beherrschen.

III. Ursachen von Autarkie.

A. Allgemeines.

1. Die Verschiedenheit von Volks- und Weltwirtschaft als grundlegende Ursache von Autarkie.

Die primäre grundlegende Ursache für Autarkie besteht in unserer Zeit im Gegensatze bzw. in der Verschiedenheit von Volks- und Weltwirtschaft. Dieser Gegensatz ist schließlich dadurch bedingt, daß die Arbeitsteilung als grundlegendes Prinzip für Entwicklung, Bestand und Funktion der Wirtschaft im Bereiche der Volkswirtschaft gewisse Umformungen und Einschränkungen gegenüber ihrer internationalen Ausprägung erfährt.

Weltwirtschaftliche und volkswirtschaftliche Arbeitsteilung sind nicht durchaus gleichgerichtet. Die volkswirtschaftliche Arbeitsteilung ist von dem Gedanken der Proportionalität der Produktivkräfte im Rahmen der Volkswirtschaft beherrscht; die weltwirtschaftliche Arbeitsteilung hingegen sieht — ohne Rücksicht auf volkswirtschaftliche Zusammenhänge — die Verteilung der Produktionsfaktoren nach dem Standpunkte optimaler Bedarfsdeckung vor[28]).

Das Prinzip internationaler Arbeitsteilung hat sich nie vollständig durchgesetzt. Auch vor Ausbruch des Krieges waren die Voraussetzungen für seine restlose Verwirklichung nicht gegeben. Allerdings war der Schutz der Transportkosten oder —

wie man ihn auch nennen könnte — der Raumschutz unter der gigantisch fortschreitenden Verkehrsentwicklung immer mehr zusammengeschrumpft. Die Verteilung bzw. Differenzierung der Produktion nach dem Grundsatze internationaler Arbeitsteilung hielt jedoch mit dieser Entwicklung nicht Schritt. Der Abbau des Transportschutzes wurde vielfach durch andere willkürliche, hauptsächlich im Bereiche der Zolltarife liegende Maßnahmen ausgeglichen. Es machte sich das Bestreben einer Abschwächung des Prinzipes internationaler Arbeitsteilung geltend. Man wollte die weltwirtschaftliche Differenzierung und Verflechtung nicht bis zu dem jeweils möglichen Grade treiben und dieser Entwicklung nicht alte volkswirtschaftliche Zusammenhänge und Bindungen opfern[29]). Diese tatsächliche Hemmung weltwirtschaftlicher Arbeitsteilung veranlaßt *Harms*, die internationale Arbeitsteilung als regelndes Prinzip der Weltwirtschaft abzulehnen. „So bleibt denn vorläufig in der Tat nichts übrig, als zu konstatieren, daß in gegenwärtiger Zeit die Weltverkehrsgesellschaft charakterisiert wird durch einen immensen Güteraustausch (und dessen Fernwirkungen) hinter dem wir vorläufig vom Standpunkte des Ganzen ein einheitlich regelndes Prinzip nicht zu erkennen vermögen". Denselben Standpunkt wie Harms vertritt *Kotschnig*[30]); er schreibt: „Wir glauben, daß dieses Vorhaben, das regelnde Prinzip zu entdecken, solange überhaupt eine Weltwirtschaft im modernen Sinne besteht, solange nicht die Wirtschaft der Welt durch reines Wirtschaftshandeln bestimmt wird, von vornherein zur Erfolglosigkeit verurteilt ist". Anderer Ansicht ist *Böhler*[31]), der in Anlehnung an die Lehre der Klassiker (insbesonders J. E. Cairnes) das unterscheidende Merkmal zwischen Volks- und Weltwirtschaft in der verschiedenen Beweglichkeit von Kapital und Arbeit innerhalb beider Sozialwirtschaftsgebilde finden will.

M. E. hängt der Bestand eines Prinzipes nicht davon ab, ob dieses sich tatsächlich in seiner Gänze durchzusetzen vermag. Ein solches Prinzip ist vielmehr auch im Falle seiner künstlichen Hemmung dann als grundlegend anzuerkennen, wenn es für die Bildung und den Bestand des betreffenden Tatsachenkomplexes — also in unserem Falle der Weltwirtschaft — von entscheidender Bedeutung ist. Und dies gilt doch von dem richtig verstandenen Prinzip internationaler Arbeitsteilung, das nach der Harm'schen Auffassung „auf der Differenzierung der Produktion unter dem Gesichtswinkel der Ausnützung günstigster Produktionsbedingungen" beruht. Die Annahme dieses Prinzipes ist aber nicht nur für die Erklärung weltwirtschaftlicher Zusammenhänge, sondern insbesondere unter Be-

rücksichtigung der Verschiedenheit seiner volkswirtschaftlichen Umformung für die Beurteilung des Gegensatzes von Volks- und Weltwirtschaft von Bedeutung.

Auf die volkswirtschaftliche Umformung des Prinzipes der Arbeitsteilung hat die Tatsache einen entscheidenden Einfluß ausgeübt, daß die Volkswirtschaft staatlich, die Weltwirtschaft dagegen nicht staatlich bestimmt und beeinflußt ist.

Dieses unterscheidende Merkmal wirkt sich auf Gestaltung und Funktion beider Gebilde umso stärker aus, je mehr der Einfluß des Staates — wie dies im Laufe der letzten Jahre der Fall war — auf den Ablauf wirtschaftlicher Ereignisse wuchs[32]).

Dadurch trat in den einzelnen Staaten der Erde zu den bereits gegebenen natürlichen, eine Sondergestaltung bedingenden Ursachen (wie natürliche Bodenausstattung, Klima, Bevölkerung) eine künstliche (gesellschaftliche, staatliche) Beeinflussung der Wirtschaftskräfte, die die natürliche Differenzierung — zum Teile auch durch interventionistische Maßnahmen wie Zölle usw. — sicherte und in ihren Wirkungen steigerte. Ein solcher Einfluß staatlicher Wirtschaftspolitik ist überall — auch in den liberalsten Staaten — gegeben; er bildet geradezu ein konstitutives Merkmal der Volkswirtschaft; verschieden ist nur das Maß dieser Einflußnahme und der dadurch bedingten wirtschaftlichen Sondergestaltung.

Die Eigenart der staatlichen Wirtschaftsbeeinflussung äußert sich gegenüber den erwähnten natürlichen, eine Sondergestaltung bewirkenden Ursachen darin, daß die staatliche Wirtschaftspolitik — allerdings innerhalb gewisser Grenzen — den Charakter des beliebig Abänderbaren, von natürlichen Voraussetzungen Unabhängigeren an sich trägt. Dadurch sind der staatlichen Wirtschaftspolitik als differenzierendem Faktor volkswirtschaftlicher Struktur und volkswirtschaftlicher Funktion, abgesehen von ihrem autoritativen Charakter, viel weitere Grenzen gezogen als den anderen, eine volkswirtschaftliche Sonderstellung bedingenden Ursachen. Aus diesem Grunde ist es zutreffend, den Staat, der tatsächlich aus einem innerhalb eines bestimmten Gebietes sich bildenden Komplex wirtschaftlicher Erscheinungen eine Volkswirtschaft schafft, als jenen Faktor zu bezeichnen, der einen maßgebenden Einfluß auf den Unterschied im Aufbau und in der Funktion der beiden sozialwirtschaftlichen Gebilde Volks- und Weltwirtschaft ausübt.

Durch die bisherigen Ausführungen ist dargelegt, daß Autarkie etztenendes auf der Verschiedenheit von Volks- und Weltwirtschaft aufbaut, die ihrerseits wieder durch die geschilderten Prinzipien wirt-

schaftlicher und politischer Art bedingt ist. Es ist daher zwischen diesen Organisationsprinzipien und der Entstehung von Autarkie insoferne ein ursächlicher Zusammenhang gegeben, als ihr Wegfall die Bildung bzw. den Bestand von Autarkie ausschließen würde. So wäre kein Anlaß für Autarkie gegeben, wenn das Prinzip volkswirtschaftlicher Proportionalität der Produktivkräfte in Wegfall käme, oder wenn sämtliche Staaten der Erde in einen einheitlichen Weltstaat zusammengefaßt würden. Dieser ursächliche Zusammenhang darf natürlich nicht so verstanden werden, daß diese Organisationsprinzipien zu Autarkie führen müssen. Die Bildung von Autarkie setzt vielmehr überdies noch eine Reihe konkreter Ursachen voraus, deren Erörterung die weiteren Ausführungen dienen sollen.

2. Volkswirtschaftliche Differenzierung als Ursache von Autarkie.

Als solche Ursachen kommen alle jene in Betracht, welche der Volkswirtschaft eines bestimmten Gebietes ein gewisses differenzierendes Gepräge gegenüber den anderen Volkswirtschaften verleihen. Wenn auf der ganzen Welt überall dieselben natürlichen, technischen und gesellschaftlichen (politischen) Voraussetzungen für die Führung von Wirtschaftsbetrieben bestünden, dann wäre kein Anlaß gegeben, in den wirtschaftlichen Austausch — soferne ein solcher überhaupt noch möglich und notwendig wäre — einzugreifen. Aus der bekannten Mannigfaltigkeit dieser Voraussetzungen ergeben sich die großen Verschiedenheiten der einzelnen Volkswirtschaften, die zum Teil den Wirtschaftsaustausch zwischen diesen begünstigen, ja notwendig machen, zum Teil aber auch die Ursache für jene zahlreichen Maßnahmen zum Schutze und zur Erhaltung dieser Differenzierung gegenüber der ausgleichenden Wirkung des Verkehres darstellen. **Der weltwirtschaftliche Verkehr drängt eben auf Nivellierung, obwohl er in der Differenzierung seine Voraussetzung hat.** Hierin liegt eine Antinomie der Weltwirtschaft. Die Erhaltung der Differenzierung als Bedingung für den Bestand weltwirtschaftlichen Verkehres ist somit auf die Dauer auch dann im Interesse der Weltwirtschaft gelegen, wenn sie sich nur durch Einschränkung der restlosen Auswirkung weltwirtschaftlicher Bewegung durchsetzen kann.

Zu den konkreten, Autarkie auslösenden Ursachen gehören daher — mit den eben gemachten Einschränkungen — auch jene zur volkswirtschaftlichen Differenzierung führenden Momente. Sie seien im folgenden kurz angeführt:

1. Natürliche Voraussetzungen: tatsächliche Bodengestaltung, Ausrüstung der Erde mit Naturschätzen (Nahrungsmittel, Rohstoffe für gewerbliche und industrielle Verarbeitung), Klima.

2. Gesellschaftliche Einrichtungen: insbesondere die Gestaltung des öffentlichen und privaten Rechtes, der Sitten und Gebräuche, wie z. B. die Verfassung des Staates, die Eigentumsverteilung, die Gestaltung des Familien- und Sippenwesens, der Anteil, den die organisierte Gemeinschaft — der Staat — an der wirtschaftlichen Arbeit der einzeln oder in Gruppen wirtschaftenden Personen nimmt.

Aus diesen natürlichen und gesellschaftlichen Voraussetzungen hat sich im Laufe der Zeit der Aufbau der Volkswirtschaft, die Verteilung ihrer Produktivkräfte ergeben. Zwischen den einzelnen Wirtschaften eines solchen Bereiches besteht ein enger Zusammenhang, der durch das Prinzip der Proportionalität der Produktivkräfte bestimmt ist. Hieraus ergeben sich Beharrungskräfte, die auf die Erhaltung des historisch gewordenen Produktionsaufbaues eines bestimmten Gebietes eingestellt sind und die sich unter der Einwirkung gesteigerten weltwirtschaftlichen Verkehres und der Gefahr, die sich hieraus für den historisch entwickelten Produktionsaufbau ergibt, zu positiven Abwehrkräften entfalten. Diese beschränken sich vorerst auf das Gebiet des Zollschutzes, bis sie unter dem Druck der Verhältnisse autarke Ziele verfolgen und eine mehr oder minder weitreichende Loslösung der Volkswirtschaft aus den weltwirtschaftlichen Zusammenhängen anstreben.

Das Maß autarker Kräfte ist in hohem Grade von dem Gefüge der Volkswirtschaft oder — wie man auch zu sagen pflegt — von ihrer Struktur beeinflußt. Über den Begriff der volkswirtschaftlichen Struktur danken wir den Untersuchungen von Harms nähere Aufschlüsse. Es sei diesbezüglich u. a. auf seine Darlegungen verwiesen, mit denen er die Beratungen des Enqueteausschusses im Jahre 1926 einleitete[33]).

Die von Harms entwickelten Richtlinien zeigen deutlich, wie feingegliedert und weitverzweigt das Gefüge, die Struktur einer Volkswirtschaft ist. Es ist klar, daß hier eine wirtschaftliche Realität von beträchtlichem Beharrungsvermögen vorliegt. Es darf daher nicht wundernehmen, daß diese engen binnenwirtschaftlichen Beziehungen einen Abwehrkampf gegenüber Änderungen im volkswirtschaftlichen Aufbau, in der Verteilung der Produktionsfaktoren nach Standort und Erwerbszweigen verursachen. Dieser Kampf wird vorerst im freien Wettbewerbe durch Anpassung von Qualität und Kosten der Ware an die geänderte Marktlage geführt. Er spielt sich natürlich

ebenso zwischen den Unternehmungen derselben, wie zwischen jenen fremder Volkswirtschaften ab — allerdings mit dem wesentlichen Unterschiede, daß sich gegenüber Bedrohungen innerhalb derselben Volkswirtschaft nicht jene Verteidigungsmöglichkeiten bieten, wie gegenüber Gefährdungen, die von auswärts drohen; letztere führen unter Umständen zum Zollschutz und zur Autarkie.

Das Maß dieser Bedrohung und damit die Stärke autarker Gegenkräfte, sowie die Bereitwilligkeit, diese zu fördern und zu stützen, hängt von der Struktur und Entwicklungstendenz der Binnen- wie der Weltwirtschaft, sowie von dem wechselseitigen Verhältnisse beider Sozialwirtschaftsgebilde ab. Vorerst sollen die binnenwirtschaftlichen Ursachen von Autarkie besprochen werden.

B. Die binnenwirtschaftlichen Ursachen von Autarkie.

Grundlegende Voraussetzungen.

3. Gegensatz zwischen Möglichkeit und Notwendigkeit volkswirtschaftlicher Anpassung.

Die binnenwirtschaftlich bedingten autarken Kräfte sind in letzter Linie auf die „Umlagerungsempfindlichkeit" der Produktionsfaktoren Kapital und Arbeit zurückzuführen. Diese „Umlagerungsempfindlichkeit" kann bezeichnet werden als die Reaktion, welche diese Produktionsfaktoren der Änderung ihrer wirtschaftlichen Eingliederung in das Produktionssystem eines bestimmten Gebietes (Produktion im weitesten Sinne des Wortes verstanden) entgegenstellen. Die Umlagerungsempfindlichkeit ist umso kleiner, je loser diese Eingliederung, und umso größer, je fester sie ist.

Die Entwicklung der Wirtschaft zeigte im Laufe der letzten Jahrzehnte deutlich die Tendenz zu immer festerer Eingliederung der Produktionsfaktoren in das System der Produktion. Diese Tendenz ist technisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich bedingt. Sie ist begleitet von einer fortschreitenden Fixierung der für den Aufbau und die Funktion, also für Statik und Dynamik der Volkswirtschaft maßgebenden wirtschaftlichen Grundtatsachen, insbesondere der Kosten. Alle diese Momente führten zu einer wachsenden Bindung volkswirtschaftlicher Grundelemente und dadurch zu deren gesteigertem Beharrungsvermögen; hieraus ergab sich steigende Abwehr gegenüber jenen Kräften, welche auf Änderung und Umgestaltung drängen.

Die Volkswirtschaft büßte an innerer Beweglichkeit ein; dadurch verlor sie auch jene von den Vertretern der freien Wirtschaft vorausgesetzte und ihren Theorien zugrundegelegte Anpassungsfähigkeit gegenüber Änderungen der Wettbewerbslage. Die Schwierigkeiten, die sich hieraus für den Ablauf wirtschaftlicher Vorgänge nach den Grundsätzen des ökonomischen Liberalismus ergaben, erfuhren eine Steigerung durch die außerordentlich entwickelte Technik des Verkehres; diese bewirkte, daß Änderungen der Wettbewerbslage, die früher — zum mindesten in ihrer unmittelbaren Auswirkung — auf einen verhältnismäßig kleinen Raum beschränkt blieben, nunmehr über die größten Räume hinweg zur Geltung kamen.

Der Preismechanismus arbeitete mit immer größerer Exaktheit. Wo die Preisbildung Waren in größeren und die Wettbewerbslage am Weltmarkte bestimmenden Mengen erfaßte, mußte der Kostenaufbau der konkurrenzierten Wirtschaftszweige überprüft werden, um die Anpassung an die geänderte Preislage zu finden. Während aber die Fälle, in denen dies notwendig wurde, sich häuften, verminderte sich die Fähigkeit der Wirtschaft, eine solche Anpassung zu vollziehen. **Der Beweglichkeit der Preise entsprach und entspricht nicht die Beweglichkeit der Kostenfaktoren;** hierin liegt eine wesentliche Ursache der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrise, gleichzeitig aber auch von Autarkie.

Hiezu kam noch die Notwendigkeit der Anpassung an neue Waren und an neue Produktionsmethoden. Diese andauernden, durch das System der Rationalisierung künstlich und im Übermaß vermehrten Änderungen hätten selbst an eine bewegliche Wirtschaft die größten Anforderungen gestellt. Bei der zunehmenden Lähmung der Wirtschaft in Aufbau und Gliederung der Produktionsfaktoren sowie der Produktionskosten gestaltete sich dieser Prozeß zu einem ernsten Problem für die einzelnen Volkswirtschaften. Die Folge war der Versuch, diese störende Entwicklung auszuschalten oder doch abzuschwächen. Auf diese Weise war der Weg zu Autarkie gebahnt.

Im folgenden soll nun untersucht werden, inwieferne die „Umlagerungsempfindlichkeit" der Volkswirtschaft sich erhöhte oder, anders ausgedrückt, die Elastizität der Wirtschaft sich minderte.

Die Minderung der Anpassungsfähigkeit äußert sich im Produktionsaufbau wie in der Gestaltung der Kosten und Preise. Sie tritt in objektiven wie subjektiven Voraussetzungen der volkswirtschaftlichen Organisation zutage und ist vielfach nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch bestimmt. Auch dort, wo diese Bindungen nur

in der Sphäre der Wirtschaft verlaufen, sind sie häufig durch Zwang zustandegekommen und durch Zwang gesichert. Die Wirtschaft ist unter Druck gestellt. Ihre Leitung vollzieht sich vielfach nicht mehr nach ihrem eigenen Bewegungsmechanismus, sondern ist durch Eingriffe von außen beherrscht. **Der Wirtschaft wurde zum Teil ihre innere Automatik genommen; an ihre Stelle trat staatlicher Zwang.** So fließen innere wirtschaftstechnische Entwicklungen und organisatorische Maßnahmen — freier Initiative der Wirtschaft entsprungen oder durch staatlichen Machtspruch bedingt — zusammen und schaffen Bindungen, welche die freie Beweglichkeit der Wirtschaft hemmen.

Die besonderen Ursachen von Autarkie.

4. Änderungen im technischen und organisatorischen Aufbau der Unternehmungen.

Hier ist vor allem die Entwicklung anzuführen, welche das Überwiegen des Anlage- gegenüber dem Betriebskapitale, die Vorherrschaft der festen (fixen) Kosten gegenüber den veränderlichen (variablen) Kosten bewirkte[34]). Ich verweise auf den Industrialisierungsprozeß der Wirtschaft und innerhalb dieses auf die Rationalisierung des letzten Jahrzehntes. Dieser Industrialisierungsprozeß hat auch Betriebszweige ergriffen, deren Betriebstechnik der Gedanke industrieller Arbeitsleistung ursprünglich fremd war. So wurden die Getreidefarmen der Ukraine und Kanadas durch Traktoren und Mähdrescher zu Getreidefabriken umgestaltet, aus landwirtschaftlichen Sägen entwickelten sich Fabriken zur Erzeugung von Schnittholz; auch die Molkereiproduktion vollzieht sich in Betrieben, die vielfach nach ihrer technischen Ausgestaltung und der durch sie bedingten Betriebsweise fabriksmäßigen Charakter tragen. Der steigende Ersatz menschlicher Arbeit durch Maschinen, die immer komplizierter wurden und eine stets wachsende Menge von Kapital banden, kennzeichnet diesen von der Technik gewiesenen Weg, dessen Ende nicht abzusehen ist. Dabei bewirken diese unter dem Druck der Rentabilität stehenden Investitionen den unerbittlichen Zwang zu intensivster Betriebsführung, damit die durch sie verursachten festen Kosten (Zinsen und Amortisationsquoten) auf eine möglichst große Zahl von Erzeugnissen umgelegt werden können und die Rentabilität des Betriebes gewahrt bleibt. Diese Entwicklung zum Großbetrieb und zur Zusammenballung von Maschinen und Maschinenleistung sei an einigen Ziffern veranschaulicht. So betrug im Jahre 1875 in Deutsch-

land die Zahl der Betriebe 3,224.000 mit 6,567.000 beschäftigten Personen und einer Kraftmaschinenleistung von 1,056.000 PS. Im Jahre 1925 betrugen die analogen Ziffern 3,618.000 Betriebe (+ 12 %), 17.367.000 Personen (+ 180%) und 19,435.000 Kraftmaschinenleistung (+ 1740%). Die Betriebszahl hat sich also unwesentlich vermehrt, dagegen ist die Zahl der beschäftigten Personen fast um das dreifache, jene der maschinellen Produktionsanlagen um das siebzehnfache gestiegen[35]).

Hiedurch wurde der innere Aufbau der gewerblichen Erzeugung spröder, unelastischer. Das Anlagekapital läßt sich aus dem Betrieb nicht in derselben Weise herausziehen wie das Betriebskapital. Industrien mit vorherrschendem Anlagekapital sind daher auch empfindlicher gegen Umlagerungen ihres Aufbaues; sie sind in dieser Hinsicht trotz ihrer Größe und ihrer Produktionskapazität in gewisser Hinsicht schutzbedürftiger. Daraus erklärt sich auch das starke, überall zutage tretende Bedürfnis der Schwerindustrie nach Schutzzöllen. Dieses Schutzbedürfnis machte sich in der deutschen Wirtschaft umso stärker geltend, als die Größe der Investitionstätigkeit dem Umfang der Kapitalsbildung nicht entsprach. So betrug in den Jahren 1925—1930 nach den Berechnungen des d. Kf. J. der Zuwachs des deutschen Geldkapitals 32.42 Milliarden RM., davon 12.20 Milliarden RM. vorwiegend Kassen- und Betriebsgeld, 20.22 Milliarden RM. vorwiegend Vermögensgelder. In der gleichen Zeit betrug der Zuwachs des Anlagenbestandes 32.94—33.14 Milliarden RM., der der Vorräte 4.15 Milliarden RM. Die Folge war eine starke Illiquidität der deutschen Wirtschaft, wodurch die durch das starke Anwachsen des Anlagekapitals an und für sich gegebene Sprödigkeit noch wesentlich gesteigert wurde[36]).

Es ist jedoch für den in der Wirtschaft sich vollziehenden immanenten Ausgleich kennzeichnend, daß dieselbe ein gesteigertes Schutzbedürfnis, also Absperrung und Wirtschaftsraumverkleinerung bedingende Ursache der Anlaß für gesteigerte Expansion und Wirtschaftsraumvergrößerung wurde; denn die Zusammenballung von Anlagekapital ist in der Regel mit einer starken Steigerung der Produktionskapazität verbunden, die vielfach die Aufnahmsfähigkeit des inneren Marktes übersteigt, also einen Exportzwang bewirkt. Dies führt dazu, daß solche Unternehmungen trotz ihres Schutzbedürfnisses, das sich aus ihrer Umlagerungsempfindlichkeit ergibt, infolge des starken Exportzwanges ein Interesse an der Steigerung weltwirtschaftlicher Beziehungen in der Ausfuhr haben können. Dieser innere handelspolitische Gegensatz solcher Unternehmungen

ist dann überbrückt, wenn Zollbereich und Absatzraum sich decken. Solche Unternehmungen sind daher an der Schaffung einer derartigen, vielfach nicht gegebenen Kongruenz außerordentlich interessiert. Sie waren aus diesem Grunde in früherer Zeit Träger wirtschaftsimperialistischer Ideen und Ziele; gegenwärtig fördern sie aus denselben Erwägungen, da eine politische Raumvergrößerung nicht im Bereiche naher politischer Möglichkeiten liegt, großraumwirtschaftliche Pläne.

Das handelspolitische Problem oder vielleicht besser gesagt die handelspolitische Problematik solcher Unternehmungen besteht darin, zwischen ihrem Schutzbedürfnis und ihrem Exportinteresse einen Ausgleich zu schaffen. Die normalen Wege der Handelspolitik waren und sind hiefür vielfach nicht geeignet; man griff daher zur Konstruktion internationaler Kartellabmachungen. Es ist kein Zufall, daß die internationalen Kartelle gerade von solchen Unternehmungen ihre wesentlichen Impulse empfangen. Es sei unter anderem auf das Rohstahlübereinkommen verwiesen. Aber auch die Entstehung der anderen internationalen Kartelle bietet hiefür eine Bestätigung[37]).

Diese Form der Raumsicherung, die die beiden einander widerstreitenden Erwägungen der Importbeschränkung und der Exportsicherung durch private Vereinbarungen in Einklang zu bringen suchte, ist auch deshalb interessant, weil sie eine Emanzipation von der staatlichen Handelspolitik bedeutet. In diesem Sinne wuchsen solche Unternehmungen in ihrer Handelspolitik über autarke Ziele und über autarke Maßnahmen im Rahmen staatlicher Wirtschaftspolitik hinaus. Zur Autarkie können sie eine positive Einstellung bekommen, wenn ihr Wirtschaftsraum jene Größe erhält, die sich mit ihren durch die Kapazität ihrer Anlagen jeweils bestimmten Absatzinteressen deckt.

So führt die Häufung von Anlagekapital in Unternehmungen trotz der hiedurch bedingten wachsenden Umlagerungsempfindlichkeit nicht notwendig, sondern nur unter den eben umschriebenen Voraussetzungen zu Autarkie.

Die Einengung der Elastizität im Kapitalsaufbau der Unternehmungen hängt von der Art ihrer Kapitalszusammensetzung ab. Ein auf Erwerbskapital aufgebautes Unternehmen ist viel elastischer als ein Unternehmen, dessen Aufbau überwiegend auf Produktivkapital beruht. Ein Unternehmen, das nur wenig Anlagekapital besitzt, ist elastischer als ein solches mit großem Anlagekapital. Eine Bank ist elastischer als eine Fabrik. Dies gilt allerdings nur dann, wenn die Bank bei Gewährung von Krediten die nötige

Vorsicht beobachtete und soferne nicht eine allgemeine krisenbedingte Wirtschaftslähmung eintritt. Auch die Arbeit — ein sehr wesentlicher Faktor im Produktionsaufbau der Unternehmungen — weist mehrfache Abstufungen an Elastizität auf. Die Anpassungsfähigkeit der Arbeit ist umso größer, je mehr die ungelernte Arbeit vorherrscht. Sie nimmt naturgemäß bei geschulter, qualifizierter Arbeit ab. Die Umlagerungsempfindlichkeit wächst aber auch mit den Ansprüchen des Arbeiters, und zwar nicht nur mit den Lohn-, sondern auch mit den sonstigen Lebensansprüchen, die die Stellung des Arbeiters zur Arbeit und zur Arbeitsleistung beeinflussen.

Diese — man könnte sagen — technische Sprödigkeit im Aufbau der Produktionsfaktoren eines Unternehmens kann durch andere Momente eine Abschwächung oder Verstärkung erfahren.

Von Bedeutung ist in dieser Hinsicht der organisatorische Aufbau der Unternehmungen und die Gestaltung des Kreditwesens. Je leichter die Kapitalsbeschaffung ist, umso geringeren Schwierigkeiten unterliegt auch die Umstellung im technischen Aufbau der Unternehmungen. Gesellschaftsunternehmungen und unter diesen wieder Aktiengesellschaften sind diesen Aufgaben eher gewachsen als Einzelunternehmungen. In der gleichen Richtung wirkt die Organisation des Kredites. Zurückhaltung oder Freigebigkeit der leitenden Banken ist von maßgebendem Einfluß; eine liberale Kreditpolitik kann die technische Sprödigkeit des industriellen Aufbaues mildern, eine konservative diese steigern. Am gefährlichsten ist ein Umschwung in der Kreditpolitik, wie er nur allzu häufig im Wechselspiel von Konjunktur und Krise vorkommt. So bestehen enge Beziehungen zwischen der Kreditpolitik eines Landes und dessen industrieller Anpassungsfähigkeit.

Unter jenen Momenten, welche die technische Sprödigkeit eines Unternehmens mitbestimmen, ist nicht zuletzt die geistige Einstellung des Unternehmers zu erwähnen. Ein agiler Unternehmer kann auch ein sprödes Unternehmen so führen, daß die jeweils erforderliche Anpassungsfähigkeit gefunden wird. Hierin liegt das Geheimnis der Unternehmerarbeit, der Unternehmerintuition. Aus diesem Grunde sind vielfach Unternehmungen mit elastischerem Kapitalsaufbau viel weniger anpassungsfähig als solche mit spröderem Kapitalsaufbau. Es sei an das große Problem der Umstellung des Handwerkes erinnert, das allerdings nur in geringem Maße zu einem handelspolitischen Problem wurde, da der natürliche und der dem Handwerke tatsächlich zur Verfügung stehende Wirtschaftsraum (Absatzraum) sich in der Mehrzahl der Fälle deckten.

5. Verfestigung des Kostenaufbaues.

Die moderne Technik hat im Kostenaufbau revolutionierend gewirkt:

a) durch Steigerung der Kostenunterschiede;
b) durch Steigerung der Menge der mit solchen Kostenunterschieden erzeugten Ware;
c) durch eine wesentliche Verbilligung der Transportkosten, wodurch die Produktionskostenverschiebungen sich auf immer größere Entfernungen auswirken konnten.

Hiedurch wurde eine andauernde Verschiebung der Kostengrenze und auf dem Wege über die Preisbildung auch der Wettbewerbslage herbeigeführt.

Der weltwirtschaftliche Verkehr stellt also beträchtliche Anforderungen an die Anpassungsfähigkeit der Kosten. Weltwirtschaftliche Anpassungsfähigkeit und im Zusammenhange damit Erfolgsmöglichkeit am Weltmarkte ist in starkem Maße durch die Beweglichkeit des Kostenaufbaues bestimmt. Dieser zeigt jedoch im Laufe der Entwicklung in vielen Staaten der Erde Tendenz zur Versteifung.

Dies gilt insbesonders von den festen Kosten, von den Löhnen und der gesellschaftlich bedingten Regie (Sozialregie), zu der wir die Steuern und sozialen Abgaben rechnen.

a) Feste Kosten.

Die festen Kosten wurden anläßlich der Erörterung über das Anwachsen des Anlagekapitals besprochen. Die mangelnde Elastizität dieser Kosten ist durch ihre Bezeichnung als feste Kosten charakterisiert. Der Anteil der festen Kosten ist in den einzelnen Produktionszweigen durchaus verschieden; im Laufe der Zeit zeigte er stark steigende Tendenz. Diese Entwicklung ist durch die Rationalisierung der letzten Jahre wesentlich beherrscht.

b) Löhne.

Die Versteifung der Löhne ist gewerkschaftlich bedingt; als Mittel hiefür dienen Tarifverträge und autoritative Satzungserklärung. Die Löhne werden hiedurch von der Anpassung an die jeweilige Marktlage unabhängiger. Dies gilt umsomehr, als die Tendenz der Arbeitnehmer darauf abzielt, den Gedanken des Lebensstandardlohnes gegenüber jenem des Leistungslohnes durchzusetzen, der die Leistung des Arbeiters und jene des Unternehmers — auch unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Tragfähigkeit (Möglichkeit) — in ein entsprechendes Verhältnis bringt; diese Lohnmechanik gilt allerdings nicht in den autoritär regierten Staaten.

Hierin liegt eine ganz bedeutende Erschwerung wirtschaftlicher Verfügung, eine Loslösung von den Grundlagen normaler Kostenberechnung; denn der Lohn bedeutet wirtschaftlich — wenn auch nicht nach seiner juridischen Formulierung — die überwiegend vorschußweise, der ökonomischen Zurechnung entsprechende — Verteilung des Betriebsertrages auf die Arbeiter als Vollzieher bestimmter am Produktionserfolge mitwirkender Leistungen. Die Größe des Betriebsertrages wird aber wesentlich durch die am Markte erzielbaren Preise bestimmt und es müßten daher auch die Löhne als entscheidender Kostenfaktor sich diesen Preisen anpassen, um die Betriebsführung in einem bestimmten Umfange zu sichern. Eine Berechnung, die von anderen Voraussetzungen, wie z. B. vom Lebensstandard ausgeht, gliedert sich nicht in dieses unerläßliche Rechenschema ein.

Man kann nach einer groben Faustregel den durchschnittlichen Anteil der Löhne mit 1/3 der gesamten Betriebskosten beziffern. Durch Versteifung der Lohnpolitik werden also im Durchschnitt ungefähr 1/3 der Betriebskosten unelastisch.

Über die mangelnde Elastizität der Löhne bringt die im Mai 1933 herausgegebene Denkschrift des Ö. Kf. J. (Entwicklung der österreichischen Wirtschaft in den Jahren 1923—32) interessante Zusammenstellungen. In dieser Denkschrift ist eine Tabelle über die Entwicklung der vertragsmäßigen Mindestwochenlöhne — in Schilling zu den Jahresenden nachgewiesen — enthalten. Aus dieser Tabelle geht z. B. hervor, daß in der Bauindustrie im Jahre 1932 die Löhme noch höher liegen als im Jahre 1928 (77:71); in der Zement- und Bekleidungsindustrie sind sie gegenüber dem Stande des Jahres 1928 nicht zurückgegangen; in der chemischen Industrie (unqualifizierte Hilfsarbeiter), in der Kürschnerei, in der graphischen und papierverarbeitenden Industrie (Buchdrucker über 23 Jahre), in den Buchbindereien (vollwertige Buchbinder), in der Holzindustrie (qualifizierte Holzarbeiter und gewerbliche Hilfsarbeiterinnen), im Taschnergewerbe (Facharbeiter über 22 Jahre) sind die Löhne im Jahre 1932 höher als im Jahre 1928; qualifizierte Arbeiter in der Lederindustrie, gelernte Brauarbeiter, 1. und 2. Gehilfen in genossenschaftlichen Fleischselchereien, Monteure und Professionisten sowie ungelernte Hilfsarbeiter der Starkstromindustrie, Arbeiterinnen in der Glühlampenindustrie, Professionisten der Kabelfabriken und der Lokomotivindustrie, sowie Arbeiter der Eisenkonstruktionsbetriebe haben im Jahre 1932 höhere Löhne bezogen als im Jahre 1928. Im selben Zeitraum sind nur die Löhne der Spezialarbeiter in der Papierindustrie und der männlichen Hafenarbeiter gesunken.

Nach einer im Vierteljahrheft (April 1932) des d. Kf. J. erfolgten Zusammenstellung zeigt sich die geringere Elastizität der Löhne gegenüber den Preisen industrieller Rohstoffe, Halbwaren und Fertigwaren darin, daß gemessen an den Basispreisen des Jahres 1913 (=100) zu Beginn des Jahres 1932 die Preise industrieller Rohstoffe und Halbwaren auf 92, die Preise industrieller Fertigwaren auf 125 standen, während die Löhne die Indexziffer 150—160 aufwiesen.

Nach den vom d. Kf. J. herausgegebenen Wirtschaftszahlen 1925—1931 zeigt die Höhe der Stundenlöhne im Gesamtdurchschnitt — auf das Jahr 1928 (= 100) als Grundjahr bezogen — folgende Entwicklung: 1925 80.4, 1926 86.9, 1927 92.1, 1928 100, 1929 105.5, 1930 107.3, 1931 102.1. Die Indexziffern der 10 reagiblen Warenpreise — Basisjahr 1913 (= 100) — verliefen in der Zwischenzeit folgendermaßen: 1925 146.9, 1926 120.1, 1927 134.7, 1928 139.1, 1929 124.2, 1930 97.8, 1931 66.4. Die Indexziffern der Lebenshaltung — Basisjahr 1913/14 (= 100) — zeigten folgende Bewegung: 1925 139.8, 1926 141.2, 1927 147.6, 1928 151.7, 1929 153.8, 1930 147.3, 1931 135.9.

Diese Elastizitätsverminderung kann durch eine *Steigerung der Produktionsergiebigkeit* ausgeglichen werden. Wenn dieselben Kosten auf eine größere Zahl von Produktionseinheiten oder auf einen größeren Produktionsertrag verteilt werden, so sind die Kosten nur nominell unverändert geblieben, dagegen in der Wirtschaftsrechnung in demselben Maße gesunken, in dem der Produktionsertrag gestiegen ist. Eine solche Entwicklung kann durch Steigerung der *Rentabilität* oder *Produktivität* eines Unternehmens eingeleitet werden. Die Steigerung der Rentabilität scheitert unter den gegenwärtigen Verhältnissen an der mangelnden Beweglichkeit der Preise, insbesondere infolge der gesunkenen Kaufkraft; die Steigerung der Produktivität kann durch eine Steigerung des persönlichen oder sachlichen Leistungsfaktors eines Unternehmens bewirkt werden. Die Leistungssteigerung des persönlichen Faktors, der Arbeit, wurde durch Einschränkung der Arbeitszeit und durch weitgehende, diese sichernde Bindungen, zum Teil auch durch psychologische Momente (Verminderung der Arbeitsfreudigkeit) erschwert; eine Förderung erfuhr sie hingegen nach der Denkschrift des internationalen Arbeitsamtes (1932) „Les aspects sociaux de la Rationalisation" aus folgenden Ursachen und in dem nachstehend verzeichneten prozentuellen Ausmaß: Verbesserte Arbeitsweise der Arbeitnehmer 10—40%, zweckmäßigere Ausbildung bis zu 200%, verfeinerte Lohnmethode bis zu 300%, durch Bewegungsstudien bis zu 700%, durch Verwendung des laufenden Bandes bis zu 260%, durch

verbesserte Pauseneinteilung bis zu 60%, durch Verwendung zweckmäßigerer Werkzeuge bis zu 160%, durch Verbesserungen am Arbeitsplatz bis zu 44%. In dieser Aufstellung sind allerdings zum Teile auch schon Momente enthalten, die mit der sachlichen Steigerung der Arbeitswirkung (R a t i o n a l i s i e r u n g) zusammenhängen (Verwendung des laufenden Bandes, Verwendung zweckmäßigerer Werkzeuge).

Die durch die Rationalisierung bewirkte Steigerung des sachlichen Leistungsfaktors hat auf die Ergiebigkeit der Arbeit einen ganz entscheidenden Einfluß genommen. Hierüber gibt interessanten Aufschluß die Denkschrift des Oe. Kf. J. über die Entwicklung der österreichischen Wirtschaft in den Jahren 1923—1931. Nach dieser Tabelle sind beträchtliche Steigerungen der Arbeitsleistung in den Jahren 1922—1931 in einer Reihe repräsentativer Unternehmungen festzustellen. So erhöhte sich die Förderung je Arbeiter und Schicht in kg (Jahresdurchschnitt) im Steinkohlenbergbau von 403 kg im Jahre 1922 auf 929 kg im Jahre 1931; im Braunkohlenbergbau von 982 kg im Jahre 1922 auf 1792 kg im Jahre 1931; im Eisenerz- und Manganerzbau von 2109 kg im Jahre 1922 auf 3994 kg im Jahre 1931. Im Salzbergbau betrugen die Ziffern für das Jahr 1922 und 1931 pro Arbeiter und Schicht in hl (jährl. Durchschnitt) 34 und 41; die Roheisenerzeugung stieg in t je Arbeiter und Jahr von 297 im Jahre 1922 auf 727 im Jahre 1931, in der Stahlerzeugung im selben Zeitabschnitt von 177 auf 387, in der Erzeugung von Walz- und Schmiedeware und Stahlformguß von 50 auf 81.

Wenn also auch aus den angeführten Gründen eine Versteifung der Löhne im wesentlichen festzustellen ist, so deckt sich doch nominelle, durch die Lohnhöhe ausgedrückte und tatsächliche Elastizitätsminderung der Arbeit vielfach nicht.

c) Zinskosten.

Auch die Zinskosten haben durch die Kartellpolitik der Kommerzbanken und durch die Diskontpolitik der Notenbanken eine der wirklichen Marktlage nicht entsprechende Verfestigung erfahren, die in ihrer Höhe für den gesamten Kostenaufbau abträglich war. Die Höhe der wesentlich über den offiziellen Diskontsätzen liegenden Privatsätze ist zum Teil durch die Risikoprämie, zum Teil dadurch begründet, daß die Kosten des in der Inflationszeit stark angeschwollenen Bankenapparates lange Zeit hindurch keineswegs entsprechend herabgesetzt wurden. Infolge der außerordentlichen Kreditausweitung haben diese Kosten einen sehr maßgebenden Anteil an der gesamten Kalkulation

erhalten und, soferne sie sich als unelastisch erweisen, die Sprödigkeit des Kostenaufbaues noch gesteigert. In letzter Zeit sind allerdings die Zinszätze vielfach beträchtlich herabgesetzt und auch die Bankspesen abgebaut worden; es sei u. a. auf die einschlägigen Verfügungen in Österreich verwiesen: Herabsetzung des Nationalbankzinsfußes von 6 auf 5%, Verminderung der Bankprovisionen um die Hälfte, Herabsetzung des Einlagenzinsfußes auf 3¼ %. Dadurch wird der eben skizzierte Anteil der Zinsen an der Verfestigung des Kostenaufbaues für die Zukunft entsprechend geringer[38]).

d) Die gesellschaftlich bedingten Regien (Steuern und soziale Abgaben).

Die mangelnde Elastizität beider Kostenreihen gibt seit geraumer Zeit der Privatwirtschaft Anlaß zu eingehender Kritik. Verursacht ist diese verminderte Anpassungsfähigkeit dadurch, daß die staatlichen und gesellschaftlichen Einrichtungen, zu deren Kostendeckung Steuern und soziale Abgaben dienen, sich nicht der Ertragsfähigkeit der Wirtschaft anpassen. Das hängt im wesentlichen mit dem Aufgabenkreis zusammen, der der Verwaltung des Staates und der Gebietskörperschaften zugewiesen, sowie mit der Stellung, die der Sozialversicherung im Rahmen der Volkswirtschaft eingeräumt ist. Einen nicht unerheblichen Anteil hat hieran auch die Art, in welcher die Verwaltungsgeschäfte dieser Körperschaften und Anstalten geführt werden. Diese Kosten sind also wesentlich politisch bestimmt.

Der Anteil der Steuern und der sozialen Abgaben an den Gesamtkosten hat sich in den einzelnen Staaten im Laufe der Jahre verschieden gestaltet; bis zur vollen Auswirkung der Weltkrise (1930) ist im allgemeinen eine wesentliche Steigerung festzustellen.

In Österreich zeigt die Abgabenbelastung, und zwar das Gesamtaufkommen an Bundes-, Landes-, Bezirks- und Gemeindeabgaben auf den Kopf der Bevölkerung gerechnet, vom Jahre 1923—1929 eine Steigerung von 133.49 S auf 287.31 S; hievon entfielen im Jahre 1923 auf die Bundesabgaben 89.16 S und auf die Abgaben der Länder, Bezirke und Gemeinden 44.33 S; im Jahre 1929 sind die analogen Ziffern 167.92 S und 119.39 S; trotz der schweren Krise haben sich die Abgaben in den folgenden Jahren nur ganz unwesentlich gesenkt, und zwar Bundes- und autonome Abgaben zusammengerechnet auf 287.05 S im Jahre 1930, auf 278.91 S im Jahre 1931 und auf 261.23 S im Jahre 1932, ein Beweis für die geringe Elastizität der Abgaben. Dieser Rückgang der Abgabenbelastung steht in keinem Verhältnis zum Abbau des Beschäftigungsgrades und der wirtschaftlichen Leistungen innerhalb dieser Zeit. In der bereits erwähnten Denk-

schrift des Ö. Kf. J. ist die Entwicklung der Betriebseinschränkungen und Kurzarbeit in den Jahren 1929—1932 nachgewiesen. Die Zusammenstellung umfaßt die Eisen- und Metallindustrie, Bau- und Baumaterialienindustrie, die Nahrungs- und Genußmittelindustrie, Textil- und Bekleidungsindustrie, die Papier- und papierverarbeitende Industrie. In allen Branchen (mit Ausnahme der Nahrungs- und Genußmittelindustrie) ist die Zahl der Betriebe und der Arbeiter, zum Teile außerordentlich gesunken. Die Gesamtzahl der Betriebe dieser Branchen ist von 572 im Jahre 1929 auf 477 im Jahre 1932, die Gesamtzahl der Arbeiter von 158.054 auf 88.083, die Zahl der Arbeiter mit normaler Arbeitszeit von 139.608 auf 67.033 zurückgegangen. Noch aufschlußreicher ist eine Zusammenstellung über das Sinken des Arbeiterstandes in den wichtigsten Industriebetrieben. Die Beschäftigungszahl im Jahre 1929 mit 100 angenommen, beträgt diese Indexziffer, um nur einige Ziffern herauszuheben, im Jahresdurchschnitt 1932 in den Eisen- und Stahlhütten 44, in den Eisen-, Stahl- und Metallgießereien 40, in den Sensenwerken 16, in den Lokomotiven und Waggonfabriken 22, in den landwirtschaftlichen Maschinenfabriken 32, in den Sägewerken 46, in der elektrochemischen und chemischen Großindustrie 52, in der Wirk- und Strickwarenerzeugung 54. Einige Betriebsgruppen weisen wesentlich höhere Beschäftigungsziffern auf, allen voran der allerdings durch Einfuhrverbote geschützte Kohlenbergbau mit 92, die Schuhfabriken mit 92, die Handelsbetriebe mit 88, die Buch- und Steindruckereien mit 81, die Ledererzeugung mit 74.

Noch unelastischer — im Sinne einer Anpassung an die Tragfähigkeit der Wirtschaft — sind die s o z i a l e n L a s t e n. Dies ist überwiegend im Wesen der Sozialversicherungsbeiträge begründet, da diese noch in viel höherem Maße als die Steuern in der Arbeitslosenversicherung einen durch die Krise wesentlich erhöhten Aufwand decken müssen; aber auch in der Krankenversicherung ist die elastische Anpassung an die wirtschaftliche Tragfähigkeit außerordentlich erschwert, da durch Verringerung des Versichertenstandes die Beiträge stärker zurückgehen als die Versicherungsleistungen. Die Möglichkeit, die mangelnde Elastizität durch Herabsetzung der Versicherungsleistungen zu schaffen, ist zum Teile politisch, zum Teile durch Erwägungen der Existenzsicherung gehemmt.

Die politischen Hemmungen sind in letzter Zeit entsprechend der Zurückdrängung des Einflusses von Parlament und politischen Parteien zurückgetreten; so kam z. B. in Österreich in den letzten Monaten die Tendenz nach Anpassung der Sozialversicherungslasten

an die Tragfähigkeit der österreichischen Wirtschaft auch unter Verkürzung der Versicherungsleistungen stärker zum Ausdruck.

Der Kostenaufbau hat also tatsächlich eine weitreichende Verfestigung erfahren. Außer jenen Kosten, die durch Verzinsung und Amortisation des Anlagekapitals sowie durch die allgemeinen Regien verursacht, seit jeher als feste Kosten galten, haben Löhne und die gesellschaftlich bedingten Regien im weiten Umfange den Charakter fester Kosten erhalten. Allen diesen Kosten fehlt — allerdings in verschiedenem Maße — die Möglichkeit entsprechender Anpassung an die jeweilige Wettbewerbs- und Marktlage.

Zum Unterschiede von den festen Kosten im engeren Sinne des Wortes ist das Maß der Festigkeit dieser Kosten politisch bedingt. Ihre Höhe ist das Ergebnis politischer Kämpfe und der darauf aufgebauten politischen Machtstellung. Es besteht allerdings auch für diese Kosten ein Grenzmaß, das durch gewisse Grundbedürfnisse (ein Mindestmaß an staatlicher Verwaltungstätigkeit und sozialer Fürsorge, ein Mindestmaß an Lebenshaltung) bestimmt ist; unter diese Grenze können daher auch diese Kosten normalerweise nicht herabgedrückt werden. In diesem Sinne sind daher auch diese Kosten innerhalb gewisser Grenzen unabhängig von politischen Einflüssen, feste Kosten.

Die festen Kosten im weiteren Sinne des Wortes weisen von Staat zu Staat eine beträchtliche Verschiedenheit auf, die häufig den Anlaß geboten hat, im Interesse dieser Aufwendungen den nivellierenden weltwirtschaftlichen Verkehr einzuschränken; denn die Verfestigung des Kostenaufbaues steht im Widerspruch zu der durch die Entwicklung der modernen Technik bedingten Tatsache weltwirtschaftlicher Kostenänderungen. Dieser Gegensatz besteht natürlich auch innerhalb der einzelnen Volkswirtschaften; handelspolitische Folgerungen, die von der Erhebung von Schutzzöllen bis zur Herausbildung autarker Maßnahmen reichen, kann er aber nur im zwischenstaatlichen Verkehre auslösen. Welche Maßnahmen im einzelnen Falle ergriffen werden, ist nicht nur durch die Stärke der auf beiden Seiten einsetzenden Kräfte, sondern auch durch die gesamte wirtschaftliche und politische Lage des betreffenden Gebietes bestimmt.

6. Mangelnde Elastizität der Preisbildung.

Die mangelnde Elastizität im Kostenaufbau wird in ihrer Wirkung auf die Preisbildung umsomehr verschärft, je unelastischer die Nachfrage ist. Die Elastizität der Nachfrage steht im funktionellen

Zusammenhange zur Kaufkraft. Sie ist umso größer, je größer die absolute Kaufkraft, d. h. die Kaufkraft der Volkswirtschaft — bedingt durch das Gesamteinkommen eines Volkes — und je größer die relative Kaufkraft, das ist die Kaufkraft der einzelnen Wirtschaften innerhalb der Volkswirtschaft, ist. Die Massierung der Kaufkraft auf einen kleinen Kreis von Wirtschaftssubjekten engt die Elastizität der Kaufkraft — der Nachfrage nach den wichtigsten und für die Produktion einer Wirtschaft entscheidenden Gütern — ein, da diese Güter als Gegenstand des Massenbedarfes von jedem Wirtschaftssubjekte vernünftigerweise nur in einer bestimmten Menge aufgenommen werden können.

Die Weltwirtschaftskrise hat von dieser Kaufkraftsenkung ihren sichtbaren Ausgang genommen. Es sei an die Folgen des Sturzes der Rohstoffpreise in den Exportgebieten von Übersee erinnert. Wäre der Kostenaufbau in den europäischen Industriestaaten, die ihre Industrieerzeugnisse in diese Gebiete zur Ausfuhr brachten, elastischer gewesen, hätte er der durch den Preissturz der Rohstoffe bedingten Senkung der Kaufkraft elastischer folgen können, wären die zwischen beiden Gebieten bestehenden wirtschaftlichen Beziehungen wohl nicht in dem tatsächlich verzeichneten Ausmaß unterbunden worden. So führte aber die mangelnde Elastizität des Kostenaufbaues der Industrieländer zu der bekannten Störung des weltwirtschaftlichen Kreislaufes und der dadurch bedingten Änderung von Absatzmengen und Absatzmärkten. Dadurch wurde naturnotwendig ein Preisdruck und in weiterer Folge ein Druck auf die in den einzelnen Ländern bestehenden vielfach unelastischen Kosten ausgeübt, der eine Jahr für Jahr sich steigernde protektionistische Welle auslöste. Durch diese protektionistischen Maßnahmen wurden jene Angebote ausgeschaltet, die eine Senkung der Kosten und auf diese Weise auch eine der gesunkenen Kaufkraft entsprechende Senkung der Preise hätten bewirken können. **Die Sicherung des Kostenaufbaues wurde höher gewertet als dessen Anpassung an die Kaufkraft.**

Eine mangelnde Elastizität der Preise ergibt sich ferner aus gesellschaftlichen Bindungen. Solche gesellschaftliche Preisbindungen können entweder von der Wirtschaft selbst ausgehen (Kartellpreise, Bankkonditionen) — sie stellen dann eine planmäßige freiwillige Begrenzung grundsätzlich freier Entschließungen dar — oder sie können mit oder ohne Veranlassung der Wirtschaft — ja auch gegen deren Willen — autoritativ bestimmt, also vom Staate oder anderen hiefür zuständigen Gebietskörperschaften erlassen werden (Höchstpreise, Richtpreise).

7. Allgemeine Wirtschaftsbindungen.

Auch außerhalb des Gebietes der Preisbeeinflussung bzw. Preisbestimmung gibt es Wirtschaftsbindungen, die als Ursachen von Autarkie anzusprechen sind. Eine eingehende Darstellung würde natürlich über den Rahmen dieser Schrift hinausgreifen; es seien daher nur einige allgemeine Feststellungen gemacht.

G e b u n d e n e Wirtschaft — mag sie nun eigenwirtschaftlich oder behördlich bestimmt sein — schränkt innerhalb des Bereiches dieser Bindungen die Anpassungsfähigkeit an die jeweilige Wirtschafts- und Marktlage ein. Dadurch wird eine der wesentlichsten Voraussetzungen für die nach dem Grundsatze der Wirtschaftsfreiheit erfolgende Selbststeuerung (Automatik) der Wirtschaft ausgeschaltet. Denn wirtschaftlicher Liberalismus setzt die volle Beweglichkeit aller für den Ablauf des Wirtschaftsprozesses maßgebenden ökonomischen Tatsachen voraus. Die F i x i e r u n g irgendwelcher Komponenten an irgendeiner Stelle des wirtschaftlichen Kreislaufes würde die Wirkung dieses auf freiem Ineinanderspielen aller Kräfte aufgebauten Systemes hemmen und verfälschen.

Die Beeinträchtigung des freien Spieles der Kräfte wirkt sich vor allem auf dem Gebiete des auswärtigen Handels — oder besser gesagt — der zwischenstaatlichen Wirtschaftsbeziehungen aus, da die innerhalb des staatlichen Machtgebietes möglichen Korrekturen für den Bereich des auswärtigen Handels fehlen. Es führen daher naturnotwendig b i n n e n w i r t s c h a f t l i c h e B i n d u n g e n auch zu B i n d u n g e n d e s A u ß e n h a n d e l s, und zwar in den mannigfachsten Formen, von einfachen Schutzzöllen bis zur Autarkie verschiedenster Abstufung. Dieser Zusammenhang zwischen binnenwirtschaftlicher Bindung und machtpolitischer Beeinflussung des auswärtigen Handels wurde seit jeher erkannt. Es führte (siehe historischer Abschnitt) die Philosophen der verschiedensten Zeitalter von ihrer primären, auf staatliche Planwirtschaft gerichteten Forderung zu jener weitreichender Autarkie.

Ein Zusammenhang ist aber auch insoferne gegeben, als nicht nur Planwirtschaft zu Autarkie, sondern auch Autarkie — und zwar gleichgültig, ob Voll- oder Teilautarkie — notwendig zu p l a n w i r t s c h a f t l i c h e r Gestaltung der Binnenwirtschaft führt.

Die staatlich a u t o r i t a t i v e n Bindungen, die die Voraussetzungen wirtschaftlicher Tätigkeit beeinflussen, können in der mannigfachsten Form erfolgen; so kommen in Betracht die bereits besprochenen Bindungen der Produktionskosten (Löhne, Steuern,

soziale Abgaben), das große Gebiet des Sozialrechtes außerhalb der Sozialversicherung, dann jene Bestimmungen, die sich auf Schlichtungswesen und Preiskontrolle (Kartellverordnung, Höchstpreise), Beaufsichtigung der Betriebe (z. B. bei den Großbanken) usw. beziehen. Auch die Beschränkung des Antrittes von Unternehmungen, z. B. das Konzessionswesen sowie die einschlägigen Bestimmungen der Gewerbeordnung sind in diesem Zusammenhange anzuführen. Diese schlagwortartige, beispielsweise Aufzählung zeigt, wie weit die staatlichen Bindungen reichen. Daraus kann ein Rückschluß auf jene Wirkungen gezogen werden, die sie auf Binnenwirtschaft und zwischenstaatlichen Verkehr ausüben.

Die von der Wirtschaft selbst begründeten Bindungen, die der Natur der Sache nach auf Verträgen aufbauen, sind im wesentlichen durch Kartelle gegeben, deren Ziel das Monopol für das kartellumgrenzte Gebiet wirtschaftlicher Betätigung ist. Auch die Kartellbindungen bezwecken so wie die autoritativen Wirtschaftsnormen eine unter Zwang stehende Regelung bzw. Beschränkung des Verkehrs; ihre Sanktion reicht jedoch nicht an den staatlichen Zwang heran. Diese Regelung ist allerdings nur bei internationalen Kartellen, bei denen sie über den Bereich der Staatsgrenzen hinausreicht, von unmittelbarer außenhandelspolitischer Bedeutung.

Internationale Kartelle wachsen zum Unterschied von nationalen Kartellen mit dem territorialen Bereich ihrer Abmachungen über politisch (autoritativ) bestimmte binnenwirtschaftliche Autarkiemaßnahmen und Autarkieziele hinaus; das Autarkieproblem gilt für sie nur im Rahmen des durch die Kartellabmachungen umgrenzten Wirtschaftsraumes. Für eine dauernde Emanzipation von der staatlichen Handelspolitik erweisen sich allerdings internationale Kartelle als zu sehr vorübergehende und rechtlich zu wenig gesicherte Gebilde.

8. Änderung der Wirtschaftsgesinnung.

Zu den subjektiven Ursachen von Autarkie ist die Änderung der allgemeinen Wirtschaftsgesinnung und jener der Unternehmer zu zählen.

Vorerst einiges über die Änderungen in der Wirtschaftsgesinnung und im Wirtschaftstemperament der Unternehmer. Diese Wandlungen üben auf die Führung der Betriebe einen unmittelbaren Einfluß aus und lassen sich auch in ihren primären Erscheinungen klarer erkennen als die Einstellung eines Volkes, das äußeren Beeinflussungen politischer Führung und rhetorischer Aufpeitschung stärker unterworfen ist.

Im Unternehmertemperament und Unternehmergeist hat sich allem Anscheine nach ein Umschwung vollzogen. Der innere Habitus des Unternehmers hat sich vielfach geändert, wobei die Frage nicht näher geprüft werden soll, inwieferne diese Wandlung durch den Verlauf der Konjunktur mitbeeinflußt ist. Während in der Zeit des kräftigen Aufschwunges der Weltwirtschaft, also z. B. noch in der letzten Vorkriegszeit, kraftvolle geniale Führernaturen der wirtschaftlichen Entwicklung vielfach ihren Stempel aufdrückten, ist jetzt die Leitung der Unternehmungen überwiegend in der Hand gut vorgebildeter, aber in die Schranken ihrer Ausbildung, ihres kaufmännischen Wissens gewiesener Personen.

Die wirtschaftliche Direktorialzeit hat begonnen. Auch dort, wo ein Unternehmer auf eigene Rechnung und nicht als Beauftragter eines Personenkreises einen Betrieb zu führen hat, handelt er vielfach unter dem Eindrucke von Bindungen, die konventioneller Art sind und aus jenen Erfahrungen und jenen Gepflogenheiten stammen, die bei der Führung ähnlicher Geschäfte gemacht und beobachtet wurden. Die Führung eines Unternehmens ist aus einem Können zu einem Wissen, aus einer Frage genialer Intuition zu einer solchen rechnerischer Überlegung geworden. Die Umgebung, die äußeren Verhältnisse wirken viel entscheidender mit als ehedem. Und diese Entwicklung wird durch die fortschreitende Vergesellschaftung der großen Unternehmungen noch beschleunigt, die die freie an eigenes Ermessen gewiesene, den Ereignissen vorauseilende Geschäftsführung in eine gebundene, von fremden Instruktionen abhängige und vielfach, ja mit einer gewissen Notwendigkeit den wirtschaftlichen Vorgängen nachfolgende Leitung umgewandelt hat. Wo diese formalen Bindungen auf die eben geschilderten inneren treffen, — was immer häufiger der Fall ist — ergeben sich jene starken Hemmungen, die aus dem freischaffenden Unternehmer einen Wirtschaftsbeamten machen. Es ist dies der so häufig beobachtete Prozeß des Ersatzes freier Unternehmer durch Unternehmerbürokratie[39]).

Das Unternehmertum, wie es sich in der Entwicklung des Kapitalismus herausgebildet hat, ist in steigendem Maße von einem den inneren Bedürfnissen des Unternehmens fremden Sachwaltertum verdrängt worden. Diesen Prozeß schildert in sehr anschaulicher Weise *Dr. Eisfeld* in einem „Kaufmann und Wirtschaftsbürokratie" betitelten Aufsatze[40]). Er schreibt unter anderem: „So gibt es eigentlich nur zwei Wege zur Ausbildung künftiger Leiter in der Praxis. Der eine führt über die Ochsentour der Abteilungen mit dem früher geschilderten Bürokratismus, der andere geht durch den Stab

der Geschäftsleitung, das Sekretariat, mit seiner den Behörden nachgebildeten Referatsteilung. In beiden Fällen muß aber der zukünftige Leiter durch ein Milieu von Bürokratie hindurch."

Auf diesem Boden konnten natürlich starke Impulse, ein kräftiges, mit Wagemut verbundenes Erwerbsstreben nicht gedeihen; auch das für den Unternehmer so charakteristische Gefühl für wirtschaftliche Unabhängigkeit ging immer mehr verloren. Es fehlte zwar nicht an Versuchen, den wachsenden staatlichen Interventionismus zu bekämpfen, aber sie ermangelten der inneren Geschlossenheit und Entschlossenheit. Gleichzeitig wurde auch die Bereitschaft und fast gleichlaufend hiemit die materielle Möglichkeit zu voller wirtschaftlicher Verantwortung, zur Übernahme von Verlusten gemindert. Hierunter litt die Anpassungsfähigkeit an die sich ändernden wirtschaftlichen Voraussetzungen. Zum großen Verhängnis der Wirtschaft vollzog sich diese Entwicklung gerade in einer Zeit, in der rasche Anpassung und energische Initiative unerläßlich gewesen wären.

Diese Wandlung im Wirtschaftstemperamente der Unternehmer hatte zur Folge, daß der Sicherung des Erwerbes wirtschaftliche Aussichten geopfert wurden, was handelspolitisch den Weg zu erhöhter Pflege des Binnenmarktes, gegebenenfalls durch autarke Absperrung bedeutete.

Natürlich wurde diese geistige Einstellung der Unternehmer ganz wesentlich durch den Wandel in der Wirtschaftspolitik des Staates beeinflußt. Die wachsenden gesellschaftlichen Bindungen, die die Bewegungs- und Entschließungsfreiheit des Unternehmers und dadurch die Möglichkeit von Geschäftserfolgen immer mehr einengten, gleichzeitig aber auch erzielte Gewinne in steigendem Maße für öffentliche Zwecke beanspruchten, hatten mit innerer Zwangsläufigkeit eine Änderung in der Geschäftsführung der Unternehmer zur Folge. Die Entfaltung von Initiative und Wagemut ist ja umso schwieriger, je mehr Schranken ihrer Auswirkung durch Gesetzgebung und Verwaltung gezogen werden.

Für das Erlahmen des kapitalistischen Geistes ist aber nicht nur der sinkende Widerstand, sondern auch das Bestreben kennzeichnend, den staatlichen Interventionismus, an dessen Bestand man sich unter dem Druck der politischen Verhältnisse gewöhnt hatte, den Interessen der Unternehmer dienstbar zu machen.

Das Prinzip der Marktsicherung, welches die schon seit langem gegebene, eigentlich nie erloschene, im Mittelalter traditionelle Wirtschaftseinstellung war, wurde für das Gebiet der Handelspolitik übernommen. Und von hier war zur Autarkie kein weiter Weg.

Dieser geistige Umschichtungsprozeß vollzog sich auch in den breiten Massen des Volkes. Auch hier trat ein Wandel in der Wirtschaftsgesinnung ein. In wachsendem Maße wurde das Prinzip des Erwerbstrebens durch jenes der Erwerbssicherung abgelöst; dem Gedanken des Kapitalismus trat die Idee der Bedarfsdeckung gegenüber. Bei dieser durch eine Reihe verschiedenartiger Umstände bedingten Entwicklung ist es natürlich außerordentlich schwer, festzustellen, ob die Änderung der Wirtschaftsgesinnung in den breiten Kreisen des Volkes die geistige Einstellung der Unternehmer beeinflußte oder ob die ersten Impulse von der Unternehmerseite ausgingen. Es liegt hier die alte und m. E. bisher noch nie gelöste Streitfrage nach der Wechselwirkung von Führer und Volk, von Persönlichkeit und Milieu vor; der Auffassung, daß die starken Impulse, die von einer Persönlichkeit ausgehen, Geschichte machen, kann die Ansicht entgegengehalten werden, daß solche Persönlichkeiten in gewissem Sinne nur die Bestrebungen und Ziele ihrer Zeit zusammenfassen und zum lebendigen Ausdruck bringen, daß sie also, von diesem Standpunkte aus betrachtet, nichts Neues und Fremdes in das Volk tragen, sondern nur im höchsten Sinne die Vollstrecker der geistigen Spannungen, Wünsche und Bestrebungen des Volkes sind.

So bewirkten die fortschreitende Verfestigung des Wirtschaftsaufbaues und der Kapitalsgliederung, die wachsende Sprödigkeit der Kosten, die sich unter der Einwirkung gesunkener Kaufkraft im Preisbildungsprozesse noch stärker fühlbar machte, sowie die immer zahlreicheren und intensiveren gesellschaftlichen Bindungen — freier und autoritärer Art — im Verein mit einer Änderung der Wirtschaftsgesinnung der Unternehmer und der breiten Menge des Volkes eine starke Einengung wirtschaftlicher Bewegungsmöglichkeit und Anpassungsfähigkeit. Dadurch wurde der auf innerer Automatik — innerem Ausgleich — beruhende Mechanismus selbsttätiger Anpassung der Wirtschaft gehemmt, was zwangsläufig im internationalen Verkehr zu mannigfachen Verkehrseinschränkungen führte. Dadurch war der Weg zu Autarkie eröffnet[41]).

C. Weltwirtschaftliche Ursachen von Autarkie.

9. Die unzulängliche Organisation der Weltwirtschaft.

Während die Binnenwirtschaft durch fortschreitende Bindungen ihrer Struktur und ihrer Funktion zum handelspolitischen Schutzsystem gedrängt wurde, führte in der Weltwirtschaft die entgegengesetzte Entwicklung zum selben Ziele. Denn

die Tendenz zu Autarkie ist nicht nur durch die Erstarrung des volkswirtschaftlichen Gefüges, sondern gleichzeitig auch durch die Umbildung und Lockerung weltwirtschaftlicher Struktur bedingt.

Diese auf den ersten Blick paradoxe Erscheinung wird verständlich, wenn man überlegt, daß Volks- und Weltwirtschaft in einem inneren Gegensatze zu einander stehen, der durch die oben dargelegte Heteronomie beider Sozialwirtschaftsgebilde bedingt ist. Dieser Gegensatz wird natürlich verschärft, wenn die volkswirtschaftlichen Zusammenhänge eine Festigung erfahren, ohne daß eine parallele Entwicklung auf dem Gebiete der Weltwirtschaft stattfindet. Wenn aber — wie dies tatsächlich der Fall ist — einer Zunahme volkswirtschaftlicher Bindungen sogar eine Schwächung in den Voraussetzungen weltwirtschaftlicher Beziehungen gegenübersteht, wird natürlich die Kluft zwischen Volks- und Weltwirtschaft noch größer und das Bestreben nach Loslösung der Volkswirtschaft aus den weltwirtschaftlichen Zusammenhängen noch stärker.

Aber nicht nur die Auflockerung weltwirtschaftlicher Zusammenhänge durch die Kriegs- und Nachkriegsereignisse war für die Entwicklung von Autarkie förderlich. Für die außerordentliche Erstarkung des weltwirtschaftlichen Verkehres und die dadurch bedingte weitgehende Abhängigkeit und Verflechtung der einzelnen Privatwirtschaften der Erde erwies sich die gegebene Organisation der Weltwirtschaft an und für sich — auch ohne Rücksicht auf die mittlerweile eingetretenen Hemmungen weltwirtschaftlichen Verkehres — als zu schwach.

Über diesen von allem Anfang gegebenen und nie behobenen Organisationsmangel war die Weltwirtschaft in ihrer ersten stürmischen Entwicklung hinweggekommen; der Expansionsdrang war so stark, die Vorbedingungen für die Entwicklung und Steigerung des weltwirtschaftlichen Verkehres lagen so günstig, daß die mangelnde Organisation kein Hindernis bildete; die Konjunktur riß die einzelnen Unternehmungen mit und das Vertrauen half auch über Krisenrückschläge hinweg.

Am Beginne weltwirtschaftlicher Entwicklung war der Investitionsbedarf sehr groß, nicht minder die Nachfrage nach Kapital. Es waren also kräftige Antriebe für weltwirtschaftliche Beziehungen gegeben. Dazu lag das Schwer-, ja das Übergewicht weltwirtschaftlicher Betätigung in Europa, was gleichfalls die Abwicklung des weltwirtschaftlichen Verkehres erleichterte. Die weltwirtschaftlichen Machtpositionen waren noch nicht wie heute über verschiedene Kontinente verteilt.

Den ersten großen Riß in das Gebäude der Weltwirtschaft brachte der Krieg. Was der Krieg nicht nur an weltwirtschaftlichen Zusammenhängen, sondern auch an weltwirtschaftlichem Vertrauen zerstörte, ist unübersehbar[42]).

Die volle Problematik der Weltwirtschaft äußerte sich aber erst, als man an ihren Wiederaufbau schreiten sollte. Es fehlte vor allem an der wahren weltwirtschaftlichen Gesinnung, die im Solidaritätsgedanken und im Gefühle innerer wirtschaftlicher — wenn auch nicht politischer oder menschlicher — Verbundenheit ihren Ausgangspunkt hat. Dieser Mangel an weltwirtschaftlicher Gesinnung trat zuerst ganz unverhüllt zutage. Man wollte die Welt auch wirtschaftlich in zwei Lager spalten: in das der Sieger und in jenes der Besiegten, die ausgeschlossen von der inneren Wirtschaftsgemeinschaft der Sieger in jahrzehntelanger Fronarbeit für ihre angeblichen Verfehlungen Sühne zu leisten hätten. Diese unmögliche Einstellung wurde von den Tatsachen bald überrannt. Die Sieger sahen sich genötigt, die Besiegten zu Konferenzen einzuladen, die sich vorerst allerdings hauptsächlich mit der Sicherung der Reparationen befaßten; binnen kurzem mußte man jedoch gemeinsam über Maßnahmen zur Linderung der allgemeinen Not beraten. Die Konferenzen häuften sich; allein es fehlte der Gemeinschaftsgeist, die Atmosphäre war noch immer politisch vergiftet. Die Frage der Reparationen, der Abrüstung sowie das interalliierte Schuldenproblem verhinderten eine Annäherung. Das stärkste Hemmnis lag aber im gegenseitigen Mißtrauen, das auf Seite der Sieger vornehmlich von Angst, auf Seite der Besiegten von Haß und Verzweiflung genährt wurde. In diesen knappen Sätzen sind die außerwirtschaftlichen Hemmungen, die sich der Wiederherstellung normaler weltwirtschaftlicher Beziehungen in den Weg stellten, gekennzeichnet. Sie waren und sind auch heute noch ein außerordentlich starker Antrieb für die besondere Betonung staatlichen und im Zusammenhange damit auch volkswirtschaftlichen Eigenlebens.

Diese Entwicklung führte dazu, daß die schon früher bestandenen Mängel weltwirtschaftlicher Organisation nunmehr viel stärker zutage traten.

Harms bezeichnet die Weltwirtschaft als ein Sozialwirtschaftsgebilde, d. h. als die Zusammenfassung der Vielfalt wirtschaftlicher Beziehungen zu einer Einheit. In Wirklichkeit fehlen jedoch die maßgebenden Voraussetzungen einer derartigen organisatorischen Einheit[43]). Kotschnig hat zwar[44]) darauf verwiesen, daß das internationale Wirtschaftsrecht der sozialökono-

mische Ausdruck eines vorhandenen Gebildes sei. Tatsächlich hat sich ein derartiges internationales Wirtschaftsrecht nicht nur vor dem Kriege sehr kräftig entwickelt, sondern es wurde auch nach dem Kriege, soferne es vorübergehend außer Kraft getreten war, wieder auf- und ausgebaut[45]).

Aber gerade die Art dieses internationalen Wirtschaftsrechtes läßt einen sehr bedeutsamen Rückschluß auf die Struktur der Weltwirtschaft zu. Der große Unterschied zwischen dem nationalen, autonomen, unkündbaren, wenn auch abänderbaren, erzwingbaren Rechte und dem internationalen, vereinbarten, kündbaren Rechte, dem die äußere Sanktion fehlt, gibt auch einen Einblick in die Natur weltwirtschaftlicher Beziehungen; diese sind auf Abruf, auf Kündigung aufgebaut; das Moment der Kontinuität, das im wesentlichen bei aller Ungebundenheit autonomer staatlicher Gesetzgebung doch für die volkswirtschaftlichen Beziehungen so bedeutungsvoll ist, fehlt hier. Die durch einige Jahrzehnte gemachten günstigen Erfahrungen ließen diesen Mangel vergessen. Man hatte sich an die Tatsache dauernder weltwirtschaftlicher Beziehungen gewöhnt und sich nicht um deren politische Fundierung bekümmert. Hieraus hatte sich jenes Vertrauen gebildet, das die größten Anlagen entstehen ließ und zu Geschäftsabschlüssen auf lange Sicht führte — in der Annahme des ungestörten Weiterbestandes weltwirtschaftlicher Beziehungen.

Dieses durch den Krieg zerstörte Vertrauen hätte der stärksten Antriebe bedurft, um wiederzukehren. Die tatsächliche politische Entwicklung hat keinen Anlaß hiefür geboten.

Nachdem dieses Vertrauen aus den dargelegten Gründen verlorenging, treten die Mängel weltwirtschaftlicher Organisation klarer zutage; sie bestehen vor allem darin, daß die Weltwirtschaft sich nicht wie die Volkswirtschaft auf einen Träger stützen kann. Aus dieser Tatsache ergeben sich viele Eigentümlichkeiten und Schwierigkeiten weltwirtschaftlicher Zusammenhänge, vor allem die Unmöglichkeit eigener weltwirtschaftlicher Willensbildung, auf die schon im vorstehenden hingewiesen wurde. Dieses Fehlen eines eigenen einheitlichen Willensorganes kann durch weltwirtschaftliche Zusammenarbeit der einzelnen Staaten nur zum Teil ersetzt werden. Die internationale Rechtsbildung ist dadurch zwar nicht unterbunden; sie ist aber mit all den oben geschilderten Schwierigkeiten behaftet.

Noch störender wirkt der Mangel einer einheitlichen Weltwirtschaftspolitik. Es fehlt auf dem Gebiete der Weltwirtschaft eine, nur der weltwirtschaftlichen Entwicklung und ihrer Sicherung verantwortliche und dieser dienende Stelle.

In der Sphäre der Weltwirtschaft prallen ohne Vermittlung einer derartigen objektiven überparteilichen Stelle — daß der Völkerbund eine solche Stelle nicht ist noch sein kann, hat die Entwicklung der letzten Jahre und insbesonders der allerletzten Zeit deutlich gezeigt — die Interessen der einzelnen Staaten und Volkswirtschaften aufeinander. Ein Ausgleich zwischen ihnen erfolgt nicht nach weltwirtschaftlichen Gesichtspunkten, sondern nur vom Standpunkte der jeweils stärkeren Mächtegruppe. Was dies bedeutet, kann man vergleichsweise an den Folgen ermessen, die sich in einem Bundesstaate einstellen würden, wenn die den politischen Ausgleich und das Gleichgewicht der Kräfte sichernde vereinheitlichende Politik des Zentralstaates fehlen würde. Andauernde Interessenkollisionen und Konflikte sowie eine fortschreitende Einengung der Gemeinschaftssphäre — man denke beispielsweise an Österreich oder an die Schweiz — wären die unvermeidliche Folge.

Man hat zwar in der Nachkriegszeit versucht, das Fehlen einer einheitlichen Wirtschaftspolitik durch Konferenzen und durch Organisationen des Völkerbundes zu ersetzen. Beide Mittel haben versagt. Dies hat gerade in letzter Zeit das Scheitern der mit einem sehr großen Apparat ausgestatteten Londoner Weltwirtschaftskonferenz sowie der Abrüstungskonferenz in einem Zeitpunkte bewiesen, der dringender denn je die ausgleichende und einheitliche Zusammenarbeit aller Mitglieder der Weltverkehrsgesellschaft erfordert hätte. Es bewahrheitete sich wieder der Satz, daß die auf diese Weise angebahnte Zusammenarbeit „nur auf Kündigung und mit dem stillschweigenden Vorbehalte erfolge, daß niemand den sachlichen Mut besitze, an den entscheidenden Fragen zu rühren[46]."

Der weltwirtschaftlichen Zusammenarbeit gebrach es nicht nur an der Systematik, sondern auch an der allerersten Voraussetzung für ein Gelingen, an dem entscheidenden ehrlichen Wollen. Auf die hiefür maßgebenden politischen Gründe habe ich bereits früher verwiesen. Damit ist das Schicksal dieser internationalen Gemeinschaftsarbeit vorläufig entschieden. Es wird sich in Zukunft zeigen, ob die gemeinschaftlichen Interessen doch stark genug sind, eine Verständigung über ein einheitliches weltwirtschaftliches Arbeitsprogramm unter den interessierten Staaten zu erzielen. Maßgebend hiefür wird es auch sein, in welchem Umfange es gelingen wird, die weltwirtschaftliche Gesinnung wieder zu wecken. Maß und Stärke autarker Bestrebungen hängen natürlich mit diesen Entscheidungen enge zusammen. Der völlige Mißerfolg der im Juni und Juli 1933 in London stattgefundenen Weltwirtschaftskonferenz läßt allerdings für die weltwirtschaftliche Zusammenarbeit sehr wenig erhoffen.

Aus diesen besonderen organisatorischen Verhältnissen heraus ist auch das Fehlen eines einheitlichen W e l t g e l d e s zu verstehen. Man hat sich zwar auf ein Weltmetall, das die Grundlage der verschiedenen Metallwährungen bilden sollte, geeinigt und dem Golde diese Rolle zugewiesen. Aber eine einheitliche Währung konnte nicht geschaffen werden, ja auch eine einheitliche W ä h r u n g s p o l i t i k ist nicht gewährleistet. Die Bank für internationale Zahlungen in Basel wurde in erster Linie zur Verteilung und Überweisung der Reparationen geschaffen. Trotz der durch sie vermittelten Aussprache der Leiter der wichtigsten Notenbanken ist ihr währungspolitischer Einfluß gering. Sie vermag z. B. nicht den Bestrebungen entgegenzutreten, die in den einzelnen Ländern auf L o s l ö s u n g v o n d e r G o l d w ä h r u n g abzielen, da sie auf die gegenwärtig durchaus ungleiche Goldverteilung nicht einen den Bedürfnissen des Verkehres entsprechenden Einfluß auszuüben, in der Lage ist. Die währungspolitischen Gegensätze, die die weltwirtschaftliche Entwicklung auf das schwerste hemmen, zeigten sich bei der Londoner Weltwirtschaftskonferenz (1933) in voller Schärfe.

10. Förderung autarker Strömungen durch Veränderungen der weltwirtschaflichen Struktur.

Neben diesen organisatorischen Problemen sind für die Bildung autarker Strömungen auch die Veränderungen in der Struktur der Weltwirtschaft von Bedeutung.

Die Weltwirtschaft baut wie jede Verkehrswirtschaft auf der Tatsache der Produktions- und Kostenunterschiede auf. Diese bedingen das sogenannte weltwirtschaftliche G e f ä l l e, d. i. jene durch den Produktions- und Kostenaufbau bzw. durch dessen Verschiedenheit bedingte Spannung, welche zu weltwirtschaftlicher Bewegung, d. i. zum zwischenstaatlichen Austausch von Kapitalien, Gütern und Dienstleistungen führt.

Wagemann erblickt im weltwirtschaftlichen Gefälle[47]) bestimmte, die Konjunkturbewegung treibende oder hemmende Markt- und Produktionskräfte. Er führt dieses weltwirtschaftliche Gefälle auf Intensitätsabstufungen der einzelnen Volkswirtschaften zurück, die „insbesonders von der Kapital- und Menschenbesetzung des Bodens abhängig sind" und die nach demselben Verfasser „das Maß der Markt- und Produktivkräfte bedeuten, die einem Wirtschaftsgebiete je Flächeneinheit und Einwohnerzahl zur Verfügung stehen." Als besonderes Kennzeichen zur Ermittlung dieses Maßes führt er an: „Die Besetzung des Bodens mit Menschen und Sachkapital, die Ent-

wicklung der Arbeitsteilung und der Produktionstechnik, das Maß der Industrialisierung, den Umfang des Binnen- und Außenmarktes usw." Aus der Mischung der Produktionsfaktoren Kapital und Arbeit und ihrer Verteilung auf die Flächeneinheit konstruiert Wagemann sodann die vier Typen der Intensitätsstufen (nichtkapitalistische, neukapitalistische, halbkapitalistische und hochkapitalistische Wirtschaftsgebiete). Auf diese Intensitätsabstufungen, d. h. auf die Verschiedenheit in den Intensitätsstufen der einzelnen Wirtschaftsgebiete führt er die Tendenz zu Kapitals- und Arbeitswanderungen, sowie zum Austausch von Gütern und Dienstleistungen zurück und folgert aus der Differenzierung der Intensitätsstufen auch starke Kostendifferenzen. Diese Darstellung Wagemanns bringt eine nähere Analyse und eine etwas engere Umgrenzung des Begriffes „Wirtschaftsgefälle", der in seiner allgemeinen Fassung als die durch die Verschiedenheiten im Produktions- und Kostenaufbau der Wirtschaftsgebiete bedingte Spannung oben gekennzeichnet wurde. In diesem Sinne umfaßt der Begriff „Weltwirtschaftsgefälle" auch die Differenzierung, die sich aus den sonstigen, natur- oder gesellschaftlich (staatlich) bedingten Verschiedenheiten der Produktion ergeben. Letztere scheidet Wagemann aus seiner Definition des weltwirtschaftlichen Gefälles aus[48]). M. E. erfolgt diese Scheidung zu Unrecht, da das weltwirtschaftliche Gefälle durch die gesamte Verschiedenheit in der Wirtschaftsstruktur und mithin auch durch die eben gekennzeichneten Unterschiede bedingt ist.

Das Weltwirtschaftsgefälle wechselt nach Ländern und Produktionszweigen; auch im Laufe der Zeit ist es einer Reihe von Änderungen unterworfen. Die allgemeine Tendenz ist auf Angleichung des weltwirtschaftlichen Gefälles gerichtet. Vor allem bei voller Ertragsstrebigkeit und völlig freier Konkurrenz (also im Ricardianischen Raume) müßte „die Ausgleichstendenz, die das Sachkapital in die Gebiete höchster Zinsen und die Arbeitskräfte in die Länder höchster Löhne drängt, so stark sein, daß damit eine gleichartige Mischung der Produktionsfaktoren, mit anderen Worten eine Einebnung der Intensitätsabstufung herbeigeführt würde." Die fortschreitende Industrialisierung führt, soferne ihre natürliche Entwicklung nicht irgend welchen Hemmungen unterworfen ist, zu diesem Ziele. Auf diese Weise würde das Wirtschaftsgefälle, insoweit es durch Intensitätsabstufungen bedingt ist, allmählich zum Versiegen kommen. Bei der außerordentlichen Differenzierung der Intensitätsstufen der verschiedenen Volkswirtschaften ist jedoch eine Versandung

des weltwirtschaftlichen Gefälles auch von dieser Seite in absehbarer Zeit nicht anzunehmen.

In den Intensitätsstufen erschöpfen sich aber nicht die differenziellen, weltwirtschaftliches Gefälle bedingenden Momente.

Es bestehen zwar unter dem Drucke allgemeiner wirtschaftlicher Nivellierung Tendenzen nach Angleichung auch dieser Komplexe. Einer solchen Angleichung stehen jedoch zum Teile natürliche, zum Teile gesellschaftliche Hemmungen im Wege.

Die natürlichen Produktionsbedingungen (Klima, Ausstattung mit Naturschätzen, natürliche Fruchtbarkeit) lassen sich zum Teil überhaupt nicht ausgleichen, zum Teil ist ihre technische Ausgleichsmöglichkeit infolge der hiemit verbundenen hohen Kosten zum mindesten gegenwärtig vielfach wirtschaftlich untragbar. Allerdings fehlt es auch auf diesem Gebiete nicht an technischen Versuchen der verschiedensten Art. Hierher gehören unter anderem jene Maßnahmen, welche darauf abzielen, die natürliche Fruchtbarkeit eines Gebietes durch Bewässerung oder Entwässerung zu steigern (Kultivierung der Sahara, Entsumpfung der Moore), ferners jene Erfindungen, die eine Unternehmung von ihren natürlichen Produktionsvoraussetzungen unabhängiger machen wollen. Auf diesem Gebiete sind bereits wirtschaftlich bedeutungsvolle Fortschritte erzielt worden. Es sei an die dry Farms in Nordamerika erinnert. Hierher gehört auch das große Gebiet der technischen (synthetischen) Surrogierung von natürlichen Rohstoffen: Gewinnung von Benzin aus Kohle, Erzeugung von künstlichem Stickstoff, von Kunstseide und synthetischem Kautschuk. Die auf diesem Gebiete bereits erzielten sehr erheblichen Erfolge veranlassen Wagemann zur Bemerkung, daß man „geradezu von einer Tendenz zur Auslöschung der naturgegebenen Strukturgegensätze in der Weltwirtschaft sprechen könne."

Trotz der immanenten weltwirtschaftlichen Nivellierungstendenz, die durch Arbeiten der Technik noch gefördert wird, ist aber dennoch im allgemeinen mit dem Fortbestande von Differenzierungen in der Produktionsrichtung und Produktionsart, sowie in den Produktionskosten zu rechnen, die auch weiterhin den Bestand eines weltwirtschaftlichen Gefälles bedingen. Richtung und Stärke dieses weltwirtschaftlichen Gefälles ist allerdings beim Wechsel seiner verschiedenartigen Ursachen selbst andauernden Veränderungen unterworfen. Hier wirkt auch vielfach die staatliche Wirtschaftspolitik mit — vor allem bei Ausgestaltung der Produktivkräfte unter dem Schutz von Zöllen.

Es sei insbesonders auf das Problem der Reagrarisierung, das vorwiegend Europa, und jenes der Industrialisierung, das vorwiegend die Überseegebiete beschäftigt, verwiesen.[49])

Es liegen hier zum Teil schon weit vorgeschrittene, ja fast abgeschlossene Entwicklungen vor — wie bei den Vereinigten Staaten von Nordamerika, die im Laufe und unter der Einwirkung des Krieges ihre Finalindustrie derart ausgebaut haben, daß sie zum ersten Industrieland der Welt wurden. So ist z. B. in der Roheisen- und Stahlproduktion England durch die Vereinigten Staaten von Nordamerika von der ersten Stelle verdrängt worden; die Führung in der Kunstseidenerzeugung, die in der Vorkriegszeit Deutschland inne hatte, ist auf die Vereinigten Staaten von Nordamerika übergegangen. Auch in der Produktion künstlicher Farben, die Deutschland in der Vorkriegszeit mit einer Erzeugung von 95.000 t bei 110.000 t Welterzeugung beherrschte, haben sich die Vereinigten Staaten im Jahre 1925 bis auf 42.000 t emporgearbeitet. Die Industrialisierung der anderen Wirtschaftsgebiete bleibt natürlich hinter diesen amerikanischen Ziffern weit zurück. Immerhin sind auch hier bedeutende Fortschritte erzielt worden. So hat sich z. B. die indische Roheisenerzeugung, die man in diesem Lande vor 40 Jahren überhaupt nicht kannte und die im Jahre 1913/14 200.000 long tons betrug, im Jahre 1924/25 auf 900.000 long tons erhöht; auch die Manganerzgewinnung hat sich in Indien außerordentlich entwickelt; Indien hat im Jahre 1924/25 seine Erzeugung an Manganerz auf 817.000 t gesteigert. Auch in anderen Industrieerzeugnissen machte Britisch-Indien große Fortschritte; so stieg in den Jahren 1925—1928 (1925 als Basisjahr mit 100 angenommen) der Index der indischen Erzeugung in der Bleiproduktion auf 167 (166), in der Zinnhüttenproduktion auf 126, in der Kohlenproduktion auf 107, in der Erdölproduktion auf 112. Große Fortschritte machte die Industrialisierung in Australien; auch in Südamerika sind ähnliche Entwicklungen zu verzeichnen.

Dieser Industrialisierungsprozeß ist nicht nur wirtschaftlich, sondern vielfach auch außerwirtschaftlich, politisch bedingt und durch die Emanzipationsbestrebungen der außereuropäischen Gebiete gekennzeichnet.

Aber auch in Europa selbst hat sich das Bestreben nach einer Lockerung weltwirtschaftlicher, d. h. zwischenstaatlicher Beziehungen deutlich gezeigt. Zum Teil sind auch hier außerwirtschaftliche, politische Gründe maßgebend. Es sei gerade an die Absperrungsbestrebungen der Sukzessionsstaaten der alten österreichisch-ungarischen Monarchie erinnert. Besonders deutlich zeigt sich diese Politik

aber in der erhöhten Pflege, die Europa in der Nachkriegszeit seiner Landwirtschaft zuwendet.

Diese Entwicklung wurde zum Teile durch die Kriegserfahrungen ausgelöst. Ihr liegt ein bewußtes Abrücken vom Prinzipe weltwirtschaftlicher Arbeitsteilung zugrunde. Der Gedanke proportionaler Ausgestaltung der volkswirtschaftlichen Produktivkräfte — der in seinen Folgerungen stark ins Autarke hinüberspielt — gewann an Geltung. Diese Entwicklung beherrscht ganz Zentraleuropa. Sie macht sich nicht nur in Deutschland, sondern auch in Österreich und Italien bemerkbar. Die hiedurch eingeleitete Wirtschaftspolitik enthält auch eine deutliche Spitze gegen die übermächtige Getreidekonkurrenz von Übersee; das Verhältnis zu den agrarischen Überschußgebieten im Südosten Europas ist noch nicht geklärt. Im allgemeinen besteht die Geneigtheit nach Abschluß von Präferenzverträgen, welche dieser Produktion ein Ventil nach Zentraleuropa öffnen sollen.

Dieser Prozeß bedeutet vor allem, wenn er unter Zollschutz gestellt wird, eine Einschränkung der Voraussetzungen für den weltwirtschaftlichen Güteraustausch. Dies gilt insbesonders von der Reagrarisierung Europas; durch die Einschränkung des Importes von Agrarerzeugnissen wird die Kaufkraft und auch die Kaufbereitschaft jener Gebiete geschwächt, die die industriellen Erzeugnisse Europas bisher aufgenommen haben; auf diese Weise wird der weltwirtschaftliche Verkehr an einer besonders empfindlichen Stelle getroffen. Denn dadurch wird die in den Gebieten agrarischen Überschusses gegebene Tendenz nach Schaffung bzw. Ausgestaltung industrieller Anlagen, insbesondere jener, die die Verarbeitung der heimischen Rohstoffe bezwecken, außerordentlich gesteigert.

In der handelspolitischen Literatur wird überwiegend der Standpunkt vertreten, daß diese Entwicklung nicht bedenklich sei, da die fortschreitende Industrialisierung den Wohlstand und dadurch auch die Kaufkraft eines Gebietes steigere. Erhöhte Kaufkraft führe aber, wie die Erfahrung zeige, zu vermehrten weltwirtschaftlichen Umsätzen.

Diese These bedarf in ihrer allgemeinen Fassung einer Einschränkung.

Über den Erfolg einer Investition — und die Industrialisierung eines Gebietes bedeutet eine zusammenhängende Reihe großangelegter Investitionen — entscheidet der Markt. Die Geschichte der wirtschaftlichen Entwicklung mit ihren zahlreichen Kapitalsfehlleitungen und dadurch bedingten Zusammenbrüchen ist ein deutlicher Beleg

hiefür. Es ist daher falsch, rein aprioristisch ohne Berücksichtigung der tatsächlichen Verhältnisse die oben erwähnte These aufzustellen. Hierin liegt eine unzulässige deduktive Verallgemeinerung einer unter bestimmten Voraussetzungen gemachten Beobachtung. Gerade die gegenwärtigen Verhältnisse erweisen die Problematik dieser Annahme. Die Industrialisierung der Erde ohne Rücksicht auf den tatsächlich gegebenen Bedarf, also unter Mißachtung der Proportionalität zwischen Konsum und Produktion, hat zu einer Überproduktion geführt, die einen reichlichen Anteil an den gegenwärtigen krisenhaften Zuständen hat. Dabei vermag diese Industrialisierung bei der fortschreitenden Mechanisierung des Produktionsprozesses nicht wie früher eine wachsende Zahl von Arbeitskräften zu binden, wodurch das Mißverhältnis zwischen Produktion und wirtschaftlich relevanten Bedarf, zwischen Angebot und Nachfrage noch weiter gesteigert wird.

Aber auch in jenen Fällen, in denen die Industrialisierung zu einer Steigerung des Wohlstandes führt, muß zwischen Kauffähigkeit und Kaufbereitschaft unterschieden werden.

Wenn auch z. B. in Indien durch die fortschreitende Verarbeitung von Baumwolle der Wohlstand des Landes sich hebt, also seine Fähigkeit zum Bezuge außerindischer — englischer — Erzeugnisse gesteigert wird, so wächst doch nicht in demselben Maße seine Kaufbereitschaft für außerindische Erzeugnisse, im Gegenteil, sie wird durch die wachsende Möglichkeit von Selbstversorgung gehemmt und auf den Binnenmarkt abgedrängt.

Es wird allerdings als besonders illustratives Beispiel auf das Verhältnis zwischen England und Deutschland verwiesen, die beide in der Vorkriegszeit trotz ihrer vielfach die gleichen Wirtschaftszweige umfassenden außerordentlich starken industriellen Entwicklung gegenseitig die besten Kunden waren[50]).

Dieses Beispiel ist jedoch nicht durchaus schlüssig; im allgemeinen besteht zwischen Ländern gleicher industrieller Entwicklung, die eine gleichartige Erzeugung bei gleichen Kosten aufweisen, kein Anlaß, ihre Erzeugnisse gegenseitig auszutauschen, da die für das weltwirtschaftliche Gefälle erforderliche Differenzierung fehlt. Im Rahmen großer Wirtschaftsgebiete kann allerdings innerhalb einer gewissen Grenzzone aus frachttarifarischen Gründen der Bezug aus dem Auslande wirtschaftlicher sein und daher, soferne die Zölle dies nicht verhindern, auch tatsächlich erfolgen; eine passive Zahlungsbilanz und die dadurch bedingte Abstattung des Saldos in Waren kann gleichfalls zwischen solchen Ländern eine Warenbewegung einleiten. Doch

wird dies immer ein Ausnahmsfall bleiben, da auch bei passiver Zahlungsbilanz deren Ausgleich, soferne nicht die erforderlichen Voraussetzungen für den Warenaustausch zwischen Gläubiger- und Schuldnerland gegeben sind, überwiegend im Dreiecksverkehr und nicht im unmittelbaren Verkehr erfolgen wird. Aber auch dann wird der Zahlungsverkehr nur in den seltensten Fällen solche Güter erfassen, für die nach den oben aufgestellten Grundsätzen kein Tauschanlaß gegeben ist. Während des Zeitraumes der Industrialisierung kann allerdings eine Steigerung des Verkehres erfolgen, bedingt durch den Ausbau des Produktionsmittelapparates, der — und das liegt ja in der begrifflichen Voraussetzung dieser Entwicklung — fast ausschließlich aus dem Auslande bezogen werden muß.

Nach Ablauf dieser Periode tritt jedoch im allgemeinen der unvermeidliche R ü c k s c h l a g nach zwei Richtungen ein. Mit Beendigung der Investitionen erlischt nicht nur die Einfuhr an Produktionsmitteln, sondern auch der Bezug jener Fertigwaren, die durch die neugeschaffenen Industrien erzeugt werden. Damit hat dieser ökonomische Prozeß aber noch nicht seinen Abschluß gefunden. Der bisherige Abnehmer industrieller Erzeugnisse verwandelt sich vielfach in einen Lieferanten solcher Produkte; aus dem Kunden — wird ein Wettbewerbsverhältnis. Diese Entwicklung kann, soferne der verschärfte Wettbewerb zu Preissenkungen führt, oder wenn aus anderen Gründen (Steigerung der Kaufkraft der alten, Erschließung neuer Absatzgebiete) der Absatz auch bei den durch die neue Wettbewerbslage bedingten Preisen zunimmt, allerdings zu einem gesteigerten weltwirtschaftlichen Verkehr führen.

Im allgemeinen schließt jedoch die jetzt in hohem Maße zu beobachtende Umlagerung der Voraussetzungen weltwirtschaftlichen Güteraustausches auf die Dauer die Gefahr des A b b a u e s weltwirtschaftlicher Beziehungen in sich, der – innerhalb gewisser Grenzen – auch das Gesetz der komparativen Kosten entgegenwirkt.

Die zu Beginn des Jahrhunderts von Oldenberg gehegten Befürchtungen, daß die industrialisierten Rohstoffländer ihre Agrarprodukte und Rohstoffe im steigenden Maße selber benötigen werden, wodurch die Rohstoffbasis der europäischen Industrieländer in bedenklicher Weise geschmälert, würde, sind allerdings nicht eingetreten. Auch ist der Industrialisierungsprozeß der Welt noch lange nicht vollendet und es werden sich beim steten Fortschreiten der Technik in dieser Hinsicht voraussichtlich immer wieder neue Möglichkeiten ergeben, sodaß es schon aus diesem Grunde nicht zu einer vollständigen Angleichung in der industriellen Ausrüstung der verschiedenen Volks-

wirtschaften kommen wird. Überdies ist aus klimatischen Gründen die Industrialisierung des breiten und für die Rohstoffversorgung der Industriegebiete wichtigen Tropengürtels nur in beschränktem Maße möglich. Diese Gebiete werden also wohl auch in Zukunft überwiegend den Typus der Monokultur aufweisen und daher in die weltwirtschaftlichen Beziehungen in höherem Maße eingegliedert bleiben.

Die Bedeutung dieses Umschichtungsprozesses für die künftige Entwicklung weltwirtschaftlicher Beziehungen wurde noch insoferne gesteigert, als hiedurch die Bereitwilligkeit zu weltwirtschaftlicher Zusammenarbeit — die weltwirtschaftliche Gesinnung — nachteilig beeinflußt wurde. Dies erhöhte auch die Bereitschaft der einzelnen Staaten, in den natürlichen Ablauf weltwirtschaftlicher Beziehungen hemmend einzugreifen und das eigene Wirtschaftsgebiet aus dem weltwirtschaftlichen Zusammenhang zu lösen. Hiedurch verstärkte sich das Gefühl der Unsicherheit gegenüber der ungestörten Fortdauer weltwirtschaftlicher Beziehungen.

Dies bildete den Anstoß zu weiteren Sicherungseingriffen in die weltwirtschaftlichen Zusammenhänge, die auch durch das im Laufe der letzten Jahre gestiegene wechselseitige Mißtrauen weitgehend abgebaut wurden.

11. Hemmung weltwirtschaftlichen Verkehres durch die Wirtschaftspolitik der Nachkriegszeit.

Diese Entwicklung wurde dadurch gefördert, daß jene Mächte, welche auf den Gang der Weltwirtschaft den größten Einfluß hatten und die infolgedessen auch für eine gesunde Fortentwicklung weltwirtschaftlicher Beziehungen die volle Verantwortung traf, nichts unternahmen, um das Vertrauen in die Weltwirtschaft zu stärken. Im Gegenteil, die Vereinigten Staaten von Nordamerika, die nach dem Ende des Weltkrieges als führende Macht in der weltwirtschaftlichen Arbeitsgemeinschaft die Verpflichtung gehabt hätten, eine positive, fördernde Weltwirtschaftspolitik zu führen, verharrten weiter auf ihrem alten, extrem schutzzöllnerischen Standpunkt. Sie hatten nicht — wie dies England seinerzeit getan hatte — die Übernahme der weltwirtschaftlichen Vormachtstellung mit einem Bekenntnis zum Freihandel beantwortet. Die Zölle der Vereinigten Staaten von Nordamerika erreichten auch zur Zeit größter Konjunktur und „Prosperity" eine außerordentliche Höhe. Der Widersinn einer derartigen Einstellung liegt klar zutage. Die Vereinigten Staaten trieben aber das System weltwirtschaftlicher Prohibition noch weiter. Sie schränkten die internationale Freizügigkeit der Arbeit durch stets schärfere Handhabung der Einwanderungsverbote aufs

äußerste ein. Die freie Einwanderung nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika hat aufgehört; das gegenwärtige Einwanderungskontingent umfaßt nur einen geringen Bruchteil der Vorkriegseinwanderung. Prohibitivzoll- und Einwanderungspolitik ergänzten sich gegenseitig; die Unternehmer traten für die Einschränkung des Arbeitsangebotes durch Förderung der Einwanderungsverbote ein und hatten dafür die Zustimmung der Arbeitnehmer zu hohen Zöllen eingetauscht. In dieser Politik kam das Bestreben der Vereinigten Staaten zum Ausdruck, ihre Binnenwirtschaft sogar um den Preis weltwirtschaftlicher Zusammenhänge zu sichern. Der in den Jahren 1932 und 1933 erfolgte verhängnisvolle Niedergang der Ausfuhr bewirkte allerdings eine Schwenkung der amerikanischen Wirtschaftspolitik. Die Wendung vollzog sich jedoch nicht auf dem Gebiete der Wanderungs-, sondern auf jenem der Währungspolitik durch das bekannte Experiment der gewollten und mit allen zu Gebote stehenden Mitteln erkämpften Dollarabwertung.

Auf diese Weise wurde der weltwirtschaftliche Ausgleich immer mehr eingeengt. Dies wurde umso drückender empfunden, da dem von Amerika ausgehenden Kapitalstrom der Gegenstrom an Waren und Dienstleistungen nicht entsprach. Die beträchtlichen Reiseauslagen der Amerikaner in Europa konnten den Passivsaldo der Zahlungsbilanz nicht ausgleichen; noch weniger waren dies die Forderungen Europas aus dem in der Zeit amerikanischer Hochkonjunktur erfolgten spekulativen Ankauf amerikanischer Wertpapiere imstande. Dies bewirkte eine außerordentliche Verschärfung der ökonomischen Stauungserscheinungen, die in den verschiedenen Teilen der Erde aus den mannigfachsten Ursachen (Reparationen, Rohstoffkrise usw.) entstanden waren. Der sichtbare Ausdruck hiefür war die Anhäufung von Waren, die nicht ihren Käufer finden konnten, an den verschiedensten Stellen der Welt sowie die Konzentration des Goldes bei den amerikanischen und französischen Notenbanken. Diese Verhältnisse wirkten sich in voller Schärfe erst dann aus, als nach dem Zusammenbruche der amerikanischen Konjunktur im Herbste 1929 nicht nur der Kapitalstrom von Amerika in die anderen Länder der Welt ein Ende fand, sondern auch namhafte amerikanische Kredite gekündigt wurden.

In diesem Zeitpunkte zeigte sich sowohl innerhalb der einzelnen Volkswirtschaften, als auch insbesonders im Rahmen der weltwirtschaftlichen Beziehungen in voller Deutlichkeit die weitgehende Immobilisierung der Produktionsfaktoren Kapital und Arbeit. Schon die klassische Nationalökonomie hatte die geringere Beweglichkeit

von Kapital und Arbeit in der Weltwirtschaft berücksichtigt[51]). Die gegenwärtigen Verhältnisse lagen aber vollständig außerhalb der Blickweite der Klassiker, auch schon deshalb, weil diese immer vom Freihandel, von der durch staatliche Maßnahmen nicht behinderten Bewegung der Produktionsfaktoren Kapital und Arbeit ausgegangen waren, während die Immobilisierung der Gegenwart in hohem Maße durch staatliche Zwangsmaßnahmen (Zollschutz, Einfuhrverbote und Kontingente, Einwanderungsverbote, Devisenvorschriften usw.) mit bedingt ist. Hiezu kommt noch die im früheren Abschnitte behandelte in technischen, wirtschaftlichen und organisatorischen Voraussetzungen begründete Verfestigung des Verkehres, die sich selbstverständlich auch in den weltwirtschaftlichen Beziehungen auswirkte. In der gleichen Richtung machte sich die unzulängliche Organisation der Weltwirtschaft geltend, deren wesentlichste Fehlerquellen oben aufgezeigt wurden. Schließlich sind die zum Teil auf wirtschaftlichen, zum Teil auf politischen Erwägungen und Veränderungen beruhenden Umschichtungen in den Voraussetzungen weltwirtschaftlichen Verkehrs anzuführen.

Damit sind in einigen großen Umrissen die wesentlichsten weltwirtschaftlichen Ursachen von Autarkie angeführt. Auch der außerwirtschaftlichen Gründe wurde zum Teil bereits gedacht. Ihnen kommt gerade auf dem Gebiete der Autarkie eine besondere Bedeutung zu, da, soferne nicht besonders abnormale Verhältnisse vorliegen, rein wirtschaftliche Erwägungen allein nicht zu einer Entscheidung für Autarkie führen. Die Anwendung des wirtschaftlichen Prinzipes, mit den kleinsten Mitteln die größten Wirkungen zu erzielen, würde, auf die Weltwirtschaft projiziert, zwangsläufig zur internationalen Arbeitsteilung und dadurch zum Ausschluß autarker, den Primat der Volkswirtschaft in den Vordergrund stellender Bestrebungen führen. Autarkie ist also schließlich außerwirtschaftlich und zwar vor allem politisch begründet, da ja, wie schon einleitend betont wurde, der in letzter Linie die autarken Bestrebungen tragende Gegensatz zwischen Volks- und Weltwirtschaft politisch, d. h. durch die staatliche Abgrenzung der einzelnen Volkswirtschaften gegeben ist.

Dieser politische außerwirtschaftliche Ursprung haftet auch Autarkie unverwischbar an. Die stärksten Antriebe empfängt Autarkie vom irrationalen Gebiete des Außerwirtschaftlichen. Dies wurde auch bei den Verhandlungen des Vereines für Sozialpolitik besonders hervorgehoben. Über die außerwirtschaftlichen Gründe von Autarkie soll im folgenden Abschnitte „Ideologie moderner Autarkie" noch Einiges gesagt werden.

IV. Ideologie moderner Autarkie.

1. Moderne Nationalökonomen als Vertreter autarker Ideologie.

Die Literatur über Autarkie ist im Verlaufe der letzten zwei Jahre ziemlich umfangreich geworden. Größere zusammenfassende Darstellungen fehlen zwar, im wesentlichen wurden nur einzelne Fragen herausgegriffen und erörtert.

Nur wenige Nationalökonomen haben sich zur Frage der Autarkie zustimmend geäußert. So *Salin*[52]), der die Auffassung vertritt, daß aus der Zerrüttung der Weltwirtschaft der Weg zur Autarkie führen werde. Er verkennt hiebei nicht die großen Schwierigkeiten und Erschütterungen, die diese Entwicklung mit sich bringen werde. „Die Greuel, welche den Aufbau der alten Weltwirtschaft begleiten, werden dem Abbau verstärkt anhaften. Wer heute von Autarkie schwärmt, ahnt noch nichts von den Zuckungen und Qualen, welche die Schrumpfung untrennbar begleiten.".

Auch v. Dietze hat sich nur bedingt und eingeschränkt für Autarkie ausgesprochen[53]); er hat am Schlusse seines Vortrages ausdrücklich festgestellt: „Aber ich kann mir nicht vorstellen, daß die kapitalistischen Kräfte, welche die nahe Vergangenheit beherrscht haben, nun plötzlich völlig unbedeutend und wirkungslos geworden sein sollen. An sie tunlichst anzuknüpfen, scheint mir der am meisten Erfolg versprechende Weg zu sein, wenn wir die Nöte des Tages zu beheben uns bemühen."

In diesem Zusammenhange ist ferner Wagemann zu nennen[54]). Er hält allerdings Autarkie nur für eine vorübergehende, durch die Krise bedingte Phase weltwirtschaftlicher Entwicklung, die nach Beseitigung der gegenwärtigen Schwierigkeiten vom weltwirtschaftlichen Verkehr abgelöst wird. Für Wagemann, der auch in der Behandlung des Autarkieproblemes seine Zugehörigkeit zur Konjunkturforschung nicht verleugnen kann, bedeutet Autarkie nur eine durch die vorübergehende Lage taktisch bedingte Position, die — im Wechsel der Konjunktur nach Überwindung der Krise von expansiver weltwirtschaftlicher Tätigkeit abgelöst — als rein konjunkturpolitische Maßnahme die Heilung der Krise erleichtert. Eine ähnliche Auffassung vertritt auch *Schacht*[55]). Er betrachtet Autarkie unter dem Gesichtswinkel des Kampfmittels, der Retorsion. Auch er ist sich allerdings bewußt, daß „die wirtschaftliche Autarkie ganz zweifellos kein Ideal ist und deshalb kein Ziel deutscher Volkswirtschaft sein kann." Die Konjunkturauffassung Wagemann's findet

sich auch in dem Werke *Dobretsberger's* „Freie oder gebundene Wirtschaft"[56]). Nach Dobretsberger dringt in der Depression „die Wirtschaft allmählich selbst auf die möglichste Selbstversorgung, um sich der Konkurrenz der niedrigeren Kosten in anderen Gebieten zu entziehen; in Zeiten des Aufschwunges gilt hingegen das Selbstversorgungsprinzip als Hemmschuh der Expansion, als wirtschaftswidriges, von politischen oder militärischen Interessen gestecktes Ziel." Für Dobretsberger kommt also Autarkie wie einer Reihe anderer wirtschaftlicher Erscheinungen — Konkurrenz und Monopol, private und öffentliche Wirtschaft, Erwerbsfreiheit und Erwerbssicherung — keine allgemeine Gültigkeit im Wandel der Zeiten und Verhältnisse zu, sie ist vielmehr durch die Konjunkturlage bedingt.

Zum Unterschied von den Vertretern kunjunkturbedingter Autarkie steht *Werner Sombart* auf dem Standpunkte, daß die Wirtschaft in ihrer historischen Entwicklung zwangsläufig zu Autarkie führe. Für Sombart ist also Autarkie nicht eine durch Krise und Konjunkturverlauf bedingte vorübergehende Erscheinung — eine Wechsellage der Wirtschaft —, sondern ein organisches Ergebnis wirtschaftlicher Entwicklung[57]). Er kommt zu dem Ergebnis, daß sich für die Volkswirtschaften der altkapitalistischen Länder **„offenbar ein gewisser Zwang ergebe, sich zu resignieren und dasselbe zu tun, was die früher von ihnen abhängigen Volkswirtschaften zu tun im Begriffe sind: sich auf sich selbst zurückzuziehen."** Autark erscheint Sombart ein Land vor allem dann, wenn es die Freiheit seiner handelspolitischen Entschlüsse hat, also eine Volksgemeinschaft, die nicht im Hinblick auf ihre Existenz auswärtigen Handel zu treiben genötigt ist, sondern nach freiem Ermessen das ein- und ausführt, was ihr gut dünkt. Die Entwicklung der letzten Jahrzehnte habe dazu geführt, daß Deutschland unter Einfuhrzwang stehe und daher auch ausführen müsse; dadurch habe es seine Unabhängigkeit verloren und aufgehört, „autark auch in der bescheidensten Anwendung dieses Wortes zu sein." Der Weg zum Ziele einer größeren nationalen Selbständigkeit ist für Sombart die Reagrarisierung. Auch die planwirtschaftliche Idee der Propagandisten deutscher Autarkie finden sich bei Sombart. Natürlich lehnt er eine Vollautarkie ab; desgleichen eine Autarkisierung kleiner Volkswirtschaften; „die kleinen Volkswirtschaften werden sich ohne Zweifel zu Wirtschaftsblocks zusammenschließen; dabei wird man Länder miteinander verbinden, die ähnliche Wirtschaftsbedingungen haben."

2. Raumproblem und Autarkie.

Die Zusammenhänge zwischen Autarkie und Raum sind deutlich aufgezeigt bei jenen Vertretern autarker Einstellung, die aus der Geopolitik kommen. Hier seien angeführt *Roß* und *Esterer*. Roß schrieb im Juli 1913 in der Zeitschrift für Geopolitik einen Aufsatz „Die Fiktion der Weltwirtschaft", in welchem er an der Weltwirtschaft in ähnlicher Weise wie Salin und Werner Sombart Kritik übte. Für Roß bedeutet der nicht aufzuhaltende allgemeine Zug zur Industrialisierung den dauernden Verlust der weißen Wirtschaftsvormacht, auf dem seinerzeit die angebliche Weltwirtschaft beruhte. Roß urteilt also nicht so optimistisch wie die meisten Vertreter deutscher Theorie und Praxis, die der Auffassung sind, daß der durch fortschreitende Industrialisierung wachsende Wohlstand die stärksten Anregungen zu weltwirtschaftlichem Austausch biete[58]). Er hält aber auch nicht wie andere deutsche Autarkisten eine Autarkie Deutschlands bei seiner gegenwärtigen Wirtschaftsstruktur für möglich; Deutschland müsse daher mit Rücksicht auf die unvermeidliche Entwicklung zur Autarkie die Umstellung seiner Wirtschaft einleiten und versuchen, mit anderen Gebieten, die in ähnlicher Lage seien, zu einer größeren Wirtschaftseinheit zu gelangen.

Esterer verweist[59]) auf das Entstehen großer in sich geschlossener Wirtschaftsräume, die der Verfasser nach Analogie der Schollentheorie für die Bildung der Kontinente weltwirtschaftliche Schollen nennt. So sieht er „das Heranwachsen einer großen französischen Scholle über das Mittelmeer hinüber bis tief nach Afrika hinein, einer japanischen um das östlich-südliche Pazifikbecken, sodann eines methodisch mit Geld armierten Monroe-Blockes der Vereinigten Staaten über Mittel- und Südamerika hin und schließlich der großen russischen Landscholle." In dieser großen Auseinandersetzung taucht für Deutschland — und dies gilt natürlich auch für die anderen, nicht in die erwähnten Schollenkomplexe einbezogenen Staaten Europas — die Frage auf, ob die Zuordnung zu einem solchen Schollenkomplex möglich oder erwünscht ist, ob diese Gebiete mit anderen Staaten eine eigene neue Scholle bilden oder außerhalb einer solchen Schollenbildung stehende Inseln bleiben. Jedenfalls erblickt aber auch Esterer die Entwicklung zur Autarkie in größeren Wirtschaftsräumen als die Tendenz der Zeit.

Die Geopolitik hat sich aber auch weiterhin mit der Frage von Autarkie sehr eingehend befaßt; die Schriftleitung der Zeitschrift für Geopolitik — hat das Jännerheft des Jahrganges 1933 der Be-

sprechung autarker Zusammenhänge vom geopolitischen Standpunkte aus gewidmet und auch — eine weitere systematische Erörterung dieses Fragenkomplexes für die Zukunft angekündigt. Die Geopolitiker gehen hiebei von der für sie maßgebenden Antithese von Monokultur und Autarkie aus; sie betrachten Monokultur als Ausdruck der Einseitigkeit, Autarkie als jenen der Vielseitigkeit. Aus dieser Antithese stellen sie die Frage: „Gibt es ein Verhängnis, dem die großen Monokulturen in den tropischen Ländern, in den einseitigen Agrarländern, aber auch die industrielle Monokultur der Fabriksländer verfallen sind? Ist demgegenüber der Zustand gleichmäßiger Vielseitigkeit, die „lebendige Haushaltung" Herders — ist die Autarkie ein Ziel, dem der Einzelne wie die Wirtschaft, wie der Staatsorganismus unserer Zeit zustreben?" Es würde zu weit führen, die Ansichten der Geopolitiker zur Frage von Autarkie noch näher darzulegen; dieser kurze Hinweis, aus dem eine im allgemeinen positive Einstellung zu diesem Problem zu entnehmen ist, muß genügen.

Die Sozialdemokraten und Kommunisten lehnen Autarkie ab. Es ist dies offenbar die Folge ihres internationalen Programmes, das in jeder Lockerung internationaler Zusammenhänge eine Beeinträchtigung der herrschenden Leitsätze ihrer Ideen erblickt. Die autoritativ planwirtschaftliche Einstellung sozialistischer Wirtschaftstheorie müßte allerdings zu Autarkie führen, da diese Planwirtschaft als eine an den Staat gebundene gewollte Beeinflussung des Wirtschaftsablaufes ihre Grenzen auch in jenen des Staates findet. Immerhin kommt auch bei den sozialistischen Schriftstellern eine bedingte Zustimmung zu Autarkie vor; so bei Kranold[60]), der ähnlich wie die Geopolitiker die Möglichkeit autarker Wirtschaftsführung in der Bildung großer Wirtschaftskörper erblickt. „Der richtige und notwendige Kern, der im Gedanken der Autarkie liegt, kann nur Frucht tragen, wenn an die Stelle des deutschen, französischen, polnischen usw. Denkens auch in diesen Dingen das europäische Denken tritt." Dadurch erhält bei Kranold Autarkie eine internationale Färbung, während im allgemeinen — so auch bei Sombart und insbesonders bei den nationalsozialistischen Vertretern autarker Gedankengänge — diese ein betontes nationales Gepräge aufweist[61]).

3. Das Problem der Autarkie in der nationalsozialistischen Literatur.

Gerade von dieser Seite hat die „autarke Ideologie" die eingehendste Darstellung erfahren. Es sei hier in der Hauptsache auf die dem Tatkreise angehörenden Schriftsteller — *Eschmann, Fried, Wirsing, Zehrer* — verwiesen. Besonders aufschlußreich ist in dieser

Hinsicht das von Fried Ende 1932 verfaßte Buch „Autarkie". Diese Gedankengänge haben gegenwärtig, nachdem die nationalsozialistische Partei die volle Regierungsmacht in Deutschland besitzt, auch besondere wirtschaftspolitische Aktualität; infolgedessen bedürfen sie einer eingehenderen Darstellung, zumal über autarke Ideologie und insbesondere über Einzelfragen autarker Ideologie nicht viel Schrifttum vorliegt. Die folgende Darstellung „autarker Ideologie" nach den Ausführungen Frieds beschäftigt sich allerdings nur mit den grundsätzlich ideologischen, nicht aber mit den zur Durchführung dieser autarken Ziele vorgeschlagenen Mitteln, da dieser Darstellung das folgende Kapitel dient.

Die Einstellung, von der Fried an sein Werk herangeht, ist durch die Art gekennzeichnet, mit der er die Bilanz der deutschen Ein- und Ausfuhr aufstellt und die Möglichkeit ihrer planvollen Gestaltung im Sinne von Autarkie untersucht. Hiebei handelt es sich Fried ganz überwiegend um die technische und nicht um die wirtschaftliche Lösung dieser Frage, die er mit der Bemerkung abtut, daß der privatwirtschaftlichen — kapitalistischen — die nationalwirtschaftliche Lösung gegenübergestellt werden müsse[62]). Fried sieht also bewußt von Rentabilität, Preis und Qualitätsunterschieden ab und gibt damit zu, daß die Erhaltung bzw. Ausgestaltung nationaler Wirtschaftszweige und nationalwirtschaftlicher Zusammenhänge mit Geldopfern erkauft werden müsse. Damit steht allerdings die Behauptung Fried's in Widerspruch: „Freihandel bedeutet Verarmung, Autarkie bedeutet Bereicherung". An und für sich liegt in dieser Opfertheorie Fried's kein neuer Gedanke. Es ist ja eine allgemein bekannte Tatsache, daß Zölle, soferne sie nicht auf das Ausland überwälzt oder durch sinkende feste Kosten bei stärkerer Ausnützung der Produktionsanlagen kompensiert und auch in den Preisen ausgeglichen werden, eine Subvention der Allgemeinheit an die zollgeschützten Gruppen darstellen. Es sollte jedoch durch Preisberechnungen grundsätzlich die Größe dieses Opfers, dieses Zuschusses der Allgemeinheit, ermittelt und nicht — wie dies bei Fried geschieht — vollständig vernachlässigt werden; eine solche Berechnung wäre auch deshalb wichtig, weil hieraus gewisse Rückschlüsse auf die Kosten inländischer Erzeugung und auf die Preiserstellung inländischer Produkte am Auslandsmarkt gezogen werden können. Auf diese Weise würde solchen Untersuchungen nicht nur nach jeder Richtung der Charakter streng wirtschaftlicher Überlegungen gesichert, sondern auch ein Überblick über die Stel'ung und Möglichkeit der Ausfuhr geboten werden. Hiebei müßte allerdings auch noch ein Moment in Erwägung gezogen werden, das außerhalb des Rahmens dieser Untersuchung

liegt und auch an und für sich durch abstrakte Überlegung schwer abgeschätzt werden kann: Es ist die Reaktion der ausländischen Märkte gegenüber der Hemmung ihrer Ausfuhr durch autarke Maßnahmen.

Die Grundeinstellung entschiedener Autarkisten wird vielleicht am besten durch die Bemerkung Fried's gekennzeichnet, daß man den „gordischen Knoten" aller handelspolitischen Rücksichten und Erwägungen durchschlagen und „zu der ganz unvoreingenommenen naiven Feststellung" kommen müsse, „man verstehe es überhaupt nicht, wie es möglich sei, daß ein so vielseitiges und hoch entwickeltes Industrieland wie Deutschland überhaupt noch irgendwelche ausländische Fertigwaren einführen müsse". Sicher denken auch die radikalen Autarkisten nicht daran, die Volkswirtschaft auf die Stufe der geschlossenen Hauswirtschaft zu bringen. Auch sie lehnen weder die Deckung des Zuschußbedarfes durch Einfuhr, noch die Ausfuhr der Überschußerzeugung grundsätzlich ab; auch sie sind sich bewußt, daß Möglichkeit und Maß von Autarkie sehr stark von der Größe des autarken Raumes abhängig ist[63]). Aus diesem Grunde sind auch die Freunde der Autarkie für eine Vergrößerung des Wirtschaftsraumes durch Zollunion oder Präferenzen; aber innerhalb dieses Gebietes, das womöglich den Bedürfnissen seiner Bevölkerung in Erzeugung und Verbrauch angepaßt sein soll, wird eine weitgehende Bindung des wirtschaftlichen Kreislaufes an die Grenzen des Wirtschaftsraumes angestrebt. Ein- und Ausfuhr werden als zum Teil unvermeidliche, nicht aber als erwünschte, aus einem tieferen wirtschaftlichen Prinzip sich ergebende Erscheinungen angesehen. Der Ausgangspunkt für die Feststellung des Ausmaßes handelspolitischer Beziehungen ist grundsätzlich immer die eigene Versorgung bzw. die Möglichkeit eigener Versorgung; erst wenn diese erschöpft ist, kann ein noch vorhandener Bedarf zusätzlich durch Auslandswaren gedeckt werden; in der Autarkie ist also vorerst „die Bedarfsspitze" festzustellen, die durch Einfuhr zu decken ist. Das Ausmaß der Ausfuhr ist aber in erster Linie durch die Größe der Einfuhr bestimmt; dem Primat der Ausfuhr stellt Fried den Primat der Einfuhr gegenüber[64]).

So rundet sich das Bild autarker Einstellung dahin, daß der Umsatz ganz überwiegend sich im Inland vollziehen solle.

Der Ausgangspunkt autarker Ideologie ist zweifelsohne die Erhaltung nationaler Wirtschaftszweige, die dem Drucke überlegener weltwirtschaftlicher Konkurrenz nicht gewachsen sind. An erster Stelle steht die Landwirtschaft und die ihr angegliederten Erwerbszweige; es sind in hohem Maße bevölkerungspolitische

Momente, die diese Erwägungen und Maßnahmen mit beeinflussen. Das Übermaß an Industrialisierung wird abgelehnt, weil es einen gesunden bevölkerungspolitischen Aufbau hindere und störe, bedenkliche Verschiebungen des innerpolitischen Gleichgewichtes zur Folge habe und Gefahren für die körperliche und geistige Hygiene des Volkes in sich schließe. So wird darauf hingewiesen, daß sich der Anteil der land- und forstwirtschafttreibenden Bevölkerung in Deutschland von 78% im Jahre 1816 auf 23% im Jahre 1925 senkte, während der Anteil der in Industrie, Handel und Verkehr beschäftigten Bevölkerung im selben Zeitraum von 12% auf 58% stieg.

Es sprechen aber auch wichtige außenhandelspolitische Erwägungen mit. Das System der Industrialisierung bot in Form weltwirtschaftlicher Arbeitsteilung und weltwirtschaftlicher Arbeitsverflechtung Gelegenheit, eine Industrie auszubauen, die weit über die Kapazität des inneren Marktes hinausragte. Die Überschußerzeugung dieser Industrie wurde am Weltmarkte untergebracht, die Arbeiter vielfach durch Erzeugnisse des ausländischen Bodens ernährt. So schreibt Fried[65]): „Die Bevölkerung, die im Agrarstaate dem eigenen Boden verhaftet ist, wird im Industriestaate immer mehr dazu angesetzt, Rohstoffe für die ganze Welt zu verarbeiten. Der Industriestaat verliert also seine Ernährungsbasis weniger darum, weil der Boden nicht ausreicht, sondern weil relativ zu wenig Menschen den Boden bearbeiten. Das Land entvölkert sich und es bilden sich in den Industriezentren die immer größer anschwellenden Städte, deren Bevölkerung (als Industriearbeiter usw.) praktisch für die ganze Welt arbeitet und die daher praktisch auch ihre Bedürfnisse an Nahrung, Kleidung, Genußmitteln aus der ganzen Welt deckt."

Im Gegensatze zu Fried verweist *Colm*[66]) mit Recht darauf, daß im allgemeinen nicht das flache Land sich entvölkert habe, sondern daß das Wachstum der Städte aus sich heraus stärker fortgeschritten sei als die Bevölkerungsvermehrung am flachen Lande.

Dadurch war eine wechselseitige Verbundenheit in Ein- und Ausfuhr gegeben, die von den Autarkiefreunden als eine unerträgliche Abhängigkeit vom Weltmarkte empfunden wird, während die Gegner von Autarkie hierin den durch den bisherigen Produktionsaufbau und durch Rentabilitätserwägungen unvermeidbaren, wirtschaftlich gerechtfertigten, durch Autarkie nicht ablösbaren Zwang zur Ein- und Ausfuhr erblicken. Die Befürworter von Autarkie gelangen aus ihrer Einstellung zur Forderung, daß die Versorgung der heimischen Volkswirtschaft mit den elementarsten Bedarfsartikeln aus der eigenen Erzeugung sichergestellt

werden soll.[67]) Dem Staate wird auf diese Weise in weitem Maße ein Einfluß auf die Gestaltung des Verbrauches eingeräumt. Die Handhabe bietet hiefür das handelspolitische System der Einfuhrverbote und Einfuhrkontingente. So entscheidet — allerdings innerhalb weitgezogener Grenzen, deren Ausmaß jedoch in das Belieben des Staates gestellt ist, — nicht privatwirtschaftliche Überlegung, nicht wirtschaftliche Rentabilität, sondern obrigkeitliche Anordnung unter Berücksichtigung nationalwirtschaftlicher Erwägungen über Richtung und Ausmaß des Verbrauches.

Es wird zwar nicht die Forderung vertreten, daß der Staat unmittelbar in die Wirtschaftsführung eingreife; die Wirtschaft soll nach wie vor durch private Initiative in Gang gesetzt und durch privatwirtschaftliche Rentabilitätserwägungen in Betrieb gehalten werden, aber innerhalb staatlich beeinflußter Grenzen, die enger gezogen sind als die durch die jeweiligen Produktions- und Verkehrsmöglichkeiten der Weltwirtschaft bedingten.

Autarkie führt mit anderen Worten zur P l a n w i r t s c h a f t. Autarkie und Planwirtschaft hängen enge zusammen, nicht nur in ihrer Ideologie, sondern auch in der Technik der Durchführung; diese Beziehungen sind zwangsläufig umso enger, je weniger der Kreislauf einer Wirtschaft in sich ausgeglichen ist, da ja die Planwirtschaft die Harmonie des durch den weltwirtschaftlichen Verkehr gestörten binnenwirtschaftlichen Ausgleiches bringen soll. „Autarkie kann nur bewußt gestaltet werden, das bedeutet, sie kann nur im Rahmen einer Planwirtschaft durchgeführt werden (Gestaltung) und sie kann mit der Planwirtschaft nur vom Staate gestaltet werden (Bewußtheit, Souveränität des Handelns)"[68]). Ähnlich auch Werner Sombart: „Selbstherrliche Bestimmung unseres Schicksals auch auf dem Weltmarkte wird unser Ziel sein müssen. Dieses Ziel kann aber niemals auf dem Wege der Zufallsverknüpfung, d. h. aber des Freihandels erreicht werden[69])."

Aus den bisherigen Darlegungen hat sich ergeben, daß Autarkie, vor allem wie sie von Fried und seinen Freunden gefordert wird, nicht bloß eine Änderung der bisherigen handelspolitischen Methoden anstrebt, sich nicht nur darauf beschränkt, die Technik des Wirtschaftsverkehrs neu zu gestalten, sondern daß Autarkie eine vollständige Änderung in der g e i s t i g e n, inneren E i n s t e l l u n g zur Wirtschaft bedeutet.

Die wirtschaftliche Arbeit soll dieser Auffassung zufolge nicht um ihrer selbst willen erfolgen, sondern der B e d a r f s d e c k u n g dienen; das Gewinnstreben soll nicht ausgeschlossen sein, aber nicht —

wie dies beim kapitalistischen Denken der Fall ist — im Vordergrunde des Interesses stehen. Vor allem soll aber die wirtschaftliche Arbeit unmittelbar gestaltet, ihrer Abstraktheit entkleidet, von der Spekulation mehr auf die Bedarfsdeckung geleitet werden. Es ist am besten zur Kennzeichnung dieser Stimmung eine Stelle aus Fried's Werk „Autarkie" anzuführen:

„Die Freizügigkeit und Wurzellosigkeit, die wir in der Massenansammlung zu Großstädten noch sinnenhaft spüren, . . . drückt sich wirtschaftlich in den beziehungslosen Handel- und Kreditgeschäften aus, die sich in den Großstädten konzentriert haben und die um ihrer selbst vorgenommen werden; ob der Ankauf und Verkauf einer Weizenladung, die man nie gesehen hat und auch nie sehen wird, weil der Weizen noch auf den Feldern steht, nur um eine „Marge" zu verdienen; ob der Ankauf und Verkauf einer Aktie, die in irgend einem dunklen Safe ruht und die die Beteiligung an einer Fabrik darstellt, von der man nicht weiß, wo sie liegt und was sie eigentlich herstellt; . . . dies ist alles keine eigentliche Wirtschaft mehr, sondern abstrakte und wurzellose Spekulation." „Die Reaktion darauf ist deutsch, richtiger noch preußisch. —" „Gegenüber dem westlichen Gedanken der mißverstandenen Freiheit . . . steht der preußische Gedanke des Dienens." „Gegenüber dem westlichen Gedanken, daß gerade das hemmungslose Sichaustoben des Einzelnen schließlich und insgesamt zu einer Harmonie führt, steht der preußische Gedanke der Ordnung[70])."

Diese mit den vorstehenden Sätzen umschriebene Einstellung hat für rein wirtschaftliche — in der Sprache Fried's ausgedrückt, im Gedankenkreise des westlichen abstrakten, wurzellosen Kapitalismus — verlaufende Fragen kein Verständnis. Wer für diese Weltanschauung optiert, muß bereit sein, Opfer zu bringen, die sich aus der Ausschaltung des Prinzipes internationaler, weltwirtschaftlicher Arbeitsteilung ergeben.

Aus dieser geistigen Einstellung, die den ganzen Menschen erfassen will, in vollständiger und bewußter Ablehnung des von Adam Smith in isolierender Betrachtung konstruirten „Homo ökonomicus" ergibt sich jene irrationale, von idealistischen Gedankengängen getragene Gesinnung, aus der Autarkie ihre stärksten Impulse empfängt. **So ist Autarkie zwar durch die Wirtschaftsnot der Zeit bedingt, im wesentlichen aber nicht aus wirtschaftlichen Gründen, sondern im Kampfe gegen wirtschaftliche Gründe entstanden[71]).**

Diese besondere Art autarker Einstellung zeigt sich auch in der Umdeutung wirtschaftlicher Gründe, die für Autarkie sprechen;

so erblicken die Autarkiefreunde um Fried oder „Die dritte Front" — wie sie auch genannt werden — eine Minderung weltwirtschaftlicher Beziehungen nicht so sehr in der Tatsache, daß das weltwirtschaftliche Gefälle durch Veränderungen der für den weltwirtschaftlichen Austausch maßgebenden Voraussetzungen vermindert wurde; sie gehen vielmehr hauptsächlich davon aus, daß sich eine Änderung in der ökonomischen Grundeinstellung der ganzen Welt vollzog; es wird also der Schwerpunkt nicht auf die äußeren wirtschaftlichen Verhältnisse, sondern auf das innere Wollen der Menschen gelegt; diese Gruppe bekennt sich auch in diesem Punkte zur teleologischen, bewußt gewollten und nicht zur kausalen, durch die Verhältnisse unabhängig vom menschlichen Wollen bedingten Verknüpfung wirtschaftlichen Geschehens. Fried erklärt „jedes Land will möglichst alles für sich machen" und zieht daraus die schwerwiegende Folgerung, daß „hiedurch ein Übergang vom ökonomischen auf das nationale Prinzip" vollzogen wird. Dieses nationale Prinzip umschreibt Fried derart, daß die Nation, die heute in der deutschen Revolution geboren wird, intensiv nach innen gekehrt sich selbst genug sein soll; diese Kehrung von außen nach innen, von dem imperialistischen Beherrschen der anderen zur Selbstherrschaft bedeute notwendig und gleichzeitig eine grundsätzliche Ausrüstung auf das Soziale.

Aus der starken Entwicklung des nationalen Prinzipes in der ganzen Welt schließt Fried, daß „umso weniger auf der ganzen Welt der gute Wille, Deutschlands Erzeugnisse um dessentwillen abzunehmen bestehe, weil sie etwa am billigsten sind"[72]). „Je weniger Deutschland aber seine Erzeugnisse absetzen könne, umso weniger sei es in der Lage, Rohstoffe und Nahrungsmittel auf der Welt einzukaufen; damit vermindere sich aber auch bei den Rohstoffländern die Fähigkeit, deutsche Waren zu kaufen und zu bezahlen." Der Aufmarsch richte sich mehr oder minder deutlich gegen Deutschland, das praktisch völlig eingekreist sei[73]). Diese Auffassung bedarf wohl einiger Berichtigung. Die Rückbildung des Außenhandels hat, bedingt durch die Weltwirtschaftskrise, sich in allen Ländern vollzogen. Die betroffenen Länder verschärfen diese Entwicklung dadurch, daß sie entgegen dem Gebote wirtschaftlicher Klugheit und in Verkennung wichtiger Zusammenhänge alte weltwirtschaftliche Beziehungen lösen, um — wie dies bei Krisen jeglicher Art stets der Fall ist — für sich das Möglichste zu retten. Auch England, der Führer des Freihandelsgedankens, geriet in dieses Fahrwasser. Es ist aber unrichtig, hierin eine systematische Absperrung der Welt gegenüber Deutschland zu

erblicken, wenn auch Deutschland, auf weltwirtschaftliche Zusammenhänge an und für sich und insbesonders in seiner gegenwärtigen Lage im hohen Maße angewiesen, durch diesen allgemeinen Abbau weltwirtschaftlicher Beziehungen sehr empfindlich getroffen wurde[74]).

Dieser Kreislauf führt nach Fried zur notwendigen Schrumpfung des Welthandels; vor allem seit dem im Jahre 1929 erfolgten akuten Ausbruch der Weltwirtschaftskrise sei eine völlige Auflösung der Weltwirtschaft zu verzeichnen.

Um die Größe des Schrumpfungsprozesses und seine Bedeutung für die zukünftige Entwicklung entsprechend abzuschätzen, ist es erforderlich, die Außenhandelsziffern der letzten Jahre zu den analogen Ziffern des Binnenhandels in Beziehung zu setzen. Eine Gegenüberstellung der einschlägigen Ziffern hat natürlich nur bedingten Wert; so kann z. B. die in den „Wirtschaftszahlen des Institutes für Konjunkturforschung" durchgeführte Ermittlung der Binnenhandelsumsätze aus dem Aufkommen an Umsatzsteuer wohl nur ein ungefähres Ergebnis bieten. Die Ermittlung der Außenhandelsumsätze ist genauer, aber unvollständig, da gerade die wertmäßige Erfassung des unsichtbaren Exportes nicht möglich ist; hiebei ist ferner zu berücksichtigen, daß die Basis für die Ermittlung der Außenhandelsumsätze, die überwiegend im Großhandel erfolgen im allgemeinen eine andere ist als jene für die Ermittlung der Binnenhandelsumsätze.

Aus den Zusammenstellungen des d. Kf. J. ergibt sich nun folgende Ziffernreihe:

Die durchschnittlichen Monatsumsätze im deutschen Binnenhandel betrugen

im	Jahre	1925	8.8	Milliarden RM.
„	„	1926	9.13	„ „
„	„	1927	10.41	„ „
„	„	1928	11.19	„ „
„	„	1929	11.18	„ „
„	„	1930	9.93	„ „
„	„	1931	8.50	„ „

Die analogen Ziffern des Außenhandels — Einfuhr und Ausfuhr zusammengerechnet — betrugen gleichfalls auf Monatssumme gebracht

im	Jahre	1925	1804	Millionen RM.
„	„	1926	1701	„ „
„	„	1927	2086	„ „

im Jahre	1928	2190	Millionen	RM.
„ „	1929	2245	„	„
„ „	1930	1869	„	„
„ „	1931	1360	„	„

Der Außenhandel des Jahres 1931 beträgt dieser Ziffernreihe zufolge 65% des Außenhandels im Jahre 1927, während der Binnenhandel des Jahres 1931 81% des Binnenhandels im Jahre 1927 ausmacht. Es ist also im Gebiete der deutschen Volkswirtschaft in den Jahren 1927—31 der Außenhandel *wesentlich stärker zurückgegangen* als der *Binnenhandel*.

Diese Entwicklung schließt nach Ansicht Fried's und seiner Freunde (eine ähnliche Auffassung ist auch bei Werner Sombart und Salin anzutreffen) die Notwendigkeit in sich, unhaltbare weltwirtschaftliche Positionen aufzugeben und den Aufbau der Wirtschaft und ihre Planung den neuen Verhältnissen anzupassen; m. a. W. die durch die Wandlungen der Weltwirtschaft bedingte *Zwangsautarkie* zu einer *sinnvoll gestalteten*, freier Beherrschung und freier Beeinflussung unterworfenen *Autarkie* umzubauen.

Diese Umgestaltung denken sich die Vertreter von Autarkie in der Richtung planwirtschaftlicher Beeinflussung des Binnen- und weitgehender Beschränkung des Außenhandels.

Die nahen Beziehungen zwischen Warenaustausch und Kapitalverkehr, zwischen *Handels-* und *Kreditpolitik* schaffen natürlich enge Verbindungen, die von der Waren- zur Kredit-(Kapitals-)Autarkie führen. Diese Zusammenhänge werden von den Tat-Schriftstellern nachdrücklichst betont. Fried beziffert den jährlichen Passivsaldo der deutschen Zahlungsbilanz mit 1200 Millionen RM.[75]), der mangels Gold und Devisen nur durch Waren abgestattet werden könne; die politische Einkreisung Deutschlands werde aber den deutschen Ausfuhrüberschuß voraussichtlich unter diese Grenze herabdrücken; da die bisher übliche Methode der Preissenkung und Diskonterhöhung unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht mehr wirksam sei, hält Fried Auslandsmoratorium und Lockerung der handelspolitischen Beziehungen — also Autarkie — auf dem Gebiete des Kredit- und Warenverkehres für unerläßlich[76]).

Fried verficht aber auch für die Zukunft vollkommene *Kreditautarkie*; „Selbst wenn uns das Ausland Milliarden Anleihen anbieten könnte und wollte, so müßten wir dankend feststellen, daß wir keine Verwendung dafür haben. Unsere Lebenshaltung ist durch

Binnenwirtschaft und Ein- und Ausfuhrplan auf Tauschgrundlage sichergestellt, große Investitionen sind unerwünscht, wenn zwei Drittel unserer modernen Fabriken und Maschinenanlagen stillliegen."[77])

In diesem Sinne bekommt Autarkie — vor allem unter den Verhältnissen, in die Deutschland durch das Friedensdiktat und die anschließenden weltpolitischen Ereignisse hineingedrängt wurde — noch eine besondere Bedeutung, nämlich jene eines nationalen Befreiungswerkes. Autarkie ist von diesem Standpunkte aus gesehen nicht nur der Rückzug aus der Weltwirtschaft, sondern die völlige Neugestaltung der Beziehungen zu den anderen Volkswirtschaften. Autarkie strebt volle souveräne Gestaltung der Wirtschaft eines bestimmten Gebietes durch den Staat an. Es machen sich Ideen geltend, die schon im geschlossenen Handelsstaate Fichte's klar ausgesprochen sind und die darin wurzeln, daß die Anerkennung und Sicherung der staatlichen Souveränität durch ihre autarke Wirtschaftspolitik (Autarkie im strengsten Sinne des Wortes) bedingt sei. So tritt zum Gedanken politischer Sicherung in der modernen Autarkiebewegung jener der wirtschaftlichen Sicherung. Der Gedanke der Entwicklung und Erhaltung der produktiven Kräfte eines bestimmten Gebietes, eines Staates, wird dem Prinzipe der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung mit seinen durch die außerordentliche Dymanik des modernen weltwirtschaftlichen Verkehres und der modernen Technik bedingten unaufhörlichen Umlagerungsstreben entgegengestellt. Hierin liegt eine gewisse Resignation gegenüber größeren wirtschaftlichen Zielen und Möglichkeiten, ein Sich-Bescheiden in einen engeren, dafür aber gesicherteren Lebensraum, ein beabsichtigtes Zurückdrängen des ungezügelten Erwerbsstrebens in die ruhigen Bahnen der Bedarfsdeckung für ein umgrenztes Gebiet. Begrenzung, und zwar nicht die natürliche, in den Dingen und ihren Entwicklungsmöglichkeiten selbst ruhende, sondern die von außen hereingetragene, oft auch willkürliche Begrenzung ist für Autarkie kennzeichnend. Die politische Grenze ist der Ausgangspunkt von Autarkie und von hier aus entwickeln sich alle anderen Begrenzungen zwangsläufig. Die Begrenzungen in der Größe und im Kapitalsaufbau der Unternehmungen, in den Kosten und Preisen und nicht zuletzt in der geistigen Einstellung; denn Autarkie will auch den inneren Menschen umgestalten und zwar nicht nur Autarkie in der Fassung der Philosophen, die — es sei an Platos Republik erinnert — an die geistige Einstellung der Menschen höchste und — wie Plato selber zugab — unerfüllbare Ansprüche stellte,

sondern — wie aus den bereits angeführten Hinweisen hervorgeht — auch Autarkie moderner Prägung.

Dieser Gedanke völlig geänderter Grundeinstellung zu den wichtigsten Problemen des Staates, der Wirtschaft und auch des Lebens findet sich immer wieder bei den Vertretern von Autarkie; diese Vermengung mit gefühlsmäßigen, irrationalen Momenten hat vielleicht „Autarkie" eine besondere Anziehungskraft in den breiten Massen des Volkes gesichert; die Seele des Volkes ist mehr auf gefühls- als auf verstandesmäßige Erwägungen eingestellt; man könnte sogar von einem Kultus des Irrationalen im Leben der Völker sprechen; diese Kräfte haben viel dazu beigetragen, den Gedanken der Autarkie im Volke lebendig zu machen; wie aber alle Ideen, die das Volk erfassen, unklar und verschwommen werden, so auch der Gedanke der Autarkie; für die Masse des Volkes wurde er mehr zu einem Bekenntnis, als zu einer Erkenntnis. Leider wurde er auch vielfach zu einem außerordentlich wandlungsfähigen Mode- und Schlagwort verzerrt, das infolge seiner utopischen Übertreibungen und infolge der Verkennung wesentlich wirtschaftlicher Zusammenhänge vielfachen Angriffen von Seite der Theorie und der Praxis begegnet.

V. Mittel der Autarkie.

1. Grundsätzliches über die Mittel von Autarkie.

Mit Ausnahme von Rußland ist Autarkie noch nirgends in der Welt zum klaren offiziellen Wirtschaftsprogramm erhoben worden. Autarke Strömungen und autarke Wirtschaftsmaßnahmen finden sich allerdings in vielen Staaten der Erde. Im wesentlichen hält aber die Wirtschaftspolitik dieser Staaten an dem bisherigen handelspolitischen Systeme fest. Eine Darstellung „der Mittel von Autarkie" kann sich daher im allgemeinen nicht auf autarke Praxis berufen, sondern muß aus dem Wesen und aus den Zielen von Autarkie in deduktivem Wege die Mittel konstruieren, deren sich Autarkie zur Durchsetzung ihres Programmes gegebenenfalls bedienen würde. Allerdings finden sich diese Methoden — wenn auch nicht im Rahmen ausschließlich autarker Politik — als unorganisch aufgepropfte Bestandteile herrschender Wirtschaftssysteme in den meisten Staaten vor. Der wesentliche Unterschied dieser aus der Not der Zeit hervorgegangenen — wenn auch nicht durch diese Voraussetzungen zwangsläufig bedingten — Maßnahmen gegenüber Autarkie liegt darin, daß Autarkie das, was hier unorganisch und vorübergehend zu einer losen

Kette vielfach widerspruchsvoller Maßnahmen gestaltet wurde, zu einem in sich ausgeglichenen organischen System gebundener, staatlich beherrschter Wirtschaft umformen will.

Die Mittel der Autarkie sind durch die geistige und wirtschaftliche Einstellung und das Ziel von Autarkie gegeben. Hier ist vorerst und im wesentlichen darauf zu verweisen, daß **Autarkie einen bewußten Eingriff in den normalen Ablauf wirtschaftlichen Geschehens anstrebt.** Autarkie lehnt als Form gebundener Wirtschaft den auf innerer Automatik beruhenden selbsttätigen Ausgleich der Wirtschaft ab. Autarkie ist demnach interventionistisch eingestellt, der Träger dieser Maßnahmen ist der Staat.

Die Mittel, welche der Staat zur Verwirklichung autarker Ziele anwendet, erstrecken sich in erster Linie dem Wesen von Autarkie entsprechend auf das Gebiet der Handelspolitik. Es wäre jedoch verfehlt, autarke und schutzzöllnerische Maßnahmen gleichzustellen. Beiden ist allerdings der beabsichtigte, interventionistische Eingriff in den freien Ablauf zwischenstaatlicher Beziehungen gemeinsam. Während aber das Schutzzollsystem bloß eine Kette technischer Maßnahmen zur Ausschaltung nachteiliger, unerwünschter Freihandelsfolgen beinhaltet, ist Autarkie weit mehr. Autarkie will das durch besondere Verhältnisse bedingte Eigenleben einer Volkswirtschaft unter starker Betonung und Wahrung der Proportionalität ihres Aufbaues in weitgehendem Maße sicherstellen. Die von Autarkie angewandten handelspolitischen Mittel bauen dementsprechend zum Unterschied von dem durch die Meistbegünstigung beherrschten Handelsvertragssystem auf dem Grundgedanken der Autonomie auf. Autarke Politik ist ihrem Wesen und ihrer inneren Zielsetzung nach autonom, da sie ihre Ziele den Bedürfnissen der Volks- und nicht jenen der Weltwirtschaft anpaßt.

Das Ziel dieser autarken Politik ist weitgehende Unabhängigkeit der eigenen Volkswirtschaft gegenüber weltwirtschaftlichen Einflüssen. Als Mittel hiezu dienen Verbote und Kontingente auf dem Gebiete des zwischenstaatlichen Verkehrs. Im Vordergrund all dieser Maßnahmen stehen Einfuhrverbote und Einfuhrkontingente. Die Einfuhrverbote treten dort in Kraft, wo eine Ergänzung der nationalen Erzeugung durch fremde Zufuhr weder quantitativ noch qualitativ notwendig ist, die Kontingente, wenn eine solche Ergänzung nicht vermeidbar ist. Über die handelspolitische Bedeutung von Einfuhrverboten und Einfuhrkontingenten im Rahmen der freien Verkehrswirtschaft schreibt *Eulenburg*: „Einfuhrverbote und Kontingente sind zwei Maßregeln von sehr zweifelhaftem Werte und nur

unter Umständen für gewisse Erzeugnisse anwendbar ... Die erzieherische Wirkung braucht keineswegs zu mangeln, wenn diese Methode als vorübergehende Maßnahme auftritt; anders, wenn sie etwa dauernd Anwendung fände. Beide Maßnahmen durchbrechen das System der freien Verkehrswirtschaft. Sie gehören in den Bereich einer regulierten Wirtschaft, von der sie ein Glied ausmachen".[78])

Diese handelspolitischen Mittel unterscheiden sich von der zollpolitischen Beeinflussung des Warenverkehrs grundsätzlich dadurch, daß sie von der regelnden Wirkung der Weltmarktpreise bzw. der Preisbildung im zwischenstaatlichen Verkehre vollständig a b s e h e n, während die Zölle von dieser Preisbildung a u s g e h e n und sie in Bahnen zu lenken versuchen, die der Preisbildung innerhalb der zu schützenden Volkswirtschaft entsprechen. Das Zollsystem abstrahiert also nicht von der Preisbildung im zwischenstaatlichen Verkehr; es stellt sich nicht wie das System vollständiger oder kontingentierter Einfuhrverbote auf den Standpunkt autonomer, nationaler Preisbildung, sondern es will nur durch Einschaltung der Zollspannung diese grundsätzlich anerkannte, weltwirtschaftliche Preisbildung in einer den Bedürfnissen des Binnenmarktes entsprechenden Weise umbilden[79]).

Der Unterschied gegenüber dem Schutzzollsystem besteht aber auch darin, daß das Verbotssystem nicht nur den Waren-, sondern auch den K a p i t a l- und W a n d e r u n g s v e r k e h r erfaßt. Die Ausdehnung staatlicher Einflußnahme auch auf diesen Bereich zwischenstaatlicher Beziehungen bedeutet natürlich eine wesentliche Steigerung volkswirtschaftlichen Einflusses und staatlicher Wirtschaftspolitik.

Wenn auch das Kontingentsystem in seinen verschiedenen Anwendungsformen und Anwendungsbereichen eines der wesentlichsten Werkzeuge autarker Politik ist, stellt es doch kein typisch autarkes Mittel dar. Der Kontingentbegriff als der einer mengen- oder wertmäßigen Begrenzung volkswirtschaftlich oder juristisch relevanter Tatbestände ist seinem Wesen nach viel allgemeiner. Er findet sich nicht nur auf dem Gebiete der Handels-, sondern auch auf jenem der Steuer- und Verkehrspolitik (Refaktien) vor. Er kann aber auch in den Dienst verschiedener handelspolitischer Systeme gestellt werden. So gibt es z. B. Z o l l k o n t i n g e n t e, wobei für eine bestimmte Menge von Waren ein ermäßigter und erst für eine die Kontingentgrenze überschreitende Warenmenge ein erhöhter (allenfalls der normale) Zollsatz zur Anwendung gelangt. Der Unterschied gegenüber dem autarken Kontingent, das die Begrenzung der Einfuhr nach Menge

oder Wert bezweckt, ist klar. Zollkontingente bewirken nur für eine bestimmte Warenmenge eine Zolldifferenzierung; sie stehen nicht außerhalb des Zollschutzsystemes wie das autarke rein auf Mengen oder Wert eingestellte Kontingent, sondern gliedern sich in dieses ein. Dies ist allerdings dann nicht mehr der Fall, wenn die Zollsätze außerhalb des Kontingentes so hoch sind, daß sie prohibitiv wirken; dann ist das betreffende Kontingent formal ein Zoll-, seiner Wirkung nach hingegen ein Mengenkontingent.

Diesen Zollkontingenten kommt unabhängig von autarken Tendenzen auch im Rahmen der herrschenden Handelspolitik eine besondere Bedeutung zu, weil sie eine Umgehung des Prinzipes der Meistbegünstigung ermöglichen. Auf diese Weise kann eine Differenzierung gegenüber den verschiedenen Provenienzen durchgeführt werden und eine Anpassung der Zölle an die tatsächlichen Konkurrenzverhältnisse erfolgen. Dies würde gerade für kleinere, weniger entwickelte Wirtschaftsgebiete durch die Möglichkeit differenzieller Behandlung ihrer Erzeugnisse auf den Auslandsmärkten einen beträchtlichen Vorteil bedeuten[80]).

Auch absolute Mengen- oder Wertkontingente, die eine Einfuhr derart begrenzen, daß nach ihrer Erschöpfung das absolute Einfuhrverbot in Kraft tritt, können ihren primären autonomen Charakter einbüßen. Sie können Gegenstand von Handelsvertragsabmachungen werden und in diesem Falle über das primäre autarke Ziel der Regelung und Sicherung des Binnenwirtschaftsverkehres hinausgreifen. Es kann sich z. B. der Fall ergeben, daß beim engen Zusammenhange zwischen Ein- und Ausfuhr zur Sicherung von Ausfuhr, die entweder zur Bezahlung von Einfuhren oder zur lohnenden Beschäftigung des heimischen Produktionsapparates notwendig ist, Einfuhrkontingente über das durch die Aufnahmebedürfnisse der Binnenwirtschaft erforderliche Maß eingeräumt werden. Solche Handelsvertragskontingente werden vielfach zum Mittel reziproker Handelspolitik. Bei diesem System besteht zum Unterschied vom Prinzip der Meistbegünstigung die Absicht, handelspolitische Zugeständnisse nur zu machen, wenn seitens des Vertragspartners gleichwertige Zusagen vorliegen. Die handelspolitischen Zusagen werden bei diesem System auf den engen Kreis der jeweiligen Vertragspartner beschränkt[81]).

Die auf gegenseitigen Vereinbarungen aufbauende Festsetzung der Kontingente wird von den Außenhandelsbedürfnissen der jeweils verhandelnden Staaten ausgehen; diese Verhältnisse können bei

solchen Verhandlungen in besonderem Maße berücksichtigt werden, da eine ihrem Wesen nach autarke Handelspolitik die Meistbegünstigung ausschaltet; infolgedessen entfällt auch die Verallgemeinerung der unter besonderen Voraussetzungen und Verhältnissen gemachten Zugeständnisse auf einen weiten Kreis unbeteiligter Staaten, die keine gleichwertigen Gegenleistungen gewähren. So ergibt sich als weiterer Zug dieser autarken Handelspolitik die durchaus verschiedenartige Regelung der handelspolitischen Beziehungen eines und desselben Staates zu anderen Staaten. Der Überblick über die handelspolitischen Verhältnisse wird dadurch schwieriger, der Abschluß von Vereinbarungen in technischer Hinsicht komplizierter, da grundsätzlich für alle Warengruppen gegenüber allen Staaten besondere Vereinbarungen getroffen werden müssen. Gleichzeitig ergibt sich aber eine meritorische Erleichterung, da der Ausschluß der Meistbegünstigung eine Differenzierung gestattet, welche den natürlichen Verkehrsbedingungen und der tatsächlichen Produktionsergänzung des einzelnen Falles entspricht. Dieses Abrücken von der Meistbegünstigung ist im übrigen nicht nur auf das Gebiet autarker Handelspolitik beschränkt; die Tendenz zu differenzieller oder präferenzieller Handelspolitik ist auch sonst im Rahmen moderner Handelspolitik weit verbreitet[82]).

Dem Präferenzsystem kommt aber für den Bereich autarker Handelspolitik noch eine besondere Bedeutung zu. Autarkie und Großraumwirtschaft hängen enge zusammen; ich verweise auf das im Abschnitt „Ideologie der Autarkie" gesagte. Je größer der Wirtschafts- bzw. Absatzraum einer Volkswirtschaft ist, umso günstiger sind im allgemeinen auch seine Voraussetzungen für Autarkie. Die Tendenz zu Autarkie findet daher im Streben nach Großraumwirtschaft eine Unterstützung. Auf diese Weise gehören auch Präferenzverträge in den Kreis jener handelspolitischen Maßnahmen, die Autarkie fördern.

Das früher erwähnte Verbotssystem ist der Kernpunkt autarker Handelspolitik. **Es ist theoretisch der Ausgangspunkt der Kontingente und taktisch die letzte Verteidigungsstelle für Autarkie.** Hierin besteht auch der grundlegende Unterschied gegenüber dem Prinzipe liberaler oder auch schutzzöllnerischer Handelspolitik. Nach diesem System ist der zwischenstaatliche Verkehr grundsätzlich frei; Beschränkungen bedürfen einer Normierung; der Ideologie und den Zielen autarker Handelspolitik entspricht es jedoch, daß der zwischenstaatliche Verkehr grundsätzlich und primär verboten und nur im Rahmen der jeweiligen Bewilligungen (Lizenzen) gestattet ist.

In der autarken Praxis wird sich das Verbotssystem nicht lückenlos verwirklichen lassen und zwar, wenn von seinem wichtigsten Anwendungsfalle, dem Güterverkehre, gesprochen werden soll, weder in der Einfuhr noch in der Ausfuhr. Geographische, klimatische und auch historische Entwicklungen haben eine weitgehende Differenzierung in der Erzeugung und dadurch auch in der Verteilung der Produktionsfaktoren herausgebildet, woraus zwangsläufig eine weitgehende Verflechtung der Einzelwirtschaften der verschiedenen Wirtschaftsgebiete entstand.

Es wird also auch autarke Politik im allgemeinen auf einen zwischenstaatlichen Verkehr nicht verzichten können, selbst wenn — wie dies ja der inneren Einstellung von Autarkie entspricht — der Gedanke der Sicherung und der Stetigkeit wirtschaftlicher Entwicklung und wirtschaftlicher Verhältnisse jenem der Rentabilität vorangestellt wird.

Aus dem Verbotssystem wird sich daher ein System g e b u n d e n e n, b e a u f s i c h t i g t e n, zwischenstaatlichen Verkehres herausbilden.

Hier bestehen vorerst zwei Möglichkeiten: für den zwischenstaatlichen Verkehr im v o r h i n e i n gewisse Abgrenzungen vorzunehmen (Festsetzung von Kontingenten) oder von F a l l z u F a l l über Ausmaß, Art und Richtung des zwischenstaatlichen Verkehrs eine Entscheidung zu treffen. Die erstgenannte, jetzt vorherrschende und auch in Österreich zur Anwendung gebrachte Methode könnte man jene der N o r m a t i v b e s t i m m u n g, die zweite Methode jene des f r e i e n E r m e s s e n s nennen. Beide Systeme können auch derart ineinandergreifen, daß im Rahmen der Normativbestimmungen den Behörden außer der Überprüfung des maßgebenden Tatbestandes noch eine Sphäre freien Ermessens verbleibt, während andererseits auch im Bereiche administrativer Regelung gewisse Richtlinien, auch solche der Mengen- und Wertbegrenzung, getroffen werden können, welche der Festsetzung von Kontingenten gleich- oder nahekommen. Die letztgenannte Methode war z. B. in Österreich in den ersten Nachkriegsjahren üblich. Sie hatte den Vorzug einer weitgehenden Berücksichtigung der tatsächlichen Verhältnisse. Dieser Vorteil mußte aber teuer erkauft werden durch ein außerordentlich umständliches Erhebungsverfahren, das überdies nie so weit geführt werden konnte, daß wirklich alle für den konkreten Fall maßgebenden Fragen in völlig einwandfreier Weise geklärt werden konnten. Überdies fehlte den zur Entscheidung berufenen Stellen vielfach der notwendige Überblick über die gesamtwirtschaftlichen Zusammenhänge. Man

versuchte, diesem Übelstande durch Erlassung von fallweisen Richtlinien, durch gemeinsame Besprechungen der leitenden Beamten sowie durch zentrale Erledigung grundlegender Fragen und Fälle beizukommen. Das Ergebnis war jedoch sowohl vom Standpunkte zweckmäßiger Versorgung der Wirtschaft, als auch von jenem der Abwehr unnötiger Importe durchaus unerfreulich[83]).

So hat man sich in Österreich entschlossen, in der zweiten Phase des Verbotssystems (ab Mai 1932) zur anderen Methode der Einfuhrbeschränkung — durch Kontingentierung — überzugehen. Diese Kontingentierung ist im allgemeinen autonom; sie sieht keine festen Ziffern vor, sondern schließt sich durch Festsetzung bestimmter Prozentsätze elastisch an die Einfuhr der früheren Jahre mit dem Endziel entsprechenden Abbaues an. Dieses Kontingentsystem, das sich tatsächlich in der Richtung von Autarkie bewegt, hat jedoch mit grundsätzlich autarker Einstellung nichts zu tun. Es ist lediglich eine Sicherungsmaßnahme für die Handels- und dadurch auch für die Zahlungsbilanz. Eine grundsätzliche Abkehr von weltwirtschaftlichen Beziehungen ist hierin nicht zu erblicken.

In der lebendigen Praxis des zwischenstaatlichen Verkehres ist der Weg vom autonomen zum Vertragssystem, vom autonomen Kontingent zum Kontingent — bzw. Kompensationsvertrag, unvermeidlich und insbesondere durch die Notwendigkeit und das Interesse an der Ausfuhr bedingt.

Hiebei wird Ein- und Ausfuhr vielfach derart miteinander verknüpft, daß beide einander wertmäßig das Gleichgewicht halten sollen. In solchen Vereinbarungen ist der oben erwähnte Gedanke der Reziprozität klar ausgeprägt.

Diese Kompensationsverträge bauen auf dem Gedanken planmäßiger, rationeller Regelung der handelspolitischen Beziehungen der einzelnen Länder auf; es wäre jedoch verfehlt, von diesem System grundlegende Änderungen des bisherigen zwischenstaatlichen Verkehres zu erwarten. Im wesentlichen hat sich die Handelsbilanz zwischen den einzelnen Ländern aus wohl begründeten, in der gegenseitigen Strukturverschiedenheit und Strukturergänzung beruhenden und auch durch die Kapitalsbewegung mitbestimmten Ursachen herausgebildet. Von einer Korrektur überflüssiger Spitzen, die im einzelnen Falle wohl möglich und zweckmäßig wäre, bis zu einem völligen Ausgleich der Warenbewegung zwischen den einzelnen Ländern ist aber noch ein weiter Schritt. Hiezu fehlt es vielfach vor allem an der grundlegenden Voraussetzung, nämlich an einer diesem

Ziele völlig angepaßten Umänderung der beiderseitigen Produktionsvoraussetzungen sowie der wechselseitigen Handels- und Kapitalsbeziehungen. Aber abgesehen davon, ergibt sich die Schwierigkeit grundsätzlicher Wertgleichheit in Ein- und Ausfuhr mehrerer Länder aus der Tatsache, daß die Handelsbeziehungen nicht zwischen monopolitischen Handelsorganisationen angebahnt und abgewickelt werden, sondern daß Tausende und aber Tausende von Industriellen Kaufleuten und Gewerbetreibenden miteinander in Verbindung stehen; der Komplex jener Werte, der unter dem Ausdruck „Handelsbilanz" bezeichnet wird, ergibt sich aus der Zusammenfassung und Gegenüberstellung all dieser unendlich verzweigten Einzelbeziehungen, die durch private, von den verschiedensten Interessen beeinflußte Arbeit zustandekamen und nicht von einem einheitlichen Willen geleitet sind. Es ist wohl ausgeschlossen, die einzelnen Exporteure und Importeure der verschiedenen Staaten, die ganz unabhängig voneinander vorgehen und die die verschiedenartigsten Interessen vertreten, so zu beeinflussen, daß zum Abschluß einer bestimmten Wirtschaftsperiode sich die Wertgleichheit in der Ein- und Ausfuhr ergibt. Tatsächlich haben sich auch in all den Verträgen, die z. B. Österreich mit den verschiedenen Nachbarländern abgeschlossen hat, stets C l e a r i n g s p i t z e n ergeben; so im österr.-italienischen Clearingvertrage vom Dezember 1931, im österr.-schweizerischen Clearingvertrage vom Dezember 1931, im österr.-französischen Clearingvertrage vom April 1932. Die Abdeckung dieser Clearingspitzen aus dem Handelsverkehr schuf die größten Schwierigkeiten, da dieser aus seinem inneren Aufbau nicht die Voraussetzungen für einen solchen Ausgleich aufwies. Dieser Ausgleich hätte vielmehr innerhalb der verschiedenen Posten der Zahlungsbilanz auf andere Weise, z. B. durch den Fremdenverkehr, durch Kapitalsübertragungen, Übereignungen oder schließlich durch Einräumung von Krediten verschiedenster Art erfolgen müssen. Alle diese Quellen flossen jedoch im Laufe der Zeit immer spärlicher. So mußte man zu den kompliziertesten Konstruktionen greifen, um den A u s g l e i c h d e r H a n d e l s b i l a n z i n s i c h zu ermöglichen. In der Hauptsache wurde den österreichischen Exporteuren die Verpflichtung auferlegt, einen bestimmten Betrag der Exportfaktura an die Nationalbank des Importstaates zwecks allmählicher Abdeckung der Clearingspitze abzuliefern. Die Verrechnung der Beträge erfolgte über die Konten der beteiligten Nationalbanken, wobei dem Exporteur von der österreichischen Nationalbank der Gegenwert nach dem offiziellen Umrechnungskurs in der Währung seines Landes ausbezahlt wurde.

Das eben geschilderte System der **Reziprozität** hat gegenwärtig im europäischen Verkehr vielfach Anwendung gefunden. Es ist aus dem Zwang der Verhältnisse entstanden. Die Möglichkeit der Abdeckung einer passiven Handelsbilanz ist auf das äußerste zusammengeschrumpft. Die Handelsbilanz mußte daher in sich ausgeglichen werden. Reziprozitätsverträge sind der handelspolitische Ausdruck dieser Sachlage.

2. Autarke Währungspolitik.

Im Vordergrunde der europäischen Wirtschaftspolitik der letzten Jahren stand die Sorge um die Erhaltung der **Währung**. Es ist daher kein Zufall, daß die wirtschaftspolitischen Maßnahmen im wesentlichen an den Ausbruch der europäischen Währungskrise (Sommer 1931) anschlossen. Vorerst beschränkte man sich auf die Regelung bzw. Beschränkung des Zahlungsverkehres, erst später griff man auf den Warenverkehr.

Dieses System währungspolitischer Beschränkung ist besonders scharf in Österreich herausgebildet worden, dem Lande, das durch all diese Ereignisse sehr in Mitleidenschaft gezogen worden war.

Ein kurzer Überblick über die Entwicklung dieses Systems in Österreich gibt daher ein Bild der Maßnahmen, die auch im Rahmen gewollter, bewußter Autarkie grundsätzlich zur Anwendung kommen würden, um den von autarker Einstellung beabsichtigten Zweck gewollter Lösung weltwirtschaftlicher Beziehungen zu erfüllen.

Grundlegend für die einschlägigen österreichischen Maßnahmen auf dem Gebiete prohibitiver Währungspolitik ist die Devisenverordnung vom Oktober 1931.

Österreich war allerdings mit seiner Beschränkung des Devisenverkehres nur anderen Staaten gefolgt. Devisenbeschränkungen, in chronologischer Reihenfolge angegeben, wurden eingeführt: von der Sowjet-Union, von Portugal (1924), Türkei (28./2. 1930), Spanien (13./5. 1931), Ungarn (Ende Juli 1931), Deutschland (1./8. 1931), Großbritannien (22./9. 1931), Griechenland (28./9. 1931), Italien (29./9. 1931), Tschechoslowakei (3./10. 1931), Finnland (5./10. 1931), Jugoslavien (7./10. 1931), Lettland (8./10. 1931), Österreich (9./10. 1931), Bulgarien (15./10. 1931), Estland (24./10. 1931), Dänemark (18./11. 1931)[84]).

Die Gründe, die zur gesetzlichen Regelung des Devisenverkehres in Österreich führten, waren nicht nur in der besonderen Lage dieses Staates, sondern auch in der allgemeinen Weltlage im Zeitpunkte ihres Inkrafttretens begründet. Ob und in welchem Maße mit solchen

Mitteln tatsächlich Währungsgefährdungen verhindert bzw. gemildert werden können, ist nicht Gegenstand dieser Untersuchung. In diesem Zusammenhange ist nur darzulegen, inwieferne die Devisenverordnung — wenn auch unbeabsichtigt — sich als Mittel autarker Währungspolitik kennzeichnet.

Der Grundgedanke jeder und daher auch der österreichischen Devisenverordnung besteht darin, das Auslandsangebot der eigenen Währung sowie die Nachfrage nach fremden Valuten zu beschränken. Zu diesem Zwecke wurde in Österreich das Verbot bzw. die überwachte Beschränkung der Ausfuhr von Schilling angeordnet und der Valutahandel an die regelnde Bewilligung und Kontrolle der Nationalbank gebunden. Die österreichische Devisenverordnung ging aber noch weiter; sie führte die Zwangswirtschaft in fremden Zahlungsmitteln ein; Anmeldung, Verkaufsanbot bzw. Ablieferung aller Devisenbestände und der aus dem laufenden Geschäfte fallweise eingehenden Devisen, sowie deren Zuteilung durch die Nationalbank nach Maßgabe des von ihr geprüften Bedarfes dienten der technischen Durchführung dieses Gedankens. Daß die Durchführung dieses Systems — zumal beim außerordentlichen Mißverhältnis zwischen Devisenbedarf und Devisenangebot — den größten Schwierigkeiten begegnet, versteht sich von selbst. Die Verteilung unzureichender Devisenbestände erfordert entweder eine allgemeine quotative Kürzung oder eine Reihung der Devisenanforderungen nach ihrer Dringlichkeit, allenfalls eine Verbindung beider Systeme. Die nach dem österreichischen Systeme erfolgte Zuteilung von Devisen nach der Dringlichkeit des Bedarfes setzt eine so eingehende Kenntnis der wirtschaftlichen Verhältnisse bis in ihre feinsten Einzelheiten voraus, über die amtliche Prüfungsstellen auch bei dezentraler Geschäftsführung nie verfügen können, vor allem in außergewöhnlichen Zeiten, in welchen sich die Verhältnisse rasch ändern. So besteht die größte Gefahr, daß die mangelnde Sachkenntnis auf andere Weise ersetzt wird und daß das unvermeidliche freie Ermessen der entscheidenden Stellen durch die Geschicklichkeit einzelner Interessentengruppen oder Interessenten, ihren überragenden politischen oder persönlichen Einfluß maßgebend bestimmt wird.

Durch diese interventionistische Politik sollte die Kursbildung der österreichischen Währung dem freien Markte entzogen sowie das freie Abströmen fremder Devisen und österreichischer Schillinge ins Ausland verhindert werden. Diese Devisen- und Währungspolitik war ihrem innersten Wesen zufolge autark, da sie die Preisbildung der österreichischen Währung — losgelöst von welt-

wirtschaftlichen Zusammenhängen und Einflüssen — nach eigenem autonomen Ermessen zu bestimmen und auch entgegen den Preisbewegungen am Weltmarkte zu behaupten versuchte.

Das Schillingausfuhrverbot diente der Absicht, diese Preisbildung auch jenseits der Grenzen des Staatsgebietes zu beeinflussen. Auf diese Weise sollte eine Verknappung der im Auslande zirkulierenden Schillingnoten erreicht, die Angriffsfläche der ausländischen Contremine gegen die österreichische Währung begrenzt und der österreichischen Nationalbank die Durchführung von Interventionskäufen zur Manipulierung der Währung erleichtert werden.

Diese autarke Währungspolitik war stark auf den optischen Eindruck zugeschnitten. Der offizielle Kurszettel der Wiener Börse und die fallweise manipulierten Kurse an den ausländischen Plätzen sollten beruhigend wirken und das Vertrauen stärken. Überdies hoffte man, Zeit zu gewinnen und den Kursstand solange zu sichern, bis die Kursverhältnisse am freien Markte sich den autonomen festgesetzten Kursen wieder halbwegs angeglichen hätten. Offenbar spielte auch die Erwägung mit, die aus einer Währungsentwertung zwangsläufig folgende Preiserhöhung am Inlandsmarkte zu vermeiden. Daß sich der Kurs einer Währung auf die Dauer nicht unabhängig von der Preisbildung am Auslandsmarkte behaupten kann, war wohl den Leitern der österreichischen Währungspolitik ebenso klar wie die Gefahren, die sich aus einer solchen Einstellung für den österreichischen Export ergaben; denn dieser wurde durch die Verpflichtung, die aus dem Export erworbenen fremden Devisen und Valuten zum manipulierten Kurs der Nationalbank abzugeben, in seinem Wettbewerbe am Auslandsmarkt behindert. Da aber die Gestaltung der Zahlungsbilanz und mit ihr auch das Schicksal der Währung, insbesonders wie die Dinge in Österreich lagen und liegen, von der Größe des Exportes in hohem Maße beeinflußt wurde und noch immer beeinflußt wird, mußte eine solche Politik sich schließlich auch für die Währung ungünstig auswirken.

Die im Laufe der Zeit gesammelten Erfahrungen führten zu einer Lockerung der auf eine streng autarke (autonome) Kursbildung gerichteten Normen. Der Weg hiezu war durch den sogenannten Privatclearing gewiesen, durch den der offizielle Devisenclearing schrittweise abgebaut wurde[85]). Man gestattete den Exporteuren innerhalb bestimmter, von der Nationalbank fallweise genehmigter und überwachter Voraussetzungen, die eingehenden Devisen mit einem Aufgelde abzugeben, dessen Höhe von der Nationalbank nicht grundsätzlich genehmigt, aber doch insoferne begrenzt wurde,

als Kursüberschreitungen die Entziehung der Berechtigung zum Privatclearing zur Folge haben konnten.

Durch den Privatclearing wurde die autarke (autonome) Kursbildung fortschreitend unterhöhlt und eingeengt, bis schließlich Ende März 1933 der Privatclearing freigegeben, ja sogar das Aufgeld, das im Privatclearing gefordert werden konnte, an der Börse offiziell notiert wurde. Im Zusammenhange hiemit wurde auch die Devisenzuteilung durch die Nationalbank aufgehoben. Die Devisenbewirtschaftung war damit weitgehend abgebaut. Die autarke Kursbildung war zwar noch offiziell beibehalten, aber durch wesentliche Einschränkung ihres Anwendungsbereiches fast belanglos geworden. Die internationale Bewertung des Schilling — die Preisbildung am freien Markte — hatte sich durchgesetzt und hat in der Goldklauselverordnung durch grundsätzliche Festsetzung eines Aufgeldes für Goldschilling die offizielle Anerkennung auch für den Bereich des Inlandsmarktes gefunden.

So hatte sich also auf die Dauer die Loslösung der österreichischen Währung aus den weltwirtschaftlichen Zusammenhängen nicht zu behaupten vermocht. Es ist dies auch durchaus begreiflich, da die Währung nicht nur dem Güteraustausch im Inlande, sondern auch dem Verkehr mit dem Auslande zu dienen hat. Aus diesen Erwägungen haben die Anhänger von Währungsautarkie die Idee der Binnenwährung vertreten und für diese die bewußte und durch die Politik der inländischen Notenbank gesicherte autarke Kursbildung gefordert. Es würde über den Rahmen der vorliegenden Arbeit hinausgreifen, zum Problem der Binnenwährung näher Stellung zu nehmen. Es sei nur darauf verwiesen, daß solche Projekte im besonderen Maße den Kernpunkt autarker Gedankengänge und autarker Politik berühren. Die Schwankungen, denen die Währungen der verschiedensten Länder gerade im Laufe der Nachkriegsjahre zum Teile auf Grund bewußter Angriffe von dritter Seite unterworfen waren, haben begreiflicherweise in breiten Kreisen den Wunsch heranreifen lassen, die Währungen möglichst störungsfrei zu stellen. Diese Überlegungen führten unter anderem zum Projekte der Binnenwährung, die in ihrer Kursbildung sich unabhängig von der Weltmarktlage den Verhältnissen am Innenmarkte anpassen und durch diese beeinflußt sein soll. **Eine solche autarke Kursbildung ist natürlich nur für einen vollautarken Staat möglich.** Fichte hat dies auch klar erkannt und gerade zur Sicherung der dauernden Abschließung seines Handelsstaates die Forderung nach Währungsautarkie erhoben.

Wie das russische Beispiel in voller Deutlichkeit zeigt, gestattet aber auch eine unter Abschluß vom Auslande erfolgende autarke Kursbildung nicht die beliebige Manipulierung der Binnenwährung. Auch für die Binnenwährung gelten die Grundsätze der Aufrechterhaltung des Gleichgewichtes zwischen Geldumlauf und zirkulierendem Gütervolumen. Infolgedessen sind auch der Währung, die sich unter Vernachlässigung der Parität nur auf die Erhaltung der inneren Wertbeständigkeit beschränkt, durch den oben angeführten Grundsatz enge Grenzen gezogen. Wie Löb[86]) hervorhebt, führt starke Notenvermehrung nicht nur zur Entwertung im Auslande, sondern auch zu ungeheuren Preissteigerungen im Inlande. Die in zweitausendjähriger Geschichte in China und auch Japan bei Abschließung vom Auslande gemachten Erfahrungen hätten bestätigt, daß Währungsautarkie selbst bei völliger Abschließung vom Auslande keineswegs gleichbedeutend sei mit freier Währungsmanipulierung.

Ein Staat, der weltwirtschaftliche Beziehungen unterhält — und dies trifft bei den europäischen Staaten, Deutschland und Österreich voran, in besonderem Maße zu —, kann sich auch in seiner Währung nicht isolieren; dies gilt auch dann, wenn der direkte Zahlungsverkehr vermieden und durch ein A b r e c h n u n g s s y s t e m ersetzt wird; denn — abgesehen von der Spitzendeckung — besteht immer die Notwendigkeit, die Einzahlungen auf den in den beiden Staaten geführten Konten nach dem gegenseitigen Wertverhältnisse der beiden Währungen umzurechnen. Dies setzt natürlich die bewußte Bestimmung eines im Interesse wertgleicher Abrechnung auch wertbeständig bleibenden Abrechnungsschlüssels zwischen den beiden Währungen voraus; hiezu bedarf es der Festsetzung einer Wertbeziehung, deren schwankungsfreie Einhaltung eine der wesentlichsten Aufgaben der Notenbankpolitik sein muß. Diese Aufgabe wird erfahrungsgemäß am besten dadurch gelöst, daß beide Währungen zu einem möglichst stabilen Wertmesser — d e m G o l d e — in ein Wertverhältnis gebracht werden.

Die Notwendigkeit der Relation zum Golde betont auch *Dr. Luther*[87]) mit allem Nachdruck. Er schreibt: „Aber da man genötigt ist, mit anderen Völkern zu verkehren, muß man an irgend einem Punkte für den Auslandsverkehr aus der Binnenwährung in die Weltwährung übergehen. Und diese Weltwährung wird eben das Gold sein."

Durch diese Relation zum Golde und durch die Einstellung der Notenbankpolitik auf deren Erhaltung gewinnt jedoch die Währung jenen internationalen Charakter, den die Verfechter von Binnen-

währung im Interesse unabhängiger, autarker Kursbildung vermeiden wollen.

Hierin liegt die außerordentliche Problematik der Binnenwährung bei Aufrechterhaltung zwischenstaatlicher Beziehungen.

Weniger weitgehende, aber auch von autarken-währungspolitischen Ideen getragene Absichten wollen der Währung eine größere Beweglichkeit, insbesonders in Bezug auf das Kreditvolumen einräumen. Über diese Frage gibt das Buch „Autarkie und Währung" von *Lehmann* interessante Aufschlüsse[88]).

Lehmann geht von der Deutschland durch die weltwirtschaftliche und weltpolitische Lage auferzwungenen Autarkie aus und untersucht deren Rückwirkungen auf das deutsche Kredit- und Währungswesen. Er gelangt hiebei zum Ergebnis, daß unter den durch § 28 des deutschen Reichsbankstatutes vorgesehenen Deckungsvorschriften (40% Deckung in Gold oder Devisen, davon mindestens ¾ in Gold) das inländische Kreditvolumen in einen engen und bei dem gegenwärtigen Zustande erzwungener und wachsender handelspolitischer Autarkie verhängnisvollen Zusammenhang mit dem Außenhandelsvolumen gebracht werde. Die Kreditschöpfung, und zwar sowohl jene der Notenbanken durch Notenausgabe, als auch die aus Liquiditätsgründen hiemit in enger Verbindung stehende Kreditschöpfung der Privatbanken durch Ausgabe von Giralgeld sei durch diese Deckungsvorschriften auf das 1.5fache des Bestandes an Gold und Devisen begrenzt. Durch ausländische Kreditkündigung und die Schrumpfung des Außenhandels vermindere sich der Devisenbestand und damit auf Grund dieser Deckungsvorschriften auch das inländische Kreditvolumen, obwohl es gerade im letzteren Falle notwendig wäre, den Ausfall am Auslandsmarkte durch eine Steigerung der Umsätze am Binnenmarkte zu erreichen. Die infolge dieser Zusammenhänge bestehende, den tatsächlichen Bedürfnissen widersprechende Einschränkung des inländischen Kreditvolumens mache jedoch die Steigerung der Binnenhandelsumsätze unmöglich. **Es müsse daher das durch diese Bestimmungen geschaffene Band zwischen Außenhandelsvolumen und inländischem Kreditvolumen gelockert werden,** m. a. W. die inländische Kreditschöpfung sollte in gewissem Umfange vom Außenhandelsvolumen unabhängig — autark gestaltet werden. Das hiebei zu beachtende Problem bestehe darin, daß der zur Erreichung dieses Zieles durch Ausgabe von Noten und Giralgeld in die Wirtschaft hineingepumpte Kredit nicht inflatorisch wirke. Diese Bedingung hält Lehmann dann für gegeben, wenn das Kreditvolumen in den notwendigen Grenzen

gehalten werde und das auf diese Weise geschaffene zusätzliche unechte Kapital die richtige rein produktive Verwendung finde.[89]) Zu diesem Zwecke schlägt er vor, als Notendeckung die Schuldverschreibungen des von ihm zur Gründung beantragten Arbeitsbeschaffungsinstitutes in einer Gesamthöhe zuzulassen, die den Betrag von 200 RM. je Kopf der Erwerbstätigen Deutschlands nicht überschreiten dürfe. Bei Annahme einer Zahl von 15 Millionen Erwerbstätigen gelangt der Verfasser auf diese Weise zu einem „autarken Deckungsblock" in der Höhe von 3 Milliarden RM. Der Mitarbeiter *Dr. Wagenführ* hat im 5. Abschnitt dieses Buches nähere statistische Berechnungen für diesen Plan gebracht. Er nimmt an, daß der deutschen Wirtschaft im Laufe von 4 Halbjahren ein zusätzlicher Kredit von insgesamt 2.6 Milliarden RM. zur Verfügung gestellt werden sollte. Daß die Erweiterung des Kreditvolumens in diesem Ausmaße unbedenklich sei und nicht Inflationswirkungen auslöse, folgert Dr. Wagenführ daraus, daß dieser Betrag noch „mindestens um 1.4 Milliarden hinter derjenigen Summe zurückbleibe, die allein von Anfang 1931 bis Ende Juli 1931 den deutschen Banken infolge der Vertrauenskrise und aus politischen Gründen entzogen worden ist (3 Milliarden RM.), vermehrt um den Betrag der deutschen Kapitalsflucht, die für den gleichen Zeitraum auf etwa 1 Milliarde Reichsmark geschätzt wird." Auch mache diese zusätzliche Kreditsumme nur 4.9% der gesamten Binnenhandelsumsätze (errechnet aus der W.-U.-St.) des Krisenhalbjahres 1931 aus.

Gegen dieses Projekt bestehen jedoch m. E. ernste Bedenken. Es wird hiebei mit den Vertretern dieses Planes angenommen, daß die durch diese Schuldverschreibungen aufgebrachten Mittel nur produktiven Zwecken dienen, d. h. daß Sachgüter in einer dem Werte dieser Verbindlichkeiten entsprechenden Höhe geschaffen werden sollen. Ob diese Absicht sich tatsächlich verwirklichen läßt, entzieht sich der Beurteilung im Zeitpunkte der Notenausgabe; dies hängt vom technischen und ökonomischen Gelingen der Produktion ab, eine Frage, die auch bei sorgsamster Prüfung aller Voraussetzungen im Zeitpunkte der Notenausgabe noch nicht mit jener Sicherheit beantwortet werden kann, die m. E. die unerläßliche Voraussetzung für die Ausgabe von Geldzeichen im Interesse deren Wertbeständigkeit sein müßte. Es besteht hier gegenüber der sonst üblichen Art der Notenausgabe auf Grund von Warenwechseln der entscheidende Unterschied, daß die Sachwerte, welche die Deckungsgrundlage bilden sollen, noch nicht bestehen, sondern erst mit den Mitteln des durch die Notenausgabe zu gewährenden Kredites geschaffen werden

sollen. Ein weiterer wesentlicher Unterschied besteht aber noch darin, daß bei Hingabe von Warenwechseln der durch die Notenausgabe bestimmte Zahlungsmittelumlauf sich dem Zahlungsmittelbedarf elastisch anpaßt, da der den Wert der Ware darstellende Wechsel in der Regel zur Nationalbank zurückkehrt, bevor die Ware aus dem ökonomischen Zirkulationsprozeß ausgeschieden ist. Bei der Notenausgabe auf Grund von Schuldverschreibungen ist dagegen nicht die Gewähr für die vom währungstechnischen Standpunkte aus notwendige rechtzeitige Rückkehr der Noten zur Nationalbank gegeben. Wenn z. B. die auf Grund von hinterlegten Schuldverschreibungen ausgegebenen Noten zur Bezahlung von Investitionen verwendet wurden, ist der dieser Notenausgabe entsprechende Zahlungsmittelbedarf nach Abwicklung dieser geschäftlichen Transaktionen befriedigt und erloschen. Die ausgegebenen Noten kehren jedoch nicht in diesem Zeitpunkte zur Nationalbank zurück, sie werden nur nach Maßgabe der Amortisation dieser Obligationen eingezogen und wirken demzufolge in dem diese Summe übersteigenden Betrag an und für sich inflatorisch.

Zu den Maßnahmen autarker Währungs- und Zahlungspolitik sind ferner noch die Preisgabe des Goldstandards, die Devalvation und das Auslandsmoratorium zu zählen. Zwischen diesen Maßnahmen besteht insoferne ein innerer Zusammenhang, als sie ganz überwiegend durch die Erwägung veranlaßt sind, die zwischenstaatlichen Verbindlichkeiten zu erleichtern. Die genannten Maßnahmen bezwecken, durch einseitige Verfügung — unabhängig von der Zustimmung der Vertragspartner — bestehende Verpflichtungen herabzumindern oder aufzuschieben; dadurch erhalten sie eine gewisse formale Beziehung zu Autarkie, wenn auch m. E. Autarkie nicht als Befreiung von rechtsgültig eingegangenen Verpflichtungen durch Staatseingriff verstanden werden kann. In diesen Rahmen fällt nicht die amerikanische und zum Teil auch nicht die englische Währungspolitik der letzten Jahre[90]).

Die Beziehung zu Autarkie äußert sich bei diesen Maßnahmen aber noch mehr in ihren Folgen als in ihren Voraussetzungen, denn trotz vorübergehender Belebung — vor allem im Güterverkehr — hemmen im allgemeinen Preisgabe des Goldstandards und Devalvation auf die Dauer, das Auslandsmoratorium sofort, den Kapitals- und Zahlungs- und damit auch den übrigen zwischenstaatlichen (Güter-) Verkehr.

Die autarke Politik hat aber nicht nur ein Interesse an den dargestellten Methoden der Regelung des Zahlungsverkehres. Ihre

Ziele reichen weiter; sie erstrecken sich auch auf den Kapitalverkehr als solchen, der besonders enge Zusammenhänge zum Warenverkehre hat, dem er zum Teil vorangeht, zum Teil folgt. Autarke Politik müßte daher folgerichtig mit ihrem Verbot- und Kontrollsystem auch den Kapitalverkehr erfassen. Inwieweit dies im Rahmen einer Kontrolle des Devisenverkehres möglich ist oder ob hiezu noch weitergehende Beschränkungen erforderlich sind und inwieferne sich dieses System in Struktur und Funktion der Wirtschaft auswirkt, würde eine über den Rahmen dieser Arbeit hinausreichende Untersuchung erfordern.

3. Kontingentsystem und Warenverkehr.

Trotz aller Bedeutung, die einer Regelung des Zahlungs- und Devisenverkehres für die Lösung autarker Probleme zukommt, steht die Regelung des Warenverkehres an erster Stelle. Die Erörterung über die Möglichkeit von Autarkie in den einzelnen Volkswirtschaften geht auch immer vom Warenverkehre aus; auch die Vorschläge autarker Wirtschaftsführung schließen in erster Linie an den Warenverkehr an, den sie durch ein System von Kontingenten so regeln wollen, daß Ein- und Ausfuhr bei möglichst weitgehender Einschränkung des Verkehres sich gegenseitig die Waage halten.

In der Literatur findet sich allerdings häufig die auch entsprechend belegte Behauptung, daß die Autarkisten nur die Verdrängung der überflüssigen Einfuhr anstreben, während sie die Ausfuhr, besonders diejenige von Fertigwaren mit einem hohen Prozentsatz inländischer Arbeit fördern würden[91]).

Das Bestehen eines Ausfuhrüberschusses bedeutet aber einen inneren Widerspruch zu Autarkie und, soferne dieser Ausfuhrüberschuß im Auslande nicht abgesetzt werden kann, auch eine Gefährdung der Verhältnismäßigkeit in der betreffenden Volkswirtschaft als einer der wesentlichsten Grundlagen von Autarkie.

Das bereits früher in seinen allgemeinen Voraussetzungen und Umrissen geschilderte Kontingentsystem ist in seiner Anwendung auf den Warenverkehr einer der Hauptstützpunkte autarker Wirtschaftspolitik. Dies ergibt sich auch deutlich aus der Anlage des Fried'schen Buches „Autarkie", das in seinem Abschnitte — Gestaltung und Form der Autarkie — ein eingehendes System von Einfuhrkontingenten aufstellt. Die Kontingentierung der Einfuhr ist noch mehr als die Erhöhung der Zölle zu vielfach prohibitiven Sätzen ein Gradmesser für die autarke Tendenz der europäischen Handelspolitik. Sie beherrscht u. a. den Außenhandel Frankreichs und der Schweiz.

Die französische Kontingentpolitik geht auf den Sommer des Jahres 1931 zurück. Die formale Handhabe hiefür bot die Katastrophenklausel des deutsch-französischen Handelsvertrages. Ende August 1931 wurden vorerst Kontingente für die Einfuhr von Holz und Wein, später Ende September solche für die Einfuhr von Schlachttieren, Frisch- und Gefrierfleisch, Fleischwaren und Molkereierzeugnissen erlassen; weitere Einfuhrbeschränkungen folgten. Sie erstreckten sich im Laufe des Jahres 1932 auch auf Industrieerzeugnisse und sind zu einer fast lückenlosen Beschränkung deutscher Ausfuhr nach Frankreich ausgebaut[92]). Diese Kontingente sind zum Teil autonom, zum Teil im Verhandlungswege zwischen den beteiligten deutschen und französischen Wirtschaftsgruppen zustandegekommen. Die schweizerischen Kontingentbestimmungen gehen auf den Februar 1932 zurück.

Ähnliche Kontingentmaßnahmen erließen in chronologischer Reihenfolge: Lettland — 15. Oktober 1931, die Türkei — 9. Dezember 1931, die Niederlande — 24. Jänner 1932, die Schweiz — 5. Februar 1932, Polen — 26. März 1932. In diesem Zusammenhange ist auch noch das Außenhandelsmonopol Rußlands und Persiens zu erwähnen, das einer Kontingentierung der Einfuhr gleichkommt.

Österreich hat schon im August 1931 ein Kontingentsystem mit Ungarn vereinbart, das präferenziellen Charakter trug und zur Verschleierung dieser Tatsache gegenüber Ansprüchen aus der Meistbegünstigung einen komplizierten Weg einschlug; es wurden formale Kredite eingeräumt, aus deren Differenz sich die Zollpräferenz ergab. Österreich hat das System der Warenkontingente auch später beibehalten; eine Reihe von Handelsverträgen, die Österreich mit Deutschland, Frankreich, Italien, Jugoslavien, der Türkei, Ungarn abgeschlossen hat, sehen teils Grenz-, teils allgemeine Warenkontingente vor.

So versinnbildlicht das Kontingentsystem den neuen Kurs der Handelspolitik; er trägt, wenn er auch nicht oder doch nicht in allen Fällen autarke Wirkungen auslösen will, doch unverkennbar autarke Züge.

Das Kontingentsystem läßt sich technisch in verschiedener Weise gestalten. Es kann ein Globalkontingent festgesetzt werden, das den freien Wettbewerb aller Lieferländer innerhalb der Kontingentgrenze zuläßt, oder es kann das Kontingent auf die verschiedenen Lieferländer aufgeteilt werden; hiebei ist eine die Verwaltung des Kontingentes verfeinernde Aufteilung auf zeitliche Unterabschnitte (Monate usw.) möglich.

Die formlose Art der Kontingentabwicklung ist dann durchführbar, wenn das Kontingent so reich bemessen ist, daß eine Benachteiligung der einzelnen auf Kontingent beziehenden Firmen und eine vorzeitige Erschöpfung des Kontingentes nicht zu befürchten ist. Wenn diese Voraussetzungen nicht zutreffen, ist eine andere Regelung notwendig. Es könnte z. B. die Ausstellung von Ein- und Ausfuhrscheinen vorgesehen werden, die an die Importeure bzw. Exporteure zur Ausgabe gelangen. Das System der Ein- bzw. Ausfuhrscheine würde auch die Möglichkeit bieten, einer unerwünschten Preisbildung (Dumping) dadurch entgegenzuwirken, daß dumpende Firmen von der Beteilung mit solchen Scheinen ausgeschlossen werden.

Da die Mengenkontingente als Ergänzung der heimischen Produktion gedacht sind, mit ihr — zumindest anfänglich, solange die Inlandserzeugung nicht unter der Einwirkung des Kontingentsystemes angewachsen ist — nicht in Wettbewerb treten, müssen sie auch nicht mit Zöllen belastet werden. Damit ist allerdings nicht gesagt, daß der Verbraucher die Ware um den entfallenen Zoll verbilligt beziehen kann. Die Festsetzung des Kontingentes bezweckt ja eine Verknappung der am Markte erscheinenden Ware in der Weise, daß die bisher durch die ausländische Konkurrenz ausgeschalteten inländischen Produzenten mit ungünstigerer Kosten- und Preisgestaltung zum Zuge kommen. Wenn die inländische Angebotsknappheit nachläßt, kann der ursprünglich erhöhte Preis wieder sinken, allerdings nur dann, wenn die zusätzliche Produktion nicht unter steigenden Kosten steht. Diese Voraussetzung wird bei industriellen Gütern häufiger, in der landwirtschaftlichen Produktion hingegen nur seltener anzutreffen sein[93]).

Die Ausführungen im Fried'schen Buche „Autarkie" über die Ausschaltung von Zöllen beim System der Einfuhrkontingente und über die Wirkung dieser Ausschaltung bedürfen daher einer gewissen Korrektur[94]). Fried bezeichnet die Kontingente als „ganz andere, moderne Waffen, die gestatten, die alten, abgebrauchten Waffen wie die Zölle einzuschmelzen. Wenn der Warenaustausch mit dem Auslande planvoll und souverän gestaltet werde, wenn man auf den Grundlagen der eigenen nationalen Wirtschaft die notwendigen Kontingente und Tauschverträge aufbaue, so bedürfe man nicht mehr der Zölle als Schutzmaßnahmen zur Bremsung der Einfuhr." Die Zölle seien dann kein Schutz der heimischen Wirtschaft mehr, sondern eine Belastung des heimischen Verbrauches und könnten, ja müßten sogar verschwinden.

Eine eingehende Darstellung des Kontingent- und insbesonders des Wertkontingentsystemes findet sich bei *Dr. Berger*[95]). Berger erblickt das Wesen des Systems darin, daß sich die Teilnehmer die Einfuhr frei von Schutzzöllen und anderen, insbesonders valutarischen Erschwerungen gegenseitig einräumen; hiebei kann die Kontingenthöhe entweder im vorhinein vertraglich festgesetzt oder nach dem System der spitzenfreien Warenclearinge wertmäßig unbegrenzt sein, selbstverständlich unter der Voraussetzung, daß Geschäft und Gegengeschäft sich die Waage halten.

Das Kontingentsystem schafft den Rahmen, innerhalb dessen sich der zwischenstaatliche Warenverkehr abspielen kann. Inwieweit der Verkehr diesen Rahmen ausfüllt, hängt von den durch die freie private Initiative der einzelnen Unternehmungen abgeschlossenen Geschäften ab.

4. Planwirtschaft als Mittel autarker Wirtschaftspolitik.

Es besteht allerdings bei Staaten, die Kontingentverträge miteinander abgeschlossen haben, die Geneigtheit, über diesen Rahmen hinaus auf die A b w i c k l u n g der Kontingentverträge selbst noch Einfluß zu nehmen. In diesem Zusammenhange sind die Pläne nach Schaffung eines A u ß e n h a n d e l s m o n o p o l s zu erwähnen. Ein solches Außenhandelsmonopol bedeutet die Zusammenfassung und Übertragung des zwischenstaatlichen Verkehres in dem betreffenden Geschäftszweige von der Privatwirtschaft an die M o n o p o l s t e l l e, deren Struktur durchaus verschiedenartig sein kann. Eine solche Stelle kann eine Amtsstelle sein oder auf den bestehenden oder eigens geschaffenen Interessentenorganisationen aufbauen. Außenhandelsmonopole bestehen bereits für einige Warengattungen in verschiedenen Staaten. Rußland und Persien besitzen ein vollkommenes Außenhandelsmonopol, das Ein- und Ausfuhr in ihrer Gesamtheit umfaßt. Ein verhältnismäßig weitreichendes Einfuhrmonopol besitzt Estland. Jugoslavien hat seit Mitte 1931 ein Getreidemonopol, desgleichen Lettland und Schweden seit 1. Juni 1931; Lettland hat auch ein Flachsmonopol seit März 1919; im August 1931 hat die Türkei ein Tabakmonopol eingeführt[96]).

Wenn auch das Außenhandelsmonopol nicht zur Durchsetzung autarker Ziele notwendig ist und vielfach auch außerhalb des Rahmens autarker Maßnahmen vorkommt, liegt es dennoch in der Linie autarker Politik. Beiden gemeinsam ist die Beziehung zur Planwirtschaft.

An dieser Stelle können nicht Ideologie und Ziele der P l a n w i r t s c h a f t des Näheren dargelegt werden; das planwirtschaft-

liche Problem kann nur insoferne gestreift werden, als dies zur Feststellung der Beziehungen zwischen Autarkie und Planwirtschaft notwendig ist.

Da Autarkie — wie bereits betont — auf staatlicher Initiative und Einflußnahme beruht, weist Autarkie zur staatlichen Planwirtschaft. Diesen Zusammenhang betont besonders scharf Gerloff[97]) mit den Worten: „Wie dem Kriegssozialismus der Belagerungskommunismus mit Bedarfsrationierung und Zwangszuteilung auf dem Fuße folgt, so der Autarkie die Planwirtschaft. Die nationalstaatliche Autarkie bedarf zu ihrer Ergänzung des Außenhandelsmonopols. Dieses aber ist ohne planmäßige Bindung der Binnenwirtschaft kaum möglich."

Die Vorbereitung und Durchführung autarker Maßnahmen auf dem Gebiete der Handelspolitik ist ein deutlicher Beleg für die Richtigkeit dieser Behauptung. Die Ermittlung der Einfuhrkontingente, deren Abstimmung auf die Ausfuhrinteressen und schließlich die Verteilung der Kontingente an die inländischen Bezieher, setzt weitgehende wirtschaftliche Planung voraus. Hiebei wird unter **Planung die bewußte, auf einem einheitlichen organisatorischen Willen beruhende Leitung der in ihrem Bereiche liegenden Wirtschaftsereignisse verstanden.** Eine andere Umgrenzung gibt dem Begriff der Planwirtschaft *Lederer*[98]). Er definiert Planwirtschaft als den Wirtschafts-Kreislauf unter Leitung gesellschaftlicher Organe, wobei er allerdings zugibt, daß das Ziel planmäßiger Bedarfsdeckung nicht nur negativ, sondern auch positiv im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaft angestrebt werden kann, ohne daß diese aufhören würde, zu funktionieren. M. E. ist es aber richtiger, diesem Begriffe die oben angegebene auch dem Wortsinne mehr entsprechende allgemeinere Deutung zu geben, da Planwirtschaft ein Ziel bezeichnet, das — unabhängig von der Form der Wirtschaftsverfassung — jeder wirtschaftlichen Tätigkeit eigen ist. Wirtschaft bedeutet nach ihrem innersten Wesen Vorsorge für die Zukunft. Und insoferne ist Planung — natürlich im verschiedenen Maße — ein unerläßlicher Bestandteil jeglicher Art von Wirtschaft. Wie sehr gerade die Privatwirtschaft von dem modernen Gedanken der Planwirtschaft beherrscht wird, zeigt das hoch entwickelte, in seinen wirtschaftlichen Auswirkungen so problematische System der Rationalisierung.

Für die Fassung des Begriffes „Planwirtschaft" in diesem weiteren Sinne bietet auch das von *Haan* verfaßte Werk „Das amerikanische Planning"[99]) einen Beleg. Der Verfasser, der Sektions-

chef im internationalen Rationalisierungsinstitut des Völkerbundes in Genf ist, verweist in der Einführung zu seinem Buche darauf, daß die Amerikaner durch das russische planwirtschaftliche Experiment angeregt wurden, sich mit der Frage zu befassen, ob nicht auch eine Art „spezifisch-amerikanische" Planwirtschaft im Rahmen der privatkapitalistischen Wirtschaftsordnung möglich sei.

Das große Interesse amerikanischer Kreise für planwirtschaftliche Gestaltung im Rahmen der Privatwirtschaft baut offenbar auf der starken Veranlagung der Amerikaner zu technisch-konstruktiver Behandlung der Wirtschaft auf. Diese planwirtschaftlichen Interessen und Tendenzen amerikanischer Wirtschaftskreise haben mittlerweile unter der Einwirkung der amerikanischen Krise ein weitgehendes Programm gezeitigt, das unter dem Namen „Industrielles Nothilfegesetz" — National recovery act — zusammengefaßt, von *Roosevelt* in einer Anfang Mai 1933 gehaltenen Rundfunkrede der Öffentlichkeit bekanntgegeben wurde. Dieses Programm umfaßt vor allem folgende Vorschläge: Preisabkommen für die Produktion, Suspendierung der Antitrustgesetze während der Ausnahmsperiode, Ermächtigung für die Regierung, bei allen obstruktionstreibenden Unternehmungen einzugreifen, initiatives Vorgehen eines besonderen Regierungsamtes bei jenen Wirtschaftszweigen, die keine Anstalten zu gemeinsamer Hilfe treffen, kollektive Lohnverträge. Daß es den Amerikanern unter dem Druck der Wirtschaftskrise mit der Verwirklichung dieses Programmes Ernst ist, zeigt trotz aller Unstimmigkeiten innerhalb des engeren Kreises der Roosevelt'schen Berater — des sogenannten „brain trust" — die spätere Entwicklung. Das angestrebte Ziel: Arbeitsbeschaffung, Erhöhung der Löhne und Preise sowie Ausschaltung ungesunder Konkurrenz soll grundsätzlich im Wege gegenseitiger, nach Branchen abzuschließender Vereinbarungen erfolgen. Das Ergebnis dieser von Unternehmern, Arbeitern und Vertretern der Regierung geführten Verhandlungen soll in den für die einzelnen Branchen maßgebenden Codes niedergelegt werden; gelingt es nicht, einen Code durch Vereinbarung zu schaffen, ist die national recovery administration berechtigt, einen Code nach eigenem Ermessen vorzuschreiben. Die Verwirklichung dieses Programmes führt die Vereinigten Staaten von Nordamerika, die bisher, zumindest für den Bereich der Binnenwirtschaft, als unentwegte Verfechter des wirtschaftlichen Liberalismus gegolten haben, mit einem Schlage mitten in die ausgeprägteste Plan- und Zwangswirtschaft hinein. Darin liegt aber bei den bereits erwähnten engen Zusammen-

hängen zwischen Zwangswirtschaft und Autarkie indirekt auch ein Bekenntnis zu Autarkie. Es ist allerdings fraglich, wie sich die Vereinigten Staaten, deren Volkswirtschaft sicher Züge innerer Ausgeglichenheit an sich trägt, bei der Überdimensionierung ihrer industriellen Erzeugung und auch jener an landwirtschaftlichen Gütern und Rohstoffen in den engen Rahmen einer autarken Wirtschaft eingliedern lassen, zumal eine solche Einstellung auch dem expansiven, auf Weltgeltung eingestellten Geiste dieses jungen, optimistischen Volkes widersprechen würde.

Weitreichende planwirtschaftliche Vorschläge wurden im Frühjahr 1919 in Deutschland vom damaligen Reichswirtsschaftsminister *Wissell* und seinem Unterstaatssekretär *Möllendorf* ausgearbeitet[100]); die Verfasser dachten daran, in die private Tauschwirtschaft einen einheitlichen Plan hineinzutragen, ohne das private Unternehmertum auszuschalten. Man wollte unter dem Druck der Warennot die deutsche Produktivkraft im Rahmen der Weltwirtschaft systematisch einsetzen, um für das deutsche Volk den größten Erfolg herauszuholen. Überdies war beabsichtigt, einen Beitrag zur Lösung der sozialen Frage zu leisten. Heute wollen Planwirtschaftler durch ihre Vorschläge die Wirtschaftskrise überwinden. Die einschlägigen Überlegungen gehen — trotz der verschiedenen Meinungen über die Natur der Krise — von der Anschauung aus, daß die Krise — in der Hauptsache durch ein unrichtiges Ausbautempo der Wirtschaft bedingt — zu ihrer Behebung eine bewußte, also planende Leitung der Gesamtwirtschaft erfordere. Hier führen Verbindungen von der Planwirtschaft, und zwar von staatlich beherrschter öffentlicher Planwirtschaft zu Autarkie. Hiebei ist aber auch zu berücksichtigen, daß im Bereiche der Außenhandelspolitik Autarkie selbst Planwirtschaft ist. So bezeichnet z. B. Werner Sombart als das Ziel von Autarkie „eine zielbewußte, planmäßige Gestaltung auch der zwischenstaatlichen Vorgänge von einem nationalen Mittelpunkte aus"; er stellt hiebei die Forderung auf, daß selbstherrliche (d. h. planvolle) Bestimmung des deutschen Schicksales auch auf dem Weltmarkte deutsches Ziel sein müsse[101]).

Die Beziehungen von Autarkie zu Planwirtschaft liegen daher im wesentlichen auf dem Gebiete der Binnenwirtschaft. Hier setzt Autarkie zum Teil die bewußte, planvolle Gestaltung binnenwirtschaftlicher Verhältnisse in der Richtung autarker Ziele voraus. Vor allem bedingt autarke Außenhandelspolitik eine wechselseitige Ergänzung und Proportionalität (Verhältnismäßigkeit) binnenwirtschaftlicher Produktion, die zu ihrer Entwicklung plan-

voller Gestaltung der Binnenwirtschaft bedarf. Dies ergibt sich mit zwingender Notwendigkeit aus dem engen Zusammenhang zwischen Binnenwirtschaft und Außenwirtschaft, der zwangsläufig dazu führt, daß beide Wirtschaftszweige nach demselben grundlegenden Wirtschaftsprinzipe verwaltet werden müssen.

Autarkie führt auch — abgesehen hievon — zu zwangswirtschaftlichen Maßnahmen in der Binnenwirtschaft. So kann z. B. die Beschränkung der Einfuhr zu einer Verknappung des Angebotes im Inlande und dadurch zu einer Erhöhung der Preise gegenüber dem im freien Verkehre sich bildenden Preisstande führen. Soferne Preiserhöhungen aus volkswirtschaftlichen Erwägungen als untragbar empfunden werden, setzt in solchen Fällen eine planwirtschaftliche Preisbeeinflussung ein. Hier sind natürlich die verschiedensten Wege möglich, von der ganz primitiven Form der Höchstpreise bis zur planwirtschaftlichen Beeinflussung von Angebot und Nachfrage. Die konsumtechnische Preisbeeinflussung findet im Kartensystem ihren Ausdruck. Dieses kann einen doppelten Zweck verfolgen: die Nachfrage zu begrenzen und eine soziale Preisdifferenzierung nach der Einkommenshöhe zu schaffen. Ein Beispiel für letztere Form konsumtechnischer Preisbeeinflussung ist die Einführung von Fettkarten in Deutschland (April 1933). Die produktionstechnische, planwirtschaftliche Preisbeeinflussung stellt sich im wesentlichen als eine Beeinflussung der Produktionskosten und zwar der politischen (Steuern und sozialen Lasten) wie der privatwirtschaftlichen Kosten (Rohstoffe, Halbfabrikate, Löhne) dar. Aus diesem Hinweis ist zu entnehmen, daß die Wirtschaftspolitik eines Großteiles der europäischen Staaten sich schon sehr weit in produktionstechnische, planwirtschaftliche Preisbeeinflussung eingelassen hat.

Wie weit eine solche aus Autarkie sich ergebende Planwirtschaft im einzelnen reicht, ist durch die besonderen Verhältnisse und durch die gesamtwirtschaftliche Einstellung bestimmt. Aber auch weitgehende Ausgestaltung der Planwirtschaft braucht noch nicht zu völliger Gemeinwirtschaft, zu völliger Sozialisierung zu führen, da die zur Durchführung planwirtschaftlicher Arbeit berufenen Stellen-Organe oder Organisationen der Privatwirtschaft oder doch zum Teil mit privatwirtschaftlichen Organisationselementen durchsetzt sein können. Es besteht z. B. die Möglichkeit, Aktiengesellschaften oder Ges. m. b. H. mit solchen Aufgaben zu betrauen; es können auch eigene Organisationen geschaffen werden, in denen neben Vertretern öffentlich-rechtlicher Körperschaften, also neben Organen

der Gemeinwirtschaft Vertreter privatwirtschaftlicher Organisationen maßgebenden Einfluß besitzen. Tatsächlich sind auch in der Kriegswirtschaft diese verschiedenen Organisationsformen angewandt worden und es würde wohl auch bei Ausbau von Planwirtschaft zum Teil wieder auf solche Organisationsformen zurückgegriffen werden.

5. Autarkie und Pflege des Binnenmarktes.

Bisher wurden die interventionistischen, auf Z w a n g beruhenden Mittel von Autarkie erwähnt. Da aber Autarkie — wie früher betont — sehr stark auf irrationalen Voraussetzungen beruht, bieten sich für die Sicherung autarker Ziele auch andere Möglichkeiten. Autarkie ist nicht nur eine besondere Form wirtschaftlicher Technik, Autarkie ist vielmehr eine I d e e, die man vielleicht sogar als Weltanschauung bezeichnen könnte. Jedenfalls ist Autarkie auf diese Weise wie jede Idee von allgemeinerem Interesse der Propaganda zugänglich. Autarkie hat auch tatsächlich in hohem Maße die Propaganda in ihren Dienst gestellt. Neben den staatlichen Zwang sollte die i n n e r e B e r e i t s c h a f t der Bevölkerung zur Autarkie treten. In fast allen Staaten Europas wurde für die P f l e g e d e s B i n n e n m a r k t e s geworben. Zur Durchführung der Propaganda wurden Sonder-Komitees gebildet; auch das so stark weltwirtschaftlich verflochtene England hat lange vor seiner Abkehr vom Freihandel intensivst mit allen Mitteln moderner Reklametechnik den Satz: „Buy british Goods" seiner Bevölkerung eingehämmert.

Außer England hat Deutschland und die Schweiz eigene deutsche bzw. Schweizer Propagandawochen veranstaltet. In Österreich wird durch eine aus den verschiedensten Wirtschaftskörperschaften gebildete Arbeitsgemeinschaft unter der Devise „Kauft österreichische Waren" für diesen Gedanken geworben. Die Hauptaufgabe fällt den H a u s f r a u e n v e r e i n i g u n g e n in den einzelnen Ländern zu. Auch das persönliche V o r b i l d d e r F ü h r e r wird zur Aneiferung benützt.

Man beschränkte sich jedoch nicht darauf, den Käufer durch diese Propagandaaktionen unter moralischen Druck zu stellen, sondern man übte auch einen g e s e t z l i c h e n Z w a n g auf die Entschließungsfreiheit der Käufer aus. Man griff zum V e r w e n d u n g s z w a n g, indem die Verwendung heimischer Ware befohlen wurde. Dieser Verwendungszwang kommt vor allem im öffentlichen Submissionswesen der einzelnen Länder zur Geltung. Zum Teil beschränkt man die ö f f e n t l i c h e und h a l b ö f f e n t l i c h e A u f t r a g s e r t e i l u n g auf die heimische Erzeugung und läßt Auslands-

waren nur in Ausnahmsfällen zu. Andere Staaten wiederum verpflichten alle Firmen, die vom Staate direkt oder indirekt Zuwendungen erhalten haben, heimische Produkte zu bevorzugen. Die im einzelnen angewandten Methoden sind durchaus verschieden. Eine besondere Rolle spielt der Verwendungszwang, der z. B. in den österreichischen Brennstoffverordnungen seit August 1932 vorgesehen ist. Angestrebt war in Österreich ferner ein Verwendungszwang (Vermahlungszwang) für heimisches Getreide. Solche Zwangsmaßnahmen sind besonders zahlreich in Deutschland. In Frankreich, Holland, Italien, Spanien und Ungarn sind die staatlichen und halbstaatlichen Behörden entweder verpflichtet, die heimische Erzeugung zu verwenden oder die Zustimmung des Handelsministers vor jedem im Auslande zu tätigenden Kauf einzuholen; zum Teil erstreckte sich dieser Zwang nur auf jene Firmen, die besondere staatliche Begünstigungen (z. B. in Österreich Investitionsbegünstigungen) genießen.

6. Autarke Wanderungspolitik.

Ein wichtiges Mittel autarker Politik ist ferner die staatliche Einflußnahme auf die Wanderungsbewegung. Diese ist vor allem nach dem Kriege einer sehr scharfen staatlichen Kontrolle und weitgehenden Beschränkung unterworfen worden, wobei nicht nur die Einwanderung, sondern auch der vorübergehende Aufenthalt zu Erwerbszwecken erfaßt wurde. Diese Abwehrmaßnahmen wurden umso schärfer, je mehr der gewerkschaftliche Einfluß und die hievon ausgehenden Bindungen wuchsen; sie erfuhren eine weitere Steigerung durch den Ausbau der sozialpolitischen Maßnahmen, der auch für die fremden Staatsangehörigen — wenn auch beschränkt auf einzelne Versicherungszweige oder in Abhängigkeit von Gegenseitigkeitsverträgen — Beihilfen notwendig machte. So hatte sich auch hier — ähnlich wie am Warenmarkte — der Standpunkt der Produzenten (der Arbeitnehmer) gegenüber jenem der Konsumenten (der Arbeitgeber) durchgesetzt. Diese Entwicklung wurde durch nationale und Rassenmomente (z. B. Einwanderung der gelben Rasse in Amerika) noch gefördert. Vom Standpunkte autarker Wirtschaftsführung bedeutet die bewußte Regelung — unter Umständen auch die vollständige Ausschaltung — eines Bevölkerungszuwachses durch Einwanderung den Versuch einer unmittelbar gewollten Anpassung der Bevölkerung an die Versorgungsmöglichkeiten. Diese Anpassung kennt allerdings auch die freie, nicht autarke Wirtschaft, aber auf dem Wege über den Markt durch die regulierenden Wirkungen der Lohn- und Preisänderungen.

Diese Lohn- und Preisverschiebungen haben jedoch die Tendenz, die von Autarkie gewollte Verhältnismäßigkeit der Binnenwirtschaft und das konstruierte Austauschvolumen mit fremden Volkswirtschaften zu ändern. Autarke Wirtschaftspolitik versucht daher begreiflicherweise, die oben erwähnte Anpassung der Bevölkerung an die Versorgungsmöglichkeit unabhängig vom Markte durchzuführen.

Autarke Wanderungspolitik kann allerdings die große Aufgabe, die einer liberalen Wanderungspolitk im Rahmen der Gesamtwirtschaft zukommt, nicht erfüllen; diese Aufgabe besteht — wie Eulenburg ausführt —[102]) darin, den für die Weltwirtschaft so wichtigen Ausgleich der Bevölkerungsverteilung herbeizuführen. Diese Bevölkerungsverteilung ist gegenwärtig so ungleichmäßig, daß „an einer Stelle Produktivkräfte nicht ausgenützt werden und an der anderen die Ernährungsmöglichkeit erschwert wird." Eine auf Freizügigkeit abgestellte Wanderungspolitik würde nach dem Prinzipe des größten Ertrages wirtschaftlicher Arbeit eine der jeweiligen Wirtschaftslage und den Wirtschaftsmöglichkeiten entsprechende Verteilung der Bevölkerung über die Erde herbeiführen. Allerdings gilt dies auch nur bedingt unter der Voraussetzung, daß die — in Wirklichkeit nie vorhandene — volle Bewegungsfreiheit auch tatsächlich gegeben ist. Die volle Bewegungsfreiheit ist aber bekanntlich durch Gewohnheiten, sowie durch Verschiedenheiten von Rasse, Sprache, Klima, Sitten und Gebräuchen, Arbeitsfähigkeit und Arbeitsleistung und die dadurch bedingte mangelnde Anpassungsfähigkeit außerordentlich gehemmt. Diese Hemmungen bedingen und fördern autarke Wanderungspolitik in hohem Maße.

Umsomehr muß autarke Wirtschaftspolitik darauf eingestellt sein, den Bevölkerungsausgleich innerhalb des eigenen Gebietes herbeizuführen. Eine durchgreifende Siedlungspolitik ist daher eine, man möchte fast sagen normale Begleiterscheinung autarker Bevölkerungspolitik. In überwiegenden Industriestaaten wird diese Siedlungspolitik (siehe insbesonders das deutsche Siedlungsproblem) im Zuge der sogenannten Reagrarisierung hauptsächlich darauf eingestellt sein, die Bevölkerung in ländliche Arbeit zurückzuführen. Auch hier zeigt sich wieder der planwirtschaftliche Charakter autarker Maßnahmen. Nicht die Automatik natürlicher, ungehemmter Preisbildung soll entscheiden, sondern ein zum Teil auch von außerwirtschaftlichen Gesichtspunkten beeinflußter Plan, bei dessen Durchführung allerdings die grundlegenden Gesetze der Preisbildung und Rentabilität zurückgedrängt, nicht aber ganz außer Acht gelassen werden können. Die Notwendigkeit

von landwirtschaftlichen Siedlungen betont auch *Brandt.*[103]) „Gelingt es, den deutschen Osten mit einem engmaschigen Netze bäuerlicher Familienwirtschaften zu überziehen, so wird damit auch der Unterbau einer gefestigten und leistungsfähigen Qualitätsindustrie geschaffen."

Autarke Politik greift aber auch in den modernen, temporären Wanderungsverkehr, in den Fremdenverkehr ein — allerdings bei der Aus- und nicht bei der Einreise. Hiedurch soll die Zahlungsbilanz manipuliert, die Transferierung von Geld ins Ausland verhindert, die Nachfrage nach fremden Devisen vermindert und gleichzeitig der Besuch der heimischen Fremdenverkehrsgebiete gesteigert werden. Von diesen Maßnahmen gilt dasselbe, was von der Einfuhrbehinderung im Warenverkehr zu sagen ist. Eine autarke Fremdenverkehrspolitik kann ein Land treiben, das nicht selbst um Fremdenverkehr wirbt. Ein Land hingegen, das — wie z. B. Österreich — sehr stark auf den Zuzug von Fremden angewiesen und eingerichtet ist, müßte in dieser Hinsicht, soferne nicht zwingendste Gründe wie z. B. Schutz der Währung mitsprechen, sich große Reserve auferlegen. Der Fremdenverkehr ist, wie dies die im Jahre 1932 zwischen Österreich und Deutschland vereinbarte Konstruktion deutlich zeigt, auch handelspolitisch insoferne von Bedeutung, als auf diese Weise schwer realisierbare Forderungen aus dem Güterverkehr zur Abdeckung gelangen. Ein Land, das nach einem anderen Gebiete wichtige Exportinteressen hat, wie z. B. Deutschland im Verhältnis zu Österreich, tut also gut daran, den Fremdenverkehr mit diesem Gebiete nicht zu unterbinden. Als Mittel für autarke Beeinflussung des Fremdenverkehrs bzw. Hemmung des Ausreiseverkehrs kommen neben den bereits für den Güterverkehr erwähnten propagandistischen Maßnahmen auch die bekannten Ausreiseerschwerungen in Betracht, die neben der Beschränkung der Mitnahme von heimischer und fremder Valuta darin bestehen, daß Ausreisesichtvermerke oder Ausreisegebühren vorgeschrieben werden.

VI. Kritik der Autarkie.

1. Allgemeines.

Die Literatur, die sich kritisch mit dem Problem von Autarkie und den hiezu erstatteten Vorschlägen befaßt, ist erheblich. Sie geht im wesentlichen auf das Jahr 1930 zurück. Vereinzelt gibt es allerdings auch vor diesem Zeitpunkte kritische Auseinandersetzungen über dieses Thema[104]).

An der Kritik von Autarkie — mit deren mehr oder weniger schroffer Ablehnung — beteiligen sich neben Vertretern der Wissenschaft die Angehörigen verschiedener Berufs-, Wirtschafts- und politischer Kreise. Führend sind die Kritiker aus dem Lager des wirtschaftlichen Liberalismus und Sozialismus. Die verschiedenen Wirtschaftsgruppen mit Ausnahme der Landwirte und der Vertreter der Schwerindustrie lehnen Autarkie überwiegend ab; auch die unselbständig Erwerbstätigen sprechen sich in ihren gewerkschaftlichen Organisationen (nicht nationalsozialistischer Richtung) im allgemeinen gegen Autarkie aus. Dies gilt nicht nur von den freien Gewerkschaften, sondern auch von den christlichen Gewerkschaften[105]). *Baltrusch* verweist mit besonderem Nachdruck auf eine Erklärung des seinerzeitigen Reichskanzlers *Brüning*, in der dieser unter anderem sagte: „Es ist ausgeschlossen, daß wir Deutschland mit einer chinesischen Mauer umgeben könnten, innerhalb der das deutsche Volk unter Befriedigung seiner eigenen Bedürfnisse ausschließlich eigenem Handel und Wandel nachgehen könnte." Und der Verfasser fügt hinzu: „Wenn wir das täten, würde das die Rückkehr der breitesten Volksschichten zu den allerjämmerlichsten Lebensverhältnissen und Lebensbedingungen bedeuten." Die Gewerkschaften treffen sich in diesem Punkte trotz aller sonstigen Interessengegensätze mit der liberalen Auffassung der Unternehmer. In der Praxis weicht allerdings die Stellungnahme der Gewerkschaften aller Schattierungen von der theoretischen Ablehnung der Autarkie ganz wesentlich ab. Die Autarkie des Arbeitsmarktes ist z. B. in der gegenwärtigen Schärfe ganz wesentlich unter dem Drucke der Gewerkschaften herausgebildet worden, die andererseits trotz der stets betonten Ablehnung von Schutzzöllen, die die Lebenshaltung verteuern, sich zur Duldung steigender Zölle bereitfanden, um sozialpolitische Leistungen und Löhne zu sichern[106]).

Eine umfassende, systematische Kritik von Autarkie hat sich nicht herausgebildet. Die kritische Stellungnahme zu Autarkie beschränkt sich im wesentlichen auf die Behandlung einiger Fragen, anstatt den gesamten, durch das Wesen und die Ziele von Autarkie umschriebenen Komplex zu umfassen. Die kritische Erörterung der Autarkieprobleme erfolgt denn auch überwiegend in Vorträgen, auf Kongressen und in Veröffentlichungen der Fachzeitschriften und Tagesblätter. So verdankt auch die sehr aufschlußreiche und bei gedrängtester Kürze sehr umfassende Broschüre „Autarkie"[107]) ihr Entstehen einem vom deutschen Bund für freie Wirtschaftspolitik e. V. am 21. Mai 1932 in Berlin veranstalteten Vortragszyklus.

Auch die — insbesonders vom statistischen Standpunkte — sehr instruktive Broschüre von *Grävell* „Der Zwang zur Ein- und Ausfuhr"[108]) geht zum Teil auf einen in der „Europawirtschaft" 1932 veröffentlichten Aufsatz zurück.

Im folgenden soll versucht werden, diese kritischen Ausführungen in ihrem wesentlichsten Inhalte darzustellen.

Die Kritik von Autarkie befaßt sich ganz besonders mit den Ausführungen von Fried und der anderen Publizisten des „Tat"-Kreises, die vorzugsweise als Propagandisten der Autarkieidee in Deutschland in Betracht kommen.

Aus der kritischen Literatur lassen sich zwei große Gruppen von Einwendungen herausheben und zwar solche, die sich ganz allgemein mit der Frage von Autarkie befassen und solche, die Autarkie vom Standpunkte deutscher Wirtschaftsverhältnisse und deutscher Wirtschaftspolitik betrachten. Die wesentlichste Literatur über Autarkie behandelt hauptsächlich deutsche Verhältnisse. Es finden sich aber, wenn auch mit steten Hinweisen auf diese Verhältnisse vermengt, hierin doch eine Reihe allgemeiner Gesichtspunkte, die vorerst behandelt werden sollen.

2. Autarkie und weltwirtschaftliche Arbeitsteilung.

Die Kritik geht vor allem von der grundsätzlichen Feststellung aus, daß Autarkie durch die Abschnürung des freien weltwirtschaftlichen Verkehres in Gegensatz zu den Erfordernissen gesunder Wirtschaftsführung nach den Grundsätzen des wirtschaftlichen Liberalismus stehe; diesem entspreche die weltwirtschaftliche Arbeitsteilung, die zutreffend mit der Wirkung einer arbeitsparenden Maschine verglichen wurde und die — rein theoretisch betrachtet — die klare Auswirkung des wirtschaftlichen Prinzipes bedeute, die Bedarfsdeckung mit den jeweils geringsten Mitteln durchzuführen; sie verweise jede Erzeugung an die Stelle der jeweils geringsten Kosten und sichere dadurch die wohlfeilste Befriedigung des Konsums und gleichzeitig die ergiebigste Produktion.

Es ist klar, daß von diesem Standpunkte aus betrachtet Autarkie entschiedene Ablehnung erfährt. Dies bringt z. B. Gerloff[109]) mit folgenden Worten zum Ausdruck: „Hier kommt es in diesem Zusammenhange nur darauf an, zu zeigen, daß Verzicht auf Austausch auch Verzicht auf Einkommen bedeutet. Aber mehr als dies, es bedeutet auch noch eine weitere Verringerung des Volkseinkommens dadurch, daß nunmehr Kapital und Arbeit, die bisher für den Aus-

tausch in besonders günstigen Produktionszweigen arbeiteten, gezwungen werden, in weniger ergiebigen Betätigung und Verdienst zu suchen."

Ähnliche Gedankengänge finden sich auch bei *Menten*[110]): Autarkie, das ein politisches Wunschbild ins Wirtschaftliche übertragen sei, bedeute Verzicht auf weltwirtschaftliche Arbeitsteilung, Export und damit auch auf erhöhte Auswertung der Produktivkräfte jedes Volkes. Menten verweist hiebei auf die von Ricardo begründete Theorie der komparativen Kosten, die eine besondere Formulierung für die handelspolitische Auswirkung des wirtschaftlichen Prinzipes darstelle. Die unter dem System weltwirtschaftlicher Arbeitsteilung erfolgende, auf zwischenstaatlichen Austausch eingestellte Gütererzeugung bedeute — im weltwirtschaftlichen Zusammenhange betrachtet — eine indirekte Produktion für das eigene Land, deren Kosten vielfach geringer seien als jene der direkten Produktion. Autarkie, die eine Abkehr von diesen theoretisch richtigen und praktisch erprobten Grundsätzen darstelle, sei in Wirklichkeit nichts anderes als stabilisierte Armut.

Auch *Grotkopp*[111]) kommt zu ähnlichen Ergebnissen. Unter Berufung auf Adam Smith vertritt der Verfasser den im wesentlichen von der gesamten Praxis des Wirtschaftslebens geteilten Standpunkt, daß man dort einkaufen müsse, wo es am billigsten sei, was zur grundsätzlichen Ablehnung von Autarkie führt.

Auf die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit weltwirtschaftlicher Zusammenhänge weist auch *Landauer*[112]) hin, der hervorhebt, daß der Sinn des vor 150 Jahren in England entdeckten internationalen Warenaustausches der täglichen Lebenserfahrung des Einzelnen entlehnt sei. Landauer führt hiebei die bekannten Sätze an: „Wie kein Einzelner sich dadurch reicher machen könne, daß er es sich versagt, das zu kaufen, was er nur teurer selbst herstellen könne, so wenig mehre sich der Wohlstand eines Volkes, wenn es sich dazu zwingen wolle, ohne Rücksicht auf die Produktionskosten alles selbst zu produzieren."

Grävell vertritt[113]) gleichfalls den Standpunkt weltwirtschaftlicher Arbeitsteilung. „Jedes Land soll bei seiner hochentwickelten Spezialfabrikation bleiben und die Länder sollen gegenseitig ihre Spezialprodukte, die sie billiger als die andern herzustellen vermögen, austauschen. Das ist doch der Sinn des Welthandels, der die Aufgabe zu erfüllen hat, den Wohlstand der Menschen zu erhöhen."

Diese dem Gedanken liberaler Wirtschaftstheorie entsprechende Kritik von Autarkie ist grundsätzlich und losgelöst von den jeweiligen

tatsächlichen Verhältnissen sicher zutreffend; sie setzt aber — was die liberale Theorie bei allen ihren Folgerungen als gegeben annimmt — die volle Freizügigkeit des Verkehrs sowohl innerhalb einer Volkswirtschaft als auch im wechselseitigen Austausch der einzelnen Volkswirtschaften voraus. Wenn aber das freie Spiel der Kräfte gehemmt ist, dann fehlen auch die von der liberalen Wirtschaftstheorie angenommenen Vorbedingungen.

Im III. Abschnitt ist unter binnenwirtschaftlichen Ursachen von Autarkie darauf hingewiesen worden, wie sehr die starke Beeinträchtigung freien binnenwirtschaftlichen Kräfteausgleiches die Tendenz zu Autarkie fördert. Es hat daher die auf dem Grundprinzipe freier Wirtschaft fußende Kritik autarker Postulate nur bedingt recht, nämlich für den Fall der Sicherung freier wirtschaftlicher Selbststeuerung; in dem Maße, in dem diese Vorbedingungen nicht gegeben sind — und gegenwärtig trifft dies in weitem Umfange zu — verlieren diese Argumente an tatsächlicher Beweiskraft.

3. Warnung vor planwirtschaftlichen Experimenten.

Den Standpunkt liberaler Wirtschaftsauffassung, die Planwirtschaft ablehnt, hat Gerloff[114]) herausgearbeitet: „Ob jedoch die Planwirtschaft nicht noch viel stärkere Krisenkeime enthält als die freie Wirtschaft, das scheint zum mindesten recht fraglich. Nach aller bisherigen Erfahrung hat sie, an dem Maßstabe der Wirtschaftlichkeit gemessen, immer noch versagt. Denn wie der sozialistischen, so fehlt der autarken Wirtschaftspolitik die Möglichkeit und der Zwang, ihre Wirtschaftlichkeit an dem Rentabilitätsprinzip zu erweisen."

Auch *Dr. Demuth*[115]) warnt gerade bei der besonderen Lage der deutschen Industrie und der deutschen Ausfuhr vor planwirtschaftlichen Experimenten, denn es sei, wie er sagt: „nun einmal das Glück oder Unglück der deutschen Industrie, daß sie darauf angewiesen ist, auf Tausenden von Wegen immer wieder neuen Bedarf in der Welt aufzuspüren und von Tag zu Tag sich in ihrer Produktion umzustellen, heute z. B. diese Maschine zu liefern, morgen jene." Solche unendlich vielgestaltige Aufgaben lassen sich aber — und darin hat Demuth vollkommen recht — nicht in die Form einer Planwirtschaft hineinpressen.

Mit den hemmenden Auswirkungen autarker handelspolitischer Planwirtschaft hat sich auch der Vorsitzende des Verbandes der deutschen Maschinenindustrie Lange befaßt[116]). Er ging hiebei von dem für autarke Planwirtschaft charakteristischen Kontingent-

system aus und schilderte an zahlreichen, insbesonders aus der deutsch-französischen Kontingentpraxis entnommenen Beispielen die unerträglichen Schwierigkeiten, die dieses System zwangsläufig mit sich bringe. Die aufgewendete Arbeit stehe in keinem Verhältnis zum Erfolge. Schon die interne autonome Festsetzung von Kontingenten, deren vertragsmäßige Festlegung sowie die Verwaltung und Kontrolle der Kontingente erfordere eine Unmenge von Verwaltungsarbeit, die unvermeidbar einen bürokratischen Einschlag aufweise und den tausenfältigen Besonderheiten und Verschiedenheiten des praktischen Wirtschaftslebens nicht gerecht werden könne. Zudem hindere die willkürliche Festlegung der Kontingente auf eine frühere Geschäftslage die kaufmännische Beweglichkeit und Expansion. Dies erweise sich besonders schädlich bei einer durch die Verhältnisse gebotenen und auch volkswirtschaftlich erwünschten Änderung des Absatzgebietes alter Firmen sowie bei solchen Firmen, die ihr Geschäft neu aufbauen wollen. Auf diese Weise führe das Kontingentsystem zu einer bedenklichen Versteinerung der Geschäftslage, die dem ständigen Flusse technischer und kaufmännischer Wirtschaftsentwicklung nicht Rechnung trage. Überdies bewirke die Kontingentbewirtschaftung wie alle bürokratischen, planwirtschaftlichen Maßnahmen ein System vermeintlicher oder tatsächlicher Schikanen und gebe Anlaß zu einer Reihe unlauterer Machenschaften.

Brandt[117]) verweist auf die Schwierigkeit, die sich aus der Kontingentierung der Gemüseeinfuhr ergeben würde. Eine solche Kontingentierung würde infolge des hiedurch bedingten Produktionsantriebes binnen weniger Monate eine außerordentlich starke Beschikkung der Gemüsemärkte aus der Binnenproduktion zur Folge haben, was in der Haupterntezeit — aus dem klimatisch bedingten stoßweisen Auftreten von Überschußmengen — einen viel stärkeren Preiszusammenbruch zur Folge hätte.

Jeder, der in die Verwaltung handelspolitischer Kontingente einigermaßen Einsicht gewonnen hat, kann diesen Ausführungen nur zustimmen. Die Schwierigkeiten, die sich planwirtschaftlicher Regelung im Rahmen der Binnenwirtschaft entgegenstellen, erfahren im zwischenstaatlichen Verkehr noch eine wesentliche Steigerung. Dies ist zum Teil darauf zurückzuführen, daß die Verhältnisse im Außenhandel naturnotwendig wesentlich komplizierter sind; zum Teil ist dies dadurch bedingt, daß die Reichweite der planwirtschaftlichen Maßnahmen durch das Gebiet der eigenen Volkswirtschaft begrenzt ist, während Exportgeschäfte über die politischen Grenzen hinausgreifen und daher nur zum Teil von dieser planwirt-

schaftlichen Regelung betroffen werden. Kontingentverabredungen helfen über diese Schwierigkeiten — wie die tägliche Erfahrung zeigt — nur in beschränktem Umfange hinweg, da die vielfachen Interessengegensätze zu einer — dem Geiste der getroffenen Vereinbarungen vielfach widersprechenden — Behandlung führen. Der unsichtbare und unwägbare Verwaltungsprotektionismus bietet hiefür zahlreiche Möglichkeiten.

4. Stellung der Sozialisten zu Autarkie.

Die sozialistischen Gegner von Autarkie denken allerdings über Wirtschaftsplanung begreiflicherweise anders. Zwar lehnt z. B. Lederer[118]) trotz starker planwirtschaftlicher Einstellung Autarkie ab, obwohl er in ihr die Voraussetzungen für eine notwendige Entwicklung zu vollständiger Planwirtschaft erblickt, die aber nach seiner Meinung ohne volle Verfügung über die Produktivkräfte nicht möglich ist. Er tut dies offenbar aus der Erwägung, daß — wie er sagt — Autarkie „Planwirtschaft des Mangels wäre, weil sie sich der Versorgungsunmöglichkeiten begeben würde, die im internationalen Austausch liegen."

Pahl[119]) spricht sich gegen nationale Autarkie aus, da Autarkie nicht Selbsthilfe, sondern Selbstmord wäre, befürwortet hingegen eine weitgehende Planwirtschaft; er verlangt Aufhebung der Freizügigkeit des Privatkapitals durch durchgreifende Staatskontrolle und staatliche Planwirtschaft; Investitions-, Handels- und Verbrauchspolitik soll seiner Auffassung zufolge von einer konstruktiven staatlichen Planung erfaßt werden.

Ähnlicher Ansicht ist *Hermberg*. Er verweist[120]) darauf, daß die in Autarkie miteingeschlossene „Forderung nach wirtschaftlicher Souveränität erst in dem Augenblicke einen Sinn gewinne, in dem der Staat oder irgend eine andere Macht die Wirtschaftsherrschaft im Innern tatsächlich antrete, in dem Augenblicke, in dem sich der Wirtschaftsstaat konstituiere, das heißt also in der Planwirtschaft." Planwirtschaft, Autarkie, Außenhandelsmonopol und Binnenwährung seien Bestandteile eines Programmes, die sich nicht getrennt voneinander verwirklichen lassen, wie dies z. B. nach den Ausführungen des „Tat"-Kreises der Fall zu sein scheine, die „Autarkisierung, Außenhandelsmonopol und Binnenwährung als Etappen auffassen, über die sich die Planwirtschaft allmählich durchsetze". Da aber Planwirtschaft kein krasses Mißverhältnis zwischen Wirtschaftsraum und Staatsraum vertrage und eine Rückbildung des Wirtschaftsraumes auf den Staatsraum in Deutschland

nicht möglich sei, ergebe sich die dringende Notwendigkeit nach Ergänzungsräumen, nach Großraumwirtschaft. Hermberg lehnt also — so wie Pahl — Autarkie nur bedingt, nämlich in einer zu engen räumlichen Begrenzung ab, spricht sich jedoch gegen autarke Wirtschaftspolitik innerhalb eines entsprechend weitgezogenen Wirtschaftsraumes nicht aus[121]). Abgelehnt wird nur die Eingliederung von Planwirtschaft in zu enge nationale Grenzen: „Wer Planwirtschaft will, muß sie auch unabhängig von den nationalen Grenzen denken können." Nach demselben Verfasser „geht die Wirklichkeit nicht in der Richtung auf nationale, zünftlerische Planwirtschaft, sondern auf weitgreifende Wirtschaftsverflechtung, die von den einzelnen Nationen her nicht mehr gemeistert werden kann." Hierin liegt — trotz der verbindenden planwirtschaftlichen Gedankengänge, die von Autarkie zu Sozialismus führen — doch der tiefgreifende Unterschied zwischen beiden Auffassungen. Autarkie erscheint den marxistisch eingestellten Sozialisten als eine Form nationaler Planwirtschaft und da diese — wie Hermberg unter Anführung eines von *Eschmann* geschriebenen Aufsatzes behauptet — „die Mittelschichten zu ihren wesentlichen Faktoren zählt, lehnt ‚der proletarische Sozialismus' Autarkie oder Autarchie ab". Der proletarische Sozialismus müsse auf die Klasse bauen und nicht auf die Nation, man könne daher auch — wie Hermberg schreibt — „mit Proletariern nicht einmal zu einer Aussprache kommen, es sei denn, man benütze als Hilfsbrücke die Behauptung, daß dadurch eine baldige Sozialisierung Deutschlands ermöglicht werden solle."

Theoretisch geschlossener ist eine ganz im marxistischen Gedankenkreise abgefaßte leidenschaftliche Ablehnung von Autarkie durch *Epstein*[122]). Epstein geht vom Krisenproblem aus und entwickelt im Anschlusse an die Weiterbildung der marxistischen Mehrwertlehre durch *Rosa Luxemburg* die Auffassung, daß Autarkie mit den inneren Grundgesetzen kapitalistischen Wachstums in Widerspruch stehe. Die Kapitalsakkumulation, die zum krisenfreien Wirtschaftskreislauf stets neuer Wirtschaftsräume bedürfe, — daher der wirtschaftspolitische Imperialismus — werde durch autarke Maßnahmen in einen engen Wirtschaftsraum eingezwängt und daher unmöglich gemacht; das Problem der krisenfreien und zweckentsprechenden Bedarfsversorgung könne nicht durch Autarkie, sondern nur durch organische Vergesellschaftung aller Produktionsmittel und die restlose Aufhebung des Privateigentums an diesen gelöst werden. Der Weg, den Autarkie gehe, führe nicht zu dieser Lösung, sondern würde, insbesondere bei

der außerordentlichen Enge des deutschen Absatzraumes und beim Mangel an Lebensmitteln und Rohstoffen zum zwangsweisen Verhungern und zur Barbarisierung Deutschlands führen.

5. Die Theorie der fallenden Exportquote.

Die an Autarkie geübte Kritik bekämpft ferner die theoretischen Grundlagen von Autarkie. Diese gehen im wesentlichen von der Theorie der fallenden Exportquote aus. Das zu Ende des vorigen Jahrhunderts formulierte Gesetz der fallenden Exportquote geht auf Werner Sombart zurück. Sombart folgert[123]) aus dem beigebrachten statistischen Material, das jedoch Wagemann[124]) nicht für genügend repräsentativ hält, daß der auswärtige Handel und vor allem die Ausfuhr nicht mehr jenen Anteil an der Gesamtleistung der wirtschaftlichen Tätigkeit habe wie früher. Wagemann weist entgegen dieser Behauptung Sombarts nach, daß die angenommene Senkung der Exportquote in den tatsächlichen Verhältnissen nicht begründet sei. Die Exportquote werde „in erster Linie durch die Struktur der Volkswirtschaft und des Außenhandels, daneben aber auch durch die allgemeine Wirtschaftsentwicklung ‚Konjunktur und lange Welle' bestimmt"; eine Tendenz zur sinkenden Exportquote könne man — „soweit die bisherige Erfahrung reiche — nur für die Verbrauchsgüter —, dagegen nicht für die Produktivgüterausfuhr feststellen[125])."

6. Schrumpfung des Welthandels.

Auch die für autarke Entwicklung angeführten statistischen Grundlagen, durch die eine außerordentliche Schrumpfung des Welthandels erwiesen werden soll, begegnen lebhafter Anfechtung.

Nach den Angaben der Statistik ist der Umfang des Welthandels von 284.6 Milliarden RM. im Jahre 1929 auf 229.9 Milliarden RM. im Jahre 1930 und auf 164.6 Milliarden RM. im Jahre 1931 zurückgegangen. (1913 = 160.2 Milliarden RM.[126]).)

Um ein wirkliches Bild über die Schrumpfung des Welthandels zu gewinnen, ist jedoch ein Vergleich dieser Entwicklung innerhalb eines längeren Zeitraumes notwendig. Wenn man als Vergleichsbasis das Jahr 1913 mit der Indexziffer 100 annimmt, ergeben sich für die Änderung des Welthandels folgende Indexziffern:

a) mengenmäßig:	1928	124,
	1929	130,
	1930	120,
	1931	106;

b) wertmäßig: 1928 174,
1929 177,
1930 143,
1931 103.

Der Welthandel lag also noch im zweiten Krisenjahr 1931 über dem Stande des letzten Vorkriegsjahres. Nach dem Stande vom Jahre 1928 ergibt sich allerdings zufolge dieses Indexsystems ein beträchtliches Abgleiten der Welthandelsumsätze und zwar mengenmäßig auf 96 im Jahre 1930 und 85 im Jahre 1931 und wertmäßig auf 82 im Jahre 1930 und 59 im Jahre 1931[127]).

Solche Depressionen finden sich aber — wie Eulenburg[128]) betont — in den großen Krisen der Weltwirtschaft des letzten Jahrhunderts wiederholt, wobei auch auf Belege bei Wagemann verwiesen wird.[129])

Die Senkung des Welthandels hat sich in den einzelnen Welthandelsgebieten nicht gleichmäßig vollzogen. Vor allem ist eine starke Ausgliederung Europas aus dem Weltverkehre festzustellen. Im Jahre 1913 betrug der Anteil Europas am Welthandel 61.2%, jener Außereuropas 38.8%; die analogen Ziffern des Jahres 1930 erreichten für Europa 56.2%, für Außereuropa 43.8%; Europa hat 5% seines Welthandelsanteiles verloren, Außereuropa ebensoviel gewonnen, sodaß sich der Welthandel um 10% zu ungunsten Europas verschoben hat.

Diese Entwicklung hat sich im Jahre 1931 in Deutschland fortgesetzt; im zweiten Halbjahr 1931 ist der Absatz nach Europa nur auf 72%, jener nach Übersee dagegen auf 47% des Absatzes vom zweiten Halbjahr 1929 gesunken. Im letzten Halbjahr 1931 sind 83% der gesamten deutschen Ausfuhr in Europa verblieben; nur 17% gingen nach Übersee — auch eine Wirkung der Agrarkrise in den Überseegebieten[130]).

Innerhalb Europas ist die Abnahme zwischenstaatlicher Beziehungen nicht so stark, was den Anlaß gab, von einer Autarkisierung Europas zu sprechen, und den auf eine europäische Großraumwirtschaft eingestellten Bestrebungen neue Nahrung bot.

Die in den letzten Jahren zu verzeichnende Schrumpfung des Außenhandels wird von seiten der Autarkiefreunde als eine spezielle Krise des Außenhandels aufgefaßt und zur Begründung darauf verwiesen, daß die alten für den Welthandel maßgebenden, durch den Gegensatz bzw. das Ergänzungsbedürfnis von Agrar- und Industrieländern gekennzeichneten Austauschrelationen mit zwingender, durch die wirtschaftliche Entwicklung bedingter Notwendigkeit abgebaut werden.

Die Kritiker von Autarkie befassen sich notwendigerweise eingehend mit dieser These und stellen hiezu folgendes fest:

Die Schrumpfung des Außenhandels, die im übrigen in ihrer wertmäßigen Auswirkung außerordentlich stark durch die sinkenden Preise bedingt sei, stelle k e i n e den Außenhandel allein treffende S o n d e r e r s c h e i n u n g dar, sondern ergebe sich, wie die Statistik zeige, aus der allgemeinen Weltwirtschaftskrise. Grävell weist diesbezüglich folgendes nach [131]): „Die deutsche Einfuhr ging mengenmäßig vom Mai 1931 auf Mai 1932 um 21% (wertmäßig um 42%) zurück. Gleichzeitig sank der Beschäftigungsgrad (geleistete Arbeitsstunden) um 28%, (die Arbeitslosigkeit stieg um 37%), der Produktionsindex ging um 21% zurück".

Die Einfuhr an Agrarprodukten sei allerdings rapid gesunken. Dieser Rückgang bedeute jedoch nicht den Übergang zu Autarkie, sondern stelle die Begleiterscheinung eines größeren Prozesses dar. Die Lebensmitteleinfuhr habe sich nicht stärker gesenkt als die Rohstoffeinfuhr. An der relativen Verflechtung habe sich nichts geändert. Es bestehe auch keine wesentliche innere Veranlassung für eine allgemeine Schrumpfung des Welthandels. Derselben Auffassung ist auch Eulenburg[132]): Es sei vor allem unrichtig, daß die inneren Austauschrelationen, auf denen der Welthandel bisher aufgebaut habe, eine grundlegende Änderung in der Richtung erfahren haben, daß die Industrialisierung von Agrarstaaten und die Stärkung der Agrarproduktion in den Industriestaaten das bisher zwischen diesen Wirtschaftsgebieten bestandene Austausch- und Ergänzungsbedürfnis beseitigt hätten.

Auch Lange[133]) betont, daß die I n t e n s i t ä t des Außenhandels mit der Entwicklungsstufe einer Volkswirtschaft wachse, sodaß also die Industrialisierung von Agrargebieten nicht zu einer Verminderung, sondern zu einer S t e i g e r u n g ihres A u ß e n h a n d e l s u m s a t z e s führe. So hätten im Jahre 1928 die höchstentwickelten alten Industrieländer mit 480 RM. den Höchst-je-Kopf-Satz gegenüber 162 RM. in Gruppe II und gar nur 37 RM. in der untersten Stufe aufgewiesen. Es sei ferner zu berücksichtigen, daß die industrielle Weltausfuhr im Ganzen genommen seit Ausbruch der Weltwirtschaftskrise nur in dem gleichen Maße gesunken sei wie die Weltproduktion. Die Exportquote der Weltproduktion sei im wesentlichen unverändert geblieben, da der Binnenmarkt sogar noch krisenempfindlicher sei als der Export. So sei[134]) der In'andsabsatz von Stabeisen im Jahre 1931 um 630.000 Tonnen zurückgegangen, der

Auslandsversand um 144.000 Tonnen; in Grobblechen sei der Inlandsversand um 266.000 Tonnen zurückgegangen, der Auslandsversand um 20.000 Tonnen, in Universaleisen der Inlandsversand um 42.000 Tonnen, der Auslandsversand um 6.500 Tonnen. Die Weltwirtschaftskrise habe eben zu einer Verminderung der Intensität des gesamten Wirtschaftslebens, also auch der Binnenproduktion und des Binnenhandels geführt.

Hermberg verweist darauf[135]), daß der Rückgang des Außenhandels im Verkehr mit überseeischen Gebieten nicht so sehr dadurch begründet sei, daß die überseeischen Gebiete sich selbständig machen wollten, sondern durch deren fehlende Kaufkraft verursacht wurde. Im übrigen zeige sich, gemessen an der deutschen Produktion, daß der vom Ausland aufgenommene Teil der deutschen Produktion in der Krise nicht kleiner, sondern größer geworden sei. In der Eisenindustrie, in der Maschinenindustrie entfallen zwei Drittel der deutschen Produktion auf die Ausfuhr; auch die Papierindustrie weise steigende Exportquoten auf.

Eine ähnliche Anschauung vertritt auch Lederer[136]); er betont, daß die Entwicklung der Industriestaaten die Ausfuhr nicht gehemmt, aber empfindlicher gemacht habe, weil jeder Lieferant durch einen anderen ersetzt werden könne. Insbesondere hebt Lederer hervor, daß Deutschland im Jahre 1931 gerade mit den Industriegebieten Europas eine aktive Handelsbilanz hatte. 73% des damaligen Aktivum der deutschen Handelsbilanz in der Werthöhe von 2.310 Millionen RM. entfielen auf England, Holland, Frankreich und die Schweiz (davon auf England 680 Millionen, auf Holland 570 Millionen, auf Frankreich 500 Millionen, auf die Schweiz 370 Millionen). Lederer folgert daraus, daß die Industrialisierung keine gefährliche Konkurrenz schuf. Eine Feststellung von so allgemeiner Reichweite müßte allerdings m. E. noch durch eine Untersuchung der Konkurrenzverhältnisse und Konkurrenzverschiebungen auf den andern Weltmärkten überprüft werden. Da würde sich aber wohl ein anderes Bild ergeben; denn wachsende Erzeugung schafft wachsenden Wettbewerb und damit auch die Gefährdung bestehender Marktbeziehungen; dies gilt vor allem in einer Zeit, in der die technische Entwicklung und die dadurch bedingte Produktionssteigerung der Aufnahmsfähigkeit der Märkte voraneilte. Was aber die deutschen Verhältnisse anlangt, ist das Aktivum der deutschen Handelsbilanz im Jahre 1931 durch die Zahlungsverpflichtungen Deutschlands in hohem Maße beeinflußt und daher kein schlüssiger Beweis.

M. E. werden von den Kritikern von Autarkie die Möglichkeit einer Industrialisierung neuer Gebiete und die Gefahren, die sich hieraus ergeben, vielfach unterschätzt. Daß die Industrialisierung früherer Rohstoffgebiete schon jetzt zu einer wachsenden Emanzipation dieser Länder von ihren früheren Lieferanten geführt hat, ist durch die tatsächliche, erst beginnende Entwicklung erwiesen, wenn auch aus den in Literatur und Praxis mit Nachdruck betonten Gründen der Zug zu weltwirtschaftlicher Entwicklung und Verflechtung, der dem innern Schwergewicht der Wirtschaft entspricht, sich voraussichtlich immer wieder durchsetzen wird. Von Bedeutung ist aber, daß solche Gebiete, die durch eine allseitigere, wenn auch nicht immer harmonische Entwicklung ihrer Produktivkräfte eine größere wirtschaftl che Ausgeglichenheit oder doch zum mindesten die erhöhte Möglichkeit eigener Versorgung erreicht haben, in der Lage sind, unter bestimmten Voraussetzungen ihre weltwirtschaftlichen Beziehungen zu lockern, ohne allzu sehr von ihrem gewohnten Lebensstandard einzubüßen. Man könnte sagen, ihre potentielle Autarkie ist gewachsen, wenn diese auch durch tausenderlei wirtschaftliche Verbindungen und Interessen überdeckt ist. Insoferne bedeutet dieser Prozeß den Weg zu wachsenden autarken Möglichkeiten. Daran können auch die mit allen Feinheiten handelspolitischer Überlegung angestellten Versuche, dieser Entwicklung eine andere Deutung zu geben, m. E. nichts Entscheidendes ändern. Zuzugeben ist nur, daß es von den jeweiligen Verhältnissen und insbesondere auch von der inneren geistigen, durch außerwirtschaftliche Momente bedingten Einstellung abhängen wird, ob die gesteigerte Möglichkeit autarker Versorgung die tatsächliche Wirtschaftspolitik entscheidend beeinflußt oder ob jene Erwägungen die Oberhand behalten, die die Notwendigkeit weltwirtschaftlicher Zusammenarbeit betonen.

In der Kritik von Autarkie wird ferners darauf verwiesen, daß, wenn auch die Annahme eines nicht nur krisenmäßig schrumpfenden Welthandels richtig wäre, solche Tendenzen nicht durch eigene Maßnahmen, durch Rückzug aus dem Welthandel verschärft und beschleunigt werden dürfen. Diese Auffassung ist m. E. durchaus zutreffend. Denn wie aus dem früher Gesagten hervorgeht, ist zwischen potentieller Autarkie und effektiver autarker Politik zu unterscheiden. Wie die Tatsache, daß ein Staat zum Kriege gerüstet ist, im allgemeinen — auch nicht vom taktischen Standpunkte aus — die Führung eines Präventivkrieges rechtfertigt, ebensowenig darf die Tendenz zu wachsender potentieller Autarkie allein aktive autarke Politik auslösen.

7. Die Heilung der Krise durch Autarkie.

Die Kritik befaßt sich auch mit der von Autarkiefreunden aufgestellten Behauptung, daß Autarkie — durch Krisen — ausgelöst — ein Mittel sei, der Krise wirksam zu begegnen. Hiebei gehen die autarkiefreundlich eingestellten Kreise offenbar von der Erwägung aus, daß die bisherigen Versuche, die Weltwirtschaftskrise durch planvolles, einheitliches Zusammenwirken aller beteiligten Volkswirtschaften zu mildern, gescheitert seien und daß daher jeder Staat, jede Volkswirtschaft für sich den Kampf gegen die Krise aufnehmen müsse. Einen ähnlichen Gedanken hat Dr. Schacht anläßlich seiner Reise nach den Vereinigten Staaten von Amerika im Mai 1933 ausgesprochen, indem er sagte, daß die Krise durch gemeinschaftliche Zusammenarbeit aller bekämpft werden müsse, sonst führe die Entwicklung zwangsläufig zu Autarkie. Von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet, erweist sich Autarkie tatsächlich als letztes Mittel im Kampfe gegen die Krise.

Unabhängig hievon ist jedoch die Frage zu prüfen, ob Autarkie an und für sich tatsächlich ein geeignetes Mittel sei, die Folgen der Krise zu beheben und künftige Krisengefahren abzuschwächen. Diese Frage wird von der Kritik durchwegs verneint. Es wird insbesonders darauf verwiesen, daß Autarkie zu den bisherigen Methoden der Krisenbekämpfung, die wesentlich im Aufsuchen neuer Märkte und in der intensiveren Pflege alter Märkte bestanden haben, in direktem Gegensatz stehe. So betont u. a. Hermberg, daß Weltkrise, Reparationen und Kriegsschulden als Angriffsakt gegen die weltwirtschaftlichen Zusammenhänge und die weltwirtschaftliche Solidarität ursächlich zu bekämpfen seien, dann sei auch Autarkie als politisches Instrument entbehrlich. Es müsse hiebei auch berücksichtigt werden, daß Autarkie nicht das weltwirtschaftliche Vertrauen hebe und schon deshalb nicht geeignet sei, der Krise, die ja überwiegend eine Vertrauenskrise sei, beizukommen.

Gerloff[137]) lehnt Autarkie als Krisenheilungsmittel mit der Bemerkung ab, daß „Autarkie als geschlossene Wirtschaft eine Gewähr für die Stetigkeit der Produktion überhaupt nicht oder nur zu einem Preise bieten könne, der nicht minder schwer sei als die Opfer, die der technische Fortschritt heische." Er bekämpft insbesonders die Auffassung, daß Autarkie als Befreiung vom Export-Industrialismus und als System der Reagrarisierung die Überwindung der Krise bedeute. Die Unrichtigkeit dieser Annahme ergebe sich schon daraus, daß die Rohstoffländer fast noch mehr als die Industrie-

länder von der Krise ergriffen worden seien. Autarkie tauge aber auch deshalb nicht als Krisenbekämpfungsmittel, da die Krise wesentlich durch Ausgleichsschwierigkeiten bedingt sei, auf dem engen Raume autarker Binnenwirtschaft aber ein Ausgleich viel schwerer gefunden werden könne als im weiten Weltwirtschaftsraume. *Eucken*[138]) fügt noch ergänzend hinzu, daß die Einengung des Wirtschafts- und dadurch des Ausgleichsgebietes bei Mißernten sich besonders fühlbar machen würde, während heute „Miß- und Füllernten in den einzelnen Ländern vom internationalen Agrarmarkte" einigermaßen ausgeglichen werden. „Die Preise der Agrarprodukte müßten so starken jährlichen Schwankungen ausgesetzt sein, wie wir sie heute nicht kennen, wie sie jedoch in früheren Zeiten mit ihren engen Agrarmärkten dauernd auftraten." Der Industrie fehle aber der durch den Export gebotene Ausgleich bei Stockungen des Inlandsabsatzes. Autarkie sei daher nicht in der Lage, Krisen zu heilen. Im Gegenteil, die Wirtschaft werde durch Autarkie nur krisenempfindlicher.

Im wesentlichen ist diesen Ausführungen zuzustimmen. Die Einengung des Wirtschaftsraumes steigert im allgemeinen seine Krisenempfindlichkeit. Zu bedenken ist allerdings, daß Autarkie an Stelle des Ausgleiches im Weltwirtschaftsraume den Produktionsausgleich im nationalen Raume durch eine entsprechende Ausgestaltung der Binnenwirtschaft anstrebt. Die Sicherung des wirtschaftlichen Kreislaufes soll innerhalb eines bestimmten Gebietes durch Proportionalität und wechselseitige Abstimmung der einzelnen Wirtschaftszweige erzielt werden. Allerdings schließt dieses vom Prinzip weltwirtschaftlicher Arbeitsteilung abweichende System den Verzicht auf das Höchstmaß weltwirtschaftlicher Ertragssteigerung in sich, ohne — man denke insbesonders an Mißernten — Krisen völlig ausschließen zu können, die dann auf dem engeren Raum natürlich schwerer auszugleichen sind[139]).

8. Die Möglichkeit autarker Wirtschaftsgestaltung.

In besonders ausführlicher Weise befassen sich die Kritiker von Autarkie mit der Möglichkeit autarker Gestaltung der Wirtschaft. Vor allem wird bestritten, daß in größerem, das Wirtschaftsbild in autarkem Sinne beeinflussenden Maße Einschränkungen der Einfuhr möglich sind, ohne die Wirtschaftslage auf das schwerste zu gefährden. Die Erörterung aller einschlägigen Fragen kann natürlich nicht losgelöst von bestimmten wirtschaftlichen Einzelerscheinungen erfolgen und wird entsprechend der überwiegenden Herkunft

autarker Literatur unter besonderer Berücksichtigung reichsdeutscher Verhältnisse beantwortet. Diese primär für Deutschland gültigen statistischen Feststellungen haben jedoch auch für andere Staaten mit ähnlicher weltwirtschaftlicher Verbundenheit weitgehende Beweiskraft und sind unter Berücksichtigung der gegebenen Strukturunterschiede auch für Volkswirtschaften anderen Aufbaues grundsätzlich verwendbar.

Besonders aufschlußreich ist in dieser Hinsicht eine von Grävell verfaßte Broschüre[140]). Vor allem behandelt Grävell die Frage, inwieferne die deutsche Einfuhr überhaupt abgebaut werden könne.

Grävell beginnt seine Untersuchungen mit der Zergliederung der deutschen Einfuhr im Jahre 1931. Diese verteilte sich in diesem Zeitabschnitte zu 40% auf Nahrungs- und Genußmittel, zu 42% auf Rohstoffe und Halbfabrikate und zu 18% auf Fertigwaren, wobei unter Fertigwaren zum Teil auch Halbfabrikate verzeichnet werden.

Um die Entbehrlichkeit der Einfuhr zu untersuchen, wird diese nach ihrer Wichtigkeit für die Bedürfnisversorgung in drei Gruppen geteilt:

1. reine Luxuskonsumwaren;
2. Waren, deren Einfuhr vielleicht als überflüssig erscheinen mag, die aber kaum gehemmt werden kann (im wesentlichen alle Genußmittel) und
3. Waren, auf deren Einfuhr nicht verzichtet werden kann, — das sind in erster Linie alle einfachen Lebensmittel und alle industriellen Rohstoffe.

Von Bedeutung ist die Feststellung, daß das Problem der Entbehrlichkeit und Notwendigkeit einer Ware nicht nur ein quantitatives ist (Fried untersucht bekanntlich in seinem Buche „Autarkie" die Einfuhr irrigerweise nur nach diesem Gesichtspunkte); nach Grävell ist vielmehr „wichtiger die qualitative, am wichtigsten aber vielleicht die kostenmäßige Seite der Einfuhr."

Grävell gelangt zu dem Ergebnis, daß im Jahre 1931 sich für Deutschland eine unter gewissen Voraussetzungen entbehrliche Einfuhr von 1138 Millionen RM. oder 16.9% der Gesamteinfuhr (1930 — 15.2%) ergibt. Für das Jahr 1932 errechnet er, gemessen an den Ziffern von 1931, eine Gesamtersparnis bei der Einfuhr von rund 450 Millionen RM., von der 120 Millionen RM. auf Luxuslebensmittel und Getränke, 150 Millionen RM. auf Genußmittel und 180 Millionen RM. auf gewerbliche Luxuskonsumgüter entfallen. Hiebei ist jedoch noch zu berücksichtigen, daß die „entbehrliche" Einfuhr, also jene

an „Luxusgütern und Genußmitteln" — 371 Millionen RM. + 767 Millionen RM. = 1.138 Millionen RM. — und die Ausfuhr in diesen Waren — Luxusgüter 932 Millionen RM., Genußmittel 59 Millionen RM. = 991 Millionen RM. — fast ausgeglichen ist.

Dadurch würde die vom Standpunkte der Konsumnotwendigkeit entbehrliche Einfuhr 6.7% der Gesamteinfuhr betragen. Die übrige Einfuhr in der Höhe von 6.28 Milliarden RM., bzw. 5.9 Milliarden RM. — nach Ausscheidung eines Betrages von 400 Millionen RM. für Rohstoffe, die ohne Verarbeitung im Inlande wieder ausgeführt werden, — sei unentbehrlich. Grävell verweist selbst darauf, daß diese auf die wertmäßige Einfuhr abgestellten Ziffern im Falle einer Konjunktur durch Steigerung der Werte für die Lebensmitteleinfuhr eine Erhöhung erfahren. Über die Grundlage dieser Berechnungen, die dagegen möglichen und vom Verfasser selbst entkräfteten Einwände sei auf die Broschüre verwiesen; erwähnt sei nur, daß Grävell für diese Berechnung den Vorbehalt macht, daß sie nur für die nächste Gegenwart Geltung habe. Für die Zukunft könne — infolge der Möglichkeit weiterer Steigerung landwirtschaftlicher Produktion — auch mit größeren Beschränkungen der Lebensmitteleinfuhr gerechnet werden.

Es ist von Interesse, daß diese Annahme auch die Zustimmung Lederers findet: „Wir können durchaus mit steigenden Produktionsmöglichkeiten (allerdings vermutlich bei steigenden Kosten) rechnen." Lederer bemerkt hiebei: „Alle Tendenzen zur Verbesserung und Vermehrung der Agrarerzeugung, soweit sie durch Erziehung des landwirtschaftlichen Nachwuchses und durch Verfeinerung der Produktionsmethoden erzielt werden, sind zu begrüßen und — wie die Entfaltung der heimischen Produktivkräfte überhaupt — die wichtigste Aufgabe der inneren Wirtschaftspolitik[141])."

Die Berechnungen Grävell's weichen in ihren Endziffern sehr stark von den Fried'schen Annahmen ab. Fried beziffert den Wert der deutschen Einfuhr bei Umrechnung der angesetzten Kontingente auf die gegenwärtigen Preise mit 3 Milliarden RM.[142]). In dieser eine Spezialuntersuchung erfordernden Frage können nicht Einzelheiten berücksichtigt werden; es sei daher nur die Feststellung gemacht, daß die von Grävell, einem der berufensten Fachleute Deutschlands, auf Grund unmittelbarer amtlicher Ziffern angestellten Berechnungen eine weitere Schrumpfung des Wirtschaftslebens nicht in Rechnung stellten. Wie Grävell erwähnt, konnte dies auch gar nicht geschehen, da „niemand, selbst wenn er der begeistertste Anhänger einer starken Einfuhrbeschränkung ist, die fortschreitende Lahmlegung der Wirtschaft als erwünscht und daher erstrebenswert ansehen wird."

Die Kritik autarker Politik knüpft ferner an den innern Widerspruch autarker Ziele und an die Problematik autarker Methoden an. Dieser Widerspruch bestehe darin, daß die autarke Politik unserer Tage, der Ungenauigkeit, Unklarheit und mangelnde Systematik vorgeworfen wird, zwar eine weitgehende Einschränkung der Einfuhr anstrebe, ohne jedoch auch in gleichem Umfange auf die Ausfuhr verzichten zu wollen. Zwischen Ein- und Ausfuhr bestehe aber ein derart inniger Zusammenhang, daß Maßnahmen, die sich gegen die Einfuhr richten, auch die Ausfuhr treffen[143]). Es sei daher ein einseitiger Verzicht auf die Einfuhr praktisch nicht möglich[144]). Tatsächlich hätten auch alle Aufschwungsperioden Deutschlands eine starke Erhöhung der Einfuhr gezeigt, so die Zeit von 1887—1890, von 1895—1900, von 1903—1907; ein ähnlicher Verlauf habe sich auch in der Nachkriegskonjunktur ergeben.

Dieser handelspolitische Zusammenhang sei durch folgende Überlegung verdeutlicht. Eine gesteigerte Einfuhr von Rohstoffen und Halbfabrikaten führt zu erhöhter Produktion; diese bietet die technische Grundlage gesteigerter Ausfuhr; der ökonomische Zwang hiezu besteht in der Verpflichtung, die Einfuhr zu bezahlen. Die Ausfuhrgewinne bilden, soferne sie nicht als Anleihen im Auslande stehen bleiben oder zur Abstattung von Schulden dienen, in der Regel die Grundlage neuer Einfuhr und zwar nicht nur im unmittelbaren Austausch, sondern vielfach im Dreiecksverkehr und Ringtausch[145]). Auf diese Weise ist zwischen Ein- und Ausfuhr eine so enge Verfilzung entstanden, daß ein isolierendes Herausheben einer von diesen Komponenten des Außenhandels kaum möglich ist. Dieser Zusammenhang wird noch dadurch klarer, wenn man — wie dies vielfach in der kritischen Autarkieliteratur geschehen ist — die Außenhandelsbeziehungen bewußt primitiv konstruiert und sie unter Ausschaltung der das Bild verwischenden Geldbeziehungen in der Form eines gegenseitigen Warenaustausches darstellt. Praktische Anschauungsbeispiele hiefür bieten gerade in der gegenwärtigen Zeit die Warenkompensationsgeschäfte. Dabei zeigt sich mit voller Deutlichkeit, daß in letzter Linie die Einfuhr durch die Ausfuhr bezahlt wird, sodaß also die Einfuhr nicht die heimische Tätigkeit durch Einschaltung ausländischer Konkurrenz lahmlegt, sondern heimischer Ausfuhrerzeugung neue Betätigung ermöglicht. Grävell prägt hiefür den Satz: „Die Einfuhr ermöglicht also die Ausfuhr und der Konsum der Einfuhrware ist in diesem Falle mittelbarer Konsum von Inlandware[146]).”

Für Bestrebungen, die auf Vollautarkie gerichtet sind, bietet natürlich dieser Zusammenhang kein Gegenargument, sondern ein erwünschtes Mittel, die weltwirtschaftlichen Verbindungen sowohl nach der Ein- wie nach der Ausfuhrseite rascher und wirkungsvoller abzubauen. Wenn jedoch nur Teilautarkie angestrebt wird, muß diese Beziehung den Gegenstand ernster Überlegung bilden; hiebei ist im einzelnen Falle der Bestand dieses Zusammenhanges zwischen Ein- und Ausfuhr zu prüfen und sodann zu untersuchen, ob und inwieweit die Struktur der Volkswirtschaft eine Rückbildung der Ausfuhr und der für die Ausfuhr tätigen Betriebe und Personen zuläßt. Hiebei ist auch festzustellen, welche Rückwirkungen sich aus einer Verdrängung der Exportindustrie und des Exporthandels für die Gesamtwirtschaft, insbesonders für die Binnenwirtschaft ergeben.

Vor allem darf aber nicht übersehen werden, daß eine planmäßig durch staatliche Eingriffe bewirkte Einfuhrbeschränkung sofortige, die eigene Ausfuhr auf das schwerste schädigende Gegenmaßnahmen der betroffenen Exportländer zur Folge hätte. Dies würde vielfach auch dann der Fall sein, wenn Einfuhr gedrosselt wird, die für das Einfuhrland entbehrlich erscheint, für das Lieferland hingegen eine unentbehrliche Ausfuhr bedeutet. Man vergegenwärtige sich gerade die Bedeutung der Luxuswarenausfuhr im Rahmen der französischen, der österreichischen, nicht zuletzt aber auch im Rahmen der deutschen Volkswirtschaft, die nicht weniger als für 996 Millionen RM. Luxusgüter im Jahre 1931 exportiert hat.

Gerade der deutschen Ausfuhr könnte aber das Ausland[147]) umso leichter Schwierigkeiten bereiten, da die deutschen Ausfuhrwaren vom ausländischen Importlande zum Teil selbst hergestellt, zum Teil von dritten mit Deutschland konkurrierenden Staaten bezogen werden können; die deutsche unentbehrliche Einfuhr hingegen besteht zu einem erheblichen Teile aus Rohstoffen, Halbfabrikaten und Waren, die in Deutschland nicht hergestellt werden können.

Die Beantwortung der Frage nach der Umstellung von Ausfuhr auf Binnenmarktversorgung hängt natürlich vom Aufbau jeder Volkswirtschaft ab; sie kann daher im einzelnen Falle nur nach genauer Analyse der einschlägigen Verhältnisse erfolgen. Immerhin lassen die Verhältnisse in der einen Volkswirtschaft einen Rückschluß zu, welche Wirkungen eine Einschränkung der Ausfuhr in den anderen Volkswirtschaften auslösen würde. Hier interessiert vor allem der Typus der vorwiegend auf gewerbliche und industrielle Erzeugung, also auf Veredelung eingestellten Volkswirtschaft, die ja in Mittel-

und Westeuropa vorherrscht. Als besonders kennzeichnendes Beispiel kann die deutsche Volkswirtschaft herangezogen werden, für die in der Folge einige, die Sachlage in dieser Richtung kennzeichnende statistische Daten angeführt werden.

So verweist *Kapferer*[148]) darauf, daß „die Preisgabe des deutschen Exportes den Verzicht auf Absatzgebiete für eine Produktion bedeute, die dem 5. Teil der deutschen Bevölkerung Unterhalt gebe. In dem Maße, wie der Export schwinde, verliere der Binnenmarkt an Kaufkraft bei dieser Bevölkerung." Diese Gedankengänge finden sich auch bei anderen Kritikern von Autarkie, zum Teil auch durch eingehende statistische Daten belegt.

Brandt[149]) betont in Anlehnung an den bekannten Ausspruch von *Caprivi*, daß für ein Land wie Deutschland, solle der Lebensstandard nicht auf dem Wege über soziale Fürsorge und Krisenbesteuerung gesenkt werden, nur zwei Wege offen stünden, jener des E x p o r t e s von G ü t e r n oder von M e n s c h e n. Das Ventil der Auswanderung habe während früherer Krisen in Deutschland den Wirtschaftsdruck stark vermindert. Deutschland habe zeitweilig bis zu 150.000 der besten Menschen alljährlich ins Ausland geschickt. Mit vollem Rechte bemerkt Brandt, daß diese Möglichkeit, die heute infolge der fast überall bestehenden Einwanderungsverbote kaum mehr in Frage komme, einen sehr schmerzlichen Aderlaß bedeute, da erfahrungsgemäß durch Auswanderung gerade die besten und tüchtigsten Menschen der eigenen Wirtschaft entzogen werden. So bleibe nur die zwingende Notwendigkeit des Güterexportes übrig, die er insbesondere vom Standpunkt der sicher wünschenswerten und auch von ihm sehr betonten Intensivierung landwirtschaftlicher Arbeit untersucht. Er verweist hiebei darauf, daß **das mögliche Produktionsvolumen der Landwirtschaft in hohem Maße durch die Kaufkraft der städtischen Bevölkerung gegeben sei.** „Es könnten daher umsomehr landwirtschaftliche Betriebe prosperieren und umsomehr neue bäuerliche Betriebe mit Erfolg angesetzt werden, je mehr Kaufkraft dem Binnenmarkte auf dem Wege über den Export von Arbeitsprodukten aus der Industrie- oder auch aus der Agrarsphäre zugeführt werden." „Jeder ausgeschaltete Exportarbeiter koste mehreren deutschen Bauern die Existenz. Jeder Pfennig im Auslande verdienten Geldes verbreitere die Wirtschaftsbasis für die bäuerliche Struktur und damit auch für eine auf die Kaufkraft der Landwirtschaft angewiesene heimische Industrie."

Im Gegensatze zu dieser von Brandt vertretenen Idee der K a u f k r a f t s t e i g e r u n g durch Export wird allerdings des öfteren auch darauf verwiesen, daß durch die A b r i e g e l u n g d e r E i n f u h r

von Agrarerzeugnissen das Produktions- und Absatzvolumen der Landwirtschaft und dadurch auch ihre Kaufkraft für industrielle Erzeugnisse sich erhöhe; die heimische Industrie, die an erhöhter landwirtschaftlicher Kaufkraft nur gewinnen könne, sei infolgedessen an Agrar-Autarkie interessiert; überdies sei der Binnenmarkt leichter zu bearbeiten und sicherer als der Außenmarkt.

Brandt lehnt aber Kaufkraftsteigerung durch Agrarautarkie ab; denn dies bedeute „die Verteuerung der unvermeidlichen Lebensmittel, somit die Verringerung der Kaufkraft der städtischen Bevölkerung und die Schrumpfung des Marktes für Veredelungsprodukte."

Gegen diese schlüssige Folgerung ist wohl nichts einzuwenden. Es wäre nur noch ergänzend die vielfach gemachte Feststellung hinzuzufügen, daß Agrarautarkie — den verhältnismäßig nicht häufigen Fall einer Kostensenkung durch Erhöhung des Produktionsumfanges ausgenommen — im wesentlichen keine Erhöhung, sondern nur eine Verschiebung, ja in jenen Fällen, in denen die eigene Versorgung nur bei steigenden Kosten und Preisen möglich ist, eine Schwächung von Kaufkraft bedeute. Der Sinn von Agrar-Autarkie besteht ja hauptsächlich darin, durch Ausschaltung billiger ausländischer Zufuhren bisher erträgnislose oder erträgnisarme landwirtschaftliche Produktionen ertragsfähig zu machen und sie auf diese Weise zur Befriedigung des bisher durch ausländische Zufuhren gedeckten Inlandsbedarfes heranzuziehen. In vielen Fällen wird dies nur bei steigenden Preisen möglich sein, die von den Abnehmern landwirtschaftlicher Erzeugnisse, soferne nicht ihre sonstige Versorgung und mit ihr die auf die Deckung dieser Versorgung eingestellte Erzeugung leiden soll, nur bei entsprechender Kaufkraftsteigerung bezahlt werden können. Eine Möglichkeit zu einer derartigen Kaufkraftsteigerung bietet aber, insbesondere durch bessere Ausnützung der Anlagen, der Export.

Daraus ergibt sich, daß gerade der Weg zu der so wünschenswerten Steigerung landwirtschaftlicher Produktion nicht vom Export weg, sondern über den Export führt und daß bei dem nachgewiesenen engen Zusammenhang zwischen Ein- und Ausfuhr auch die Landwirtschaft nicht primär und grundsätzlich an einer Drosselung der Einfuhr interessiert ist. Es zeigt sich dadurch auch, daß eigentlich keine entscheidenden grundsätzlichen Gegensätze zwischen Binnenmarkt und Außenmarkt bestehen, sondern die Gegensätze, die sich im Laufe der Entwicklung bilden können und auch gebildet haben, quantitativer und nicht qualitativer Art sind. Die Parole kann also nicht lauten

„Binnenmarkt oder Außenmarkt", sondern Binnenmarkt und Außenmarkt" und die oft sehr schwer zu lösende Frage geht im wesentlichen nur um das Mischungsverhältnis beider Märkte, um deren Anteilsquote.

Eine ähnliche Auffassung vertritt auch Pahl[150]). Seiner Ansicht nach bedeutet die Ausweitung des Marktraumes nicht den Verzicht auf Binnenwirtschaft. In positiver Fassung findet sich dieser Gedanke bei Werner Sombart: „Um dem inneren Markte seine zunehmende Bedeutung zu sichern, muß der auswärtige Handel an Ausdehnung gewinnen[151])."

Ähnlich auch Gerloff[152]): „Es gibt zudem überhaupt keine Pflege des Außenhandels, deren Zweck nicht die Stärkung des Innenmarktes ist."

Auch Grävell[153]) vertritt den Standpunkt, daß Binnenmarkt und Außenmarkt durchaus gleichberechtigt nebeneinander stehen. Dabei kann man Grävell nicht den Vorwurf machen, daß er die Bedeutung des Binnenmarktes verkenne; denn er schreibt ausdrücklich, daß „jede vernünftige Wirtschaftspolitik von der Tatsache ausgehen müsse, daß der Binnenmarkt in einem kaum mehr überwiegbaren Umfange darniederliege. Und außerdem könne ja nicht daran vorbeigegangen werden, daß der Binnenmarkt umfangreicher sei als der Außenmarkt. Es dürfe aber über dem quantitativen Überwiegen der Störungen auf dem Binnenmarkte nicht übersehen werden, daß eine Hebung des Binnenmarktes ohne Pflege der Weltmarktbeziehungen auf die Dauer nicht von Erfolg begleitet sein könne. Dazu seien — jedenfalls für die deutsche Wirtschaft — die Wechselbeziehungen zwischen Produktion, Lebenshaltung und Außenhandel zu umfangreich und zu sehr zwangsläufig."

Für die Beurteilung aller mit der Ausfuhr zusammenhängenden Fragen ist es von Wichtigkeit, ein klares Bild von der Bedeutung der Ausfuhr zu gewinnen. Anhaltspunkte hiefür bietet die Untersuchung, wieviele Menschen tatsächlich von der Ausfuhr leben, bzw. wie hoch die Anteile der Ausfuhr an der Gesamtproduktion einer Volkswirtschaft seien. *Gothein*[154]) gelangt (nach dem Stande vom Februar 1931) zu dem Ergebnis, daß es in Industrie, Handwerk, Handel und Verkehr einschließlich der Erwerbslosen ungefähr 20 Millionen Erwerbstätige gebe; hievon nimmt er — wie er selber sagt — in zu optimistischer Weise 17 Millionen Erwerbstätige an — in Wirklichkeit sind es kaum 15 Millionen — und errechnet dann, daß damals 13.5 Millionen Menschen von der Ausfuhr gelebt hätten; unter Hinzurechnung jener Personen, die für den Lebensunterhalt dieser Gruppe

arbeiten müßten, ermittelt er den Anteil der von der Ausfuhr lebenden Menschen mit $^1/_3$ der Gesamtbevölkerung.

Grävell[155]) bringt auf Grund späteren Erhebungsmaterials folgende, die deutsche Ausfuhr illustrierende Ziffern:

Die Ausfuhr des Jahres 1931 in der Höhe von 9.6 Milliarden RM. habe 17 % des gesamten für dieses Jahr mit rund 56 Milliarden RM. angenommenen Volkseinkommens betragen. Für den Export seien 3.6 Millionen oder 12% der Gesamtzahl der tatsächlich Beschäftigten tätig gewesen. Dies würde eine Beschäftigtenziffer von 30 Millionen ergeben, während z. B. bei Lehmann „Autarkie und Währung" die Gesamtzahl der Erwerbstätigen auch für das Jahr 1931 mit 15 Millionen angenommen wird, eine Ziffer, die sich im übrigen auch nach Abzug der Erwerbslosenziffer mit der oben von Gothein angegebenen Zahl ungefähr deckt.

Aber auch die von Grävell angeführte Ziffer ergibt die außerordentlich große Bedeutung der deutschen Ausfuhr für die deutsche Gesamtwirtschaft. Grävell stellt fest, daß nach Ausschaltung der von der Konjunktur gar nicht oder nur wenig beeinflußbaren Teile des Arbeitsmarktes, das sind die Verwaltung, das Gesundheitswesen und die Landwirtschaft, „als konjunkturempfindliche Teile des Arbeitsmarktes noch 17.4 Millionen Beschäftigte verbleiben, sodaß sich — bezogen auf diese Zahl — für die Ausfuhrbeschäftigung ein Anteil von über 20% ergebe. Noch viel kennzeichnender für die Bedeutung der Ausfuhr im Rahmen der deutschen Wirtschaft ist die Berechnung Grävells, derzufolge 25% der gesamten Güter-Nettoproduktion auf die Ausfuhr entfallen und 38% der industriellen Nettoproduktion der Ausfuhr dienen. Wenn man von der Nettogesamtproduktion des Jahres 1931 den vom landwirtschaftlichen Eigenbedarf aufgenommenen Anteil von 3 Milliarden abzweige, erhöhe sich der Anteil der Ausfuhr an der deutschen Gesamtproduktion auf 28%. Es müsse aber noch in Betracht gezogen werden, daß sich die Ausfuhrwarenerzeugung über den gesamten vorhandenen Produktionsapparat erstrecke. In diesem Sinne sei fast die ganze Industrie auf Ausfuhr eingestellt; durchschnittlich 38% ihres Produktionsapparates habe im Jahre 1931 für die Ausfuhr gearbeitet.

Angesichts dieser Ziffern erscheint es von vornherein sehr zweifelhaft, ob die Ausfuhr durch den Binnenmarkt ersetzt werden kann. Angenommen, daß dieses Ziel erreichbar wäre, würde — wie in der Kritik von Autarkie allenthalben hervorgehoben wird — eine Umstellung von derartiger Größe erforderlich sein, daß deren Auswirkungen die gegenwärtige Krise weitaus in den Schatten stellen

würden. Auf diese Schwierigkeiten und Reibungen hinsichtlich der Umstellung des industriellen Apparates verweist z. B. Menten[156]). Gothein[157]) betont, daß es durch eine radikale Umstellung auf landwirtschaftliche Erzeugung wohl möglich sein müßte, einschließlich der Angehörigen 3—400.000 Menschen mehr in der Landwirtschaft zu beschäftigen, daß aber dafür 1—2 Millionen Menschen weniger in Industrie, Handwerk und Handel ihr Brot finden könnten. Auf diese Weise könnte Autarkie auch nicht das Problem der Arbeitslosigkeit lösen, sondern die Lage am Arbeitsmarkte nur verschlechtern. Grävell[158]) behauptet, ,,daß durch Autarkie kein Arbeitsloser ökonomisch rationell beschäftigt werde, da der Ersatz der Einfuhr durch Inlandsproduktion infolge seiner Rückwirkungen auf die Ausfuhr im wesentlichen nur Verlagerungen der Beschäftigten, aber keine Erhöhung des Beschäftigungsgrades zur Folge habe.'' Die Umstellung des industriellen Apparates auf die Binnenwirtschaft würde vielfach zwangsläufig zur Folge haben, daß die bisher in der Industrie beschäftigten Arbeiter in der Landwirtschaft untergebracht werden müssen.

Zu dem hiemit in Zusammenhang stehenden Problem der Reagrarisierung bemerkt Lederer[159]): ,,Genau genommen bedeutet die Forderung der Reagrarisierung Wiederherstellung des Verhältnisses von städtischer und ländlicher Bevölkerung, wie es vor der Industrialisierung bestand.'' Dies würde eine Vermehrung der landwirtschaftlichen Bevölkerung um 40% ihres gegenwärtigen Bestandes bedeuten; es sei aber weder möglich, so viele Arbeiter in landwirtschaftlichen Beschäftigungen unterzubringen, noch die von ihnen erzeugten Produkte zu lohnenden Preisen am städtischen Markte abzusetzen. Eine solche Reagrarisierung schlage aber auch der deutschen Tradition ins Gesicht; die deutsche Wirtschaftspolitik habe sich aus guten Gründen für die Industrialisierung entschieden und sie wurde bei der raschen Steigerung der Bevölkerung und bei den günstigen Vorbedingungen für die Schaffung einer Industrie auf die Bahnen der städtisch-industriellen Entwicklung getrieben.

Diese Ausführung steht allerdings in einem gewissen Widerspruch zu jenen Darlegungen des gleichen Vortrages, in denen sich Lederer für die Ausgestaltung der Landwirtschaft ausspricht und betont, daß die Gegnerschaft zu Autarkie nicht gleichbedeutend sei mit der Ablehnung landwirtschaftlicher Entwicklung. Denn die von Lederer als bewußtes Schicksal bezeichnete Industrialisierung hat, wenn auch nicht in dem Ausmaße, wie dies in dem freihändlerisch eingestellten England der Fall war, die landwirtschaftliche Entwicklung zurück-

gedrängt und jene Probleme aufgeworfen, die jetzt — und wie mir scheint mit Recht — zur Forderung stärkerer Berücksichtigung der landwirtschaftlichen Erzeugung geführt haben.

Gegen die Reagrarisierung werden von Lederer auch aus markttechnischen Erwägungen Einwendungen erhoben. Er betont unter Hinweis auf eine Arbeit von *Bramstädt*[160]), daß die Industriegebiete die vorwiegenden Absatzgebiete der Landwirtschaft sind, daß aber auch die Industriegebiete, in denen höhere Wertsummen erzeugt werden, infolge ihrer höheren Kaufkraft von den inländischen Industrieprodukten einen größeren Teil aufnehmen als die Agrargebiete. Wenn allerdings in diesem Zusammenhange auch die Feststellung gemacht wird, daß die Quote der Auslandszufuhren an Nahrungsmitteln in den Agrargebieten sogar höher sei als in den Industriegebieten und dies damit begründet wird, daß natürlich die Agrargebiete an inländischen Agrarprodukten weniger Zufuhr haben, so ist dies m. E. eine statistische Spielerei, die nicht den Kern der Sache trifft. Denn in einem auf landwirtschaftliche Selbstversorgung eingestellten Gebiete kann z. B. auch eine minimale Zufuhr von Reis bewirken, daß mangels anderer Zufuhren diese Reiszufuhr die einzige Anlieferung von Lebensmitteln darstellt; statistisch könnte dann eine 100%ige Auslandszufuhr an Nahrungsmitteln nachgewiesen werden. Aber auch ein Agrarpolitiker wie Brandt nimmt gegen eine zu weitgehende Agrarautarkie Stellung[161]) und behauptet daß die durch stete Steigerung des Agrarvolumens gewonnene Annäherung an die Selbstversorgung in Deutschland gegenwärtig nicht vorwiegend ökonomisch begründet sei, sondern daß nach dieser Richtung weitgehend eine durch Subventionen bedingte Übersteigerung landwirtschaftlicher Produktion vorliege. Ein Teil der Produktionskapazität sei nicht zu halten, weil sie nur auf Subventionen und immer erneuten Kapitalsfehlleitungen (diesbezüglich wird besonders auf den Großgrundbesitz im Osten verwiesen) aufbaue. Die Landwirtschaft solle die Konkurrenzfähigkeit mit dem Weltmarkte gewinnen. Es gebe viele agrarwirtschaftliche Erzeugnisse in Deutschland, die am Weltmarkte wettbewerbsfähig seien.

In der Kritik von Autarkie wird m. E. mit guten Gründen die Ansicht vertreten, daß es nicht möglich sei, über 20% der Bevölkerung von der Ausfuhr auf die Inlandserzeugung umzuschalten, da die inländische Kaufkraft nicht ausreiche, um die analoge Produktion aufzunehmen.

An einen vollständigen Ersatz des Außenhandels durch den Binnenmarkt denken allerdings auch die Autarkiefreunde nicht,

da sie, sich des Zusammenhanges zwischen Ein- und Ausfuhr bewußt, die Ausfuhr zur Bezahlung der auch nach ihren Berechnungen allerdings stark eingeschränkten Einfuhrmengen für notwendig erachten. Wenn die von Grävell errechneten, oben erwähnten Einfuhrziffern der Ermittlung der Ausfuhr zugrundegelegt werden, ergeben sich noch viel höhere Ausfuhrziffern, die — wie oben vermerkt — unter Berücksichtigung einer jährlichen Leistung von 1.5 Milliarden RM. zur Rückzahlung und Verzinsung privater Verpflichtungen mit einer Mindestsumme von 8.4 Milliarden Mark angenommen werden und damit nur um 1.2 Milliarden unter der tatsächlichen Ausfuhrziffer des Jahres 1931 liegen[162]).

Das Problem des Ersatzes der Ausfuhr durch Binnenabsatz reduziert sich somit sehr wesentlich und läuft eigentlich darauf hinaus, dem Binnenmarkte bewußt eine stärkere Pflege zuteil werden zu lassen, was ja durchaus begreiflich und begründet ist und vollkommen im Rahmen der gesamtwirtschaftlichen Interessen verläuft. Die Kritik von Autarkie anerkennt auch ausdrücklich die Bedeutung des Binnenmarktes; der Binnenmarkt habe im Rahmen der Gesamtwirtschaft eine sehr wichtige Funktion zu erfüllen, seine Pflege erweise sich als dringend geboten; nur sollten nicht die von den Autarkisten in Vorschlag gebrachten Wege beschritten werden, die nicht zum Ziele führen.

Der Absatz auf dem Binnenmarkte setzt allerdings eine gesteigerte Kaufkraft voraus; diese schafft jedoch nicht die Abriegelung vom Weltmarkte, sondern die stärkere Betonung und Ausnützung weltwirtschaftlicher Zusammenhänge und damit auch eine bewußte Pflege des Außenmarktes.

Dies ergibt sich auch aus der Erwägung, daß eine Einschränkung des Ausfuhranteiles zu einer Minderung des Produktionsumfanges vieler Industrien und dadurch auf dem Wege über die festen Kosten zu einer Erhöhung der Preise und folgerichtig auch zu einer Verminderung der Aufnahmsfähigkeit des Binnenmarktes führen müßte.

In diesem Zusammenhange ist noch zu beachten, daß durch die Ausfuhr der G e s a m t u m s a t z der Wirtschaft gesteigert werden kann und daß ein erhöhter Gesamtumsatz vermehrte Gewinne und damit wachsende Kaufkraft bringt. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß — nach dem oben dargelegten Mechanismus — im allgemeinen erhöhte Ausfuhr eine steigende Einfuhr bedingt und der Saldo der Handelsbilanz in der Regel keine wesentliche Änderung erfährt. Das Problem bekommt hiedurch vielmehr die von Grävell vermerkte Fassung, ob es zweckmäßiger sei, den durch die jeweilige

Lage der Wirtschaft bedingten Saldo der Handelsbilanz auf Grund eines größeren oder kleineren Gesamtumsatzes zu erwirtschaften. **Vom Standpunkte reiner Ertragssteigerung ist jedenfalls ein gesteigerter Außenhandelsumsatz vorzuziehen.** Allerdings darf — und dies soll auch an dieser Stelle betont werden — der Zusammenhang mit dem Binnenmarkte nicht übersehen werden; es wäre z. B. auch wirtschaftlich bedenklich, wenn der Außenhandelsumsatz ein Mehrfaches des Binnenhandelsumsatzes betragen würde, weil hiedurch eine zu starke Außenhandelsabhängigkeit der Wirtschaft begründet würde, die unter Umständen — und zwar nicht nur im Kriegsfalle, sondern auch im Falle krisenhafter Erschütterung der Wirtschaft — zu schweren Gefährdungen der betreffenden Volkswirtschaft führen könnte.

9. Autarkie und Unabhängigkeit.

Gegen die von Autarkiefreunden besonders betonte — eigentlich den Kernpunkt autarker Ziele und autarker Politik darstellende — Sicherung stärkerer wirtschaftlicher Unabhängigkeit werden von Autarkiekritikern gleichfalls Einwendungen vorgebracht; in diesen wird m. E. zum Teile mit vollem Rechte darauf verwiesen, daß die durch Autarkie errungene Unabhängigkeit für ein großes Volk, dessen Aufgabe es sei, sich in der Welt durchzusetzen, zu teuer erkauft werde. So vertritt Menten[163]) gegenüber dieser autarken Zielsetzung die Auffassung, daß Freiheit nicht — wie die Autarkisten es wollen — durch Rückzug aus der Welt gewonnen werden könne, sondern erkämpft werden müsse. Autarkie bedeute die Aufgabe des Kampfes um Weltgeltung und würde das Volk, das diese Idee in die Wirklichkeit umsetze, nicht nur aus der weltwirtschaftlichen, sondern auch aus der weltpolitischen Verflechtung ausschalten und ihm das Schicksal eines geschichtslosen Daseins bereiten.

Demuth[164]) verweist darauf, daß Deutschland nur einen Machtfaktor gegenüber der Welt in Rechnung stellen könne, das sei seine Wirtschaft, und dieser Machtfaktor wirke auf das Ausland nur, insoferne die deutsche Wirtschaft mit dem Ausland in Zusammenhang stehe.

Auch *Dr. Luther*[165]) wendet sich gegen die Unabhängigkeitsbestrebungen von Autarkie, die die bewußte und gewollte Herabsetzung der Lebenshaltung des deutschen Volkes und die Vernichtung vieler vorhandener Werte bedeute.

Lederer[166]) betont, daß „Europa immer ein Kontinent der Völkerindividualitäten gewesen sei, die sich gegenseitig brauchten.

Die ganze abendländische Kultur sei nur als Kultur Gesamteuropas entstanden und denkbar; der Gedanke der Autarkie sei ein chinesischer und kein deutscher Gedanke."

Röpke[167]) erklärt, daß Autarkie eine Politik der Abschließung und nicht eine nationale, d. h. eine auf die Gesamtwohlstandsförderung gerichtete Politik sei.

VII. Sinn von Autarkie.

1. Der Anteil von Struktur- und Konjunkturänderungen an der Bildung von Autarkie.

So große Meinungsverschiedenheiten auch über das Autarkieproblem bestehen, daß Autarkie nicht am Maßstabe strenger Wirtschaftlichkeit gemessen werden könne, ist meines Wissens von niemandem bestritten worden; auch von denjenigen nicht, die in Autarkie das Mittel erblicken, — losgelöst von den Bindungen der Weltwirtschaft — autonom und autoritativ die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Jetztzeit zu meistern. Da aber doch begreiflicherweise das Ziel aller Wirtschaft auf die Erlangung größter Erträge und auf die jeweils beste Bedürfnisbefriedigung der Menschen eingestellt ist, erscheint es auf den ersten Blick unbegreiflich, wieso Autarkie — mit diesem schweren wirtschaftlichen Makel behaftet — entstehen und sich behaupten konnte.

Und dennoch, so leicht sich Autarkie mit den Mitteln exakter Wirtschaftstheorie und mit den vielfachen Erfahrungen der Praxis widerlegen läßt, so schwer ist es, autarke Einstellungen zu bekämpfen und zu beseitigen.

In allen Autarkiedebatten wird diese Tatsache mit dem Hinweise auf die irrationalen, weltanschauungsmäßigen Hintergründe von Autarkie zu erklären versucht. Vom Standpunkte einer rein wirtschaftstheoretischen Untersuchung mag diese Analyse unter Hinweis auf das rational wirtschaftlich nicht mehr Erklärbare und daher vom Standpunkte reiner Wirtschaftlichkeit Unbegreifliche und Widersinnige an Autarkie genügen. Für die Probleme, die sich im praktischen Leben an Autarkie anknüpfen, reicht jedoch diese Feststellung nicht aus.

Es ergibt sich vielmehr die Frage, wieso es möglich sei, **daß der Weg der Minderung national-wirtschaftlichen Höchstertrages durch Autarkie beschritten werden kann, obwohl die liberale Wirtschaftstheorie in so klaren und in ihrer Schlüssigkeit so überzeugenden Beweisen das Gegenteil hievon als richtig bezeichnet.**

Diese Frage rührt an die große Kluft zwischen Theorie und Praxis des Wirtschaftslebens. Daß die wirtschaftstheoretischen Untersuchungen trotz ihrer inneren Geschlossenheit und ihres durchsichtigen, scharfsinnigen, in jahrzehntelangen Kontroversen ausgefeilten Aufbaues im praktischen Wirtschaftsleben vielfach nicht ihr Widerspiel finden, ist eine oft betonte Tatsache. Worin ist diese Erscheinung tatsächlich begründet? Der Hinweis auf die Tatsache, daß die Ergebnisse nationalökonomischer Forschung überwiegend auf deduktivem Wege durch Anwendung der isolierenden Methode in bewußt von der Wirklichkeit absehender Vereinfachung des sonst unüberblickbaren Tatbestandes gewonnen wurden, ist nicht ausreichend, wenn auch manche Gegensätze dadurch begreiflich werden.

Dobretsberger[168]) findet die Erklärung dieses Widerspruches darin, daß die Theorie dem Pendelschlag zwischen freier und gebundener Wirtschaft in seinen verschiedenen Spannungen: „Konkurrenz und Monopol, private und öffentliche Wirtschaft, Erwerbsfreiheit und Erwerbssicherung" nicht folge, sondern sich „allgemein gültig festlege. **Sie verallgemeinere die augenblicklichen Wirkungen einer Einrichtung, sie verurteile entweder die freie Konkurrenz für alle Zeiten als Wirtschaftsanarchie oder die gebundene Wirtschaft als Unwirtschaftlichkeit.**" Dies sei jedoch falsch. „Jedesmal, wenn sich der Pendelschlag der Konjunktur und damit die Wirkung der Freiheit und Bindung in das Gegenteil verkehre, müsse eine Umwertung der theoretischen Lehrsätze erfolgen, die sich in hartnäckigem Kampfe zwischen den Anwälten der alten und den Propheten der neuen Wirtschaftsordnung vollziehe. **Der Übergang sei gekennzeichnet durch die Krise der Nationalökonomie.**" Aus dieser Einstellung, die — wie Dobretsberger es nennt — zur Zweiwertigkeit der Wirtschaftserscheinungen führt, erfährt Autarkie natürlich auch eine andere Beurteilung als wenn an sie der Maßstab des strengen liberalen Wirtschaftssystemes gelegt wird. Dobretsberger erscheint Autarkie in den Pendelschlag der Konjunktur hineingestellt als das in der Depression zur Geltung kommende Streben nach möglichster Selbstversorgung, „um sich der Konkurrenz der niedrigeren Kosten in anderen Gebieten zu entziehen." Sie werde im Zeichen des Aufschwunges abgelöst von der wirtschaftlichen Expansion, der dann Autarkie „als wirtschaftswidriges, von politischen oder militärischen Interessen gestecktes Ziel" gelte. Diese Erklärung von Autarkie hat außerordentlich viel für sich. Sie ermöglicht auch eine einheitlichere Betrachtung der

gesamten Wirtschaftsprobleme und löst manche der jetzt zu beobachtenden und weder vom Standpunkte freier noch gebundener Wirtschaft in befriedigender Weise zu erklärenden Gegensätze und Unstimmigkeiten. Man könnte diese Auffassung vielleicht als den nationalökonomischen Ausdruck der Relativitätstheorie bezeichnen; einen Anhaltspunkt hiefür bietet auch eine Bemerkung von Dobretsberger, daß in dieser Theorie die Ablehnung der absoluten, ökonomischen oder sozialpolitischen Wertung, sei es der freien, sei es der gebundenen Wirtschaft liegt. Aber auch diese Erklärung gibt keine erschöpfende und voll befriedigende Antwort auf die oben gestellte Frage. M. E. betont Dobretsberger in zu ausschließlicher Weise den Gedanken der Konjunkturabhängigkeit der verschiedenen Wirtschaftsformen und damit auch der Konjunkturabhängigkeit von Autarkie.

Der Zusammenhang, den der Verfasser zwischen freier und gebundener Wirtschaft und dem Pendelschlag der Konjunktur konstruiert, ist m. E. nicht ein derart zwangsläufiger, daß der Konjunkturaufstieg von den Organisationsformen freier und der Konjunkturabstieg von jenen gebundener Wirtschaft begleitet und erfüllt sein muß. Dies gibt auch Dobretsberger ausdrücklich zu, indem er sagt, daß keineswegs in dem Zeichen des Aufschwunges zwangsläufig Konkurrenz und in jenem des Niederganges notwendig Monopole auftreten müßten. Dies hänge vielmehr von den jeweiligen Zielen der Wirtschaftsorganisatoren und von den Machtverhältnissen der auf Vormachtstellung bedachten Unternehmungen ab.

Tatsächlich erfährt aber die Konjunkturabhängigkeit der Organisationsformen der Wirtschaft eine beträchtliche Modifikation durch die innere Entwicklung der Wirtschaft, die das besondere Bild der Wirtschaft — ihre Struktur — zum Unterschied von den rein konjunkturmäßig bedingten Erscheinungen bestimmt. Wenn auch zuzugeben ist, daß der Unterschied zwischen Struktur und Konjunktur überwiegend in der verschiedenen Zeitdauer dieser Erscheinungen begründet ist, — denn auch die Struktur einer Wirtschaft erfährt, allerdings innerhalb längerer Intervalle, Veränderungen — so ist dieser Unterschied dennoch von Bedeutung, denn die Struktur einer Wirtschaft stellt die festen, nicht einen kurzfristigen Konjunkturwechsel unterworfenen Wirtschaftselemente dar, die auf die Organisation der Wirtschaft selbstredend einen maßgebenden Einfluß ausüben.

So wird z. B. die Struktur der modernen Volkswirtschaft durch zwei Entwicklungen bestimmt, die zwar nicht dem Konjunk-

turverlaufe entzogen sind, aber dennoch nicht jenen engen von Dobretsberger angenommenen Konjunkturzusammenhang aufweisen. Es sei diesbezüglich auf das Anwachsen des festen Kapitals und auf die fortschreitende Übernahme wirtschaftlicher Funktionen vor allem auf dem Gebiete des Verkehrswesens durch den Staat und die öffentliche Hand verwiesen. Ein Rückblick über die wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahrzehnte, die unabhängig von den verschiedenen Konjunkturphasen eine andauernde Strukturentwicklung und Strukturänderung der verschiedenen Volkswirtschaften nach diesen beiden Richtungen ergibt, bestätigt dies. Dadurch ist einem beträchtlichen Teile der Wirtschaft und ihres Kapitalaufbaues jene Elastizität und jene Anpassungsfähigkeit genommen worden, die für freie Wirtschaft als Voraussetzung weltwirtschaftlicher Arbeitsteilung typisch und unerläßlich ist. Aus den vielfachen Bindungen, die sich unabhängig vom Konjunkturverlauf für die Wirtschaft formten, büßte diese ihre innere Beweglichkeit ein, die eine Voraussetzung für das Spiel selbststeuernden Ausgleiches ist. Gleichzeitig wurde durch diese strukturellen, nicht konjunkturmäßig bedingten Veränderungen die Wirtschaft auf den Weg fortschreitender Bindung des Außenhandels und dadurch auch in die Richtung von Autarkie gedrängt.

Trotz dieser Einschränkung soll nicht in Abrede gestellt werden, daß Autarkie im hohem Maße konjunktur- und krisenbeeinflußt ist. Nur bestehen m. E. diese Zusammenhänge nicht in dem ausschließlich entscheidenden Maße, das Dobretsberger annimmt. Es ist sehr wohl denkbar, daß trotz Krise, trotz Niedergang der Konjunktur oder vielleicht gerade deshalb bewußt und mit starker Betonung weltwirtschaftlicher Zusammenarbeit auf stärkere weltwirtschaftliche Verflechtung hingearbeitet wird in der Erkenntnis, daß die Krise am besten auf diesem Wege überwunden werden kann. Die Geschichte der Krisen bietet auch hiefür Anhaltspunkte.

Welche Schwierigkeiten in dieser Richtung zu überwinden sind, haben die Kritiker der Weltwirtschaft klar — oft auch in akzentuierter Weise — zum Ausdruck gebracht. Ob die weltwirtschaftlichen Pessimisten Recht behalten oder ob jene, die mit Optimismus erfüllt an eine Wiederaufrichtung weltwirtschaftlicher Beziehungen glauben, die zukünftige Entwicklung richtig abschätzen, soll hier nicht untersucht werden. Nur eines sei betont: wenn die Entwicklung sich im Sinne der pessimistischen Voraussagen vollzieht und die weltwirtschaftlichen Beziehungen verkümmern, würde dies einen Verzicht

auf technische und wirtschaftliche Möglichkeiten bedeuten, an den kaum zu glauben ist. Kann man annehmen, daß in einer Zeit, in der die Produktivkräfte der Welt in ihrer Wirkung so außerordentlich gesteigert wurden und eine glänzende Verkehrstechnik auf der ganzen Erde Erzeugung und Verbrauch in nie geahnter Weise miteinander verbindet, die Menschen von diesen Möglichkeiten nicht den entsprechenden Gebrauch machen, sondern sich auf das Gebiet ihrer eigenen oder bestenfalls einiger benachbarter Volkswirtschaften beschränken?

Die außerordentliche Kraft dieser technischen Entwicklung, die großen Impulse, die von ihr auf das äußere Leben und die innere Einstellung der Menschen ausgehen, sowie der den Menschen angeborene Expansionsdrang lassen wohl die Annahme begründet erscheinen, daß sich wieder jene Kräfte regen werden, die zu starker weltwirtschaftlicher Arbeit führen.

2. Die Krise der Weltwirtschaft und die Vertiefung des Staatsgefühles.

Allerdings bedarf auch die Organisation des weltwirtschaftlichen Verkehres einer entsprechenden Ausgestaltung. Es genügt nicht nur der Wille zur weltwirtschaftlichen Zusammenarbeit; es bedarf auch entsprechender weltwirtschaftlicher Organisationen. Das gegenwärtige allenthalben rege Mißtrauen gegenüber der Weltwirtschaft ist nicht nur auf die allerdings reichlich vorhandenen politischen Spannungen und Gegensätze, sondern auch darauf zurückzuführen, daß die Nachkriegszeit und insbesonders die Periode der Weltwirtschaftskrise die außerordentliche Brüchigkeit des weltwirtschaftlichen Organisationsapparates gezeigt haben. Jede Art weltwirtschaftlicher Organisation wird zwar aus den bekannten und oft erörterten Gründen stets einen großen Teil von Problematik in sich schließen. Die Tatsache, daß hinter den weltwirtschaftlichen Organisationen kein einheitlicher Gesamtwille steht, der sich mit den notwendigen Machtmitteln durchsetzen kann, wird solange bestehen bleiben, als nicht ein Weltstaat die gesamte Weltwirtschaft in sich schließt.

Diese Problematik birgt natürlich immer Gefahren und Schwierigkeiten in sich, die den weltwirtschaftlichen Verkehr sehr nachteilig beeinflussen können. Diese Gefahren gewinnen gerade in Zeiten wirtschaftlicher Schwierigkeiten Bedeutung, da den unter solchen Verhältnissen naturnotwendig auftretenden Spannungen und Gegenströmungen keine ausgleichende, ordnende, autoritative Organisation gegenübersteht. Das weltwirtschaftliche Interesse, das sich als

das Interesse aller Volkswirtschaften an der Weltwirtschaft darstellt, kann sich nicht entsprechend durchsetzen, zumal in Krisenzeiten, wenn der Ertrag weltwirtschaftlicher Arbeit gefährdet und der weltwirtschaftliche Verteilungsmechanismus gestört ist. Die Schwierigkeit dieses Problems wird sofort klar, wenn das Beispiel loser, nur vom Ertragsprinzip beherrschter und auch in dieser Hinsicht durchaus nicht einheitlich gewerteter wirtschaftlicher Zusammenarbeit von der Weltwirtschaft auf die wirtschaftliche Verknüpfung innerhalb eines Staates übertragen und der Zwang zur Staatlichkeit, der diese wirtschaftliche Zusammenarbeit auf jeden Fall sicherstellt, ausgeschieden wird; trotz langjähriger, oft hundertjähriger wirtschaftlicher, staatlicher, völkischer und kultureller Verbundenheit würden auch hier manche wirtschaftlichen Zusammenhänge auseinanderbrechen und sich autarke Absonderungen vollziehen.

Solche autarke Tendenzen und Maßnahmen sind daher umso begreiflicher, wenn der Zwang zur Staatlichkeit fehlt. Diese Staatlichkeit kann im weltwirtschaftlichen Verkehre nur surrogiert, aber nie erreicht werden. Weltwirtschaftliche Organisationen des öffentlichen Rechtes und Weltwirtschaftsrecht werden, solange es keinen Weltstaat gibt, nie ihren Charakter paktierter Institutionen verlieren, sie können nie zu autonomen Einrichtungen werden. Ihre Ausgestaltung ist aber möglich und notwendig, damit die Weltwirtschaft wieder an Bedeutung gewinnt und jene bisher fehlende feste Untermauerung erhält, die die unerläßliche Voraussetzung für weltwirtschaftliche Differenzierung ist; **denn eine Verteilung der Produktionsfaktoren nach weltwirtschaftlichen Gesichtspunkten bedeutet vom Standpunkte der Volkswirtschaft aus immer eine Schwächung, die nur dann in Kauf genommen werden kann, wenn der hiedurch notwendig gewordene weltwirtschaftliche Güteraustausch in weitgehendem Maße gesichert ist.** Daß ein Moment der Unsicherheit immer verbleiben wird, muß, solange es keinen Weltstaat gibt, in Kauf genommen werden.

Die Wahrscheinlichkeit, daß solche Gefährdungen sich ergeben, wird durch den Bestand einer festgefügten weltwirtschaftlichen Organisation natürlich kleiner. **In dem Maße, in dem diese Gefahrenmomente sich verringern, mindert sich — rein wirtschaftlich betrachtet — die Tendenz und die Möglichkeit der Bildung von Autarkie.** Denn es erscheint dann vom wirtschaftlichen Standpunkte aus nicht zu verantworten, durch autarke Abschließung auf unleugbare und der technischen Entwicklung durchaus entsprechende Vorteile der Weltwirtschaft zu verzichten, ohne daß diese Maßnahmen durch

ein Versagen des weltwirtschaftlichen Ausgleiches oder eine Bedrohung weltwirtschaftlicher Zusammenhänge gerechtfertigt wären.

Im gegenwärtigen Zeitpunkte sind allerdings die Voraussetzungen für Autarkie in besonderem Maße gegeben. Die Zerrüttung weltwirtschaftlicher Zusammenhänge und die Minderung wirtschaftlicher Elastizität in den einzelnen Volkswirtschaften sind ein günstiger Nährboden für Autarkie. Damit sind aber noch nicht die Voraussetzungen für das Gelingen autarker Experimente gegeben. Die Beantwortung der Frage, inwieweit autarke Maßnahmen zu einem Erfolge führen, wird allerdings in hohem Maße davon abhängen, ob man den Maßstab der Ertragssicherung oder der Ertragssteigerung anlegt. Im praktischen Leben wird man beide Erwägungen miteinander verbinden, ja verbinden müssen, zumal vielfach allzu rücksichtslose Verfolgung der Ertragssteigerung die Ertragssicherung gefährdet, während umgekehrt das unbekümmerte ausschließliche Betonen von Ertragssicherung die Ertragssteigerung vollends verkümmern läßt.

Gegenwärtig allerdings stehen sich trotz aller auf Kongressen immer wieder betonten wirtschaftlichen Zusammenarbeit die einzelnen Volkswirtschaften schroff gegenüber. **Die Erkenntnis, daß die Interessen aller Volkswirtschaften in einmütiger weltwirtschaftlicher Zusammenarbeit am besten gewahrt werden, ist zum mindesten in der praktischen Wirtschaftspolitik noch nicht durchgedrungen.** Daß diese Erkenntnis sich durchringen wird, möchte ich aus den früher angegebenen Gründen nicht bezweifeln. Unsicher erscheint aber das Ausmaß, in dem sich diese internationale weltwirtschaftliche Zusammenarbeit durchsetzen wird[169]).

Der weltwirtschaftlichen Annäherung stehen allerdings jetzt noch starke Hemmungen gegenüber; diese sind großenteils außerwirtschaftlich begründet. Sie lassen sich im wesentlichen auf das gerade gegenwärtig stark ausgeprägte Bestreben der einzelnen Staaten nach völliger Unabhängigkeit und entschiedener Betonung der eigenen Staatlichkeit zurückführen.

„Autarkie" ist vielfach der wirtschaftliche Ausdruck für das Emporstreben dieser politischen Kräfte, die den Menschen erfassen und in die Polis — in den Staat — eingliedern wollen. Diese Kräfte wollen den Menschen im Staate einen starken Mittelpunkt und Halt für ihre geistigen und materiellen Bestrebungen schaffen; Kunst, Wissenschaft und Wirtschaft sollen nach dieser Auffassung in gleicher Weise im Staate eine Stätte höchster Pflege, aber auch starker Beeinflussung finden; **Autarkie ist daher auch der Reflex einer großen,**

den ganzen Staat erfassenden Bewegung, die den Menschen zum Staate heranführen will. Die politischen Geschehnisse der Jetztzeit finden in diesen Bestrebungen vielfach ihre Erklärung. **In hohem Maße spielt hiebei auch der Gedanke mit, die soziale Frage auf diese Weise zu lösen, die alten wechselseitigen Gegnerschaften zu beseitigen und die Interessengegensätze auf einer höheren Ebene des Dienstes am Volke, das sich mit dem Staate eins fühlen soll, auszugleichen.**

Es besteht kein Zweifel, daß hiedurch der staatliche Gedanke eine außerordentliche Vertiefung und Stärkung erfährt. In jeder Gemeinschaft — so auch im Staate — kommen z e n t r i f u g a l e und z e n t r i p e t a l e Kräfte zur Geltung. Das Bestreben nach Absonderung und jenes nach Zusammenfassung, das Bedürfnis, die Individualität des Einzelnen zur Geltung zu bringen, und der Gedanke, das Leben der Gesamtheit zu fördern, die den Ursprung und Nährboden bildet, auf dem jedes Einzelleben aufbaut, ringen miteinander; alle diese Bestrebungen sind nie ausgeglichen, sie verschieben sich andauernd in ihren wechselseitigen Beziehungen und entsprechen den fortwährend sich erneuernden Spannungen des Lebens.

3. Autarkie im Rahmen wirtschaftlicher Entwicklung.

Diese Entwicklung tritt zu den früher dargelegten rein wirtschaftlichen Motiven von Autarkie hinzu. Autarkie erscheint in diesem Zusammenhange als das B e k e n n t n i s, als die R ü c k k e h r d e r W i r t s c h a f t z u m S t a a t e, der Wirtschaft, die neben und zum Teil auch gegen den Staat ihr Dasein führte und die nunmehr in den staatlichen Bereich stärker eingegliedert werden soll. Hierin zeigt Autarkie besonders ihren starken politischen Zusammenhang und ihre starken politischen Bindungen. Man könnte — entwicklungsgeschichtlich — sagen, daß die Autarkie unserer Tage eine Phase darstellt, während welcher der Unterbau weltwirtschaftlicher Zusammenarbeit in den einzelnen Volkswirtschaften kräftiger ausgestaltet wird. In diesem Sinne ist Autarkie ein Rückschlag gegenüber dem Taumel früherer ungestümer weltwirtschaftlicher Expansion. Man hat aus dem Ablauf der wirtschaftlichen Ereignisse gelernt und erkannt, daß das rückhaltlose und unbedingte Vertrauen auf weltwirtschaftliche Zusammenarbeit zu schweren Schädigungen führen kann. **Die Folge der erlittenen Enttäuschungen und Verluste ist die starke Berücksichtigung volkswirtschaftlicher Proportion, insbesonders auch starker Pflege der Landwirtschaft und binnenwirtschaftlicher Zusammenhänge.** Das ist der tiefere und wohl auch bleibende Sinn der Propaganda für den Inlandabsatz. **Man wird aber die weltwirt-**

schaftlichen Zusammenhänge nicht vergessen dürfen und an den Ausbau weltwirtschaftlicher Organisationen schreiten müssen. Über diese Notwendigkeit kann auch die Vielheit schon bestehender Organisationen auf diesem Gebiete nicht hinwegtäuschen.

So ist anzunehmen, daß im Laufe der Entwicklung weltwirtschaftliche Einstellung und weltwirtschaftliche Tätigkeit wieder stärker zur Geltung kommen. In diesem Zusammenhange erscheint die jetzige Autarkiewelle als eine Entwicklungsphase der Weltwirtschaft. Es darf ja nicht wundernehmen, daß so weit ausgreifende und das Leben der Völker in so hohem Maße beeinflussende Entwicklungen — wie der Aufbau und Ausbau der Weltwirtschaft — nicht geradlinig verlaufen, sondern Rückschläge aufweisen. Solche Rückschläge sind aber auch vielfach der Prüfstein für den Wert wirtschaftlicher Einrichtungen. In solchen Zeiten zeigen sich deutlich die Fehler, die die aufsteigende Konjunktur verdeckt; die wirtschaftlichen Tatsachen und Zusammenhänge haben die Probe auf ihre Krisenfestigkeit zu bestehen. Wie insbesonders die Erfahrungen der Gegenwart zeigen, ist es notwendig, den Wert wirtschaftlicher Einrichtungen auch nach dieser Richtung zu prüfen. Auch wenn man den Glauben Dobretsbergers an das unerbittliche und entscheidende Walten der ewig wandelnden und ewig wechselnden Konjunktur nicht zur Gänze teilt, so wird man doch mit Schwankungen im Verlaufe der wirtschaftlichen Entwicklung rechnen müssen; sie sind m. E. auch in der strengsten Planwirtschaft unvermeidbar. Da genügt es aber nicht, daß die Wirtschaftsverfassung nur auf eine Konjunkturphase eingestellt ist, und zwar entweder als unbedingte freie Wirtschaft auf Hochkonjunktur, oder als gebundene Wirtschaft auf Depression; ebenso unerträglich und m. E. unmöglich ist in Anlehnung an den Konjunkturverlauf der jeweilige Wechsel von freier zu gebundener Wirtschaft. **So bleibt nur noch die Möglichkeit, aber auch die Notwendigkeit eines Kompromisses zwischen beiden Wirtschaftsverfassungen, zwischen freier und gebundener Wirtschaft, vom Standpunkte unseres Themas betrachtet zwischen Weltwirtschaft und Autarkie.**

Ich bin mir der Einwände bewußt, die vom terminologischen Standpunkte gegen diese Auffassung erhoben werden, daß nämlich die Synthese von Weltwirtschaft und Autarkie einen inneren Widerspruch bedeutet. Vom Standpunkte begrifflicher Konstruktion ist dieser Einwand zum Teil begründet, obwohl er nicht das Wesen von Autarkie trifft. Denn Autarkie ist m. E. nicht die restlose Ablehnung weltwirtschaftlicher Beziehungen, sondern

bedeutet im wesentlichen den Primat der Volks- gegenüber der Weltwirtschaft. Daß dieser Primat gegeben ist und — soweit der Lauf der Dinge überblickt werden kann — auch in Zukunft sich behaupten wird, ist durch jene Beziehungen und Bindungen bedingt, die die rechtlich geordnete Verkehrswirtschaft eines bestimmten Gebietes, d. i. die territorial abgegrenzte Volkswirtschaft aus dem großen Fluß weltwirtschaftlicher Beziehungen heraushebt[170]).

Wieweit diese Absonderung reicht, ist durch den Gang der geschichtlichen und wirtschaftlichen Ereignisse bestimmt. **Es ringen — wie überall im Leben — zwei gegensätzlich eingestellte Kräftekomplexe um Geltung: der weltwirtschaftliche, kosmopolitische, liberale und der autarke, nationalwirtschaftliche, gebundene.** Die Geschichte der Menschheit ist von diesen Gegensätzen erfüllt und durch sie geleitet; sie werden m. E. nie erlöschen, solange es Menschen gibt. In diesem Sinne wird es neben autarken stets weltwirtschaftliche Kräfte geben und umgekehrt. **Entscheidend ist nur, in welchem Verhältnis sich beide Kräftegruppen mischen;** denn hievon hängt es ab, ob das Gesamtbild der Wirtschaft und auch das hiemit in enger Übereinstimmung stehende Gesamtbild der Geschichte mehr autarke oder mehr weltwirtschaftliche Züge trägt. Insoferne wird sich auch hier der Zeiger der Geschichte nicht unverrückbar auf einen festen Punkt einstellen; er wird ruhelos wie das Leben selbst weiterwandern und in seinem Gange wieder zur alten Einstellung gelangen, ohne daß sich aber hiebei dasselbe Bild von früher ergibt. Und so wird der alte Streit um Autarkie auch weiter die Gemüter und Köpfe der Menschen erhitzen und beschäftigen, ohne daß diese Frage endgültig entschieden werden könnte. Denn so sehr theoretische Ansichten oder praktisches Wollen — beide aus bestimmten Verhältnissen heraus geformt — Autarkie verneinen oder bejahen, sie vermögen vielfach schon in dem Augenblicke ihres Entstehens der ungeheuren Mannigfaltigkeit und auch der Gegensätzlichkeit der Welt und ihrer tausendfachen Erscheinungen in Wirtschaft und Politik, im materiellen und Geistesleben nie vollkommen gerecht zu werden.



Abkürzungen.

V. f. S. = Verhandlungen des Vereins für Sozialpolitik.
W. A. = Weltwirtschaftliches Archiv.
Ö. Kf. J. = Österreichisches Institut für Konjunkturforschung.
D. Kf. J. = Deutsches Institut für Konjunkturforschung.

Anmerkungen.

I. Begriff der Autarkie.

[1]) Bonn — „Die Idee der Selbstgenügsamkeit" in der Festschrift zum 70. Geburtstag von Lujo Brentano, Duncker & Humblot, München und Leipzig, S. 46 ff.

[2]) Werner Sombart — „Die Zukunft des Kapitalismus", Buchholz und Weißwange, Berlin 1932, S. 41.

[3]) V. f. S. 1932 — „Deutschland und die Weltkrise", Duncker & Humblot, München und Leipzig.

[4]) „Die Tat" — Diederichs, Jena.
Fried — „Der Übergang zur Autarkie", 2. Maiheft 1932.
Wirsing — „Zwangsautarkie", September 1931.
Eschmann — „Nationale Planwirtschaft", Jänner 1932.

[5]) Fried — „Autarkie", Diederichs, Jena 1932, S. 42.

[6]) Kranold — „Autarkie", Sozialistische Monatshefte, 75. Band, 1932, S. 114.

[7]) Adolf Wagner — „Agrar- und Industriestaat", Fischer, Jena 1902.

[8]) Wiener Wirtschaftswoche v. 25./1. 1932.

[9]) Johann Gottlieb Fichte — „Der geschlossene Handelsstaat", Meiner, Leipzig 1922.

[10]) Lüttgens bezeichnet in „Arbeitsrecht und Schlichtung", Stuttgart, Mai 1932, S. 165, Autarkie als die auf „eigenen Produktionskräften ruhende Unabhängigkeit von ausländischen Wirtschaften." Im Staatslexikon unterscheidet Schönebeck Autarkie als Zustand und Autarkie als wirtschaftspolitisches Prinzip. Er umgrenzt Autarkie als Zustand einer Volkswirtschaft in der Weise, daß Konsum und Produktion völlig ausgeglichen sind, daß es also zur Versorgung des Verbrauches weder der Einfuhr aus dem Auslande noch zur Unterbringung der Produktion des Absatzes im Auslande bedarf. Hier wird der Begriff Autarkie potentiell gefaßt, obwohl es beim wirtschaftspolitischen Problem der Autarkie nicht auf die Möglichkeit, unabhängig zu sein, sondern auf die tatsächliche Ausnützung dieser Unabhängigkeit durch Einschränkung des Außenhandels ankommt.

[11]) „Autarkie als Wirtschaftsproblem" in „Autarkie" S. 14, Rowohlt, Berlin 1932.

II. Entwicklung autarker Verhältnisse und autarker Ideologie.

[12]) Pöhlmann — „Geschichte der sozialen Frage und des Sozialismus in der antiken Welt", 2. Band, S. 271.

[13]) Aristoteles 2. Buch „Vom Staate", Metzler'sche Buchhandlung, Stuttgart, 265. Bändchen, S. 388 (Ausgabe griechischer Prosaiker).

[14]) v. Dietze — V. f. S. 1932, S. 110.

[15]) Kötschke, „Allgemeine Wirtschaftsgeschichte des Mittelalters".

[16]) Fichte, „Der geschlossene Handelsstaat", S. 66: „Jeder Teil des großen Ganzen und jedes Individium erbaute, fabrizierte, erhandelte von anderen Weltteilen was es seiner natürlichen Lage nach am zweckmäßigsten vermochte und brachte es durch alle Teile desselben Ganzen ungehindert auf den Markt und die Preise der Dinge machten sich von selbst."

[17]) Wilhelm von Auxerre, Alexander von Hales, Albertus Magnus, Thomas von Aquino.

[18]) Ausgewählte Schriften zur Staats- und Wirtschaftslehre des Thomas von Aquino, herausgegeben von Dr. Friedrich Schreyvogel, Fischer, Jena 1923.

[19]) A. a. O., S. 103, 106 und 107.

[20]) Suranyi-Unger, „Philosophie in der Volkswirtschaftslehre", Fischer, Jena, S. 172.

[21]) Bonn, „Die Idee der Selbstgenügsamkeit", S. 53—54.

[22]) Quesnay, „Dialogues", S. 175, Mercier de la Riviere nennt den Außenhandel „ein notwendiges Übel". Siehe „Geschichte der volkswirtschaftlichen Lehrmeinungen" von Gide und Rist, S. 31.

[23]) A. Smith, „Der Reichtum der Nationen", Kröner, Leipzig, 4. Buch, 2. Kapitel, S. 17.

[24]) Fichte, „Der geschlossene Handelsstaat", S. 13, 15, 67, 119, 110, 111, 99 ff.

[25]) Friedrich List, „Das nationale System der politischen Ökonomie", Fischer, Jena 1922, S. 66.

[26]) Adolf Wagner, „Agrar- und Industriestaat", S. 7, 29, 30, 33.

[27]) Diehl, „Deutschland als geschlossener Handelsstaat im Weltkrieg", Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart und Berlin 1916, S. 24, 26, 28, 30.

III. Ursachen von Autarkie.

[28]) Über die Bedeutung volkswirtschaftlicher (nationalwirtschaftlicher) Arbeitsteilung siehe List, „Das nationale System der politischen Ökonomie", S. 243 f. Gegen die Bezeichnung „internationale Arbeitsteilung" wendet sich Sartorius von Walterhausen in seinem Buche „Die Weltwirtschaft", G. A. Glöckner, Leipzig, S. 257.; ähnlich auch Eulenburg „Außenhandel und Außenhandelspolitik".

[29]) Harms, „Volkswirtschaft und Weltwirtschaft", Fischer, Jena 1912, S. 116 und 118.

[30]) Kotschnig, „Weltwirtschaft und Universalökonomie", W. A., 22. Band, 1925, S. 217.

[31]) Böhler, „Der klassische Begriff Weltwirtschaft", W. A., 22. Band, 1925, S. 1 ff.

[32]) Harms, Über den Einfluß staatlicher Wirtschaftspolitik auf Struktur und Funktion der Volkswirtschaft, a. a. O., S. 96 ff. Auch v. Wiese, „Die Weltwirtschaft als soziologisches Gebilde", Kieler Vorträge, Fischer, Jena 1923, S. 9, hebt die Beziehung zwischen Volkswirtschaft und Staat hervor. Hiebei wird auch Siegmund Schilder, „Entwicklungstendenzen der Weltwirtschaft", Berlin 1915, 2. Band, S. 3, mit folgendem Ausspruch angeführt: „Wenn ein einigermaßen scherzhaft übertreibender Ausdruck zulässig ist, könnte man sagen, die Leugnung der staatlich zusammengefaßten Volkswirtschaft als einer kraftvoll wirkenden, von anderen ähnlichen soziologischen Gebilden räumlich getrennten Wesenheit sei gleichbedeutend mit der Leugnung der Existenz eines Stockes, mit dem man geprügelt wird, oder auf den man sich stützt."

[33]) „Strukturwandlungen der Volkswirtschaft", Ansprache von Harms bei der Eröffnungssitzung des deutschen Enqueteausschusses, W. A., Band 24. „Unter der Struktur einer Volkswirtschaft ist dabei, allgemein gesprochen, ihre Formgesetzlichkeit oder die Ordnung zu verstehen, die die Beschaffenheit des Ganzen aus der Eigenart, Lage und Verbindung der Teile und die Beschaffenheit der Teile aus der Artung des Ganzen und seiner Zweckbestimmung erklärt." Anschließend hieran gibt Harms eine eingehende Anleitung über die Methode zur Zergliederung der Struktur einer Volkswirtschaft.

[34]) Feste Kosten sind solche, auf welche der Beschäftigungsgrad keinen Einfluß hat. Kosten, die sich mit dem Beschäftigungsgrad verändern, heißen veränderliche oder variable Kosten, und zwar proportional, wenn sie in demselben Verhältnisse wachsen wie der Beschäftigungsgrad, progressiv, wenn sie über dieses Maß ansteigen, und degressiv, wenn sie dieses Maß unterschreiten. (Grundsätze der Privatwirtschaftslehre von Fiedler, Innsbruck, 1932, S. 140 und 141.)

Zu erwähnen ist noch, daß die festen Kosten sich nicht nur auf das Anlagekapital beziehen, sondern daß sie auch eine Reihe anderer Kosten umfassen. Auf diese Einzelheiten kann die Darstellung natürlich nicht eingehen. Es gilt nur zu zeigen, inwieferne die Tendenz zu Schutzmaßnahmen und zu Autarkie infolge der durch das Anwachsen der Kosten geminderten Elastizität der Unternehmungen gesteigert wird. Als repräsentativstes Beispiel der festen Kosten wird das Anlagekapital herausgegriffen.

[35]) Lüttgens, „Autarkie", S. 161.

[36]) Dr. Rieker, „Lohnhöhe und Wirtschaft", Deutsche Wirtschaftszeitung vom 26. Mai 1932, S. 495.

[37]) Liefmann, „Internationale Kartelle" W. A., 1927, S. 260 ff.

[38]) So stellte sich in Deutschland nach dem im April 1932 erschienenen Vierteljahrheft des D. Kf. J. der Kapitalszins (erststelliger Hypothekarkredit vor der Bankenkrise) nach der Indexbasis 100 des Jahres 1913 auf 200—250. Die deutschen Sätze im Privatdiskont für Warenwechsel wiesen allerdings der jeweiligen Geldlage entsprechend beträchtliche Schwankungen auf. So stellte sich der Privatdiskont durchschnittlich im Jahre 1925 auf 7.62, im Jahre 1926 auf 4.91, im Jahre 1927 auf 5.49, im Jahre 1928 auf 6.54, im Jahre 1929 auf 6.87, im Jahre 1930 auf 4.43, im Jahre 1931 auf 6.78.

[39]) Siehe auch Werner Sombart, „Kapitalismus".

[40]) Wirtschaftsdienst vom 10. 5. 1929, S. 791, 792.

[41]) Grotkopp verweist in „Neue Wege der Handelspolitik" Europawirtschaft, Heft 6, 1932, S. 209, darauf, „zu welchen Schwierigkeiten und Widersprüchen es führen muß, wenn innerhalb der einzelnen Volkswirtschaften die Bewegungsfreiheit durch die verschiedensten Bindungen eingeengt wird, der Verkehr aber nach außen aufrecht erhalten werden soll, als ob keinerlei Bindungen bestünden." Daraus entsteht nach Grotkopp die Frage, „wie man einen freien Verkehr zwischen teilweise gebundenen Volkswirtschaften schaffen kann."

[42]) Schultze, „Die Zerrüttung der Weltwirtschaft", W. Kohlhammer, 1923.

[43]) v. Wiese, „Die Weltwirtschaft als soziologisches Gebilde", spricht der Weltwirtschaft nur sehr bedingt Gebildeeigenschaft zu. Er schreibt: „Sie ist in der Hauptsache nur aus der Summierung von Beziehungen als Einheit zu verstehen. Sie ist damit — wie gesagt — typisches Beziehungsgebilde." S. 9.

[44]) Kotschnig, „Weltwirtschaft und Universalökonomie", W. A., 22. Band, S. 202 ff.

[45]) Harms, „Volkswirtschaft und Weltwirtschaft", 6. Abschnitt, S. 281 ff.

[46]) Salin, „Von den Wandlungen der Weltwirtschaft in der Nachkriegszeit", W. A., 35. Band, Jänner 1932.

[47]) Wagemann, „Struktur und Rhythmus der Weltwirtschaft", Reimar Hobbing, Berlin 1931, S. 361, 15, 22, 23, 361, 362.

[48]) Wagemann stellt die natürlichen, staatlichen oder sonstigen Tatsachen den volkswirtschaftlichen Intensitätsstufen gegenüber und bezeichnet nur die durch letztere bedingte Differenzierung alsdas „Gefälle der Weltwirtschaft".

[49]) Siehe auch die Diskussion über dieses Thema in den Erörterungen über Agrar- und Industriestaat zu Beginn des Jahrhunderts. Adolf Wagner, „Agrar- und Industriestaat".

[50]) v. Dietze, V. f. S., 1932, S. 120.

[51]) Adam Smith, „Der Reichtum der Nationen", Ricardo, I. E. Cairnes, „Principles". Siehe Böhler, „Der klassische Begriff der Weltwirtschaft", W. A., 22. Band, S. 8.

IV. Ideologie moderner Autarkie.

[52]) Salin, „Von den Wandlungen der Weltwirtschaft in der Nachkriegszeit", S. 33.

[53]) v. Dietze, V. f. S., 1932, S. 109 ff.

[54]) Wagemann, „Durch Autarkie zur Weltwirtschaft", Berliner Börsenkurier, Juli 1932.

[55]) Schacht, „Grundsätze deutscher Wirtschaftspolitik", Gerhard Stalling, Oldenburg 1932.

[56]) Dobretsberger, „Freie oder gebundene Wirtschaft", Duncker & Humblot, München und Leipzig 1932, S. 89.

[57]) Werner Sombart, „Zukunft des Kapitalismus", S. 39, 41, 40.

[58]) „Es ist durchaus richtig, daß jedes neue Industrieland zunächst die Fabrikate besser und billiger aus den alten Industrieländern einführen würde, aber ebenso unumstößlich ist die Tatsache, daß sich dadurch keines der jungen Länder abhalten läßt, seine eigene Industrie auszubauen, ganz gleich, ob es sich nun um Australien, Brasilien, Südafrika oder Neuseeland handelt."

[59]) Esterer, „Autarkie und Schollenbildung", Deutsche Rundschau, Juli 1932.

[60]) Kranold, „Autarkie", S. 114, 124.

[61]) Werner Sombart, „Zukunft des Kapitalismus": „Worauf wir ausgehen müssen," — und darunter versteht Sombart Autarkie — „ist eine zielbewußte, planmäßige Gestaltung auch der zwischenstaatlichen Wirtschaftsvorgänge von einem nationalen Mittelpunkte aus."

[62]) Fried, „Autarkie", S. 72.

[63]) A. a. O., S. 126. „Was sich gegenwärtig abwickelt, ist tatsächlich nichts anderes als ein langsamer Zersetzungs- oder Umbildungsprozeß — der Zerfall der Weltwirtschaft in verschiedene Wirtschaftsräume." S. 138: „Das Gemeinsame an allen Symptomen und das Bezeichnende an der ganzen Entwicklung ist die immer stärkere Herausbildung mehr oder weniger großer Wirtschaftsräume, in die die Weltwirtschaft langsam gerinnt."

[64]) A. a. O., S. 47: „Eine unvoreingenommene . . . Betrachtung der Wirtschaft als Funktion des Gemeinschaftslebens muß davon ausgehen, welcher Zwang zur Einfuhr besteht, um daraus die Notwendigkeiten der Ausfuhr abzuleiten."

[65]) A. a. O., S. 14.

[66]) Colm, „Der Streit um die Autarkie", Neue Blätter für den Sozialismus, Alfred Protte, Potsdam, Jänner 1933, S. 16.

[67]) Diesem obersten Ziele von Autarkie sollen Preis-, Qualitätserwägungen und auch alteingelebte Verbrauchsgewohnheiten geopfert werden. Siehe auch v. Dietze, V. f. S. 1932, S. 115. „Die Freiheit eines Volkes und seine außenpolitische Bewegungsmöglichkeit ist abhängig von der Sicherung seiner Ernährungsgrundlage." Ähnlich auch Schacht in „Grundsätze deutscher Wirtschaftspolitik", S. 58 ff.

[68]) Fried, „Autarkie", S. 55.

[69]) Werner Sombart, „Zukunft des Kapitalismus", S. 41.

[70]) Fried, „Autarkie", S. 44, 45.

[71]) v. Dietze, V. f. S. 1932, S. 124: „Unverändert hat die Tatsache Gültigkeit, daß nur bei ungehemmter internationaler Arbeitsteilung die größtmögliche Güterversorgung aller Menschen erzielt werden kann, soferne die Menschen selbst, jeder für sich, ihr Handeln nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten richten. Aber der wirtschaftliche Gesichtspunkt ist nicht mehr vorherrschend."

[72]) Fried, „Autarkie", S. 20.

[73]) A. a. O., S. 31

[74]) Geschrieben vor der bekannten Boykottbewegung gegen Deutschland, die in besonderen politischen und taktischen Voraussetzungen ihre Ursache hat.

[75]) A. a. O., S. 33.

[76]) A. a. O., S. 35. „Am Endpunkt der Entwicklung steht einerseits die völlige Einstellung der Zahungen an das Ausland, andererseits aber gleichzeitig ein in sich ausgeglichener, auf den niedrigst möglichen Umfang zusammengeschrumpfter Außenhandel — also Auslandsmoratorium und Autarkie"

[77]) A. a. O., S. 49.

V. Mittel der Autarkie.

[78]) Eulenburg, „Außenhandel und Außenhandelspolitik — Grundriß der Sozialökonomik", S. 172.

[79]) Adolf Weber, „Handels- und Verkehrspolitik", S. 441 ff., Duncker & Humblot, München und Leipzig. Weber wendet sich entschiedenst gegen das Kontingentsystem.

[80]) Siehe auch den Vortrag von Riedl über „Meistbegünstigung und wirtschaftlicher Zusammenschluß" auf dem 7. Kongreß der Internationalen Handelskammer, Wien, 29. Mai — 3. Juni 1933, in Wirtschaftliche Nachrichten der österr. Handelskammern, S. 358.

[81]) Eulenburg, „Außenhandel und Außenhandelspolitik", S. 191 ff., verweist bei Kritik des Systems der Reziprozität auf die Schwierigkeiten, die sich aus der Feststellung der Gleichwertigkeit der Zugeständnisse und des hiefür anzuwendenden Maßstabes ergeben. Dieses System bringe für das Land, das es anwende, infolge der durch den internationalen Wettbewerb bedingten Preisbildung keine Vorteile. Ein isolierter Tausch zwischen zwei Ländern komme aber nicht in Betracht, außer wenn es sich um ganz spezifische Produkte handle.

[82]) Siehe auch die Verhandlungen in der Internationalen Handelskammer betreffend Anpassung der Meistbegünstigung an diese Strömungen sowie die einschlägigen Arbeiten von Riedl. Siehe ferner Ziegler, „Mitteleuropäischer Zollvergleich".

[83]) Siehe den Aufsatz, „Warnung vor Außenhandelsexperimenten" von Brech (Wirtschaftsdienst vom 27. Mai 1932): „Eine solche Bürokratisierung der Außenhandelsorganisation wäre die Vorstufe einer Außenhandelskontrolle, unter der es eine Freizügigkeit weder auf dem Gebiete des Importes, noch auf dem des Exportes mehr geben könnte."

[84]) Greiff, „Der Methodenwandel der europäischen Handelspolitik während des Krisenjahres 1931", Junker & Dünnhaupt, Berlin, S. 49.

[85]) Das System des Devisenclearing ist von grundsätzlicher Bedeutung. Es ersetzt seinem Wesen nach die sonst im Weltverkehre übliche Abrechnung durch Wechsel durch eine Abrechnung auf den Konten der Nationalbanken. Verbleibende Spitzen werden auf neue Rechnung übertragen, kreditiert oder in vereinbarter Weise — überwiegend durch Warenlieferung — getilgt. Die Valuten bleiben auf diese Weise im Inlande und auch der Wechsel als Vermittler internationaler Abrechnung ist ausgeschaltet.

[86]) Löb, „Währungsproblem und Autarkie" in „Autarkie", S. 55.

[87]) Dr. Luther, „Wirtschaftsfragen der Gegenwart", Kieler Vorträge, S. 17 ff.

[88]) Lehmann, „Autarkie und Währung", Junker u. Dünnhaupt, Berlin, 1932.

[89]) A. a. O., S. 35, 47, 46, 94.

[90]) Löb, „Währungsproblem und Autarkie" in „Autarkie".

[91]) Kapferer, „Grenzen deutscher Autarkie", I. I. Arndt Überseepost, S. 10.

[92]) Wilden, „Störungen des Welthandels", Heymann, Berlin, 1932.

[93]) „Kontingente, was sie sind und wie sie wirken", Historisch-politischer Verlag Ges. m. b. H., 1933, S. 17/18.

[94]) Fried, „Autarkie", S. 53.

[95]) Dr. Berger, „Die Entwicklungstendenz der modernen Handelspolitik — der Weg zum Schutzhandel", Ebering, Berlin 1932.

[96]) Greiff, „Der Methodenwandel der europäischen Handelspolitik", S. 85 ff.

[97]) Gerloff, „Autarkie als wirtschaftliches Problem" in „Autarkie", S. 30.

[98]) Lederer, „Planwirtschaft", I. C. B. Mohr, 1932.

[99]) Haan, „Das amerikanische Planning", C. L. Hirschfeld, Leipzig 1933.

[100]) Denkschrift: „Ausbau der Gemeinwirtschaft".

[101]) Werner Sombart, „Zukunft des Kapitalismus".

[102]) Eulenburg, „Außenhandel und Außenhandelspolitik — Grundriß der Sozialökonomik", S. 149.

[103]) Brandt, „Bevölkerung, soziale Gliederung und Autarkie" in „Autarkie", S. 40/41.

VI. Kritik der Autarkie.

[104]) Siehe u. a. W. Susat, „Über die Beziehungen zwischen Außenhandel und Volkswohlstand", Kieler Vorträge, Fischer, Jena 1927.

[105]) Baltrusch, „Wirtschaftliche Selbstgenügsamkeit", im Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften Deutschlands vom 15./9. 1931.

[106]) Gerloff, „Autarkie als wirtschaftliches Problem" in „Autarkie": „ In der Praxis hat der Sozialismus — und das gilt nicht nur vom Sozialismus, sondern von der Gewerkschaftspolitik überhaupt — autarke Tendenzen,"

[107]) „Autarkie", Rowohlt, Berlin 1932.

[108]) Grävell, „Der Zwang zur Ein- und Ausfuhr", Reimar Hobbing, Berlin 1932.

[109]) Gerloff, „Autarkie als wirtschaftliches Problem" in „Autarkie", S. 24.

[110]) Menten, „Autarkie, wirkliche Wirtschaft und politische Freiheit", in Deutsches Volkstum, 2. Septemberheft 1932.

[111]) Grotkopp, „Neue Wege der Handelspolitik", Europawirtschaft, Juni 1932.

[112]) Landauer, „Autarkie", in Deutscher Volkswirt, 7. August 1931.

[113]) Grävell, „Der Zwang zur Ein- und Ausfuhr", S. 34.
Gerloff, „Autarkie als wirtschaftliches Problem" in „Autarkie", S. 29.

[114]) A. a. O., S. 30.

[115]) V. f. S. 1932, S. 180.

[116]) Lange, „Autarkie und handelspolitische Technik" in „Autarkie", S. 63 ff.

[117]) Brandt, V. f. S. 1932.

[118]) Lederer, V. f. S. 1932.

[119]) Pahl, „Selbsthilfe, Autarkie, Wirtschaftsplanung" in Neue Blätter für den Sozialismus, S. 363, 369.

[120]) Hermberg, „Autarkie und Sozialismus" in Die Arbeit, 1932, Heft 1, S. 2, 8, 10.

[121]) Hermberg bringt in der Europawirtschaft, April 1932, „Tendenz zur Autarkie", nähere Ausführungen über das Verhältnis von Staats- und Wirtschaftsraum.

[122]) Epstein, „Das Schicksal der Akkumulation in Deutschland oder der Irrsinn der Autarkie", Kelter, Leipzig 1932.

[123]) Werner Sombart, „Die deutsche Volkswirtschaft im 19. Jahrhundert", Berlin 1927, S. 368 ff.

[124]) Wagemann, „Struktur und Rhythmus der Weltwirtschaft", S. 139 ff., 146, 147.

[125]) Siehe auch die Bemerkung zum Problem des weltwirtschaftlichen Gefälles, III. Kapitel, S. 73 ff.

[126]) A. a. O., S. 388 ff.

[127]) Eulenburg, „Großraumwirtschaft und Autarkie", Fischer, Jena 1932, Anmerkung 82 zu S. 53.

[128]) A. a. O., S. 53, 54.

[129]) Wagemann, „Struktur und Rhythmus der Weltwirtschaft", S. 222 ff., 239 ff., 377 f.

[130]) Fenchel, „Wirtschaftsdienst" vom 9.!9. 1932. An Hand einiger ähnlicher Daten gelangt der Verfasser zum Ergebnis, daß der Welthandel im Jahre 1931 zwar um 2.7% größer gewesen sei als im Jahre 1913, dafür aber um 43% kleiner als bei seinem Höchststande im Jahre 1929; auf diese Weise habe der Welthandel — von den Jahren des Weltkrieges abgesehen — den größten je vermerkten Rückschlag erlitten.

[131]) Grävell, „Der Zwang zur Ein- und Ausfuhr", S. 22.

[132]) Eulenburg, „Großraumwirtschaft und Autarkie".

[133]) Lange, „Ausfuhr tut not", Kurvenbilder zum Vortrag von Carl Lange bei der Kundgebung der bayerischen Industrie, München, 24. Februar 1933.

[134]) Gothein, V. f. S., S. 193.

[135]) Hermberg, „Tendenz zur Autarkie" in Europawirtschaft, April 1932, S. 132.

[136]) Lederer, V. f. S. 1932, S. 146.

[137]) Gerloff, „Autarkie als wirtschaftliches Problem" in „Autarkie", S. 17, 25.

[138]) Eucken, „Krisen und Autarkie" in „Autarkie", S. 49.

[139]) Siehe auch Kapitel II, S. 29 ff.

[140]) Grävell, „Der Zwang zur Ein- und Ausfuhr", S. 15, 16, 18, 20—23.

[141]) Lederer, V. f. S. 1932, S. 141.

[142]) Fried, „Autarkie", S. 117.

[143]) Gerloff, „Autarkie als wirtschaftliches Problem" in „Autarkie", S. 25.

[144]) Eucken, „Krisen und Autarkie" in „Autarkie", S. 47.

[145]) „Schema eines Ringtausches" in „Ausfuhr tut not", Kurvenbilder zum Vortrag von Lange, München, 24. Februar 1933.

[146]) Grävell, „Der Zwang zur Ein- und Ausfuhr", S. 35.

Über diesen Zusammenhang siehe auch Eulenburg, „Großraumwirtschaft und Autarkie", S. 47. „Man schwächt dadurch in Wirklichkeit nur die Aufnahmefähigkeit des Auslands, letzthin auch für deutsche Waren."

[147]) Lange in „Ausfuhr tut not".

[148]) Kapferer, Grenzen deutscher Autarkie",„ S. 20.

[149]) Brandt, „Bevölkerung, soziale Gliederung und Autarkie" in „Autarkie", S. 38 ff.

[150]) Pahl, „Selbsthilfe, Autarkie, Wirtschaftsplanung" in Neue Blätter für den Sozialismus, August 1931.

[151]) Siehe auch Lederer in den V. f. S. 1932, S. 137.

[152]) Gerloff, „Autarkie als wirtschaftliches Problem", S. 21.

[153]) Grävell, „Der Zwang zur Ein- und Ausfuhr", S. 34.

[154]) Gothein, „Weltwirtschaftliche Mitarbeit — die Existenzfrage des deutschen Volkes", auf der wirtschaftspolitischen Informationstagung des Hansabundes für Gewerbe, Handel und Industrie, Erfurt. 21. Februar 1931. S. 22

[155]) Grävell, „Der Zwang zur Ein- und Ausfuhr", S. 47, 50.

[156]) Menten, „Autarkie, wirkliche Wirtschaft und politische Freiheit", Deutsches Volkstum, 2. Septemberheft 1932.

[157]) Gothein, „Weltwirtschaftliche Mitarbeit — die Existenzfrage des deutschen Volkes", S. 18.

[158]) Grävell, „Der Zwang zur Ein- und Ausfuhr", S. 73.

[159]) Lederer, V. f. S. 1932, S. 139.

[160]) Bramstädt, „Die Tauschbeziehungen von Landwirtschaft und Industrie — Probleme des Binnenmarktes" in Deutsche Agrarpolitik II, S. 413 ff.

[161]) Brandt, V. f. S. 1932.

[162]) Grävell, „Der Zwang zur Ein- und Ausfuhr", S. 29: „Für die Begleichung der kommerziellen Verpflichtungen wird nach Abzug der Saldos aus der Dienstleistungsbilanz ein Betrag nötig sein, der wohl nicht tief unter 1.5 Milliarden RM. liegen wird. (Höchstens durch kräftige Ermäßigung der Zinsen könnte eine beachtliche Herabsetzung dieses Betrages erfolgen.)

[163]) Menten, „Autarkie, wirkliche Wirtschaft und politische Freiheit" in Deutsches Volkstum, 2. Septemberheft 1932.

[164]) Demuth, V. f. S. 1932, S. 181.

[165]) Dr. Luther, „Wirtschaftsfragen der Gegenwart", S. 20.

[166]) Lederer, V. f. S. 1932, S. 154, 156.

[167]) Röpke, V. f. S. 1932, S. 183.

VII. Sinn von Autarkie.

[168]) Dobretsberger, „Freie oder gebundene Wirtschaft", S. 164, 165, 103.

[169]) Daß weltwirtschaftliche Beziehungen nicht zur Gänze entbehrt werden können, geben auch die verschiedenen Vertreter des Autarkiegedankens zu.

[170]) Siehe auch Eulenburg in „Außenhandel und Außenhandelspolitik — Grundriß der Sozialökonomik", S. 5 ff.